DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 9 September 1990 E 8080 E



CODE

Ostdeutschland:
Bundeskanzler Kohls Verzicht auf urdeutsches Land

»Ein Whisky für den Holocaust«
Die heimlichen Schiebereien von Edgar Bronfman mit der SED und Honecker

Österreich:
Das Intrigenspiel der Nationalen

Bilderberger:
David Rockefeller bettelt um Geld

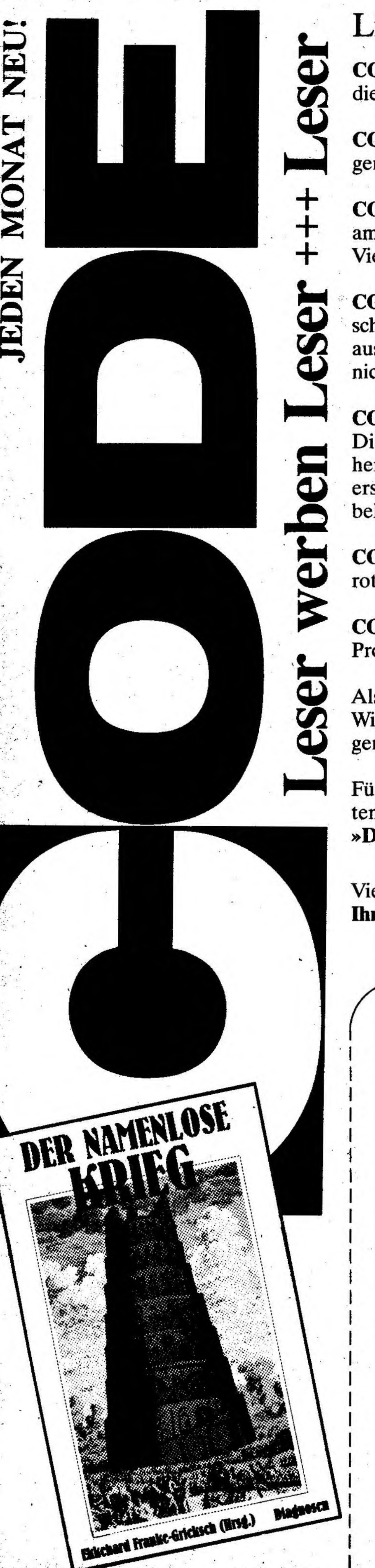
Banker:
Gorbatschow wird eine Bundesbank verordnet

Südafrika:
Kapitulation vor den Insidern

Revisionismus:
Obduktion der Leichen des internationalen Kommunismus seit 1917



Gesunde Medizin
3/90
E 4877 F
Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise
August September Oktober
DM 5,–
ÖS 40,– SFr 5,–
Ärztlicher Rat: Kinderlosigkeit macht krank
Lebensgefühl: Sonne – Wohltat oder Risiko
Therapie: Pilzerkrankung in der Scheide
Naturarzt: Weißdorn für den Kreislauf
Heilpflanzen: Kräuter für die Liebe
Ernährung: Salz und Hochdruck
Stoffwechsel: Wenn der Darm arm dran ist



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

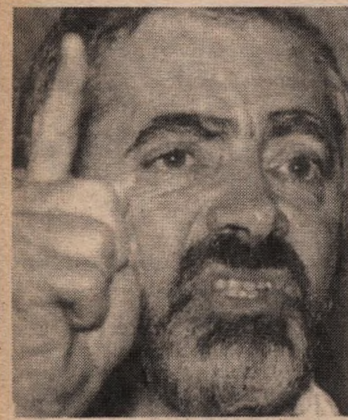


David Rockefeller ist bei der Trilateralen Kommission und bei den Bilderbergern die dominierende Kraft.



Premierministerin Thatcher plant trotz der gegen Dwight D. Eisenhower erhobenen Beschuldigungen, er habe willkürlich eine Million deutsche Kriegsgefangene verhungern lassen, den hundertsten Geburtstags Eisenhowers zu feiern.

4. Jahrgang Nr. 9 September 1990



Rabbiner Meir Kahane gründete mit Unterstützung des Mossad die Jewish Defense League (JDL).



Edgar Bronfman wird von jungen Juden verurteilt, da sie Machtmißbrauch zum Zweck von Privatgeschäften sowie aus Motiven der persönlichen Rache heraus verabscheuen.

Revisionismus

Technik

Ständige Rubriken

Deutschland

Alliierte schaffen ein zweites Versailles

Alfred König

Wie wenig es sich bei den Alliierten des Zweiten Weltkriegs trotz aller anderslautender Lippenbekenntnis um Freunde, sondern in Wirklichkeit um Besatzungsmächte handelt, zeigen die jüngsten Zwei-plus-Vier-Konferenzen. Hier ist nicht von Souveränität des deutschen Volkes die Rede. Vielmehr werden Deutschland vor seiner (Teil-) Wiedervereinigung knallhart die Bedingungen hierfür diktiert. So ist es dann auch kein Wunder, daß selbst in gemäßigten konservativen Kreisen immer mehr das Schlagwort von einem »Zweiten Versailles« die Runde macht.

Und das besonders bedrückende an dieser ganzen Angelegenheit ist, daß die Bundesregierung selbst heute noch, mehr als 45 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, wie ein kleiner Schuljunge verschämt neben den früheren Alliierten steht und nicht wagt, selbstbewußt die Interessen Deutschlands zu vertreten. Während in der Weimarer Republik die damaligen Parteien überwiegend wenigstens das Versailler Diktat beklagten, hilft »unsere« Bundesregierung sogar noch aktiv bei der Festschreibung des Unrechts, wie etwa bei dem unseligen Beschluß, daß die Oder-Neiße-Linie nunmehr endgültig als polnische Westgrenze festgeschrieben werden soll.

Selbstbestimmungsrecht kein unbegrenzter Begriff

Sehen wir uns doch einige weitere Merkwürdigkeiten »unserer« Freunde an. So will die Sowjetunion durch den Abschluß einer »Friedensurkunde«, wie ein Friedensvertrag genannt werden soll, Garantien von einem vereinigten Deutschland erhalten. Neben den mittlerweile bereits gewährten Garantien zum Grenzverlauf müsse diese Urkunde auch eine Begrenzung des militärischen Potentials Deutschlands auf 200.000 bis 250.000 Mann und den Verzicht Deutschlands auf eigene Atomwaffen beinhalten.
Interessant ist hierzu auch ein kürzlich gegebenes Interview des früheren sowjetischen Botschafters in der Bundesrepublik und jetzigen Gorbatschow-Beraters Valentin Falin im »Stern«. Auf die Frage »Und das Selbstbestimmungsrecht?« antwortete Falin »Das ist auch kein unbegrenzter Begriff.«. Als der »Stern« dann nachhakte »Wenn eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung sich entscheidet, Gesamtdeutschland soll Mitglied der Nato sein ...« antwortete Falin »... das zu entscheiden ist nicht das Recht einer gesamtdeutschen Regierung. Da gibt es noch die Rechte und Pflichten der vier Mächte.«

Und dies ist nicht nur der Standpunkt der UdSSR. Auch die drei westlichen Siegermächte – falls man Frankreich überhaupt so bezeichnen kann – haben den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik klar gemacht, daß die alliierten Vorbehaltsrechte für Deutschland als Ganzes und für Berlin erst am Ende der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beziehungsweise bei Abschluß eines Friedensvertrags erlöschen sollen.

Die beiden deutschen Regierungen kümmert es in diesem Zusammenhang überhaupt nicht, daß immer mehr Völkerrechtler sagen, 45 Jahre nach Kriegsende sei überhaupt kein Friedensvertrag mehr nötig, weil ein Waffenstillstand, wie er mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 zustandekam, nicht jahrzehntelang fortbestehen kann, sondern nach einigen Jahren, spätestens nach zwei Jahrzehnten durch die »normative Kraft des Faktischen« stillschweigend in einen Friedensvertrag überging – und damit zumindest auch die Bundesrepublik die volle Souveränität erlangte. Denn es sei völkerrechtlich kein Grund vorstellbar, daß etwa Frankreich, Großbritannien oder die USA ohne einen Angriff Deutschlands noch heute mit ihren Truppen in die früheren Besatzungszonen einmarschieren könnten, was bei einem Waffenstillstand normalerweise erlaubt ist.

Brüssel will Mitsprache

Obwohl dieser Sachverhalt natürlich auch den Amerikanern bekannt ist, wird er aber selbstverständlich nicht beachtet. So antwortete der US-Botschafter Vernon Walters kürzlich in einem Interview auf die Frage: »Wäre es auch nicht einmal an der Zeit, über einen Friedensvertrag für Deutschland nachzudenken?«. »Irgendwann müssen wir zu einem Friedensvertrag kommen. Aber wir müssen erst ein bißchen mehr Stabilität hier haben, und wir müssen sehen, in welche Richtung die beiden Teile Deutschlands sich bewegen. Dann könnte es soweit kommen.«

Auch die Fanzosen und Briten sind vordergründig stets für die (Teil-)Wiedervereinigung.

Gleichzeitig wird aber von den Franzosen gefordert, der Einfluß Deutschlands in der EG dürfe nicht größer werden, sondern müsse vielmehr die Zahl der deutschen Abgeordneten im EG-Parlament gleichbleiben. Und die britische Premierministerin Thatcher erklärte sogar, daß sie, sollte Deutschland nicht formell auf seine Ostgebiete verzichten, zu einer Grenzgarantie für Polen bereit sei. Noch Mitte Juni erklärte sie, daß Deutschland nach seiner Vereinigung sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine beherrschende Macht sei. Auf die Frage, ob sie dies beunruhige, sagte die »Eiserne Lady« wörtlich: »Ja, wegen der Geschichte dieses Jahrhunderts, die wir nicht ignorieren können.«

Daß auch die EG ihr Wörtchen mitreden will, versteht sich von daher beinahe von selbst. So hat beispielsweise das Europäische Parlament die Brüsseler EG-Kommission, den Ministerrat und die Bundesregierung dazu aufgefordert, die 518 Straßburger Abgeordneten über alle Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die Europäische Gemeinschaft nicht nur auf dem laufenden zu halten, sondern sie auch regelrecht zu konsultieren. Hierzu wurde sogar ein spezieller Sonderausschuß eingerichtet.

Eine historische Chance vertan

Und der noch immer einflußreiche Henry Kissinger nannte in einem Referat den Verbleib Deutschlands in der Nato und damit die Kontrolle über Deutschland als unbedingt notwendig. »Die Geschichte lehrt, daß die zwei Weltkriege dieses Jahrhunderts Folgen eines deutschen Versuchs waren, im Herzen des Kontinents eine rein nationale Politik zu verfolgen.«

Auch heute würde eine Nation von 80 Millionen in der Mitte des Kontinents, sofern sie nicht in ein Bündnis eingebettet ist, wieder die europäische Stabilität bedrohen – und auf lange Sicht auch die Sicherheit der Sowjetunion. Wie soll man für eine Nation dieser Größe den Begriff Neutralität definieren? Wie würde man sie überwachen?

Hier soll nochmals der vom linken Saulus zum konservativen Paulus gewandelte französische Philosoph André Glucksmann zitiert werden, der in seinem Buch »Die Macht der Dummheit« folgendes schrieb: »Setzen gleiche Rechte nicht gleiche Rechte voraus? Vor allem für jede Demokratie das Recht, ihre Freiheit zu verteidigen, und sei es mit dem Leben, und sei es atomar? Der Bürger der Bundesrepublik hat zu entscheiden, nicht wir an seiner Stelle.« □

Bonns politische Unreife

Siegfried Gärtner

Wer aufmerksam die politische Szene und vor allem das Meinungsklima in den deutschen Staaten seit dem 9. November 1989 verfolgt, kann nur erschüttert sein über den Mangel an politischer Reife unseres Volkes, gerade in dem, was Politik im höchsten Sinne ausmacht. Daß hinter den Kulissen mächtige Kräfte am Werke sind, die die deutsche Einheit nur mit scheelen Blicken betrachten, war ohnehin klar. In den erhebenden Wochen zum Jahresende hielten sich diese, konsterniert und verblüfft, noch zurück. Dann aber holten sie zum Gegenschlag aus.

Stundenlang ließ das Fernsehen Gegner der deutschen Einheit zu Wort kommen, mußte man das verlogene Geschwätz ehemaliger und gegenwärtiger, völlig unbehelligter SED-PDS-Größen mitanhören. Es wurde so getan, als wäre die deutsche Einheit, deren Verwirklichung wir so unerwartet und plötzlich näherkamen, nicht ein einmaliges Schicksalgeschenk, ein goldener Glücksfall zum Ende des Jahrhunderts, sondern ein Übel, geeignet, den eingefahrenen Trott von 45 Jahren zu stören. Jedes Aufkeimen einer noch so schüchternen nationalen Begeisterung wurde ängstlich unterdrückt. Dazu kam das ständige Schüren des Sozialneids, eine Kampagne, die nicht ohne Erfolg blieb, wie die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bewiesen haben.



Helmut Schmidt hat bereits als Bundeskanzler hingenommen, daß Bonn die damals fälligen EG-Beiträge Englands zusätzlich übernahm.

Das Hochspielen der Kostenfrage

Einige Parteien und gewisse Massenmedien spekulierten nicht ohne Wirkung auf den Materialismus und das Konsumdenken, das sich in der 45jährigen Wohlstandsmentalität der »Bundesbürger« so behaglich eingenistet hat. Ganze 20 Prozent erklärten ihre Bereitschaft, eventuell für die staatliche Einheit der Deutschen persönliche Opfer zu bringen.

Anstatt Freude und Genugtuung über die plötzliche Chance der Wiedervereinigung zu verbreiten, wurde den Deutschen Angst davor eingejagt. Bei der Kostenfrage der deutschen Einheit werden astronomische Summen gehandelt, ohne daß gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß diese Zahlen sich durch den zu erwartenden Aufschwung und den Wegfall der Spaltungskosten gewaltig reduzieren und relativieren, ganz abgesehen davon, daß uns die Schließung der Wunde »deutsche Teilung« jedes Opfer wert sein müßte.

Denn die wenigsten sind sich darüber im klaren, daß 45 Jahre lang täglich ein militärischer Zusammenprall zwischen NATO und Warschauer Pakt möglich erscheinen mußte, was für uns in dem engen mitteleuropäischen Raum Bruderkrieg und Apokalypse bedeutet hätte. Die Spaltungsfanatiker in Ost und West haben dieses tödliche Risiko für das deutsche Volk bewußt in Kauf genommen. Daß es nicht zum Schlimmsten kam, ist wahrscheinlich nicht deren politischer Weitsicht zu verdanken.

Zweierlei Maß, wenn es um die EG geht

Zudem ist folgendes augenfällig: Die Bundesrepublik zahlt seit Jahr und Tag riesige Summen in die EG-Kasse. Sie ist praktisch der einzige wirkliche Nettozahler der »Gemeinschaft«. Die EG stand schon mehrfach vor dem finanziellen Bankrott. Wer rettete sie vor der tatsächlichen oder vorgespielten Zahlungsunfähigkeit? Bonn!

Die gleichen Massenmedien, die nun den Schrecken vor den Kosten der deutschen Einheit entfachen, wären mitleidlos über jede Bundesregierung hergefallen, die beim jeweils erneuten Füllen der EG-Kasse durch den westdeutschen Steuerzahler auch nur den Anflug von schlechter Laune gezeigt hätte. Mit welcher Selbstverständlichkeit wurde schon während der Bundeskanzlerschaft Helmut Schmidts hingenommen, daß Bonn die damals fälligen EG-Beiträge Englands einfach zusätzlich selbst übernahm?

Kein Kommentar ist den Massenmedien die laufende Streichung der Schulden zahlreicher Empfängerländer der deutschen Entwicklungshilfe wert, ebenso die sich steigernden riesigen Kosten des anschwellenden Asylantenstroms oder die verlorenen Kredite an Polen von Anfang der achtziger Jahre. All dies muß man sich vor Augen halten, um die Infamie der jetzigen Hetzkampagne um den »Preis der deutschen Einheit« voll ermessen zu können.

Und in der Noch-»DDR«? Auch dort blieben die Massenmedien zum großen Teil in der Hand der alten Kräfte. Die SED-PDS mit Gysi versucht, einen frischgebakkenen DDR-Patriotismus gegen die deutsche Einheit auszuspielen. Wer durch das Land reist, kann sehen, wie auch jetzt noch sowjetische Truppen fast allgegenwärtig sind. Darauf ist wohl auch eine gewisse Vorsicht der Regierung de Maizière zurückzuführen.

Auch in Mitteldeutschland werden Vereinigungsängste geschürt, obwohl gerade von dort die bewundernswerte, schwungvolle und unblutige November-Revolution ausging. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wird hochgespielt. Dazu kommt die teilweise berechtigte Angst der Bauern vor den Folgen der EG-Politik.

Die SPD brachte es fertig, in beiden Teilstaaten mit entgegengesetzten Forderungen auf Stimmenfang zu gehen. Einerseits schürte sie im Westen Egoismus und Sozialneid im Hinblick auf die Vereinigung, andererseits stellte sie im Osten völlig überzogene Forderungen an Bonn, sprach von Sozialabbau und Vereinnahmung durch die Bundesrepublik.

Unsinn! Deutschland wurde 1945 von den Siegern aus Ost und West vereinnahmt. Die Einheit Deutschlands stellt nichts weiter dar als ein Stück Normalisierung. Es wäre dennoch völlig falsch, an dem Willen einer massiven Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung zur nationalen Einheit zu zweifeln.

Gysi und die Betonköpfe geben den Kampf nicht auf

Hinter der ständig wiederholten Phrase, die Wiedervereinigung vollziehe sich zu rasch, steckt in Wahrheit die kaum verhohlene Abneigung der Wortführer gegen die Einheit überhaupt. Waren 45 Jahre nicht genug?

Deutschland

Bonns politische Unreife

Was soll dann eigentlich durch weiteres Zögern und Abwarten besser werden? Die Schwierigkeiten können sich dadurch nur noch erheblich steigern. Billiger wird das Ganze durch Bremsmanöver ganz bestimmt nicht.

Steckt hinter der Parole »zu schnell« nicht die hinterhältige Hoffnung, bei den DDR-Deutschen doch noch das Gefühl der Eigenstaatlichkeit zum Tragen zu bringen, auf das die Herren Gysi und andere Betonköpfe nach wie vor setzen? Durch lautes Geschrei gegen die Folgen der Vereinigung soll von der Verantwortlichkeit der kommunistischen SED für die wirtschaftliche, ökologische und moralische Katastrophe der DDR abgelenkt werden. Es ist abartig, sich gegen die Einheit des eigenen Volkes zu stellen, und weil dies zum Beispiel die Grünen offen tun, ist ihre Politik nicht anders denn als pervers zu bezeichnen.

Sind die Deutschen dabei, ihre staatliche Einheit wieder einmal zu verstolpern? Wirkt sich ihre jahrhundertealte Tapsigkeit und Michelhaftigkeit in nationalpolitischen Fragen aufs Neue verhängnisvoll aus?

Es liegt an jedem Einzelnen von uns, durch ständiges Eintreten für dieses zentrale nationale Anliegen bei jeder Gelegenheit öffentlich und privat auf das politische Bewußtsein unseres Volkes hüben wie drüben positiv zu wirken. Kein Opfer darf uns hier zu groß sein.

Wir sollen »Europäer« werden

Wir Deutschen sollen Europäer werden. Diese Forderung wird lautstark bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit erhoben. Man fragt sich manchmal, ob wir eigentlich Rifkabylen, Feuerländer oder Südseeinsulaner sind. Seitdem es Deutsche gibt, sind sie immer Europäer gewesen, Zentraleuropäer sogar. Was soll also das Ganze?
Es wird ständig der Versuch gemacht, Deutschland und Europa in einen Gegensatz zu bringen, ein völliger Unsinn! Hier erhebt wieder der alte verhängnisvolle Antigermanismus sein düsteres Haupt. Die Vernichtung Deutschlands konnte und kann Europa immer nur Unglück bringen. Denn unser Land bildet die Mitte des Kontinents. Was haben die beiden Weltkriege, die gegen das Reich geführt wurden, gebracht? Von Finnland bis Portugal gibt es kein europäisches Land, das vorher nicht reicher, größer und bedeutender gewesen wäre.

Dies ist doch ganz klar. Zerstört man das Herz und das Zentrum irgendeines Objekts, so geht das Ganze zugrunde. Ebenso verhält es sich bei Europa. Nur die eingefleischten Antigermanisten wollen solches nicht wahrhaben.

Hinter der Formel, die Deutschen müßten Europäer werden, versteckt sich in Wahrheit die Absicht, einen souveränen deutschen Einheitsstaat gar nicht erst entstehen zu lassen. Er soll vielmehr gleich bei seiner Wiedergeburt in »Europa« aufgehen, das heißt unter der Regie einer anonymen Brüsseler Behörde stehen. Deutschland soll »eingebunden«, also gefesselt sein.

Nun ist aber der Plan eines europäischen Bundesstaates schon insofern ein Betrug, als England und Frankreich erklärtermaßen niemals auf die nationale Verfügungsgewalt über ihre Atomstreitkräfte verzichten werden. Somit kann es schon vom Militärischen her keine europäische Konföderation auf der Ebene der Gleichberechtigung geben.
Immerhin haben alle maßgebenden Außenmächte »grünes Licht« zur deutschen Miniver-einigung gegeben. Es ist dies ein bemerkenswertes und erfreuliches Faktum, und wir wären die Letzten, die diese Tatsache nicht dankbar anerkennen würden. □



Ostdeutschland

Verzicht heißt Nationalverrat

Alfred König

Der 21. Juni 1990 wird als einer der schwärzesten Tage in die Annalen der deutschen Geschichte eingehen. Dies war der Tag, an dem eine deutsche Regierung ohne jegliche Gegenleistung und ohne völkerrechtliche Grundlage mehr als 100.000 Quadratkilometer urdeutschen Landes an Polen verschenkte. Von den mehr als 500 Abgeordneten des Bundestages stimmten lediglich 15 der CDU und CSU gegen die Festschreibung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Besonders bedrückend ist auch, daß selbst fast alle Abgeordneten der CSU dem zustimmten und die Christsozialen auch im Bundesrat nicht gegen diesen Akt des Nationalverrats stimmten.

Es soll an dieser Stelle gar nicht auf die Wahlplakate aller Parteien oder die Reden von Politikern, wie etwa von der des SPD-Vorsitzenden Schumacher aus den fünfziger und sechziger Jahren eingegangen werden, auf denen diese selbst einen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete als Nationalverrat bezeichneten. Die Führung der Parteien hat sich geändert, und die »Enkel« können hierfür nicht ins Obligo genommen werden. Das ändert aber nichts an dem schändlichen Verhalten der etablierten Parteien.

Der Verzicht des Bundeskanzlers

Auf die Spitze trieb es aber der eigenen Aussage nach »konservativ« eingestellte Bundeskanzler. In seiner Rede sagte Kohl wörtlich: »Wir Deutsche sind ein Volk, und wir dürfen von unseren Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch – die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden – unterstützen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung uns Deutschen nicht allein gehört ... Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Wahl. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit.«

Hier bleiben zwei Dinge festzuhalten. Wie kann sich jemand erdreisten, davon zu reden »die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden«, wenn er gleichzeitig eine treibende Kraft beim Verzicht auf ein Viertel »unseres Vaterlandes« ist?

Zweitens, leben wir denn eigentlich in einer Bananenrepublik? Wo blieb der von einem deutsche Interessen vertretenden Bundeskanzler erwarten werden müssende Mut, sich vor die Weltöffentlichkeit hinzustellen und zu sagen »Wir verzichten nicht auf unsere Ostgebiete, gegebenenfalls sind wir aber im Interesse des weltweiten Entspannungsprozesses bereit, eine modifizierte Abtretung dieser Gebiete zu akzeptieren.«

Hierzu gab es aus Schlesien selber Vorschläge. Diese bauten in etwa auf den Äußerungen des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen (BdV), Koschyk, auf, der erklärt hatte, Ziel von Verhandlungen müsse es sein, in der Grenzfrage einen Ausgleich zu suchen.

Im Rahmen der wohl kaum noch aufzuhaltenden Schaffung eines geeinten Europas – wohingegen im Prinzip auch nichts einzuwenden ist, solange dies auf der Basis einer weitestgehenden Souveränität der jeweiligen Nationalstaaten geschieht und lediglich eine Öffnung und Einigkeit in untergeordneten Dingen bedeutet – sollte dabei unter gewissen Umständen durchaus auch die Oder-Neiße-Linie weiterhin als unanrührbare Demarkationslinie toleriert werden.

Im Gegenzug hätten die Polen dann den ostdeutschen Gebieten eine weitestgehende Souveränität oder sogar den Status einer Freihandelszone zusichern und den dort lebenden Deutschen und Deutschstämmigen den Beibehalt der deutschen Staatsbürgerschaft gewähren müssen.

Freihandelszone mit Souveränität

Deutsch hätte in diesen Gebieten als zweite Amtssprache anerkannt und die Freiheit der deutschen Kultur und Religionsausübung gewährleistet werden müssen. Enteignete Ländereien hätten zurückgegeben beziehungsweise falls dies aus humanitären Gründen nicht möglich gewesen wäre, durch vergleichbare Ländereien ersetzt werden müssen.

Die unbeschränkte Reise- und Zollfreiheit wäre eine weitere Voraussetzung gewesen, genauso wie die Offenlegung aller in polnischen Archiven aufbewahrten Unterlagen über die Konzentrationslager des Dritten Reiches, die sich auf polnischem Gebiet befanden. Auch dürfte es zu keinen weiteren »Kriegsverbrecherprozessen« kommen, sondern müßte 45 Jahre nach Kriegsende eine Amnestie durchgeführt werden.

Dies sind nur einige wenige Punkte, die einen wohl von allen Seiten tolerierbaren Ausgleich dargestellt hätten. Zwar wäre auch dies für alle wahrhaft national eingestellten Deutschen ein schmerzhafter Verzicht, aber angesichts der derzeitigen Realitäten wohl der beste erzielbare Kompromiß. Eine Wiedergabe erscheint derzeit als ausgeschlossen, und bevor man wie die Japaner bezüglich der okkupierten Kurilen-Inseln zwar beharrlich, aber erfolglos auf der Rückgabe beharrt, würde ein derartiger Schritt für die dort lebenden Deutschen wohl einen großen Schritt vorwärts bedeuten.

Doch dies ist nun vorbei. Selbst der von Kohl noch vor wenigen Monaten geforderte förmliche Verzicht Polens auf weitere Wiedergutmachungszahlungen war nun nicht mehr Gegenstand der Verzichtserklärung. Und wenn der CSU-Vorsitzende Waigel jetzt einen »umfassenden Freundschaftsvertrag« mit Polen will, so ist dies doch nur Augenwischerei. Denn wenn die Polen das ablehnen, kann die Bundesrepublik kaum noch ohne eine drastische Verhärtung der internationalen Lage aus ihrer Zusage heraus, die im übrigen vollkommen unnötig war, da ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hiervon nicht abhängig ist.

Immer neue Forderungen der Polen

Und die Polen denken gar nicht daran, von sich aus irgendwelche Verzichtserklärungen auszusprechen. Denn nur wenige Tage nach der vom Bundestag und von der Volkskammer festgeschriebenen Anerkennung der polnischen Westgrenze wurden neue Forderungen Polens bekannt. Hierzu wurde der Bundesregierung seitens der polnischen Regierung ein Vertragsentwurf zugesandt.

Danach soll die Oder-Neiße-Grenze sogar im Grundgesetz festgeschrieben werden. Außerdem soll das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Offenhalten der Grenzfrage bis zur Entscheidung durch den gesamtdeutschen Souverän als »juristische Aggression« für ungültig erklärt werden. Im Rahmen der außenpolitischen Zwei-plus-Vier-Verhandlungen müsse das Thema Polens unter Beteiligung der Warschauer Regierung erneut erörtert werden.

Doch damit nicht genug, stellt Polen auch noch jede Menge finanzielle Forderungen. Ähnlich dem Londoner Schuldenabkommen, das zu Beginn der fünfziger Jahre die junge Bundesrepublik von der Begleichung der Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches befreite, fordert Polen jetzt auch eine Streichung seiner Schulden bei deutschen Gläubigern. Dabei wurden Polen bis zum November des vergangenen Jahres bereits Leistungen, etwa durch das Zugeständnis, Zinszahlungen in wertlosen Zloty zu leisten, von 7,478 Milliarden Mark gegeben.

An künftigen Leistungen sind vorgesehen; Neue Hermes-Dekkungen von 2,5 Milliarden Mark bis zum 31. Dezember 1992, ein Beitrag zum sogenannten Stabilisierungsfonds – Kreditlinie bis zu einer halben Milliarde Mark, Zinszuschüsse von rund 100 Millionen Mark –, ein »Jumbo«-Kredit, der den Erlaß der Rückstände per 15. November 1989 vorsieht von etwa 760 Millionen Mark, die »Zlotysierung« künftiger Zahlungen in Höhe von 570 Millionen Mark und künftige Zinssubventionen, die bis 1991 nochmals 161 Millionen Mark ausmachen. Dazu kommt noch der Zinsvorteil für Polen beim vierten Umschuldungsabkommen, der bis 1997 nochmals mit rund 100 Millionen Mark anzusetzen ist.

Wiedergutmachung in Milliardenhöhe

Dies hindert die Polen aber nicht, weitere Wiedergutmachungszahlungen für Zwangsarbeiter in dreistelliger Milliardenhöhe zu fordern. Ganz im Gegenteil, man plant staatlicherseits sogar die in Frage kommenden Personen beim Gang vor deutsche Gerichte zu unterstützen.

Und obwohl Helmut Kohl in seiner Rede das den Polen während des Zweiten Weltkriegs seitens deutscher Truppen zugefügte unermeßliche Leid beklagte – die in den Augusttagen 1939 von Polen durchgeführten Anschläge und Morde sowie den Bromberger Blutsonntag aber wohlweislich »vergaß«, hat bis heute kein polnisches Regierungsmitglied sich für die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen – von Bundespräsident Weizsäcker verniedlichend als »erzwungene Wanderschaft« –, von denen zwei Millionen starben, entschuldigt, so wie es etwa der tschechische Präsident Havel für sein Land getan hat.

Vielmehr ist der Deutschenhaß in Polen nach wie vor sehr groß. So erklärten beispielsweise bei einer Umfrage unter Schülern von drei Warschauer Schulen nur vier von 135 Viertkläßlern, sie hätten freundschaftliche Gefühle gegenüber dem deutschen Volk. Die Hälfte der Befragten fand ihre westlichen Nachbarn vielmehr grausam, niederträchtig und blutrünstig.

Unvergessen sind auch die Sätze Walesas in einem Interview mit der niederländischen Zeitschrift »Elsevier« im April dieses Jahres. Dort sagte der Gewerkschaftsführer, daß er allen Grund habe, sich wegen der deutschen Vereinigung Sorgen zu machen. Und dann wörtlich: »Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland unpopulär macht. Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige Technologie, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.«
Kein Wort der Distanzierung hierzu von der polnischen Regierung. Erst nach immer lauter werdenden Kritik sah sich Walesa Mitte Juni das erste Mal veranlaßt, in der polnischen Gewerkschaftszeitung »Gazeta Wyborcza« von einer angeblichen »Wortverdrehung« zu sprechen. Eine Richtigstellung erfolgte jedoch nicht. Erst Mitte Juni erklärte Walesa dann einer deutschen Zeitung, er hätte dies niemals so gesagt, vielmehr sei er ein Freund der Deutschen. Komisch, warum hat er dann nicht direkt im April von sich aus das Interview dementiert?

Angesichts dieses Deutschenhasses, der sich unter anderem auch in rassistischen Wandschmierereien ausdrückte, ist das kein Wunder, daß die allermeisten der in ihrer Heimat gebliebenen Ostdeutschen die Festschreibung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ablehnen. Kaum ein Brief, der von Verwandten aus diesen Gebieten in der Bundesrepublik eingeht, in dem nicht derartiges geschrieben steht.

Und genau dieses ist noch die einzige winzige Chance, den Nationalverrat der Bundesregierung vielleicht doch noch abzuwenden. Völkerrechtlich kann nämlich eine Abtretung von Teilen eines Landes nicht ohne Befragung der dort lebenden Bürger erfolgen. Und da durch das Bundesverfassungsgericht höchstrichterlich den Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937 festgestellt und durch zahlreiche Erklärungen der vier Siegermächte völkerrechtlich bestätigt wurde und damit nicht nur die Bundesregierung, sondern auch eine »gesamtdeutsche« Regierung nach der Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR bindet, müßte die Festschreibung der Oder-Neiße-Linie vom Bundesverfassungsgericht eigentlich aufgehoben werden. □

Deutschland-Journal

NS-Vergangenheit weiter lebendig

45 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus ist noch immer kein Ende der Aufarbeitung der NS-Zeit zu sehen. So verabschiedete der Innenausschuß des Bundestags jetzt eine Entschließung zur Entschädigung von NS-Opfern. In dem gemeinsam verabschiedeten Papier, bei dessen Abstimmung sich nur die Grünen der Stimme enthielten, heißt es, daß in der Regel schuldloses Fristversäumnis unterstellt werden soll, wenn Betroffene gesetzliche Antragsfristen versäumen. Im Ausnahmefall sollen auch dann Leistungen nach den Härterichtlinien gewährt werden, wenn bereits früher Entschädigungen gezahlt worden sind, es sich dabei jedoch um ausgesprochene Bagatellbeträge handelte. Die Abgeordneten treten dafür ein, daß Sonderleistungen, wie beispielsweise Kranken- oder Blindenhilfe, nicht mit eingerechnet werden, wenn das Einkommen eines Antragstellers berechnet wird, um das Vorliegen einer wirtschaftlichen Notlage festzustellen.

Weiter sieht der Entschließungsantrag vor, daß, wenn nur die formellen Verfahrensvoraussetzungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) nicht erfüllt sind, ein Antragsteller aber einen verfolgungsbedingten Gesundheitsschaden erlitten hat, im Einzelfällen dennoch einmalige oder laufende Leistungen innerhalb eines Jahres, nachdem erkannt worden ist, daß der Gesundheitsschaden auf die Verfolgung zurückzuführen ist, geltend gemacht werden.

Der Innenausschuß diskutierte auf dieser Sitzung, ob der Unterausschuß »Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts« aufgelöst werden soll. Auf Wunsch von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion wurde die Entscheidung jedoch bis zum Ende der Sommerpause zurückgestellt. Die Unionsabgeordneten warnten dabei vor der öffentlichen Wirkung einer Auflösung dieses Gremiums. Im übrigen dürfte nicht verkannt werden, daß der Unterausschuß erhebliche Fortschritte bei der Opferentschädigung erreicht habe. Sie erinnerten beispielsweise daran, daß erreicht worden sei, daß 100 Mark monatlich an Zwangssterilisierte gezahlt werden. □

Verrat deutscher Wissenschaftler an Deutschland

Daß militärischer Verrat einer der Hauptgründe für die Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg war, ist schon lange bekannt. Wie sehr aber auch deutsche Wissenschaftler hieran mitgewirkt haben, wurde jetzt durch einen Leserbrief von Max Himmelheber in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« deutlich.

Der Diplomingenieur wandte sich in seinem Brief gegen lautgewordene Vorwürfe, daß deutsche Physiker, insbesondere Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, sich entgegen anderslautender eigener Erklärungen sehr wohl für den Bau einer deutschen Atombombe eingesetzt hätten. Himmelheber will »durch eine besondere Verkettung von Umständen« im Besitz von Urkunden sein, die genau das Gegenteil beweisen.

Danach soll Weizsäcker ihm bei einem Besuch um die Jahreswende 1943 auf 1944 gesagt haben: »Wir haben das Zündholz gefunden.« Gemeint war die Möglichkeit des Baus der Atombombe. Gleichzeitig teilte er Himmelheber mit, daß die führenden Physiker des deutschen Reichs »von einer hohen mit Rüstungsaufgaben betreuten Stelle« zur Berichterstattung befohlen worden seien. Himmelheber wörtlich:

»Der engste Kreis der Atomphysiker um Hahn und seine Entdekkung habe sich auf Grund der erhaltenen Einladung vor der Sitzung getroffen, und dabei sei allgemein die Erwartung geäußert worden, man werde sie fragen, ob sie eine Atomwaffe bauen könnten... Von Weizsäcker sagte mir, der Kreis sei sich einig gewesen, daß eine so furchtbare Waffe unter keinen Umständen in die Welt gelangen dürfe und daß es ihre Pflicht sei, aus ethnischen Erwägungen jede Mitarbeit daran zu verweigern. Da aber eine solche Weigerung nicht einfach ausgesprochen werden konnte, weil sie als Sabotage und gegebenenfalls als Hochverrat behandelt würde, berichtet mir Weizsäcker, daß der versammelte Kreis sich dahin abgesprochen hätte, die Möglickeit des Baues einer Bombe zwar nicht grundsätzlich zu verneinen, aber den Bau im Hinblick auf die Kriegslage als zeitlich nicht realisierbar zu bezeichnen. Dafür wären mindestens zehn Jahre Entwicklungszeit erforderlich. Dagegen sähen sie die Möglichkeit, noch innerhalb des Krieges einen ›Atommotor‹ zu bauen, mit dem ein Schiff, auch ein U-Boot, zu jedem beliebigen Punkt der Ozeane fahren und, ohne Brennstoff nachzubunkern, wieder zurückkehren könne.«

Wie Himmelheber weiter schreibt, sollen die deutschen Wissenschaftler aber bei ihrem Lehrer, dem in Kopenhagen lebenden Niels Bohr, versucht haben, daß dieser auf die amerikanischen Physiker einwirke, damit auch diese den Bau der Atombombe herauszögerten. Da man sich aber nur verklausuliert in dieser Richtung äußern konnte, habe Bohr gedacht, man wolle ihn über den Stand der Atombombenforschung in den USA aushorchen. □

Bonn sorgt sich um Kolumbien

Als ob es angesichts der Entwicklung in der DDR sowie der sich immer mehr zuspitzenden Lage in der Sowjetunion für das deutsche Volk nichts wichtigeres gibt, macht sich die Bundesregierung nun auch noch um Kolumbien Sorgen. So hatten nun angebliche Sachverständige aus Kolumbien die Gelegenheit, vor dem »Bundestags-Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses« über die Lage in dem südamerikanischen Staat zu berichten. Danach ist die kolumbianische Regierung an der »zerrütteten und kriegsähnlichen Situation« in ihrem Land mitverantwortlich, da sie eine Straflosigkeit der Verbrechen zuläßt. So jedenfalls diese Experten, die allesamt aus dem linken Lager kommen, so etwa aus dem Gewerkschaftsdachverband, amnesty international und Kirchenorganisationen, wie etwa der »Deutschen Kommission Justitia et Pax« sowie Jesuiten.

So sagte zum Beispiel der Rechtsprofessor an der Universität Externado in Bogotá, Umana Mendoza, daß der Hauptakteur durch Handeln und durch Unterlassen der kolumbianische Staat sei, und nicht der Drogenhandel, wie die Regierung sage. Teile der Öffentlichkeit – wahrscheinlich ausschließlich der linken – sprächen sogar von einem »Staatsterrorismus«. Besonders verfolgt würden Landarbeiter, arme Bauern, Führer von Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Menschenrechtsorganisationen und soziale Bewegungen.

Nachdem nun mit Chile ein weiteres freiheitliches Land vom Westen auf den Weg in den Sozialismus getrieben wurde – vorher war dies bereits mit El Salvador, Nicaragua und Argentinien geschehen – wird diese »Lösung« nun auch für Kolumbien vorbereitet. Die Argumente gleichen sich fast bis auf das Wort. □

Kein Waldsterben durch Luftverschmutzung

Das Waldsterben wird entgegen anderslautender Meinungsmache wahrscheinlich nicht durch die Luftverschmutzung ausgelöst. Dieses ist das Ergebnis einer fünfjährigen Forschungsarbeit von Wissenschaftlern der Universität München. Mit Hilfe hochkomplizierter Elektronik wurde die Reaktion zweier Fichtenzweige in der Krone des Baumes getestet. Während der eine Zweig normaler Umgebungsluft ausgesetzt wurde, wuchs der andere in einer Atmosphäre aus schadstofffreier Luft weiter. Es waren jedoch kaum Unterschiede im Wachstumsverhalten feststellbar.

So kam dann der Projektleiter, Professor Werner Koch, zu folgendem Ergebnis: »Ein direkter Einfluß schadstoffhaltiger Umgebungsluft auf das Wachstum der Fichten ist in unseren Breiten nicht nachweisbar ... Der Einfluß der Luftverschmutzung auf das Baumwachstum wird überschätzt. Für andere Organismen und auch den Menschen ist die viel gefährlicher als für Fichten.« Eine mögliche Ursache für Waldschäden sieht Koch in der Fehlsteuerung der Spaltöffnung der Nadeln, über die Nadelbäume ihren Wasserhaushalt regeln. Klimatische Veränderungen, falsche Bewirtschaftung, zu hohe Walddichte und zunehmende Besucherzahlen der Waldgebiete hätten zu den Schäden »in jedem Fall« nicht beigetragen.

CODE hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach berichtet, daß die Luftverschmutzung nicht der Grund für das Waldsterben sein kann, sondern vielmehr die zunehmende künstlich erzeugte Strahlung besonders von Mikrowellen. Damit ist aber auch die Einführung eines Katalysators in Autos unnütz. Damit entpuppt sich eine weitere Kampagne von Hintermänner; den großen Reibach macht nur das Platinkartell der Rothschilds. □

Wehner half bei stalinistischen Säuberungen

Schwere Vorwürfe gegen den früheren Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat der DDR-Historiker Peter Kahle erhoben. Wie in der kürzlich erschienenen Ausgabe der »Beiträge zur Erforschung der Arbeiterbewegung«, die vom Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung herausgegeben werden, berichtet wird, soll Wehner bei den stalinistischen Säuberungen, denen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mehr als 1.000 deutsche Kommunisten zum Opfer fielen, mitgewirkt haben.

Kahle verweist auf ihm vorliegende Kopien von Listen von solchen Opfern: »Eine Liste vom 9. Januar 1939 trägt dabei die Unterschriften von Pieck, Florin, Dengel, Kunert und Funk (Wehner), eine weitere, datiert auf den 21. Juni 1938, wurde unterzeichnet von Pieck, Ulbricht, Wehner und Florin.« Wehner war in der Zeit seines Moskauer »Exils« unter dem Namen Herbert Funk Mitarbeiter der Deutschland-Abteilung der Komintern.

Gegen die genannten Personen, die im besten Fall nur aus der Partei ausgestoßen wurden, seien drei Kategorien von »Anschuldigungen« ausgesprochen worden, schreibt Kahle weiter: »Beteiligung an einer Diversions- und Terrororganisation und Spionage« sowie »Beteiligung an einer rechtstrotzkistischen Terrororganisation« oder einfach »konterrevolutionäre Tätigkeit«. Die Verhaftungen seien größtenteils durch das NKWD vorgenommen worden, die Urteile seien auf Beschluß einer Sondersitzung oder durch das Militärkollegium beim Obersten Gericht der Sowjetunion gefällt worden. □

Deutsche Sprache in der EG benachteiligt

Was beim »Otto Normalverbraucher« bekannt ist, haben jetzt auch der Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und der Auswärtige Ausschuß endlich offiziell zur Kenntnis genommen: Obwohl die deutsche Sprache in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft gleichberechtigte Amts- und Arbeitssprache ist, entspricht die tatsächliche Praxis weitgehend nicht dieser Regelung. Zu diesem Ergebnis kommt die Bundesregierung in ihrem »Bericht über die Integration der Bundesrepublik in die Europäischen Gemeinschaften zwischen dem 1. April und 31.Dezember 1989 (11/6855)«. Leider ist nicht bekannt, was dieser Binsenwahrheits-Bericht den deutschen Steuerzahler gekostet hat, denn schließlich ist jedem an Politik Interessierten dies spätestens nach der englischen Beantwortung von NATO-Generalsekretär Wörner eines in Deutsch abgefaßten Briefes eines Bundestagsabgeordneten bekannt. □

Genscher für Friedensnobelpreis vorgeschlagen

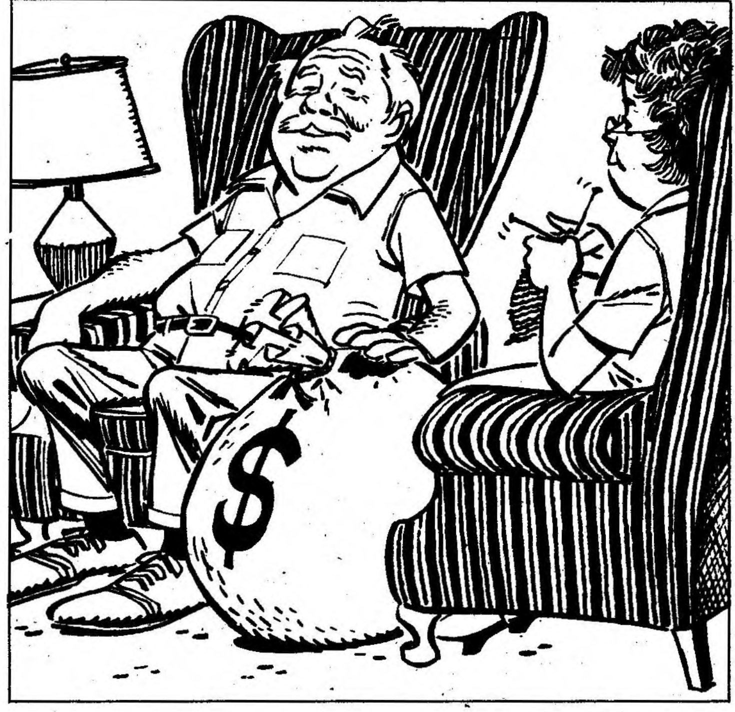
Die FDP hat dem norwegischen Nobel-Komitee vorgeschlagen, den nächsten Friedensnobelpreis an den bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu vergeben. Als Grund wurde angegeben, Genscher habe beständig den Weg zur Aussöhnung zwischen Ost und West verfolgt. Auch sei es dem früheren FDP-Chef in »hervorragender Weise« gelungen, die außenpolitischen Geschicke Deutschlands so zu lenken, daß die von Deutschland vor 1945 angegriffenen Völker zum deutschen Volk wieder Vertrauen fassen konnten. □

Finanzhilfen für Hadamar-Gedenkstätte

Finanzielle Hilfen für die »Gedenkstätte Hadamar für die Opfer der NS-Euthanasie-Verbrechen« hat die Bundesfraktion der Grünen gefordert. Hierfür sollen aus dem Bundeshaushalt für dieses Jahr 500.000 Mark und für die kommenden Jahre jeweils eine Million Mrk zur Verfügung gestellt werden. Aus der Sicht der linksradikalen Partei ist das Bewußtsein für die NS-Euthanasie-Verbrechen in der Bundesrepublik »wenig verankert«. Die Gedenkstätte in Hadamar habe deshalb überregionale Bedeutung und müsse nationale Aufgaben erfüllen. Wie zu erfahren war, sollen viele Abgeordnete der anderen Parteien diese Forderung der Grünen unterstützen. □

Entwicklungshilfe-Etat steigt überdurchschnittlich

Der Etat des Entwicklungshilfeministeriums wird 1991 trotz der Finanzierungsprobleme der Vereinigung mit der DDR und höherer EG-Zahlungen überdurchschnittlich um 5,6 Prozent auf 7,65 Milliarden Mark steigen. Man wolle die Hilfe für die Entwicklungsländer wegen der Verpflichtungen für die DDR und Osteuropa nicht vernachlässigen, begründet Entwicklungshilfeminister Warnke diese Steigerung. Der Zuwachs werde allerdings hauptsächlich für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen, wie die deutschen Zahlungen innerhalb des Lomé-Abkommens und für die Internationale Entwicklungsorganisation IDA, benötigt. □



Demokratie oder Theokratie

Alfred König

Es gibt wohl keinen national eingestellten Deutschen, der die seit dem 9. Oktober des vergangenen Jahres eingesetzten Änderungen in der DDR nicht begrüßt. Endlich gab es wieder Hoffnung, daß sich im gesamten West- und Mitteldeutschland nach nahezu 45 Jahren Stalinismus in der DDR wieder eine starke nationale Bewegung herausbildet. Dieses hat sich aber leider nicht erfüllt. Vielmehr hat sich die DDR fast zu einer Art Theokratie entwickelt. Die Kirchenleute haben wichtige Regierungsposten besetzt und steuern das Schiff in einer Weise, wie es jeder volkstreue Deutsche nur ablehnen kann.

Wie stark alleine der Einfluß der Evangelischen Kirche ist, läßt sich aus folgenden Zahlen leicht erkennen. So haben bei den am 8. Mai stattgefundenen Kommunalwahlen der DDR 42 Prozent aller Pfarrerinnen und Pfarrer der Pommerschen Evangelischen Kirche ein politisches Mandat erhalten. Ein Extremfall war dabei der Kirchenkreis Pasewalk, in dem elf von 14 Pfarrerinnen und Pfarrer politische Mandate erhielten. Und dies ist nur ein kleines Gebiet der DDR. Andere Zahlen, speziell aber auch über die Erfolge der katholischen Kirche, wurden aber (bewußt?) nicht bekanntgegeben.

Linke Politik gegen Volkswille

Und der Einfluß der Kirche auf die Regierungspolitik ist bereits beachtlich. So waren zum Beispiel Außenminister Meckel (SPD), Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann (DA) und Entwicklungshilfeminister Ebeling (Ex-DSU) vor ihrer Ministertätigkeit Pfarrer. Die Ausländerbeauftragte der DDR, Almuth Berger, ist ebenfalls Theologin. Alleine dieser Auszug zeigt, daß wohl in keinem Staat der Erde, den Vatikan jetzt einmal ausgenommen, die Kirche einen derart hohen Einfluß auf die Regierungspolitik hat wie in der DDR. Und dieser Einfluß wirkt sich entgegen dem Volkswillen in einer immer weiter nach links abdriftenden Politik aus.

So gibt es nach Ansicht Meckels in der DDR-Bevölkerung erhebliche Bedenken, ja sogar eine »große Aversion«, gegen das westliche Bündnis, die NATO. Natürlich nicht in der Art, das sich Deutschland richtigerweise hin zu einer Neutralität entwikkeln solle, sondern derart, daß die Leute in der DDR für ein auch die UdSSR umfassendes Bündnis seien. Desweiteren forderte der Außenminister die Reduzierung der deutschen Armee auf 300.000 Personen bei gleichzeitiger Abschaffung aller Atomwaffen. Es ist aber nicht bekannt, daß Meckel gleichzeitig auch einen Abzug der sowjetischen Atomwaffen fordert.

Eine noch ominösere Rolle spielt Eppelmann. So sagte dieser beispielsweise noch im Juli, gesamtdeutsche Wahlen würden »nicht eilen«, da er sich die Vollendung der Einheit »etwa 1992« vorstelle. Ebenfalls im Juli machte Eppelmann den zu der äußersten linken Ecke zählenden SPDler Egon Bahr zum »Berater der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR«. Dazu paßt auch, daß sich der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, der Eppelmann seit dem wegen Stasi-Mitarbeit erzwungenen Rücktritt des früheren Vorsitzenden Schnur ist, für gemeinsame deutsch-polnische Brigaden stark machte und damit quasi dem Wunsch Polens auf Militärpräsenz in der DDR guthieß.

Absolution für die Funktionäre

Nach Ansicht Eppelmanns soll die stark linkslastige NVA auch in der Zukunft 100.000 Mann stark sein, deren Hauptaufgabe »die Gewährleistung des militärischen Schutzes des Hoheitsgebiets der DDR unter allen Bedingungen« sein soll. Der Abrüstungs- und Verteidigungsminister ist ferner der Meinung, daß der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR schon allein aus technischen Gründen mehrere Jahre erfordern wird. Nach Ansicht bundesdeutscher Experten wäre der Abzug aber durchaus auch in wenigen Monaten zu bewerkstelligen.

Die Ausländerbeauftragte des Ost-Berliner Magistrats, Anette Kahane, sprach neulich von einem »katastrophalen Bewußtseinstand« der DDR-Bewohner gegenüber Ausländern. Sie schloß damit nahtlos an entsprechende Äußerungen Almuth Bergers an. Danach würden in der DDR »täglich« Ausländer »einfach so« auf der Straße angegriffen und zusammengeschlagen. Besonders betroffen seien angeblich Schwarze, Vietnamesen und Zigeuner.

Doch es sind nicht nur die Kirchenvertreter in der DDR-Regierung, die einen mit dem Kopf schütteln lassen. Mehr als dubios erscheint vor allem die Rolle, die DDR-Innenminister Diestel (CDU) und DDR-Ministerpräsident und Ost-CDU-Chef Lothar de Maizière spielen.

Diestel, der ebenso wie Ebeling wegen angeblich zu großer Rechtslastigkeit aus der DSU ausgetreten ist, hat es dabei geschafft, in kürzester Zeit in nahezu jedes vorhandene Fettnäpfchen zu treten. Nicht nur, daß er trotz von ihm ausgegebener anderer Verlautbarungen noch immer sehr viele Stasi-Offiziere, also führende Leute dieser Verbrecherorganisation, im öffentlichen Dienst beließ und sogar den früheren Geheimdienstchef Wolf zu seinem Berater machen wollte, erlaubte er nun auch Richtern, Staatsanwälten und Beamten, ihre Personalakten durchzugehen und sie belastende Stellen zu entfernen. Man kann dies auch als eine selbst erteilte Absolution bezeichnen.

CDU eine Linkspartei?

Aus der DSU trat er aus, weil er unter anderem das abweichende Votum von sechs DSU-Abgeordneten zur Abtretung Ostdeutschlands an Polen nicht hinnehmen könnte. Weiter sagte er: »Sie wissen, daß Professor Walther (der jetzige DSU-Chef; der Verfasser) vor einiger Zeit noch die Ausdehnung der DSU auf die Bundesrepublik betrieben hat, in der Absicht, dort den rechtsradikalen Abschaum um sich zu sammeln.« Dies hinderte Diestel damals aber nicht, in der DSU solange opportunistisch den Mund zu halten, bis er für ein Ministeramt nominiert wurde. Vorher hatte man nämlich von ihm noch keinerlei Kritik an einer angeblichen Rechtslastigkeit der DSU gehört.

Lothar de Maizière hat jetzt mehr oder minder offen erklärt, die gesamtdeutsche CDU auf einen Standpunkt Mitte-links treiben zu wollen. Folgendes muß dabei beachtet werden. Nach der Verschmelzung der sogenannten Ost-CDU mit der West-CDU und der vielleicht Einverleibung von Splittergruppen, wie etwa dem Demokratischen Aufbruch, in die dann gesamtdeutsche CDU, stellen die Ost-Mitglieder – um mal bei dieser Diktion zu bleiben – etwa ein Drittel aller CDU-Mitglieder. Und der 50jährige de Maizière wird immer einflußreicher. So soll dieser bei der für Oktober vorgesehenen Vereinigung beider CDUs einziger stellvertretender Bundesvorsitzender werden, also unmittelbar hinter Parteichef Kohl kommen. Nach der dann geltenden neuen Satzung werden die jetzigen stellvertretenden Parteivorsitzenden dann nur noch nicht mehr so einflußreiche Präsidiums Mitglieder sein.

Wie jetzt zu erfahren war, möchte der ehemalige Berliner Kultursenator Volker Hassemer, der derzeit die DDR-Regierung berät, mit Hilfe der Ost-CDU den Kurs der gesamtdeutschen CDU korrigieren. □



Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

Vierter deutscher Nachkriegsteilstaat, 1981 als Bundesstaat im Vertriebenenstand (Exilstaat) gegründet; amtliches Kürzel: VLDO, amtlicher Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Länder.

Deutsche Männer und Frauen! Liebe ostdeutsche Landsleute!

Die deutschen Nachkriegsteilstaaten RÖ (von 1945) sowie BRD und DDR (von jeweils 1949) vertreten nicht das Deutsche Reich, handeln nur für ihr eigenes Teilstaatsgebiet und betrachten sich untereinander überwiegend als Ausland. Für alle drei sind die ostdeutschen Reichsgebiete ausnahmslos Ausland.

Deshalb hat die Nationalversammlung des Deutschen Ostens als Volksvertretung der ostdeutschen Reichsgebiete anläßlich ihrer 5. Tagung am 23.05.1981 die Gründung des ostdeutschen Exilstaates beschlossen und zugleich die **Notverfassung** dieses 4. deutschen Nachkriegsteilstaates verabschiedet. Art. 6 Abs. 2 der Notverfassung lautet: *Das Grundgesetz der Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich ist die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 08. 1919 (Weimarer Verfassung – WRV –, RGBl. S. 1383 ff.).*

Das Deutsche Volk hat auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 30. 11. 1918 (Reichswahlgesetz, RGBl. S. 1345 ff.) seine verfassunggebende Nationalversammlung am 19. 01. 1919 gewählt. Dieser ist ein im Auftrage der Reichsregierung durch Innenstaatssekretär Dr. Hugo Preuß geschaffener erster amtlicher Entwurf in Weimar vorgelegt worden. Nach Beratungen und Entwurfsänderungen ist die **Reichsverfassung** schließlich in dritter Lesung am 31. 07. beschlossen, am 11. 08. 1919 durch Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet und drei Tage später im Reichsgesetzblatt verkündet worden.

Diese Reichsverfassung ist durch das Staatsvolk des Deutschen Reiches zu keiner Zeit in verfassungsgemäßer Weise (Art. 76 WRV) aufgehoben oder durch eine andere ersetzt worden. Daher ist die

Weimarer Reichsverfassung jetzt 70 Jahre in Kraft!

Dieser Rechtstatsache ehrend zu gedenken, sollte Aufgabe aller volks- und reichstreuen Deutschen sein! Doch leider schweigt die Mehrheit unseres großen, durch Wohlstand oft gleichgültig gewordenen Volkes.

Dagegen besteht Anlaß zur Trauer und zur Scham, daß im selben Jahr 1989 das westdeutsche **Grundgesetz** und damit der westdeutsche Sieger-Protektoratsstaat bereits 40 Jahre besteht. Für die Schaffung der BRD-Quasiverfassung, des Grundgesetzes, und damit eines neuen Staates (noch nie dagewesenen Namens) bestand nach 1945 überhaupt kein Rechtsgrund und schon gar nicht ein Volksauftrag. Die 1945 absichtlich herbeigeführte und bis heute fortbestehende Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches beruht ausschließlich darauf, daß Kriegssiegerstaaten die Regierung Dönitz des kriegsunterlegenen Reiches verhafteten und nicht etwa durch Deutsche nach deutschem Recht (Art. 4, 102 ff. WRV) in rechtsstaatlicher Weise aburteilen ließen, sondern erst nach eigens dafür im nachhinein aufgestelltem Siegerrecht durch Richter ihrer Staaten verurteilten, ohne sich selbst nach eben diesem Recht für ihr früheres wie späteres staatsmännisches Tun und Lassen jemals vor einem eigen- oder fremdstaatlichen Gericht zu verantworten. Grundgesetz und BRD sind nur dadurch zustandegekommen, daß Kriegssiegerstaaten unter augenfälliger Mißachtung geschriebenen Völkerrechts (u. a. Art. 43 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung) es ausdrücklich so für Gebietsteile des besiegten Kriegsgegners wünschten und sich diesen Vorstellungen ergebene Deutsche, darunter frühere Hoch- und Landesverräter, zur Verfügung stellten.

Ebenso wie RÖ und DDR sind daher auch die aufgedrängte BRD samt ihrem Grundgesetz nicht nur unzweifelhaft **völkerrechtswidrig**, sondern auch **staatsrechtswidrig** entstanden, weil beides mit deutschem Reichsverfassungsrecht (auch dem vor 1933!) schlechthin unvereinbar ist. Obwohl solches Unrecht offenkundig ist, hat sich darüber schon in den 50er Jahren das westdeutsche Bundesverfassungsgericht, gleichsam in eigener Sache, polemisch hinweggesetzt, indem es das durch die Besatzungsmächte den Deutschen gesetzte Siegerrecht zur Grund- und Ausgangslage des „neuen" deutschen Staats- und Verfassungsrechtes erklärte (so in BVerfGE 2,250).

Da verwundert es auch nicht, wenngleich es, besonders auf staatspolitischem Gebiet, für den **sittlichen Tiefstand in den Sieger-Protektoraten** bezeichnend ist, daß Erzieher und andere vom Solde der BRD oder deren Länder abhängige Bedienstete einschlägiger Fachgebiete oft lieber schweigen oder windfahnengleich eine ihren Dienstherren erwünschte staatspolitische Wahrheit vertreten und der Jugend lehren, um so weder Beförderungen noch (Beamten-)Anstellung samt Dienstbezügen zu gefährden.

Wahrheit und Recht mögen sich zwar für lange Zeit verfälschen oder totschweigen lassen, doch sicher nicht für immer! Ostdeutsche Heimat, Glück auf! Es lebe unser Vaterland, das Deutsche Reich!

Augsburg, Krefeld, Ellwangen / Jagst, Hamburg, Seelze / Hannover, Santiago de Chile, den 11. August 1989 (Reichsverfassungstag)

RA Konrad Hoffmann
Präsident der Nationalversammlung des Deutschen Ostens
Verfassungsgemäß amtierender Staatspräsident

Dr. Friedrich-Wilhelm Paetzold **Otto Körner**
Stellvertretende Präsidenten der Nationalversammlung des Deutschen Ostens

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Breitkopf
Staatskanzler
Staatsrat für Inneres

RA Siegfried Unnasch
Staatsrat für Äußeres

Prof. Dr. Siegfried Erber
Sonderbotschafter für
außereuropäische Angelegenheiten

Jeder Deutsche erhält gegen Fundstellen-Angabe obigen Aufrufes und Übersendung von DM 5,00 in BRD-Briefmarken (oder in Geldscheinen beliebiger Währung) an die **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)**, öffentlichrechtliche Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechtes, Maximilianstraße 14 in D-8900 Augsburg, eine ausführliche Auskunft über die rechtlichen und politischen Grundlagen des ostdeutschen Exilstaates. Im übrigen wenden sich der GDO angehörende und die schwierige exilstaatliche Arbeit in notverfassungsgemäßer Weise selbsttätig unterstützen wollende Deutsche an die **Ostdeutsche Staatskanzlei**, Louise-Schroeder-Straße 17 (Dipl.-Ing. Breitkopf) in D-2000 Hamburg 50.

Rockefeller-Clan

Die Drug-Story

Hans Ruesch

In den dreißiger Jahren gab Morris A. Bealle, ehemaliger Stadtredakteur der alten »Washington Times and Herald« in Maryland, ein Provinzblatt heraus, in dem jede Woche eine Anzeige von einer Viertelseite erschien, die das ortsansässige Elektrizitätswerk in Auftrag gegeben hatte. Dieser große Kunde nahm Bealle eine schwere Sorge ab, wenn die Rechnungen fällig wurden. Doch eines Tages ergriff die Zeitung für einen ihrer Leser Partei, der sich über die Elektrizitätsgesellschaft beschwert hatte. Die Ausgabe war erst seit wenigen Stunden verteilt, als das Telefon klingelte. Wenn er noch einmal so »aus der Reihe tanzte«, so drohte man ihm, würde das die sofortige Kündigung des Anzeigenvertrages zur Folge haben wie auch des Vertrages der Gas- und Telefongesellschaft. Das öffnete Bealle die Augen über das Wesen der »freien Presse«, und er beschloß, aus dem Zeitungsgeschäft auszusteigen.

Bealle benutzte seine Berufserfahrung »im Lande der Freien und in der Heimat der Tapferen« dazu, einmal gründliche Nachforschungen über die Situation der Pressefreiheit anzustellen, und verfaßte ein glänzendes Exposé »The Super Drug Story«. Als kein Verleger dieses Buch veröffentlichen wollte, gründete er 1949 seinen eigenen Verlag. Doch obwohl die »Drug Story« eine der wichtigsten amerikanischen Veröffentlichungen ist, hatten die großen Buchhandlungen sie niemals am Lager, und sie wurde in keiner der Zeitungen besprochen. Bealle blieben fast alle Möglichkeiten, für sein Buch zu werben, verschlossen. Er starb vor einigen Jahren. Die folgenden, leicht gekürzten Auszüge aus seiner »Drug Story« machen deutlich, warum seine Eröffnungen von den herrschenden Mächten erbarmungslos angefeindet wurden und immer noch werden:

Vor dreißig Jahren zeigte sich die Standard Oil Company von den Methoden der Schweineverarbeitungsfabriken sehr beeindruckt, die alle Teile des Tieres nutzten, verarbeiteten und verkauften, außer seinem Quieken. Ihre Marktforscher stöberten in der Vergangenheit bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, als der »Alte Bill« Rockefeller, der reisende Papa von John D. – dem ersten –, ein Schausteller und Verkäufer von Patentmedizin, den Bauern Rohöl als Heilmittel gegen Krebs aufschwatzte.

John D. Rockefeller sen. war dafür bekannt, niemals einen Cent aus der Hand zu geben, wenn er ihn nicht mit Profit zurückkommen sah.

Der »Alte Bill« nannte sein abgefülltes Rohöl Nujol – was neues Öl heißt – und verkaufte es Krebskranken und solchen, denen er Angst einjagen konnte, daß sie demnächst Krebs bekommen würden. Das gefiel den Marktforschern von Standard Oil ausnehmend gut. Der Apotheker bezahlt nämlich ungefähr 21 Cents für eine Flasche Nujol, die der Standard Oil selbst einen halben Cent kostet. Anstatt es zum Heilmittel gegen Krebs zu erklären, pries die Gesellschaft nun seine Wirkung gegen Verstopfung.

Was den Marktforschern gefiel

Schon bald nachdem das neue Nujol auf den Markt gebracht worden war, stellten die Ärzte seine Schädlichkeit fest. Es entzog dem Körper fettlösliche Vitamine und verursachte so ernste Mangelerscheinungen. Die folgenden Absatzeinbußen dämmte Standard Oil ein, indem es dem Nujol Karotin zusetzte und behauptete, die Mängel seien damit behoben. Die Ärzte waren anderer Meinung.

In den Jahren vor seinem Tod ließ sich Senator Royal S. Copeland aus New York in seinen Büroräumen im Senate Office Building in Washington auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler ein Mikrophon aufstellen und pflegte das fettige Produkt von dort für 75.000 Dollar im Jahr anzupreisen. Heute wird Nujol von der Stanco Inc. hergestellt, die Moodys-Handbuch als eine der vielen Tochtergesellschaften der Standard Oil aufführt.

Wie das amerikanische Arzneimittelkartell durch einen Zusammenschluß mit seinen deutschen Kollegen von der Chemie in Deutschland zustande kam, ist fast eine Geschichte für sich. Als Hitler sein Tausendjähriges Reich plante, ahnten die deutschen Machthaber noch nicht, daß Amerikas Politiker ihre akute Beschäftigungskrise dadurch lösen würden, daß sie uns in den Zweiten Weltkrieg treiben würden, um abermals Englands Haut und Rockefellers Öl zu retten. Aber sie wollten auf Nummer Sicher gehen.

In Deutschland besaß das Chemiekartell, die IG Farbenindustrie, das Monopol für alle chemischen Produkte, die im Lande hergestellt wurden. Nun schloß sich die deutsche IG mit der amerikanischen Standard Oil zusammen, um wichtige Patente zu kontrollieren.

Als es daher im Jahre 1939 immer deutlicher wurde, daß Deutschland in den USA bald unbeliebt sein würde, half Standard Oil Hitlers Reich, seine amerikanischen Unternehmensgruppen im Bereich Arzneimittel und Chemikalien zu tarnen. Man bildete eine amerikanische IG, und Standard Oil übernahm 15 Prozent des Aktienkapitals des neuen deutsch-amerikanischen chemischen Kartells. Unter den Direktoren dieser Tarngesellschaft befanden sich Walter Teagle (Präsident der Standard Oil Company), Paul Warburg (ein Strohmann von Roosevelt-Rockefeller) und Edsel Ford.

Bei einer späteren Untersuchung durch die Securities & Exchange Commission leugnete Teagle, daß die 500.000 Anteile an der neuen Gesellschaft, die auf seinen Namen ausgestellt waren, ihm gehörten, und behauptete, er hätte nur seinen Namen für ei-

nen anderen Besitzer hergegeben. Als er in der Senatsanhörung gefragt wurde, wer »andere« sei, antwortete er, er habe keine Ahnung, obgleich er unter Eid stand. Alle außer ihm wußten allerdings, daß es entweder einer aus der Rockefeller-Sippe oder die Standard Oil war.

Für den Umsatz von Arzneimitteln

Kurz nach dem Angriff auf Pearl Harbor beschloß die amerikanische IG Farben, ihre deutsche Herkunft und ihre Sympathien für Deutschland mit Hilfe der Standard Oil zu tarnen. Nachdem sie eine unbekannte Zahl von Anteilen von etlichen großen amerikanischen Gesellschaften gekauft hatte, zu denen Schering & Co. Monsanto Chemical, Dow Chemical, Standard Oil New Jersey, Standard Oil Indiana, Standard Oil California und die Du-Pont Company gehörten, änderte sie ihren Namen in General Aniline & Film Corporation. Sie übernahm auch die gesamte in Privatbesitz befindliche Hoffmann-La Roche Company.

Als die amerikanischen Infanteristen in Deutschland einmarschierten und die Industriestadt Frankfurt erreichten, staunten sie nicht schlecht. Die meisten Gebäude und die riesigen Fabrikanlagen der deutschen IG Farben Chemieweke waren unversehrt geblieben. Jede andere größere Industrieanlage der Stadt dagegen war von amerikanischen Fliegern gezielt angeflogen und zerstört worden.

Die Schering Drug Inc., die größte Holding unter den 68 Tochtergesellschaften des Rockefeller Arzneimittel-Imperiums und seine Drehscheibe, wies im Jahr 1961 einen Betriebsgewinn von 23.463.719 Dollar nach Abzug der Steuern aus, bei Nettoaktiva von 43.108.106 Dollar – das bedeutet einen Gewinn von 54 Prozent. Squibb, auch eine von Rockefeller kontrollierte Gesellschaft, erzielte 1945 nicht 6 Prozent, sondern 576 Prozent auf den derzeitigen Wert ihres Eigentums.

Das geschah in der herrlichen Kriegszeit, als das Army Surgeon General's Office und das Navy Bureau of Medicine and Surgery den Profit des Arzneimittelkartells nicht nur förderte, sondern seine Gifte buchstäblich mit über 200 Millionen Spritzen in die Blutbahn der Soldaten, Matrosen und der Mariner »schossen«.

Ist es da ein Wunder, daß die Rokkefeller und ihre Strohmänner in der Nahrungs- und Arzneimittelbehörde (FDA), im Amerikanischen öffentlichen Gesundheitsdienst, in der staatlichen Handelskommission, im Better Business Bureau, im Army Medical Corps und Navy Bureau und dazu Tausende von Gesundheitsbehörden im ganzen Land sich verbündeten, um alle Heilmethoden zu verbannen, die den Konsum von Arzneimitteln senken könnten?

Der letzte Jahresbericht der Rokkefeller Stiftung führt die Zuschüsse auf, die sie Universitäten und staatlichen Dienststellen in den vergangenen 44 Jahren zukommen ließ; sie erreichen eine Summe von etwas über einer halben Milliarde Dollar. Solche Lehrinstitute bringen ihren Studenten natürlich alle Arzneimittelfolklore bei, die die Pharmaunternehmen des Hauses Rockefeller wünschen. Sonst gibt es keine Spenden mehr; es gibt ja auch keine für die etwa dreißig amerikanischen Lehrstätten, die keine Arzneimittel progapieren.

Ein Netz über die ganze Welt

Und während Rockefeller diese riesigen Summen an die Hochschulen »verschenkte«, die dann für seine Arzneimittel Reklame machen müssen, spannten die Interessen des Mammutkonzerns allmählich ein Netz über die ganze Welt, das niemand mehr ganz übersehen kann. Bereits vor dreißig Jahren hatte es einen solchen Umfang, daß Bealle schrieb:

Seit langem haben die Rockefeller-Interessen das ausgedehnteste Industrieimperium geschaffen, das der menschliche Geist jemals konzipiert hat. Standard Oil ist bekanntlich das Fundament dieses Werkes, auf dem alle anderen Unternehmungen fußen. Die Geschichte von Old John D. als dem bedenkenlosesten Industrieräuber, der jemals die Landstraßen unsicher machte, ist wohlbekannt.

Der Eckpfeiler dieses Mammutimperiums ist die Chase Manhattan Bank. Den Rockefellers gehört das größte Kombinat von Heilmittelherstellern auf der Welt, und sie üben durch ihren weitverzweigten Einfluß Druck aus, um den Absatz von Medikamenten zu fördern. Dabei ist es dem Kartell völlig gleichgültig, daß die meisten der im Handel befindlichen Mittel gesundheitsschädlich sind.

Da die Rockefeller Konzerne soviel zu verkaufen hatten, war es für die Rockefeller Stiftung von zwingender Logik – die Natur des Menschen und seine Geldgier sind nun mal so – sich zu einem Werkzeug zu entwickeln, das die Medizinstudenten »erzieht«, das heißt, zu übermäßigem Konsum von Medikamenten verleitet.

Die Rockefeller Stiftung wurde erstmals 1904 ins Leben gerufen und General Education Found genannt. Eine Organisation mit Namen Rockefeller Foundation, die die Stiftung angeblich ergänzen sollte, kam im Jahre 1910 dazu, und man bemühte sich vor dem Kongreß um ihre gesetzliche Anerkennung.

Doch Senator Nelson aus Colorado roch den Braten, denn die Rockefellerschen Plünderungen der Kohlenminen von Colorado stanken allen anständigen Bürgern des Staates noch in der Nase. Als er auf die Tatsache hinwies, daß die vorgeschlagene Stiftung über eine Million Dollar für Propagandazwecke verfüge, sorgte Präsident Taft dafür, daß die Genehmigung vom Kongreß nicht erteilt wurde.

Drei Jahre lang belagerten die Lobbyisten Rockefellers die gesetzgebende Versammlung, um die offizielle Anerkennung der Stiftung und damit offizielles Ansehen zu erlangen, aber der Kongreß lehnte immer wieder ab.

Erziehung der Öffentlichkeit

Endlich gaben sie die Hoffnung auf und taten das nächstbeste. Am 14. Mai 1913 brachten sie die New Yorker gesetzgebende Versammlung dazu, die Stiftung gesetzlich anzuerkennen, wobei der damalige New Yorker Senator Robert Wagner ihnen gute Dienste leistete. Mit Rockefeller-Geld und politischen Einfluß wurde dieser in Deutschland geborene Ideologe später Senator der Vereinigten Staaten. Auf diese Weise war der Boden für die »Erziehung« der amerikanischen Öffentlichkeit vorbereitet, die das Ziel hatte, eine arzneiabhängige Bevölkerung zu schaffen, schon bei Kindern mit Hilfe der Schulen, dann bei Erwachsenen durch direkte Reklame, und endlich durch den Einfluß der Medien, die ihrerseits von ihren Einkünften aus der Werbung abhängig waren.

Dabei wurde die Wahrheit über Wege zur Heilung ohne Medikamente weitgehend unterdrückt oder für diese Zwecke entstellt. Die Arzneimittel-Ideologie kann man nur predigen, wenn man lehrt, daß die Natur nicht wußte, was sie tat, als sie den menschlichen Körper schuf. Doch Statistiken des »Childrens Bureau of the Federal Security Agency« zeigen, daß seit dem entschlossenen Vorstoß des Arzneimittelkartells auf den menschlichen Organismus mit Medikamenten, Impfstoffen und Seren die Gesundheit der Amerikaner sich entschieden verschlechtert hat, besonders die der Kinder. Jetzt bekommen sie »eine Spritze« für dies und »eine Spritze« für das, während der einzige Schutz, den die Wissenschaft kennt, reines Blut ist, das wiederum allein durch reine Luft und eine vernünftige Ernährung erhalten werden kann. Das heißt durch einfache Mittel, die nicht viel kosten. Und dagegen hat das Arzneimittelkartell am meisten einzuwenden.

Die Organisation des Arzneimittelkartells vergißt auch die Hochschulen nicht und gibt sich die größte Mühe, Roboter zu produzieren, die im Interesse des Rokkefeller Imperiums einer Gehirnwäsche unterzogen werden. 1959, als Bealle einen weiteren Bericht herausgab, war Henry M. Wriston der Strohmann-Präsident des Council on Foreign Relations und der wahre Präsident der Brown Universität; Robert G. Sproul war Präsident der Universität in Kalifornien – um nur ein paar von denen zu nennen, die sich alle – wie heute ihre Nachfolger – verpflichtet hatten, Claude Bernards groteske Doktrin über die Tierversuche immer noch zu unterstützen, die im letzten Jahrhundert als einzige und definitive Lösung aller medizini-

Rockefeller-Clan

Die Drug-Story

schen »Probleme« galt. Durch diese Art von Pseudoforschung aber werden die Probleme nur vermehrt und verschlimmert, was dem Arzneimittelkartell einen ständigen Gewinnzuwachs sichert.

Vielleicht kann man den Präsidenten einer Hochschule nicht dafür tadeln, daß er riesige Spenden für »Bildungszwecke« annimmt. Andererseits wären gescheite oder ehrliche Hochschulpräsidenten durchaus in der Lage gewesen, die Kehrseite der guten Gaben eines John D. Rockefeller zu erkennen, zumal er bekannt dafür war, niemals einen Cent aus der Hand zu geben, wenn er ihn nicht mit Profit zurückkommen sah. Sie hätten leicht herausfinden können, daß die Rockefeller Stiftung Hochschulen ohne pharmazeutische Fakultät niemals einen Dollar spendete, obwohl deren Absolventen jeden Tag Heilungen vollbringen, die die Unsinn schwätzende Medizin niemals für möglich hielte.

Chemische Gifte als Heilmittel

Wahrscheinlich würden die Hochschulpräsidenten, wenn sie den Dingen auf den Grund gingen, entdecken, daß die Rockefeller Stiftung den übertriebenen Konsum von Medikamenten fördert, während sie vorgibt, philanthrophische Ziele zu verfolgen, und daß das Rockefeller Institut in New York, das schon 1948 über ein Kapital von 50 Millionen Dollar verfügen durfte – heute natürlich über viel mehr – zum Arzneimittelkartell gehört, dessen phantastische Gewinne zusammen mit den steigenden Kosten für die aktiv geförderte »Gesundheitspflege« in schwindelnde Höhen klettern und so das wirtschaftliche Defizit des Landes ständig weiter aufblähen.

Wie konnte es zu solchen Zuständen kommen?

Nachdem Franklin Delano Roosevelts erster Vorstoß in die Politik ursprünglich durch Rockefeller finanziert worden war, wurde es unvermeidlich, daß Roosevelt dem Rockefeller-Imperium die Leitung einiger seiner wichtigsten staatlichen Stellen übertragen würde, als er ins Weiße Haus einzog, und zwar solche, die Rokkefellers Interessen dienten. Daher ist es nicht überraschend, daß die erste wichtige Schutzmaßnahme der Roosevelt-Administration die amerikanischen und deutschen Farbentrusts (Rockefeller-IG-Farben) betraf.

Dazu Bealle: Der Vollständigkeit halber möchten wir hinzufügen, daß kurz bevor die Hoover-Krise Roosevelt ins Weiße Haus brachte, auch die Hoover-Administration sich schuldig machte, einen riesigen Arzneimittelkonzern zu decken, der für den Tod von über 5000 Menschen verantwortlich war, die einen Extrakt aus Jamaica Ingwer, dem irrtümlicherweise ein chemisches Gift beigegeben war, zu sich genommen hatten. Offenbar hat also die Rockefeller (Roosevelt)-Administration ganz einfach die Praktiken der Mellon(Hoover)-Administration fortgesetzt. Jedoch wurden in der Roosevelt-Ära dem Rockefeller Trust ein halbes Dutzend Dienststellen zugeschlagen, mit denen er nach Belieben verfahren konnte. Eine davon war die Federal Food and Drug Administration (FDA).

Bealles Bericht ist einige Jahre alt. Wie steht es nun heute um die FDA? Lesen wir, was ein mutiger praktischer Arzt, Dr. Keith Alan Lasko, darüber 1980 in seinem Buch »The Great Billion Dollar Medical Swindle« zu sagen hat: »Warum reagierte die FDA so heftig und so schnell gegen Zyklamat und Sacharin, beides Stoffe, die niemals mit einem einzigen Fall von Tumorbildung bei Menschen in Verbindung gebracht weden konnten? Warum tut die FDA dagegen überhaupt nichts gegen das Rauchen, das jedes Jahr 100.000 Amerikaner ins Grab bringt? Der Grund liegt auf der Hand. Die Tabakindustrie ist ein Milliarden-Dollar-Riese. Die Hersteller von Zyklamat und Sacharin waren kleine Unternehmen. Wie leicht ist es doch für die Regierung, den kleinen Mann zu zertrampeln und wie schwer fällt es ihr, die Öffentlichkeit zu schützen, wenn große Geldinteressen auf dem Spiel stehen – zum Beispiel die Zuckerlobby oder die Tabakindustrie.«
Einer der jüngsten Häretiker ist Dr. Robert S. Mendelsohn, ein Chigagoer Pädiator, der von der Großmacht Medizin als Quacksalber, Idiot, Fanatiker und Exzentriker beschimpft wird, trotz seiner hervorragenden Qualifikationen; er praktiziert und lehrt seit mehr als fünfundzwanzig Jahren an der Universität Chicago Medizin, ist Vorsitzender der Kommission der Medizinischen Fakultät für die Abnahme von Staatsexamen und Gewinner zahlreicher Auszeichnungen für hervorragende Leistungen in der Medizin und der medizinischen Lehrtätigkeit. Aber er hat den Zorn der Ärztemacht durch die Veröffentlichung eines Bestsellers erregt, mit dem Titel »Geständnisse eines abtrünnigen Mediziners«. Darin spricht er alles aus, was die Medico-Arzneimittelclique gerne im Verborgenen ließe. Und zwar, unter vielen anderen: Im allgemeinen sollte man Ärzten so wenig trauen wie den Verkäufern von Gebrauchtwagen.

Die Rechtsgläubigen von morgen

Die jährlichen Check-Ups – die goldenen Eier der medizinischen Gans – sind unnötig, und führen nur dazu, daß man sich nach einer Diagnose, die auf skandalös unpräzisen Labortests beruht, ganz scheußlich fühlt, zumal man daraufhin mit Medikamenten vollgestopft wird, die mehr schaden als nützen.

Er warnt auch vor den jährlichen routinemäßigen Durchleuchtungen, die schädlich und nicht schlüssig sind. Die Meinungen der Radiologen gehen weit auseinander, wenn sie dasselbe Röntgenbild interpretieren, und 31 Prozent von ihnen kommen sogar zu einer anderen Ansicht, wenn sie, ohne es zu wissen, dasselbe Bild ein zweites Mal betrachten.

Er meint, wenn man keine Prostituierte oder eine Frau mit besonders zahlreichen sexuellen Partnern ist, sollte man auch auf den jährlichen Abstrich verzichten, und er bestätigte, daß die moderne Medizin weder eine Kunst noch eine Wissenschaft ist, sondern »ein vergöttertes religiöses Idol, das mehr tötet als rettet«.

Er meint, daß einfache Untersuchungen wie Blutbild und Urinanalysen, Tuberkulin-Tests und Lungendurchleuchtungen so widersprüchlich und schwer zu deuten sind, daß ihr Nutzen fraglich ist. Schlimmer noch, sie bringen einen in Kontakt mit Krankenhäusern und Ärzten den sichersten Überträgern gefährlicher Krankheitserreger.

»Ich glaube nicht an die moderne Medizin

Dr. Mendelsohn behauptet: Es gibt Bazillen in den Krankenhäusern, die man nirgends sonst aufschnappen kann. Und die schlimmsten Überträger von Krankheiten sind die Ärzte. Ich gestehe, daß ich einst an die Bestrahlung der Rachenmandeln, der Lymphknoten und der Thymusdrüse glaubte. Ich glaubte meinen Professoren, als sie sagten, unsere Dosierung sei absolut harmlos. Doch die »absolut harmlosen Bestrahlungen«, die wir säten, brachten ein oder zwei Jahrzehnte später eine Ernte von Schilddrüsentumoren.

Ich glaube nicht mehr an die moderne Medizin. Ich glaube, daß die größte Gefahr für die Gesundheit ein Arzt ist, der die moderne Medizin praktiziert. Trauen Sie Ihrem Arzt nicht. Gehen Sie, wenn er Ihnen ein Medikament verschreibt, von der Voraussetzung aus, daß es gefährlich ist. Es gibt kein unbedenkliches Medikament.

Der modernen Medizin ist es gelungen, uns glauben zu machen, medizinische Vorsorge wäre mit Gesundheit gleichzusetzen. Es ist diese Gleichstellung, die die potentielle Macht besitzt, unseren Körper, unsere Familie, unsere Gesundheit und unsere Welt zu zerstören.

Wenn Sie schwanger sind, geht der Arzt mit Ihnen um, als wären Sie leidend. Ein Kind zu bekommen ist für ihn eine neunmonatige Krankheit, die behandelt werden muß. Also wird man Sie an den Tropf hängen und den Fötus vom Monitor überwachen lassen. Hinzu kommt die völlig unnötige operative Erweiterung der Vagina, und eineBatterie von Medikamenten. Der Höhepunkt dieser Fließbandproduktion ist dann die Geburt durch den Kaiserschnitt.

Ich glaube, daß mehr als 90 Prozent der modernen Medizin vom Angesicht der Erde verschwin-

den könnten – Ärzte, Krankenhäuser, Medikamente und Apparaturen, und die Wirkung auf unsere Gesundheit wäre sofort spürbar positiv.

Dr. Mendelsohns letzte Behauptung ist bemerkenswert, aber nicht weil sie neu, sondern weil sie alt ist. Dr. Oliver Wendell Holmes, der berühmte Professor der Medizin in Harvard und Vater des nicht minder berühmten namensgleichen Richters am Obersten Gerichtshof hat vor mehr als einem Jahrhundert einen ganz ähnlichen Ausspruch getan:

»Ich bin überzeugt, daß die ganze materia medica auf den Böden des Meeres versenkt werden könnte. Das wäre viel besser für die Menschheit und desto schlimmer für die Fische.«

Man fragt sich, warum die Stimmen von O. W. Holmes und die von tausend anderen ehrlichen Ärzten damals wie heute von der überwältigenden Mehrheit der Menschen nicht gehört werden? Weil sie systematisch vom organisierten Geschrei der Großmacht Medizin übertönt werden. In unseren Tagen wird diese Gewaltherrschaft noch durch das Chemiesyndikat verstärkt, dessen einziges Ziel es ist, dem arglosen Herdenmenschen die lukrativen Therapien und gefährlichen Arzneien anzudrehen, mit denen das Kombinat ein Vermögen verdient.

Das Netz der philanthropischen Stiftung

Ein Bollwerk der unsichtbaren Regierung Amerikas ist das Netz der sogenannten philanthropischen Stiftungen, die nicht nur die öffentliche Meinung beeinflussen und die »Erziehungspolitik« bestimmen, sondern in Wirklichkeit das ganze Land beherrschen.

Ferdinand Lundberg schreibt in seinem Buch »America's Sixty Families«, daß viele von denen, die als Menschenfreunde verehrt werden, weil sie Stiftungen ins Leben riefen, in der Praxis niemals Liebe zum Menschen gezeigt haben. Sollte zum Beispiel der verstorbene Henry Ford I. jemals in seinem Leben irgendeine philanthropische Neigung gezeigt haben, so ist sie all seinen Biographen entgangen, die viel mehr von einer ausdrücklich entgegengesetzten Veranlagung des großen Gönners zu berichten wußten.

Ford, sagt Lundberg, liebte seinen Nächsten so wenig wie jeder gewöhnliche Mensch, und trotzdem rief er die größte einzelne Stiftung ins Leben, die es je gegeben hatte. Später wurde diese von seinen Geschäftspartnern, den Rockefellers, in den Schatten gestellt, die ein ganzes Netz von allmählich so zahlreichen Stiftungen schufen, daß eine genaue Aufzählung heute selbst den gründlichsten Nachforschungen widersteht.

Wen begünstigt nun eine solche Stiftung? Rockefellers größte Stiftung war der General Education Board, der das amerikanische Volk zu einem übertriebenen Konsum von Arzneimitteln erzog, die ihm, durch das Hirngespinst der Tierversuche angeblich auf ihre Unbedenklichkeit und Wirksamkeit geprüft, aufgeschwätzt wurden.

Im Jahre 1901 hatte Rockefeller das Rockefeller Institut für Medizinische Forschung in New York gegründet, und als es endlich als wohltätige Einrichtung vom Staat New York anerkannt worden war, verlieh er dieser Stiftung besondere und umfassende Privilegien, die ihr unter anderem gestatteten, »solche Bildungsprojekte im Bereich ihrer korporativen Bestimmung zu fördern, die sie für sinnvoll hält«.

Damit hatte sich die Gesetzgebung völlig den Launen eines einzelnen ausgeliefert; denn Rockefeller übte über alle Unternehmen, an denen er beteiligt war, einschließlich und besonders über seine angeblich »philanthropischen« Stiftungen, immer diktatorische Macht aus.

Professor Lundberg schreibt: »Ob beabsichtigt oder nicht, die Rockefeller Stiftung dienen dazu, das Standard Oil Imperium, das auf Beschluß des Obersten Gerichtshofs 1911 aufgelöst werden sollte, am Leben und unter Familienkontrolle zu halten.«

Rockefellers umfangreiche »Bildungsprogramme« erwiesen sich von Anfang an als so gewinnbringend, daß sein Sohn, J. D. R. Junior, im Jahre 1927 den International Education Board als seine eigene wohltätige Institution ins Leben rief. Als Startkapital setzte er 21 Millionen Dollar ein, die mit allen wie üblich daran geknüpften Bedingungen großzügig an ausländische Universitäten, Medizinschulen und Politikern verteilt wurden.

Die unsichtbare Regierung

Der Bildungsfonds ging gleich daran, das »neue« Rockefeller Image als Wohltäter der Menschheit mit den dazugehörigen Geschäftspraktiken zu exportieren. Niemand klärte die Nutznießer dieser Wohltätigkeit allerdings darüber auf, daß jeder Cent, den Rockefeller scheinbar aus dem Fenster warf, mit erheblichen Zinsen durch die Vordertür wieder hereinkam.

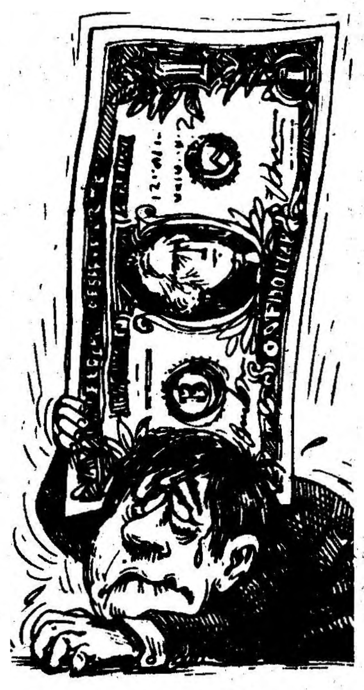
Rockefeller hatte sich immer für den Orient interessiert, von Japan bis Indien, aber seine besondere Aufmerksamkeit galt China, wo Standard Oil fast der einzige Petroleumlieferant war. Daher stellte er Geld bereit, um das China Medical Board zu gründen und das Peking Union Medical College zu bauen, wobei er die Rolle des großen weißen Vaters spielte, der gekommen ist, um sein Wissen über seine geringen Schützlinge auszuschütten. Bis zum Jahre 1952 hatte die Stiftung 45 Millionen Dollar investiert mit dem Ziel, die chinesische Medizin, Wissenschaft und Bildung zu »verwestlichen«. Aber wenn sie von der Großzügigkeit Rockefellers profitieren wollten, so wurden den chinesischen medizinischen Hochschulen nahegelegt, sollten sie 500 Millionen Chinesen davon überzeugen, die altbewährten aber billigen Kräutermittel ihrer »Barfußärzte« in die Mülltonne zu werfen, und statt dessen nur noch die teuren kanzerogenen und teratogenen »Wundermittel« made in USA zu kaufen, die überdies noch ständig durch neue ersetzt werden mußten, sobald ihre ernsten Nebenwirkungen nicht mehr vertuscht werden konnten.

Und wenn sie die Wirksamkeit ihrer traditionellen Therapien, wie etwa der Akupunktur, durch Tierversuche auf breiter Ebene nicht »nachzuweisen« vermochten, konnte natürlich auch ihr »wissenschaftlicher Wert« nicht anerkannt werden. Die über Jahrhunderte bezeugten Heilungen der östlichen Medizin berührten die Hexenmeister aus dem Westen überhaupt nicht, denn sie waren alle nicht durch vorangegangene Tierversuche untermauert.

Als aber die Kommunisten in China die Macht ergriffen und es nicht mehr möglich war, dort Waren zu verkaufen, verloren die Rockefellers plötzlich alles Interesse an der Gesundheit des chinesischen Volkes und wandten ihre Aufmerksamkeit vermehrt Japan, Indien und Lateinamerika zu.

Über die Macht dieser unsichtbaren Regierung schrieb der Historiker Ferdinand Lundberg in »Die Reichen und die Superreichen«: »Fast jedes große Problem, mit dem die Menschheit gegenwärtig zu kämpfen hat, läßt sich direkt zu den Regierungen der Großmächte, einschließlich der USA von 1914 bis 1918 zurückverfolgen und bis zu den führenden Vermögensverwaltern, die sich unerschütterlich hinter sie stellten. Sie produzierten unter anderem den totalitären Kommunismus als natürliche Folge dieser Situation.« □

Der vorstehende Beitrag ist dem Buch von Hans Ruesch mit dem Titel »Die Pharma-Story – Der große Schwindel«, erschienen im Hirthammer-Verlag, Frankfurter Ring 246, D-8000 München 40, entnommen.



Bilderberg-Gruppe

Bush wird mitspielen

James P. Tucker

Die Bilderberg-Gruppe übt beträchtlichen Druck auf den amerikanischen Präsidenten George Bush aus, die Steuern in den Vereinigten Staaten zu erhöhen. Die Gruppe ist zuversichtlich, daß Bush mitziehen wird, wenn auch mit vielem Wenn und Aber bei seinen öffentlichen Erklärungen. Die anderen westeuropäischen Staaten werden dann dem amerikanischen Beispiel folgen.

Teilnehmer an der diesjährigen Jahresversammlung der Bilderberger, die unter bewaffneter Bewachung im weit abgelegenen eleganten Harrison Center auf Long Island, New York, tagten, brachten ihre Zuversicht darüber zum Ausdruck, daß die amerikanischen Steuerzahler und danach die europäischen und natürlich auch die deutschen bald in der einen oder anderen Form höhere Steuerlasten tragen werden.

Natürlich war Kissinger dabei

Von dem Augenblick an, als sie am 9. Mai dieses Jahres, einen Tag vor dem offiziellen Beginn ihrer dreitägigen Geheimsitzung, zusammentraten, sprachen die Teilnehmer nur noch von der Notwendigkeit, die Steuern zu erhöhen, um »das Defizit zu verringern«.

Der amerikanische Vizepräsident Dan Quayle mußte sich auch allerlei Propagandareden über notwendige Steuererhöhungen anhören, als er am 11. Mai zu seiner allerersten Sitzung mit diesem Flügel der Welt-Schattenregierung zusammentraf.

Als wir ihn baten das zu bestätigen, was wir bereits von mehreren Bilderberg-Teilnehmern gehört hatten, antwortete Henry Kissinger ausweichend: »Es steht jedem frei, das Thema anzuschneiden«. Und das taten sie auch.
Unsere Mitarbeiter drangen zu drei verschiedenen Zeitpunkten in das Harrison Conference Center ein, und das Gerede von der Steuererhöhung nahm kein Ende. Die Bilderberger schreiben sich das Verdienst dafür zu, daß Bush kürzlich sein Einverständnis zu erkennen gab als dieser sagte: »Es wird alles auf dem Tisch liegen«, wenn das Weiße Haus und die führenden Persönlichkeiten des amerikanischen Kongresses am 15. Mai, zwei Tage nach Beendigung der Bilderberg-Sitzung, zu einem »Gipfeltreffen« zusammentreten.

US-Präsident George Bush steht unter dem Druck der Abspra-che-Gremien, die Steuern in den USA zu erhöhen.

Die Rüstung muß weitergehen

Man sprach auch darüber, wie die Vereinigten Staaten auf dem Wirtschaftsgipfel der sieben führenden Industrieländer im Juni »bestraft« werden. Dort soll das amerikanische Haushaltsdefizit für alle Weltwirtschaftsprobleme verantwortlich gemacht werden; und Rufe nach Steuererhöhungen sollen der Kernpunkt der internationalen Forderungen an die Vereinigten Statten und Westeuropa sein.

Teilnehmer an der Bilderberg-Konferenz sprachen auch zuversichtlich davon, daß der amerikanische Präsident bei seinem Gipfelgespräch mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow auf Beibehaltung der kostspieligen Atomraketen und der ungeheuer lukrativen strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) oder »Krieg der Sterne« bestehen wird.

Wie ihre Schwestergruppe, die Trilaterale Kommission, hat auch die Bilderberg-Gruppe die Sache der Umweltverseuchung aufgegriffen. Diejenigen, die in einen nach Milliarden zählenden Wohlstand hineingeboren wurden, dank ihrer Ahnen, die mit ihren Öl- und Schornsteinindustrien die Umwelt vergewaltigten, machten sich jetzt den Umwelt-Bericht der Trilateralen zu eigen, der in der Beseitigung des dadurch verursachten Schlamassels einen gewaltigen Profit verspricht.

Der Stabschef des Weißen Hauses, John Sununu, der sich offen und freimütig gegen die Ausgabe von Milliarden an Steuer-Dollar für überseeische Umweltschutzprojekte stellt, wurde zu seiner allerersten Bilderberg-Sitzung geladen, und zwar zu dem ausdrücklichen Zweck, ihn unter Druck zu setzen, damit er seine Einstellung ändert.

Eine Vorladung durch Trilaterale

Der Sprecher des Weißen Hauses, Tom Foley, der Anfang April an der Sitzung der Trilateralen Kommission in Washington teilnahm, wurde ebenfalls wegen der Besprechung über die Strategie zur Steuererhöhung zur Bilderberg-Sitzung eingeladen.

Die Bilderberger treten stark für eine dramatische Erhöhung der amerikanischen Einkommensteuer ein, erkennen aber die »politischen Schwierigkeiten«, mit denen es Bush, der als Mitglied der Trilateralen Kommission einer der ihren ist, zu tun haben wird.

George wird die Sache meistern

»George wird die Sache mit der Umwelt schon bewerkstellen – er muß sich jetzt noch um des rechten Flügels willen ein wenig zieren«, sagte ein grauhaariger Bilderberg-Teilnehmer im Harrison Conference Center.

»Ob nun das Geld über die Weltbank oder anderswo herkommt, die Vereinigten Staaten und die anderen Staaten werden ihren Beitrag zur weltweiten Säuberung der Umwelt leisten müssen.«

Man stimmte darin überein, daß »Dick« mit »uns« mitziehen wird, wenn es darum geht, soviel wie möglich für SDI-Langstrekkenraketen herauszuschinden. Sie bezogen sich hierbei auf den amerikanischen Verteidigungsminister Richard Cheney, der der Trilateralen Kommission entsprechende Zusagen gemacht habe.

»Und er wird seine Soldaten in Europa halten – soviele wie er kann«, kommentierte der dunkelhaarige Mann.

»Wegen eines Weltkrieges für die Umwelt wird George eine ziemli-

che Effekthascherei betreiben müssen, um zu erreichen, daß die USA gerade jetzt soviel Geld dafür ausgeben können«, sagte ein Teilnehmer, »und Sie wissen warum, nicht wahr?«

»Ja, er wird die Steuern auf irgendeine Weise erhöhen – also etwas tun was wir schon seit langer Zeit fordern«. »Er wird deswegen genug Probleme mit den Rechten haben. Das haben wir schon gehört.«

Als wir noch einmal in die Bilderberg-Sitzung eindrangen, fiel uns eine weggeworfene Notiz eines Teilnehmers an einen anderen in die Hände. Sie besagte: »Wir müssen darauf drängen, daß die Steuern erhöht werden.«

Die Notiz wurde unverzüglich von Bilderberg-Wachen beschlagnahmt. In Gesprächen unter sich nahmen Mitglieder der Bilderberg-Gruppe auch das Verdienst dafür in Anspruch, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) am 8. Mai – einen Tag bevor die geheimen Manipulierer mit ihrer Sitzung begannen – die Beitragsquoten seiner Mitgliederstaaten um 50 Prozent erhöht hat.

Diesen internationalen Finanziers, Bankern, politischen Führungspersönlichkeiten und Leitern von multinationalen Firmen gehört der IWF schon seit Jahren.

Auf ihrer Sitzung im Jahre 1983 in der Nähe von Montreal, rangen sie der Reagan-Regierung ein Versprechen über 50 Milliarden Dollar ab, die über seine vermutlich achtjährige Amtszeit hinweg ausgezahlt werden sollten. Dies wurde uns von Pierre Trudeau, dem damaligen Premierminister Kanadas, auf dem späteren Wirtschaftsgipfel in Williamsburg, Virginia, bestätigt. Im Laufe der Jahre kam Reagan seiner diesbezüglichen Verpflichtung nach.

Sie werden 12 Milliarden Dollar ausspucken müssen

Wenn die Erhöhung der IWF-Quoten von den einzelnen Regierungen ratifiziert wird, ein Verfahren das sich über Monate hinziehen wird, dann müssen die Vereinigten Staaten 20 Prozent, oder 12 Milliarden Dollar zahlen. Die 151 anderen Mitgliederstaaten bestreiten das übrige und gegen dabei im Vergleich Pfennige für jeden amerikanischen Dollar aus.

Daß die Bilderberger nun auch die Umwelt entdeckt haben, war keine Überraschung. Ihre Schwestergruppe, die Trilaterale Kommission, hatte an ihre Mitglieder einen Bericht herausgegeben, der als Grundlage dazu dienen sollte, ihre jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen, hohe Zuteilungen an Steuergeldern für weltweite Umweltprojekte bereitzustellen. Diese Projekte sind für die Finanzmakler, Banker und andere Finanzmanipulierer, die zufällig die Masse der Mitglieder der beiden Gruppen ausmachen, sehr lukrativ.

In dem Bericht der Trilateralen werden die Mitglieder dazu aufgefordert, ähnliche Situationen aus der Kriegszeit anzuführen, um darauf zu drängen, daß Milliarden schnell ausgegeben werden. Wenn die Sicherheit eines Landes militärisch bedroht wird, heißt es darin, dann bietet es alle seine Hilfsmittel auf. So müsse es auch in diesem weltweiten Kampf zur Rettung der Umwelt geschehen.

Es fällt der Schattenweltregierung nicht schwer, diese potentiell lukrative Sache durchzufechten. Die Trilaterale Kommission und die Bilderberg-Gruppe haben viele Führer gemeinsam. Es sind alles Männer mit gewaltigem Einfluß und viele von ihnen sind selbst hohe Regierungsbeamte. Außer Quayle, Foley und Sununu sind viele hohe Beamte des US-Außenministeriums und des US-Verteidigungsministeriums dafür bekannt, daß sie an den Sitzungen beider Gruppen teilnehmen.

Beherrschende Kraft ist David Rockefeller

David Rockefeller ist in der Trilateralen Kommission die dominierende Kraft, während er sich mit der Bankerfamilie Rothschild und Finanzmogulen in der älteren Bilderberg-Gruppe die Macht teilt. Beide Gruppen treffen sich in jedem Frühjahr zur Planung der globalen Strategie.

Andere Weltfiguren von denen bekannt ist, daß sie an der Bilderberg-Sitzung teilgenommen haben, sind Königin Beatrix der Niederlande, Königin Sophia von Spanien und die Ministerpräsidenten Österreichs und Belgiens.

Die Nachrichtensperre über die ganze Angelegenheit, die direkte Zusammenarbeit zwischen der »Washington Post« und der »New York Times«, waren vollständig. Wie üblich waren beide Zeitungen durch hohe Vertreter ihrer jeweiligen Verlagsimperien bei den Sitzungen vertreten.

Die einzige Nachrichtenmeldung über die Sitzung setzte sich aus ein paar kleinen Absätzen zusammen, die meistens in der Lokalzeitung von »Long Island Newsday« versteckt waren. Darin wird Charles Muller, der Spitzenfunktionär der Bilderberger in New York, freundlich zitiert, der gesagt haben soll: »Es werden keine Erklärungen abgegeben oder Pressekonferenzen abgehalten.«

Muller sagte zu »Newsday«, der Tagungsort sei aus »Sicherheitsgründen« ausgewählt worden.

Die Regierungen werden sich dem Druck beugen

Schon als die Geheimsitzung noch im Gange war, erfüllten die Lakaienzeitungen ihre »Schuldigkeit«: Sowohl die »New York Times« als auch die »Washington Post« riefen in ihren Leitartikeln zu Steuererhöhungen auf und machten die Regierung herunter, weil sie sich weigerte, sich sofort für Milliarden zu verbürgen, um den armen Ländern bei ihren Umweltproblemen zu helfen.

Trotz des scheinbaren Hinhaltens seitens Bush und Sununu blieben die Bilderberger überheblich – sogar blasiert – in ihrer Zuversicht, daß sich die amerikanische Regierung schon ihrem Diktat beugen werde. »Ich sage Ihnen, wir brauchen uns über George keine Sorgen zu machen, weder hinsichtlich des Umweltschutzprojekts noch in der Steuersache. Er wird alles, was er tun kann, auf seine Weise tun«, sagte ein Amerikaner, der zu hören war, als er während einer der Sitzungen am 12. Mai den neben ihm sitzenden Mann beruhigte.
Der Amerikaner sagte zu seinem europäischen Kollegen, die »Innenpolitik« verlange von Bush, »gewisse Dinge zu tun«, aber »am Ende wird alles gut sein – Sie werden sehen«. Der Amerikaner wies mehrfach auf »Probleme mit der amerikanischen Rechten« hin, ein Thema das in diesem Jahr stark in den Gedankengängen der Bilderberger herumspukte.

Schlechte Nachricht für Quayle-Gegner

Die Anwesenheit des US-Vizepräsidenten auf der Sitzung ist eine schlechte Nachricht für diejenigen, die Bush bedrängen, Quayle aus der Wahlmannschaft für 1992 auszuschließen. Es bedeutet, daß die internationale Elite Bushs Gelübde, ihn in der Wahlmannschaft zu belassen, und die Aussicht, daß er 1996 zum Präsidenten gewählt werden könnte, ernst nimmt.

Indessen steht die globale Tagesordnung der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen Kommission fest.

Steuern, in einigen oder vielen Formen, sollen für die Amerikaner und Europäer erhöht werden. Die neuen Staatseinkommen sollen mit dem bestehenden »Defizit« gerechtfertigt werden. Aber noch niemals in der Geschichte sind Steuererhöhungen tatsächlich dazu verwendet worden, Defizite zu verringern; solche Erhöhungen werden nämlich immer wieder zu Neuausgaben verwendet, so wie sie die Bilderberger bereits planen. Die neuen Staatseinkommen sollen hauptsächlich zu zwei bestimmten Zwecken verwendet werden:

Um Milliarden Dollar in die Länder der Dritten Welt zu schicken, um diese in die Lage zu vesetzen, Zinsen auf ihre Bankschulden zu zahlen, sowie für neue Umweltschutzprojekte, von denen sich die internationalen Finanziers riesige neue Profite versprechen.

Und um weitere Milliarden in die Ostblockländer zu schicken, um ihnen zu helfen, sich wirtschaftlich von mehr als sieben verheerenden Jahrzehnten den Kommunismus zu erholen. Die Internationalisten werden bei den bereits geplanten »Joint Ventures« und beim Aufkauf von einst staatseigenen Betrieben zu Kellerpreisen ungeheure Gewinne einheimsen. □

Bilderberg-Gruppe

Rockefeller bettelt um Geld

James P. Tucker

David Rockefeller und seine Anhänger erweiterten die Kampagne der Bilderberger und der Trilateralen zur Durchsetzung von Steuererhöhungen, um außergewöhnliche Gewinne erzielen zu können, auf einer ungewöhnlichen Sitzung des Joint Economie Committee des amerikanischen Kongresses.

Rockefeller und seine Absprachegremien befanden sich dort, um eines ihrer Hauptziele zu erläutern, daß sie auf den jüngsten Sitzungen der Trilateralen Kommission und der Bilderberger-Gruppe festgelegt hatten. Es ging um die Erhöhung zunächst der amerikanischen Steuern, so daß Hunderte von Millionen – letztendlich Milliarden – von Steuergeldern verwendet werden können, um ihre ungeheuer lukrativen Unternehmen in lateinamerikanischen Ländern mit billigen Arbeitsplätzen zu finanzieren.



David Rockefeller ist in der Trilateralen Kommission und bei den Bilderbergern die dominierende Kraft.

Die Presse schwieg wie immer

Mit Ausnahme unserer amerikanischen Schwesterzeitung »The Spotlight« gelang es beiden Absprachegremien, Presseberichte über die Sitzungen zu unterbinden, was nicht sehr schwierig ist, weil die »Washington Post«, die »New York Times« und »Los Angeles Times« an der internationalen Verschwörung der Weltelite beteiligt sind und gewohnheitsmäßig über diese politischen Versammlungen und Pläne Stillschweigen bewahren.

Die Pressetribünen waren unbesetzt, als die führenden Banker und Industriellen den gewölbeartigen Konferenzraum des Harrison Conference Center füllten. Die Texte, der zu haltenden Reden lagen ansprechend geordnet auf einem langen Tisch außerhalb des Konferenzraumes. Journalisten nehmen diese Unterlagen gewöhnlich sofort an sich, damit sie der jeweiligen Rede selbst besser folgen können.
Als unser Berichterstater die Texte sammeln wollte, wurden sie eingezogen mit der Erklärung: »Diese sind nur für die Firmenleute gedacht.«

Presseausweise wurden vorgelegt, aber die Palastwache bestand darauf, daß die Presse keine Exemplare der Redetexte haben dürfte, sondern nur die »corporate people«.

David Rockefeller hielt Hof

Unseren Mitarbeitern gelang es dennoch, die Redetexte zu bekommen. Innerhalb des Konferenzraumes stand Rockefeller inmitten seiner Entourage. Männer mit Nadelstreifenhosen streckten begierig ihre Hand aus, um Tuchfühlung mit ihm zu bekommen. Einer von ihnen gab seiner Besorgnis über »unzureichende Steuereinnahmen« Ausdruck.

»Das sind sehr wichtige Töne«, antwortete Rockefeller, und vielleicht lief ihm bei dem Gedanken an höhere Steuern für die Öffentlichkeit und größere Gewinne für die Insider schon das Wasser im Munde zusammen.

Rockefeller erschien bei dieser Gelegenheit als Vorsitzender des »Council of the Americas«. William Rogers, stellvertretender Vorsitzender von Kissinger Associates, James Forese, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von IBM, C. Robert Black, Vorstandsvorsitzender von Texaco Latin America/West Africa, Wolfgang Berndt, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Konzerns Procter and Gamble und Alan Ockene, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Goodyear International für Lateinamerika, machten sich zum Echo seiner Ermahnung zur Steuererhöhung.

Kissinger Associates wird von Henry Kissinger geleitet, der den Exekutivausschüssen sowohl der Bilderberger-Gruppe als auch der Trilateralen Kommission angehört. Kissinger ist ein langjähriger Wasserträger für Rockefeller, der die beherrschende Figur in der Trilateralen Kommission ist.

Steuergelder sollen nach Lateinamerika gehen

Einer auf den geheimen Jahresversammlungen dieser beiden Gruppen ausgeheckten Strategie folgend, ging Rockefeller bei seiner Forderung, amerikanische Steuergelder nach Lateinamerika zu schicken, zwar sehr umsichtig zu Werke, aber was er meinte, war kristallklar. Lateinamerika, sagte er, muß in »die wachsende Globalisierung des Handels und der Investition« eingeführt werden. Lateinamerika braucht »große Summen langfristigen Anlagekapitals, das aus einer begrenzten gemeinsamen Kasse der Investitionshilfsmittel der Welt entnommen werden muß«, sagte er. Lateinamerikanische Exporte müssen »in der neuen Weltwirtschaft konkurrenzfähig« werden, meinte Rokkefeller, der kaum eine Gelegenheit auszulassen pflegt, um für eine Weltregierung einzutreten.

»Es ist ebenfalls notwendig, die öffentliche Verschuldung der lateinamerikanischen Länder in einem gewissen Umfang zu erlassen«, forderte Rockefeller.

»Wir sind optimistisch, daß mit der Anfeuerung und Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, Westeuropas und die internationalen Finanzinstitutionen in Lateinamerika eine gesunde Wirtschaft wachsen wird.«

Obwohl Rockefeller bis an die äußersten Grenzen der Forderung nach höheren amerikanischen und europäischen Hilfsleistungen hervortrat, überließ er es seinen Lakeien, den Sprung über diesen Abgrund zu wagen.

Marvin Carter von der Association of American Chambers of Commerce in Lateinamerika sagte: »Die US-Regierung sollte ihre Unterstützung für den WF (Internationaler Währungsfonds), die Weltbank und die Inter-American Development Bank bekräftigen, indem sie ihrer Verpflichtung nachkommt und die Kapitalhilfsmittel dieser multilateralen Geldverleihungsinstitute erhöht.«

Wenn alle 151 Länder im IWF der Quotenerhöhung zustimmen, dann werden die amerikanischen Steuerzahler 20 Prozent und die anderen 150 Länder den Rest aufbringen müssen. Für die Amerikaner bedeutet dies Ausgaben in Höhe von 12 Milliarden Dollar. Der IWF ist einer der beliebtesten Kanäle der politischen Ränkeschmiederei der Bilderberger-Trilateralen, um westliche Steuergelder ins Ausland zu schleusen.

Während die internationalen Banker in Anwesenheit des US-Senators Lloyd Bentsen, der der Bilderberger-Gruppe angehört, mehr Ausgaben für andere Länder forderten, stand US-Präsident George Bush, ein Mitglied der Trilateralen Kommission, auf dem »Haushalts-Gipfel« des Weißen Hauses unter schwerem Druck, die Steuern zu erhöhen. □

David Rockefeller

Sowjets sollen Bundesbank bekommen

Warren Hough und Martin Mann

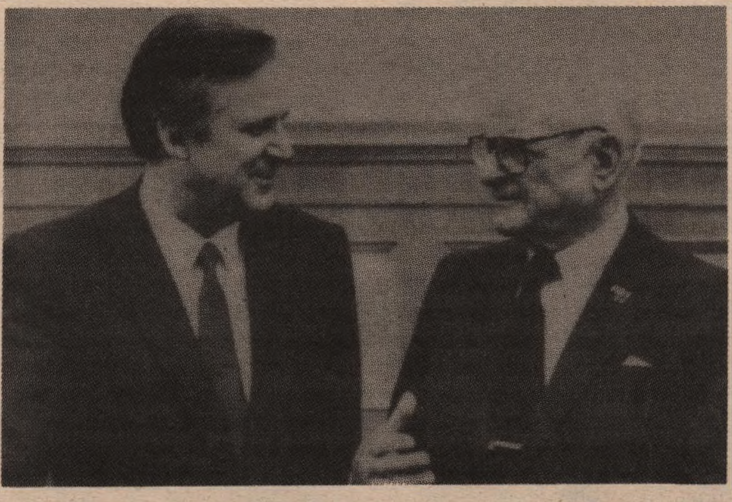
Die Sowjetunion wird von erschütternden Wirtschafts-Schwierigkeiten heimgesucht. Aber der Westen hilft ihr nicht durch Sicherheitsleistungen aus der Krise heraus, es sein denn, sie übernimmt ein auf Schuldenbasis beruhendes Währungssystem und stellt ihr Geld unter die Herrschaft eines Rechtsträgers ähnlich wie das sich im Privatbesitz befindliche Federal Reserve System der USA. Dies sind die Bemühungen der von Rockefeller angeführten internationalen Bank-Elite

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sah wie ein Gewinner aus, als er das jüngste Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush verließ. Aber auf einer geheimen Sitzung mit dem Vertreter der Chase Manhatten Bank, David Rockefeller, und anderen Spitzenbankern der Wall Street sah der Boß des Welt-Kommunismus allerdings weniger selbstsicher aus und verlor bei fast jeder wichtigen Frage an Boden.

Neue drastische Wirtschaftsdirektiven

Nach den Vereinbarungen auf dem streng bewachten und vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Gipfeltreffen wurden neue strategische Wirtschaftsdirektiven vereinbart, die an die Stelle des vom sowjetischen Premierminister Nikolai Ryschkow vorgelegten Reformpaketes treten. Unserer Zeitschrift wurde darüber aus New Yorker Kreisen, die der obersten Leitung der Chase Manhatten Bank nahestehen, Mitteilung gemacht.

Unter Einbeziehung der Forderungen der Ränkeschmiede Rokkefellers wird durch die neuen Maßnahmen, die von Gorbatschow selbst verkündet werden sollen, ein sowjetisches Gegenstück zum amerikanischen Federal Reserve System geschaffen, verlautet aus diesen Kreisen.



Der sowjetische Premierminister Nikolai Ryschkow (links) mit Amerikas führendem sowjethörigen Milliarden schweren Industriellen Armand Hammer.

Ein sehr erfahrener Experte aus einem von Rockefeller unterstützten Think-Tank, wo viele politische Initiativen der Chase Manhattan Bank entwickelt werden, sagte: »David Rockefeller gab Gorbatschow zu verstehen, daß dieser, wenn er mit dem Westen Geschäfte machen will, das dirigistische sowjetische Steuersystem aufgeben müsse. Wall Street will, daß die neue sowjetische Zentralbank von der Regierung unabhängig ist und als Drehpunkt eines sich in privaten Händen befindlichen Netzwerk von Banken dienen soll, das die sowjetischen Finanzen in Zukunft dirigieren wird.«

Obwohl der Vorschlag Rockefellers der marxistischen Doktrin zuwiderläuft, gab es von Gorbatschow oder seinen ranghohen Gehilfen keinen Widerspruch, verlautet aus Kreisen, die mit der Tagesordnung des geheimen Wirtschaftstreffens vertraut sind.

Kein Widerspruch von Gorbatschow

Das Regime in Moskau öffnete bereits die Tür zu direkten Verhandlungen zwischen den großen sowjetischen Industriezentren und westlichen Banken vor knapp zwei Jahren. Jetzt ist das Regime hoch verschuldet und kann seine Rechnungen nicht bezahlen, sagt der Volkswirt Dr. Monroe Talcott aus New York. Talcott kehrte kürzlich von einer Rundreise durch den Ostblock zurück.

»Ironischerweise stand die Sowjetunion, als sie noch streng kommunistisch war, unter den westlichen Bankern in dem gediegenen Ruf, wenig zu borgen und dies peinlichst genau und fristgemäß zurückzuzahlen«, erklärte Professor Talcott. »Jetzt, wo sie den Bankern und Unternehmern freiere Hand läßt, haben sich bei ihr Schulden in Höhe von etwa 80 Milliarden Dollar angesammelt und sie wird mehr und mehr zu einem faulen Kunden.«

Im Hintergrund der auf dem Gipfeltreffen veranstalteten großen Schau hörten Gorbatschow und seine hochrangigen Gehilfen, darunter Viktor Geraschenko und Alexander Malow, aufmerksam zu, als Rockefeller die Hauptpunkte seines Plans zur Umgestaltung der kommunistischen Wirtschaft umriß. Geraschenko ist Vorsitzender der sowjetischen Staatsbank, und Malow ist Leiter der Narodny Bank, der zweitgrößten sowjetischen Finanzinstitution.

Wie berichtet, handelte es sich unter anderem um folgende Punkte:
Abschaffung der sogenannten Industrie-Ministerien, die jetzt die Produktion in der UdSSR als geplantes und zentralisiertes System leiten. Sie sollten durch einen neu entstehenden Börsenmarkt ersetzt werden, der sich schließlich zu einem Gegenstück zur Wall Street entwickelt, mahnte Rockefeller eindringlich.

Tiefe Einschnitte in die Subventionen, mit denen jetzt einfach Nahrungsmittelprodukte, elektrischer Strom und andere wesentliche Dinge für sowjetische Arbeiter verbilligt werden.

Sobald eine privat gesteuerte Bankenstruktur ähnlich dem amerikanischen Federal Reserve System in der UdSSR Gestalt annimmt, darf dieses »seine Vereinbarungen selbst treffen«, damit der sowjetische Rubel wieder zu einer international anerkannten konvertierbaren Währung wird.

»Die sowjetischen Führer haben eine lange Liste mit dringenden und sogar verzweifelt benötigten wirtschaftlichen Erfordernissen, die der Hilfe von westlichen Bankern bedürfen«, erklärte Talcott. »Viele ihrer realen Probleme – die mit dem unaufhaltsamen Marsch zur Wiedervereinigung Deutschlands, mit Exportbeschränkungen von High Technology und ähnlichen Fragen zu tun haben – wurden in den Presseberichten über das Gipfeltreffen nicht einmal erwähnt.«
Die sowohl bei dem öffentlichen Zeremoniell und bei den geheimen Gesprächen zwischen Rokkefeller und Gorbatschow unbeachtet gebliebene Frage lautet: Sind die sowjetischen Führer bereit sich jener globalistischen Koexistenz zu unterwerfen, wie sie der Elite der Chase Manhattan Bank vorschwebt, eine von undurchschaubaren Finanziers, die den Vorsitz über eine Bevölkerung von Schuldensklaven führen, dominiertes »Eine-Welt«-Regime? □

Kapitalismus

Der Sieg über den Kommunismus

C. Gordon Tether

Das Hervortreten des westlichen Kapitalismus als scheinbar »einzigen« Weg des Wirtschaftslebens lenkt unweigerlich die Aufmerksamkeit auf seine eigenen schweren Mängel.

»In unseren Tagen haben diejenigen sehr schlechte Karten, die sich durch den Wunsch nach Gewinnen, dem Erlös des freien Unternehmertums, herausgefordert gefühlt haben«, heißt es in einem Leitartikel in dem vierteljährlich erscheinenden Bulletin von Crédit Suisse, des Schweizer Bankriesen. »Ihre Wirtschaftstheorien«, so heißt es weiter, »sind in den Nähten auseinandergeplatzt. Die Menschen des Ostblocks wollen an der Überlegenheit des Systems des freien Marktes, das ehrlich auf dem gesunden Verlangen nach Gewinnen beruht, teilhaben.«

Alle sind jetzt Kapitalisten

Anders ausgedrückt, wir sind jetzt alle Kapitalisten, und das Establishment hat keine Gelegenheit verpaßt, über die Veränderung in der Einstellung zu frohlocken. Schließlich hatte es jahrzehntelang den vom Kommunismus vorgezeichneten Weg des wirtschaftlichen und politischen Lebens als Hauptbedrohung für seine eigene Zukunft angesehen.

In den Vereinigten Staaten hielten die aufeinanderfolgenden Regierungen die Bedrohung durch den Kommunismus für so ernst, daß sie Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielten zu verhindern, daß das amerikanische Volk von dem »üblen Imperium«, wie der ehemalige amerikanische Präsident Ronald Reagan den sowjetischen Bolschewismus zu nennen pflegte, verseucht werden könnte.

Die Hinwendung der UdSSR und der osteuropäischen Satelliten zur Denkungsart des Kapitalismus hat – anscheinend – diese Sorge gebannt. Weil dieser Umsturz durch das klägliche Versagen des kommunistischen Verfahrens zur Lieferung von Waren herrührt, kann man sagen, daß damit der Kapitalismus völlig gerechtfertigt wird.

In der Praxis zeigt sich die Bewährung, wie das alte Sprichwort besagt. Im Falle des Kommunismus hat sich die Bewährung letztendlich als äußerst unzulänglich erwiesen. Denn der Kapitalismus ist im Gegensatz dazu ein gewaltiger Erfolgsbericht. Es ist daher kaum überraschend, daß die enttäuschten Menschen der ehemaligen kommunistischen Staaten sich geradezu überschlagen, um in kürzester Zeit zum Kapitalismus überzuwechseln. Daß der Kapitalismus in ihren Augen eine Weltanschauung ist, über die man reden kann und die auf der Weltbühne immer noch funktioniert, ist für diesen offensichtlich sehr schmeichelhaft. Wenn dies ein Grund zur Freude ist, so regt er aber auch zum Nachdenken an.

Bislang wurden irgendwelche Versuche, die Aufmerksamkeit auf seine Mängel und Unzulänglichkeiten zu lenken, stets mit dem Hinweis abgetan, daß die kommunistische Alternative weit weniger empfehlenswert sei. Jetzt hat dieser Vergleich keine Bedeutung mehr, da der Kommunismus praktisch von der Bühne verschwunden ist.

Das böse Gesicht des Kapitalismus

Unter diesen Umständen ist aber zu erwarten, daß der Kapitalismus in Zukunft viel genauer unter die Lupe genommen wird als bisher. Im Anfang werden die Neuangeworbenen aus dem Ostblock hierbei die Hauptrolle spielen. Sie werden wohl nicht lange dazu benötigen zu entdecken, daß an dem kapitalistischen System mehr dran ist als die Fähigkeit, für ein ausreichendes Angebot an Waren und Dienstleistungen zu sorgen.

Aber dieses Nachdenken über das, was sie sicherlich als weniger wertvolle Gesichtspunkte der kapitalistischen Lebensart empfinden werden, wird fast mit Sicherheit auch unter den Millionen, die von Anfang an mit dem Kapitalismus gelebt haben, das Interesse an dessen Pro und Kontras wecken.

Die beinahe unvermeidliche Folge: Zu gegebener Zeit werden wir sehr viel mehr als bisher darüber hören, was man in angemessener Weise als das böse Gesicht des Kapialismus bezeichnen könnte – als unerwünschte Nebenprodukte, die aber bei der Gestaltung unseres wirtschaftlicheren Schicksals in den letzten 10 bis 20 Jahren eine immer größere Rolle gespielt haben.

Die Exzesse des Geldverleihens

Unsere Leser werden allzu gut damit vertraut sein, in welch starkem Ausmaß sich diese Dinge offenbart haben. An erster Stelle steht dabei die Schuldenkrise der Dritten Welt. Es handelt sich hierbei um eine Erscheinung, die auf die von der Gier motivierten Exzesse des Geldverleihens zurückzuführen ist, deren sich die internationalen Bankinstitute schuldig gemacht haben.

Eine Zeitlang wäre es fast zu einer Vernichtung des westlichen Bankwesens gekommen, und selbst heute ist diese Entwicklung immer noch ein massives Hindernis für den Fortschritt dessen die armen Länder, die immerhin ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen, so dringend bedürfen.

Dann sind da noch die Katastrophen, die jene kapitalistischen Verfahrensweisen des modernen Stils für viele der traditionell am stärksten verwundbaren Teile der Wirtschaftsstruktur des Westens herbeigeführt haben. Hierfür gibt es kein besseres Beispiel als die praktische Vernichtung der amerikanischen Spar- und Darlehenskassen.

Ein weiteres Beispiel in den Vereinigten Staaten ist die Unterhöhlung des Pensionswesens die wir schon in früheren Beiträgen in dieser Zeitschrift angeprangert haben.

Zinsen auf Rekordhöhen

Ebensowenig attraktiv sind die neuen wirtschaftlichen Verhaltensmuster, von denen derzeit die Entwicklung des westlichen Kapitalismus überall in der Welt bestimmt wird. Deretwegen sind die Zinssätze sogar in führenden Ländern wie in den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf Rekordhöhen festgelegt worden, und es hat den Anschein, daß sie sich auf diesem Niveau halten werden. Wegen der Internationalisierung des Finanzverkehrs, den diese Form des »Fortschritts« mit sich gebracht hat, ist auch die Souveränität großer und kleiner Länder hoffnungslos in Mitleidenschaft gezogen worden.

Nimmt man noch die Skandale hinzu, die sich aus dem modernen Kapitalismus in der Gestalt der Junk-Bond-Exzesse ergeben haben, deren sich die Geschäftsübernahme-Wahnsinnigen des amerikanischen Big Business schuldig gemacht haben, dann versteht sich eine Sache von selbst, nämlich, daß es für das kapitalistische System des Westens allerhöchste Zeit ist, sein Haus in Ordnung zu bringen – kurz gesagt, sich des Vertrauens würdig zu erweisen, das seine alten ebenso wie seine neu hinzugekommenen Verehrer gezwungenermaßen in dieses System gesetzt haben. □

Zinsen

Der Mythos der »Friedens-Dividende«

C. Gordon Tether

Wird irgendein Teil des Staatshaushaltes mittels der vielgepriesenen »Friedens-Dividende« gerettet? Wenn dem so ist, machen Sie sich keine Mühe Ihre Hoffnung auf eine Einkommensteuer-Ermäßigung oder dergleichen zu erhöhen; wie immer werden Sonderzinsen bei der Hand sein, um die Dividenden zu schlucken.

Es ist eine nüchterne Tatsache, daß seit Ende des Zweiten Weltkrieges, der »Krieg zur Beendigung aller Kriege«, die Ausgaben zur Verteidigung ständig gestiegen sind. Dies wurde mit einem einzigen Argument gerechtfertigt. Danach sei eine fortgesetzte Stärkung der militärischen Bereitschaft der einzige Weg, den Frieden zu erhalten.

Zusätzliche Kosten für die Umrüstung

Die Folge davon ist, daß schon seit vielen Jahren die Verteidigungsausgaben in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in vielen anderen NATO-Ländern etwa zehn Prozent aller Staatsausgaben ausmachen. So könnte man vernünftigerweise annehmen, daß die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die eine umfangreiche Abrüstung für die NATO-Staaten mit sich bringt, ihren Ausdruck in einer wesentlichen Erleichterung der westlichen Haushaltslasten finden würde.

Unglücklicherweise sieht es schon langsam danach aus, als ob die »Friedens-Dividende«, wie sie von den Medien des Establishments bezeichnet wird, sich als eines der großen »Non-Evens«, eines Nicht-Ereignisses, der neunziger Jahre herausstellen wird.

Die Tatsache, daß die Verteidigungsplanung für das kommende Jahr, wie sie in den Vereinigten Staaten und anderswo offengelegt wurde, auf nicht mehr als eine Verlangsamung der Wachstumsrate in den Verteidigungsausgaben hindeutet, mag an sich nicht allzu beunruhigend sein.

Eine wesentliche Umstrukturierung der Verteidigungsbemühungen kann nicht übernacht bewerkstelligt werden. Und sie wird auf jeden Fall eigene zusätzliche Ausgaben erzeugen – zum Beispiel hinsichtlich der vorzeitigen Auflösung von Verträgen.

Die Gründe für Pessimismus

Die eigentlichen Gründe für einen gewissenen Pessimismus liegen jedoch anderswo.

Zunächst ist bereits augenscheinlich, daß Interessensgruppen der Verteidigungsindustrie in beträchtlichem Maße damit Erfolg hatten, die politischen Entscheidungsträger davon zu überzeugen oder so unter Druck zu setzen, daß sie bei der Zurückstellung von Aufträgen, von denen Waffenhersteller wegen ihrer Gewinne abhängig sind, langsam zu Werke zu gehen. Das wird die Schnelligkeit, mit der die öffentlichen Haushalte von der Friedens-Dividende profitieren, in Grenzen halten. Noch deprimierender ist die sich anbahnende Beinahe-Gewißheit, daß, wenn schließlich aut diese Weise Einsparungen erzielt werden, diese durch Erhöhung der Staatsausgaben auf anderen Gebieten voll absorbiert werden.

Der Ruf an das Behördenwesen, seine Aufmerksamkeit auf ökologische Fragen zu konzentrieren, wird täglich eindringlicher. Die Enthüllungen über den angeblichen Zustand der Ozonschicht haben die Phantasie der wählenden Öffentlichkeit in den meisten fortschrittlichen Ländern angeregt. Die Folge wird eine große Eskalation bei einer Sache sein, die bislang nur einen winzig kleinen Teil des Haushalts ausmachte.

Ferner muß erkannt werden, daß die Steuerzahler des Westens mit beträchtlichen Ausgaben unter einer völlig neuen Rubrik rechnen müssen: die Rehabilitierung Osteuropas. Es scheint allgemein angenommen zu werden, daß, weil sich die ehemaligen Satelitenstaaten der Sowjets dazu entschlossen haben, die kapitalistische Lebensart zu übernehmen, die Länder des Westens sich dazu verpflichten müssen, den Lebensstandard der Länder des Warschauer Pakts mit höchster Geschwindigkeit dem des Westens anzupassen.

Ein Haufen Geld ist zu zahlen

Daß dies die Regierungen des Westens dazu zwingen wird, sehr viel Geld auf den Tisch zu legen, sieht man schon an der kürzlichen Einrichtung einer Bank in London, die als Speerspitze des Umstrukturierungsprozesses dienen soll.

Auf diese direkte Weise wird Osteuropas Wiederaufstieg die Friedens-Dividende verschlingen. Das wird auch noch auf indirekte Weise geschehen – denkbar in einem weit größerem Ausmaß. Der Grund hierfür ist der, daß ein Großteil der ungeheuren Summe der benötigten Gelder durch Darlehensaufnahme aufgebracht werden muß. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich sehr bemüht, darauf hinzuweisen, daß seine Regierung damit rechnet einen beträchtlichen Teil der für die Durchführung der Wiedervereinigung der beiden Deutschlands erforderlichen Gelder durch Verschuldung locker machen zu können.

Das Hinzukommen solch eines mächtigen neuen Faktors auf den internationalen Kapitalmärkten wird unweigerlich einen Aufwärtsdruck auf die Zinsfüße ausüben; dies geschieht bereits. Die unvermeidliche Folge davon ist ein weiterer großer Sprung bei den von den westlichen Regierungen benötigten Summen, um die schon vorhandenen Staatsschulden zu bedienen.

Als größtes Schuldnerland der Welt sind die Vereinigten Staaten dieser Erscheinung gegenüber besonders verwundbar. Noch betrüblicher ist die Tatsache, daß der Regenerierungsfaktor Osteuropas bei der Gestaltung des Verlaufs der Zinssätze auf den internationalen Kapitalmärkten wahrscheinlich noch einige Jahre lang eine bedeutende Rolle spielen wird. Außerdem ist damit zu rechnen, daß dieser traurige Umstand noch verschlimmert wird durch den wachsenden Hang der einzelnen Regierungen sich stark auf die Manipulierung der Zinssätze als Mittel zur Wirtschaftsplanung zu verlassen.

Angesichts der Tatsache, daß derzeit in der Welt die Inflation eher zunimmt als abnimmt, kann dies nur eines bedeuten, nämlich, daß, auch wenn der Einfluß des Faktors Osteuropa noch nicht in Rechnung gestellt wird, die Zinssätze in dem unmittelbar vor uns liegenden Zeitraum noch weiter in die Höhe klettern werden.

Somit wird die Öffentlichkeit – wenn überhaupt – aus der Beschneidung der Militärausgaben wenig Nutzen ziehen. Und das wird angesichts der Tatsache, daß der Öffentlichkeit so lange eingeredet wurde, daß Abrüstung zu bedeutenden Steuerermäßigungen führen wird, eine herbe Enttäuschung sein.

Das Dilemma könnte beträchtlich erleichtert werden, wenn das Behördentum die neuen Bestandteile der Haushaltsmischung noch einmal gründlich überdenkt. Dies könnte hoffentlich zu einer realistischeren Abschätzung dessen führen, was getan werden kann, um das Los der Osteuropäer zu verbessern.

Es würde auch dazu führen, daß die Regierungen eine ausgewogenere Annäherung an das Wirtschaftsmanagement entwickeln – mit anderen Worten, damit aufhören die Manipulierung von Zinsfüßen als das Ei des Kolumbus für jede Wirtschaftsmisere zu betrachten. □

US-Dollar

Die USA und ihre Währung

C. Gordon Tether

Was ist mit dem amerikanischen Dollar passiert? Die scharfe Abwertung, die er Ende der achtziger Jahre durchmachte, wurde so entscheidend ins Gegenteil verkehrt, daß er schon wieder wesentlich überbewertet zu sein scheint.

Der Großteil des internationalen Währungsverkehrs wird immer noch in amerikanischen Dollar abgewickelt. Aber es muß gesagt werden, daß das Verhalten des Dollar auf den Devisenmärkten nicht mehr in der Weise, die allgemein die Muster der Kurse gestaltet wie das über die ersten Zweidrittel der Reagan-Ära der Fall war, von statten geht. Wie die Ereignisse der letzten Monate gezeigt haben, wird das Rennen nun mehr und mehr von anderen führenden Währungseinheiten gemacht.

Der Schwanz wackelt mit dem Hund

Eine davon ist der japanische Yen. Eine andere ist die DM, wobei die von letzterer gespielte Rolle durch den Einfluß verstärkt wird, den sie auf den Kursverlauf anderer kontinentaler Währungen ausübt, und zwar der beherrschenden Rolle, die Deutschland in der Funktion des Währungssystems der Europäischen Gemeinschaft spielt.

Wir haben, kurz gesagt, eine neue Situation auf dem Gebiet der Währungen. Es ist eine Lage bei der gesagt werden kann, wenn man die fortdauernde überragende Bedeutung des Dollar in der Abwicklung des Währungsgeschäftes im Auge behält, daß der Schwanz jetzt mit dem Hund wackelt.

Nachdem es in der Mitte der achtziger Jahre offensichtlich geworden war, daß die durch den Reaganismus in dessen ersten Jahren begangenen geld-politischen Exzesse dazu geführt hatten, daß die amerikanische Währungseinheiten überbewertet wurde, machte der Dollar einen langen Sturz irgendwo zwischen 25 und 33 Prozent im Verhältnis zu den meisten wichtigen Währungen, darunter dem japanischen Yen, der DM und dem Pfund Sterling. Jedoch gerade in dem Augenblick, als es aussah, als sei er wieder auf einen realistischen Stand zurückgekehrtz,geschah eine merkwürdige Sache.

Bewegung ins Gegenteil verkehrt.

Plötzlich wurde die Abwärtsbewegung entschieden ins Gegenteil verkehrt. Dies geschah nicht etwa deswegen, weil die Devisenmärkte zu der Schlußfolgerung gekommen waren, daß die Abwertung zu weit gegangen war, sondern weil sie zu der Ansicht gelangt waren, daß die Hauptrivalen des Dollar scharf nach unten orientiert werden müßten. Die Folge davon war, daß der Dollar in den ersten Monaten von 1990 schon fast völlig den Boden wiedergewonnen hatte, den er über die letzten drei Jahre hinweg im Verhältnis zum japanischen Yen und den europäischen Hauptwährungen verloren hatte.

Nun, was geschieht jetzt? Die erste Beobachtung, die hier zu machen ist, ist die, daß, wenn man vernünftiger Weise annimmt, daß der internationale Wert des Dollar wieder auf eine realistische Grundlage gebracht worden war, bevor seine Erholung Ende der achtziger Jahre begann, der Dollar jetzt wieder beträchtlich überbewertet ist. Dies wird noch augenscheinlicher, wenn man der Auswirkung Rechnung trägt, die die Inflation auf die Kaufkraft verschiedener Währungen über die letzten drei Jahre hinweg gehabt hat. In diesem Zeitraum verzeichneten die Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten einen Anstieg von 13 Prozent, während sie in Deutschland und Japan um nicht mehr als einen oder zwei Prozentpunkte stiegen.

Martin Feldman war der Leiter des Council of Economic Advisers (Rat der Wirtschaftsberater) des amerikanischen Präsidenten während der Reagan-Jahre. Er hat sicherlich nicht übertrieben, als er kürzlich in einen Artikel in der Londoner »Financial Times« erklärte, daß der US-Dollar jetzt »zu hoch liegt, um mit langfristigen grundlegenden Gegebenheiten konkurrieren zu können«.

Wenn diese Situation anhält, dann versteht sich von selbst, daß die dringend benötigte Schrumpfung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits sich noch langsamer vollziehen wird als dies bislang geschah. Und wenn dieses Szenario schon düster erscheint, dann nimmt es ein noch düsteres Aussehen an, wenn man der Hinweise darauf Rechnung trägt, daß es die Vereinigten Staaten von jetzt an schwieriger haben werden, jene Devisen zu mobilisieren, die zur Überbrückung der gewaltigen Kluft benötigt werden.

Japanisches Finanzwesen erschüttert

Das gesamte japanische Finanzwesen wurde durch den kürzlichen Zusammenbruch der Tokioer Börse und den damit einhergehenden Sympathieverlust des Yen bis auf seine Grundfesten erschüttert. Da dem so ist, schrumpft der Strom japanischen Geldes in die Vereinigten Staaten – der bislang hauptsächlich zur Verringerung des Defizites beitrug – bereits stark zusammen. Und das ist noch nicht alles.

Es scheint beinahe gewiß zu sein, daß bei den für die USA zur Lösung des anstehenden Problems verfügbar werdenden Geldern noch unter einer ganz anderen Überschrift ein bedeutendes Nachlassen zu verzeichnen sein wird, nämlich bei den direkten Investitionen in das Land, die sich aus Übernahmen von amerikanischen Konzernen durch Ausländer ergeben.

Das meiste davon ist aus Westeuropa gekommen. Und es wird allgemein angenommen, daß der verhältnismäßige starke Anreiz, den die Vereinigten Staaten für solche Gelder haben, durch die Eröffnung von Gelegenheiten zu lukrativen Investitionen in Osteuropa, die sich aus der stufenweisen Beendigung des Kalten Krieges ergeben, in starkem Maße geschwächt werden wird. Das scheint darauf hinauszulaufen, daß sich für die Vereinigten Staaten die Dinge an der Front der Zahlungsbilanz in zweifacher Bedeutung schwieriger gestalten werden. Es wird schwieriger für sie sein die Zahlungsbilanzlücke zu verringern und die erforderlichen Devisen zu deren Deckung in die Hand zu bekommen.

Die kommende Wende zum Schlechteren

Nachdem dies gesagt ist, möchte ich rasch hinzufügen, daß man das Bild auch noch von einer anderen Seite betrachten kann und dieses dann schon viel freundlicher aussieht. Die kommende Wende zum Schlechteren in Amerikas Zahlungsbilanzerfahrung könnte sich als ein getarnter Segen erweisen. Wenn diese in einer Verschlechterung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage für den Dollar auf den Devisenmärkten seinen Ausdruck findet, dann dürfte der Dollar dort wieder einmal das Rennen machen – anstatt der Gnade des Verhaltens anderer Hauptwährungen ausgesetzt zu sein.

Unter den derzeit gegebenen Umständen würde die »Führung« notwendigerweise die Form einer Abwärtsbewegung des internationalen Wertes des Dollar auf einen realistischen Stand annehmen. Dies wäre eine Entwicklung, die den Antrieb zur Lösung des chronischen Zahlungsproblems Amerikas ihrerseits wieder auf Kurs bringen würde. Vom Standpunkt der breiten Öffentlichkeit aus gesehen ist nichts dagegen einzuwenden, eine Währung zu haben, die für das Wohlbefinden der Volkswirtschaft zu stark ist. Wenn sich die Dinge so entwickeln – und es scheint eine angemessene Chance dafür zu bestehen, daß sie das tun werden – dann sollte der gewöhnliche Bürger dankbar sein, wenn dies bedeutet, daß der Dollar nicht sich mehr so weit entfernen wird, wenn er durch das Ausland wandert. □

Der erste Übersetzungs-Computer der Welt mit 6 Sprachen

Der mehrsprachige Taschenübersetzer



Machen Sie Schluß mit dem ewigen Suchen in Wörterbüchern. Lernen Sie die neue Generation kennen – den elektronischen Übersetzungscomputer **Hexaglot.**

Hexaglot ist der erste Übersetzungscomputer der Welt, der »simultan« 6 Sprachen übersetzt. Ab sofort sind **Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und natürlich Deutsch** keine fremden Sprachen mehr für Sie. Jede beliebige Kombination der 6 Sprachen untereinander ist möglich! Auf Knopfdruck kann also aus jeder in jede dieser 6 wichtigsten Sprachen übersetzt werden.

40 800 Wörter plus 50 Redewendungen

Hexaglot verfügt über 40 800 Wörter – in jeder der 6 oben angeführten geführten Sprachen rund 6800 – die es Ihnen ermöglichen, sich überall verständlich zu machen!

Zusätzlich zu diesem enormen Wortschatz sind 50 häufig gebrauchte Redewendungen in jeder Sprache fest gespeichert! Ein enormer Vorteil, um sich schnell und ohne Probleme verständlich zu machen.

Bereits nach Eingabe der ersten 3 Buchstaben wird das gesuchte Wort erkannt und vollständig angezeigt. Gibt es verschiedene Möglichkeiten, werden alle nacheinander in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Sie können sogar nach Eingabe nur des 1. Buchstabens alle gespeicherten Wörter »durchlaufen« lassen. Ein enormer Vorteil!

Zusätzlich können 6 verschiedene Währungswechselkurse fest einprogrammiert werden; Umrechnungen erfolgen dann auf einfachen Knopfdruck. Natürlich kann er Ihnen auch als Taschenrechner nützlich sein.

Wer geschäftlich, beruflich und/oder privat weiterkommen will, muß sich auch verständigen können. Im Urlaub und mit Sicht auf den EG Binnenmarkt 1992 ist es wichtig, eine sofortige handliche Übersetzungshilfe zur Verfügung zu haben. Mit Hexaglot können Sie einen handlichen (14 × 7 × 2 cm) und leichten (wiegt nur 175 g) Dolmetscher für die Westentasche erwerben. Preis nur **DM 398,00.** Kann auch als Betriebsausgabe abgesetzt werden!

Fordern daher auch Sie weiteres Prospektmaterial oder den Hexaglot direkt an beim:

Spezialversandhaus Tien GmbH, Bentheimer Str. 11–13c, 4460 Nordhorn,
Telefon (0 59 21) 40 74, Fax (0 59 21) 40 30

Banker-Journal

Private Krankenkassen im Aufwind

Mit 6,2 Millionen versicherten Personen haben die privaten Krankenkassen (PKV) in der Bundesrepublik ihr Marktpotential bislang nicht einmal zur Hälfte ausgeschöpft. So sieht die neue Generali Krankenversicherung AG gute Chancen für die Zukunft, denn nach Ansicht ihres Vorstandsprechers Roland Rapp kommen heute etwa 13,3 Millionen Bundesbürger für den Abschluß einer privaten Krankenversicherung in Frage.

Ungeachtet aller Anfeindungen hat sich die PKV als dritte Säule der Vorsorge – neben den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) auf der einen und den Betriebs- beziehungsweise Ersatzkassen auf der anderen Seite – etabliert.

Nach dem großen Einbruch in den siebziger Jahren, als viele Privatversicherte – bedingt durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze – einer gesetzlichen Kasse beitreten mußten, befinden sich die PKV-Unternehmen wieder im Aufwind. Doch trotz großer Zugänge in der letzten Zeit besitzen heute genauso viele Menschen wie Anfang der siebziger Jahre eine private Kranken-Vollversicherung. Das sind etwa zehn Prozent der Bundesbürger. Weitere sieben Prozent haben Zusatzversicherungen, so daß insgesamt erst 17 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung Leistungen aus einer privaten Krankenversicherung beanspruchen können.

Eine große Chance bietet nach Ansicht von Generali die viel diskutierte Gesundheitsreform. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes fühlen sich – nach einer Allensbach-Untersuchung – 70 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten im Krankheitsfall schlechter abgesichert als je zuvor.

Trotzdem wird die Zukunft nicht leicht, denn auf die PKV-Unternehmen kommen in den nächsten Jahren eine Reihe von Anforderungen zu. Eine davon ist das Problem der älteren Mitglieder, die nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben auf den Arbeitgeberanteil bei ihrem Versicherungsbeitrag verzichten müssen. Auch das Problem der sogenannten Alternativmedizin, die immer mehr Anhänger findet, wird bisher nur unzureichend gewürdigt. □

Ende des amerikanischen Zeitalters

Obwohl Japan die amerikanische Verwicklung im Nahen Osten als Vervollständigung seiner eigenen betrachtet – das heißt, Amerika ist für die militärische Sicherheit zuständig, während Japan sich auf die wirtschaftliche Sicherheit konzentriert – wird man sich mehr und mehr dessen bewußt, daß japanische und amerikanische Interessen auf gewissen Gebieten unweigerlich miteinander in Konflikt geraten müssen. Japan ist bereits dabei, seine Strategie bei dem Wettbewerb auszuarbeiten, der sich mit Sicherheit sowohl mit den USA als auch mit der neu in Erscheinung tretenden Europäischen Gemeinschaft entwickeln wird.
Japanische Regierungsbeamte sehen zwei Bereiche im Wettbewerb zwischen den Finanz-Supermächten im Nahen Osten, die ihnen große Sorgen bereiten. Einer ist natürlich der Wettbewerb um die Handelsmärkte in den Staaten am Persischen Golf. Der zweite bezieht sich auf den Zugang zu einer reichlichen und erschwinglichen Versorgung mit Öl. Ein starker Anstieg der Nachfrage, der sich, sagen wir einmal, aus einem neu industrialisierten Osteuropa, das vom Westen finanziert wird, ergibt, könnte die Preise nach oben und die Versorgung nach unten treiben.

Laut Michael Collins Dunn und Julia Ackerman, beides Experten für den Nahen Osten und Asien, die als Berater für die amerikanische Industrie arbeiten und über amerikanisch-arabische Angelegenheiten schreiben, stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar:

»Ob der Nahe Osten eine Region des Handelswettbewerbs zwischen USA und Japan werden wird, bleibt abzuwarten. Klar ist, daß die beiden Wirtschaftssupermächte des kommenden Jahrzehnts – und die dritte, der Einzelmarkt Europa auf seine eigene Weise – alle ein höherstehendes Interesse daran haben, die Sicherheit der Ölversorgung aus der Golfregion zu bewahren, obwohl sie um Zugang zu dieser Versorgung miteinander in Wettbewerb treten könnten, wenn die Nachfrage die Produktion übersteigt. Sowohl die amerikanischen als auch die japanischen Planer sollten solche Dinge sehr wohl in Betracht ziehen. Es scheint klar zu sein, daß dies japanischen Planern bewußt ist, wohingegen das amerikanische Verständnis dafür noch nicht so ganz ausgeprägt zu sein scheint.«

Was der japanischen Besorgnis über den Zugang zur Ölversorgung Schwungkraft verleiht, ist die wachsende Abhängigkeit der USA vom Öl des Nahen Ostens, »da dies bedeutet, daß noch ein weiteres gefräßiges Maul an einem Tisch gestopft werden muß, der nicht viel größer ist, als er zu sein pflegte«, schreiben Dunn und Ackerman.

Aber die Japaner sind zuversichtlich, daß der Bedarf, mit Kooperation, bewältigt werden kann, solange die jeweilige politische Lage in den Lieferländern stabil bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen japanische Wirtschaftsplaner Investitionen in großem Umfang, die sich ihrer Ansicht nach zweimal auszahlen würden.

Erstens würde durch Herbeiführung von politischer Stabilität ein Klima des guten Willens gegenüber Japan erzeugt werden, und zweitens spränge dabei ein hübscher Gewinn heraus. Großangelegte Investitionen würden Japan auch einen schnellen Zugang zu den Entwicklungsmärkten und zum Handel mit diesen Ländern verschaffen, die zwar über genügend Geld aber über weniger eigene Industrie verfügen. Die Japaner werten bereits die amerikanische Position auf diesen Märkten aus, schätzen Verwundbarkeiten ab und knobeln Methoden aus, um ihren eigenen Marktanteil zu erhöhen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist Saudi-Arabien, wo die USA lange Zeit einen beträchtlichen Anteil an dessen Handel hatte. Heute jedoch stehen sich Japan und die USA mit ihren Anteilen am saudischen Markt beinahe gleich, jeder von ihnen beherrscht etwa 18 bis 20 Prozent. Aber die Japaner machen Pläne für die Zukunft, was die Amerikaner nicht tun. Japan sendet regelmäßig Mannschaften aus, um über schwebende Verträge zu verhandeln, darunter Finanzmanager und Banker mit Entscheidungsvollmacht, so daß Kreditbedingungen vereinbart und Handelsgeschäfte an Ort und Stelle abgeschlossen werden können. Ihre amerikanischen Gegenspieler verlassen sich hingegen auf Marketingleute, die mit Vorschlägen zu Geschäftsabschlüssen an ihre jeweiligen Vorstände herantreten.

Die Repräsentanten japanischer Firmen bewegen sich fächerförmig über das ganze Land hinweg und verhandeln direkt in den kleineren Städten, während Amerikaner verlangen, daß Zusammenkünfte in Riad oder Dschidda, gewöhnlich in Luxushotels, stattfinden. Amerikaner leiden auch unter der Last, einer Anti-Embargo-Gesetzgebung Rechnung tragen zu müssen, die sie dazu zwingt, wegen des arabischen Embargos gegen Handel mit Israel auf den Handel mit bestimmten Artikeln zu verzichten. Die Japaner wittern hier natürlich eine willkommene Gelegenheit. □

Sowjets verkaufen Gold-Reserven

Um ihre zusammenbrechende Wirtschaft, die sich rapide einem Krisenstadium nähert, wieder aufzufangen, hat die Sowjetunion in aller Stille ihre Reserven an Goldbarren verkauft. Der Verkauf ihrer Gold-Reserven führte dazu, daß die Weltgoldpreise seit Anfang des Jahres um fast 50 Dollar pro Unze gefallen sind.
Zusammen mit einigen kürzlich erfolgten starken Verkäufen von Gold durch Saudi-Arabien verursachte der Verkauf des sowjetischen Goldes zweimal, einmal im März und einmal im Mai dieses Jahres, den Sturz der Weltgoldpreise auf einen Punkt unter 350 Dollar pro Unze.

Die Preise wurden wieder etwas in die Höhe getrieben durch den Ankauf von Gold durch Südafrika, um den Weltgoldmarkt zu stützen. Südafrika und die Sowjetunion sind die beiden größten Golderzeuger der Welt.

Im Falle der Sowjets waren es jedoch ihre Gold-Reserven, die auf den Markt geworfen wurden, um Hartwährung zu bekommen zur Abzahlung von über zwei Milliarden Dollar an Schulden gegenüber verschiedenen ausländischen Firmen, die dringend benötigte Konsumgüter darunter Nahrungsmittel liefern.

Die Bundesrepublik, die sich der sowjetischen Wirtschaftsschwierigkeiten bewußt ist und sich darüber Sorgen macht, wie sich das auf die Wiedervereinigung Deutschlands auswirken könnte, pumpten drei Milliarden Dollar in die sowjetische Wirtschaft, – eine Maßnahme zur Stopfung von Finanzlöchern, um den Kreml vorübergehend aus der Bredouille zu bringen, damit er seine Auslandsschulden bezahlen kann. Viele ausländische Lieferanten weigerten sich bereits weiter zu liefern, bis die Schulden beglichen sind.

Die Wirtschaftslage in der Sowjetunion befindet sich nach Berichten, die im Weißen Haus eingingen, in einem kritischen Stadium. Es findet eine weit verbreitete Hortung von Nahrungsmitteln in der gesamten Sowjetunion statt. In Moskau sei es nahezu unmöglich alltägliche Lebensmittel wie Speiseöl zu finden. Es herrsche auch weit verbreitete Knappheit an Fleisch, Zucker und Seife, heißt es in einem 79seitigen Bericht des CIA.

In den kleineren Städten der Sowjetunion treffen Laster mit Nahrungsmitteln verspätet ein, die Regale in den Läden bleiben leer, und »verspätet« bedeutet Tage, sogar Wochen. Die Landwirtschaftskollektive (Kolchosen) haben erbärmlich versagt und sind nicht in der Lage, die Ziele der Zentralplanung zu erfüllen, die an sich schon das zur Ernährung der sowjetischen Öffentlichkeit erforderliche Niveau nicht erreichen.

Was die Lage noch schlimmer macht, das Transportwesen des Landes ist dermaßen altersschwach und archaisch, daß sage und schreibe ein Drittel der erzeugten Lebensmittel niemals den Markt erreichen, da sie schon verdorben sind, lange bevor sie in die Läden kommen.

Etwa 30 Millionen Tonnen Getreide, aus einer Jahresproduktion von 200 Millionen Tonnen, werden von Schwarzmarkthändlern, die außerhalb der Reichweite der sowjetischen Zentralregierung ihr Unwesen treiben, gehortet, in der Hoffnung große Profite einzuheimsen, wenn die Knappheit noch kritischer wird.

Dem Weißen Haus wurde mitgeteilt, daß, falls die Lage sich nicht radikal ändere, die Sowjetunion noch vor Ende dieses Jahres durch Nahrungsmittel-Unruhen erschüttert werden könnte. □

Zimbabwes Mugabe greift IWF-Politik an

Präsident Robert Mugabe von Zimbabwe griff in einem Fernseh-Streitgespräch mit dem tschecho-slowakischen Präsident Vaclav Havel und Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber den Entwicklungsländern an und wies eindringlich darauf hin, daß die Entwicklungsländer ihre Ziele des Wirtschaftswachstums nicht wegen der Besorgnis über die Umwelt aufs Spiel setzen können. Mugabe kritisierte den IWF, weil er von den Schuldnerländern »unmögliche Konditionen« verlange.

»Man kann von den Menschen nicht verlangen, daß sie Bestrebungen aufgeben, die in der entwickelten Welt bereits eine Realität sind. Wenn man Menschen ausbildet und ihnen Fähigkeiten vermittelt, dann geschieht das damit sie sich ein neues Leben schaffen können ..., das mit der Welt anderswo in Beziehung steht.«

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat in ähnlicher Weise eine Vergleichsbewertung der Volkswirtschaften herausgegeben, die als Alternative zum jährlichen Entwicklungsbericht der Weltbank gedacht ist, und in dem der Vorrang »menschlicher« Faktoren wie Lebenserwartung und geistige Bildung über wirtschaftliche Faktoren wie das Bruttosozialprodukt betont wird.

Mahub ul-Haq, ein ehemaliger Finanzminister von Pakistan, der die Erstellung des Berichtes überwachte, griff die Weltbank an, weil sie Sri Lanka unter Druck setze, seine Sozialausgaben von zehn Prozent des Nationalprodukts auf sieben Prozent zu senken und die Subventionen für Reis zu kürzen, die den armen Bauern ein Mindesteinkommen ermöglichen. In dem Bericht wird die Verschiebung der Nettobewegung von Hilfsmittel von einem Strom von 42,6 Milliarden Dollar im Jahr 1981 von den Industrienationen zur Dritten Welt zu einer Nettobewegung von der Dritten Welt an die Industrieländer in Höhe von 32,5 Milliarden Dollar, hauptsächlich wegen der Schuldenzahlungen, kritisiert. □

Neue Rolle für die NATO

Die NATO muß ein lebensfähiger Verbündeter bleiben, um mit Bedrohungen aus dem Süden, einschließlich Nordafrika und den Nahen Osten, fertig zu werden. stellte Großbritanniens ständiger Vertreter bei der NATO, Sir Michael Alexander, in einer Rede vor dem Royal United Services Institute in London fest. Weil solche Bedrohungen vorhanden sind, sagte er, ist das NATO-Bündnis »immer noch sehr aktiv«, trotz der, wie er es bezeichnete, geringer werdenden Ost-West-Spannungen.

Alexander sagte, die NATO könnte sich in den kommenden Jahren »präzisen« Bedrohungen aus dem Süden, einschließlich eines möglichen Angriffs von einem bestimmten Land aus, gegenüber sehen. Unter solchen Umständen wäre die NATO in der Lage gegen dieses Land »Vergeltung zu üben«. Er nannte jedoch kein spezifisches Land, an das er gedacht haben mag.

Ein im Ruhestand lebender britischer Offizier sagte zu unserem Korrespondenten, die Alexander-Rede sei einer von »mehreren Hinweisen auf eine europäische Version der Kanonenboot-Diplomatie, die in Erwägung gezogen wird, im Gegensatz zu einer Art einseitiger Aktion seitens Großbritanniens«. Innerhalb der NATO gehe ein »fundamentales Umdenken« vor sich, »so wie sich die Natur des potentiellen Feindes ändert«.

Viele britische Militärs glauben, daß die Art von Kriegsgerät und Menschenmaterial, das Großbritannien zur Zeit in Deutschland stationiert hat, »nichts taugt, wenn sich im Mittelmeergebiet oder im Nahen Osten etwas zusammenbraut«.

Wie aus diesen Kreisen verlautet, wird in Großbritannien viel über die wachsende »überstaatliche Bedrohung durch den fundamentalistischen Islam« diskutiert. □

Bronfman vermittelt zwischen Bush und de Maizière

Der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, besuchte auf Einladung des Jüdischen Weltkongresses (WJC), der von dem kanadischen Schnapsbaron Edgar Bronfman geleitet wird, New York und Washington. Er traf mit US-Präsident George Bush und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, zusammen. Es war die erste Reise einer führenden politischen Persönlichkeit der DDR in die USA.

Der WJC hatte de Maizière eingeladen, um die in Berlin begonnenen Gespräche über die Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden fortzusetzen. Wie berichtet wird, überschlägt sich Bronfman geradezu, um sich gegen die wachsende Kritik innerhalb der zionistischen Weltgemeinde wegen seiner Unterstützung des ehemaligen kommunistischen Regimes der DDR zur Wehr zu setzen. □



Frankreich

Die Anti-Rassismus Hysterie

Beat Christoph Bäschlin

Seit Monaten prasselt auf das französische Volk ein Trommelfeuer nieder, wobei immer wieder der sogenannte »Rassismus« beschworen wird als der angebliche Todfeind, den zu zertreten eine sozusagen »heilige« Pflicht sei. Wenn man genau hinsieht, zeigt es sich, daß dieser »Rassismus« gar nicht existiert, sondern daß die riesenhafte, kunstvoll geschürte Erregung einzig bezweckt, die Hilflosigkeit der etablierten Parteien zu tarnen und den unwiderstehlichen Aufstieg der Nationalen Front abzublocken.

Die Ereignisse im Osten Europas haben die etablierten Parteien Frankreichs sehr beunruhigt. Ist ihnen doch erschreckend deutlich geworden, daß auch das knallharteste politische Regime vom Volk eines Tages abgeschüttelt werden kann. Was im Schicksalsjahr 1989 in Osteuropa geschehen ist, könnte sich auch im Westen ereignen, wenn einmal Sein und Schein der parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsform allzu offenkundig würden.

Volk kann in einer Demokratie lästig sein

Die politischen Klüngel, die sich seit 1944 in die französische Staatsmacht teilen, sind plötzlich in Panik geraten, nämlich die Sozialisten, Kommunisten und Liberalen. Die werden immer weniger glaubwürdig. Ihre Anhängerschaft ist am Abbröckeln und mancherorts findet eine wahre Massenflucht statt. Gleichzeitig verstricken sich die Führungsgruppen in gehässige Meinungsverschiedenheiten und Parteiungen.

Dem gegenüber steht die Nationale Front heute als kraftstrotzende Volksbewegung da. Als einzige Partei verfügt sie über eine unbestrittene Führungspersönlichkeit, über eine einheitliche Willensrichtung und ein tatkräftiges, einsatzbereites Leitungsgremium. Da sie als einzige Partei die wahren Probleme des Staates und der Nation beim Namen zu nennen wagt, übt sie eine große Anziehungskraft aus. All das genügt, um in den Reihen der seit Jahrzehnten die Staatsmacht als ihr Privateigentum betrachtenden Parteien blankes Entsetzen auszulösen.

Plötzlich erweist es sich, daß das Volk in der »Demokratie« sehr lästig sein kann. Alles ist heute so programmiert, daß »das Volk« mit jubelnder Begeisterung die Invasion fremdländischer Menschen im Lande begrüßen sollte. Zudem wird erwartet, daß männiglich sich freuen möge, daß diese Einwanderermassen beträchtliche finanzielle Vorteile auf Kosten des französischen Steuerzahlers zugeschanzt erhalten. Schließlich sollte mit Gelassenheit hingenommen werden, wenn die eingeschleusten unterstützungsberechtigten Arbeitslosen ihre Freizeit allzu oft mit kriminellen Beschäftigungen zubringen.

Unvermeidliche Regime-Krise in Frankreich

Ein mit ungewöhnlicher Strenge gehandhabtes »Antirassismus«-Gesetz sorgt dafür, daß die »französischen Franzosen« ihren Zorn über die obrigkeitliche Förderung der Einwanderung hinunterschlucken und die Faust nur in der Tasche machen. Denn im angeblich pluralistischen Meinungswesen Frankreichs ist die Verteidigung der Eigenständigkeit von Volk und Nation unzulässig. Die Patent-Demokraten haben verfügt: Widerstand gegen die Einwanderungs-Invasion ist nicht eine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Daraus ist ersichtlich, daß die sich so sehr als »Demokraten« anpreisenden Machthaber des heutigen Frankreichs keineswegs gewillt sind, vom Volk irgendwelche Weisung entgegenzunehmen, geschweige denn solche Weisungen auszuführen. Es geht ihnen einzig darum, dem Volk ihre absurden Theorien vom Völker- und Rassengemisch aufzunötigen.

Das Demokratie-Geschwätz der Machthaber und die Volksmeinung klaffen in Frankreich jeden Tag deutlicher auseinander. Es herrscht bei Politikern und Meinungsmachern eine haarsträubende Verworrenheit des Denkens. Dadurch entsteht eine Gegensätzlichkeit, die das öffentliche Leben einer schweren Krise entgegentreibt.

Mit einer Sturheit, die seinem Greisenalter zuzuschreiben ist, steuert Präsident François Mitterrand einer Staatskrise entgegen. Seit bald einem Jahrzehnt setzt er alle Hebel in Bewegung, um den Einwandererstrom zu einer wahren Überflutung des Landes werden zu lassen. Kein Wunder, daß als Gegenwirkung die Nationale Front immer kräftiger Zuzug erhält.

Das französische Volk war immer sehr nationalistisch. Darum wird die Masseninvasion der Dritte-Welt-Menschen als Herausforderung empfunden. Andererseits schafft die Tatsache große Unruhe, daß der französische Staat 1993 weitgehend aufgelöst werden und in einem anonymen übernationalen Ganzen aufgehen soll.

Vergeblich versucht die sozialistische Staatsgewalt und die ihr unterwürfig dienende Meinungsmacher das Volk mit Schuldgefühlen zu belasten, indem die Abneigung gegen den Zustrom von Einwanderern als »Rassismus« verschrien wird. Diese seit Jahren andauernde Kampagne erreichte einen neuen Höhepunkt, als die Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras in Südfrankreich bekannt wurde. Es fand sich da sogar ein geöffnetes Grab und eine aufgespießte Leiche.

Die Haßkampagne wird zum Delirium

Innenminister Joxe befand sich zufälligerweise in der Nähe, besichtigte als erster den verwüsteten Friedhof und rief sogleich mit einer Stimme, die tiefe moralische Entrüstung ausdrücken

Jean-Marie Le Pen fordert: »Frankreich den Franzosen«. Er wird deswegen als Rassist, Rechtsextremist und Volksschädling beschimpft.

sollte: »Die Täter sind bekannt! Es sind die berufsmäßigen Rechtsextremisten, Rassisten und Volksschädlinge, wie die Nationale Front sie in unserem Land züchtet!«

So dann erteilte er Befehl, die Schuldigen seien im Kreis der »Rechtsextremen« zu suchen, und nirgends anders. Doch da ist bis auf den heutigen Tag keine Spur entdeckt worden. Das beitragen, wenn sie nicht als Mitläufer Le Pens verschrien werden wollten. In diesem überhitzten Meinungsklima ergab es sich ganz von selber, daß verschiedenen Orts Friedhöfe geschändet oder sonstige »rassistische« Vergehen vorkamen. Denn viele geistig angeschlagene Figuren fühlten sich gedrängt, in dieser überspannten Atmosphäre von sich reden zu machen oder irgendwo Hakenkreuze zu schmieren. Al-



Mit einer großen Sturheit, die seinem Greisenalter zuzuschreiben ist, steuert Präsident François Mitterrand einer Staatskrise entgegen.

spielte aber keine Rolle. Innenminister Joxe hatte die Richtung gezeigt, in der die Friedhofschändung von Carpentras auszuwerten sei.

Die »öffentliche Meinung« erwies sich als durchaus hellhörig und diszipliniert. Obwohl nicht die Spur eines Anhaltspunktes bestand, dröhnte es tausendfältig und wochenlang aus allen Informationsmedien und Politiker-Aussagen: »Der wahre Schuldige ist Le Pen! Mit seiner Nationalen Front hat er das Volk gegen die Einwanderer aufgehetzt, und als er öffentlich zu behaupten wagte, die Judenvernichtung sei nur eine Einzelheit des letzten Weltkrieges gewesen, hat er Antisemitismus gepredigt und das jüdische Volk beleidigt.«

Derartiger Unsinn wurde nun sozusagen als Staatsdoktrin verbreitet. Alle Informationsmedien wurden in den Taumel mitgerissen. Radio, Fernsehen und sämtliche Zeitungen mußten ihr Soll an moralischer Empörung les, was verwendbar war, diente sogleich als Futter für die »Antirassismus«-Kampagne.

Und dann geschah etwas wirklich Niederträchtiges: Ein von Europäern adoptiertes Negermädchen, 15jährig, kam mit vollständig rassiertem Kopf nach Hause und erklärte schluchzend, es sei von jungen Leuten angegriffen worden mit dem Ruf: »Keine Neger in Frankreich!«

Die Empörung schlug hohe Wellen. Das Ereignis ließ sich zur Stimmungsmache hervorragend gut verwenden. Natürlich wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet wegen »Rassismus«. Da aber geschah das Unerwartete.

Mitterrands Hofpresse lächerlich gemacht

Als die Polizisten genaue Einzelheiten über den Hergang der rassistischen Tat und genaue Beschreibung der Täter verlangten, kam die Wahrheit ans Tageslicht.

Die ganze Geschichte war eine billige Erfindung. Ein Friseur-Lehrling und Freund des Mädchens sollte diesem eine modische Frisur zulegen, was aber vollständig mißlang. Um sich bei ihren Adoptiveltern zu rechtfertigen, verunstalteten die beiden die Szenerie zum »rassistischen Angriff«.

Der Untersuchungsrichter hat höchstpersönlich diesen Tatbestand auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz gekanntgegeben.

Die ganze französische Presse war damit zum Gelächter und Gespött geworden. Denn die linkslastige Informationsmeute Frankreichs hatte es als »heilige Pflicht« betrachtet, dem 15jährigen Mädchen Anna die Aufwartung zu machen und möglichst viele Einzelheiten über den »abscheulichen rassistischen Anschlag gegen dieses arme Ding« zu erfahren und aller Welt kund zu tun.

Mitterrands Lieblingszeitung »Libération« hatte dem Gegenstand eine ganze Seite gewidmet. Ebenso die Kommunisten-Zeitung »Humanité«, wo diese »entsetzliche Tat der Rassisten« bereits auf der Titelseite in großen Lettern anklagend erwähnt wurde und im Innern die Seiten zwei, drei und vier vollständig ausfüllte. Die Leiden des Mädchens waren mit ergreifenden Worten geschildert, und das Grauen des aus Rassenhaß verübten Verbrechens mit beschwörenden Worten veruteilt worden.

Auch in diesem Zusammenhang war wieder Le Pen als der letzlich Schuldige bezeichnet worden. Der Bürgermeister von Avignon, wo das Mädchen wohnt, erklärte öffentlich: »Nach diesem Höhepunkt des Rassenhasses muß die Nationale Front verboten werden und Le Pen muß Redeverbot erhalten.«

Nachdem in nüchterner Form und wenigen Worten die Lachhaftigkeit dieses Antirassismus-Rummels bekanntgegeben worden war, dämmerte es bei einigen Zeitungsleuten, daß irgendetwas faul ist, im Frankenreiche. Die weit verbreitete Tageszeitung »République du Centre« meinte: »Diese grobschlächtige Irreführung gibt Anlaß, die Verantwortung der Presse zu überdenken und Selbstkritik zu üben.«



Seit der Rückkehr von Charles de Gaulle 1944 nach Frankreich teilte sich ein politischer Klüngel die Macht.

In der Tageszeitung »Midi libre« wurden die Dinge beim Namen genannt: »Indem diese lächerliche Angelegenheit für politische Zwecke ausgebeutet werden sollte, ist das Unbehagen im ganzen Land noch gesteigert worden. Will man uns glauben machen, das französische Volk sei dem Faschismus, dem Rassenwahn und dem Antisemitismus verfallen, was doch sicher nicht zutrifft. Das ist bedenklich, denn es wird ein Klima der Hysterie im ganzen Land gezüchtet.« □

Großbritannien

Zunächst keine »Kriegsverbrecher«-Prozesse

Vivian Bird

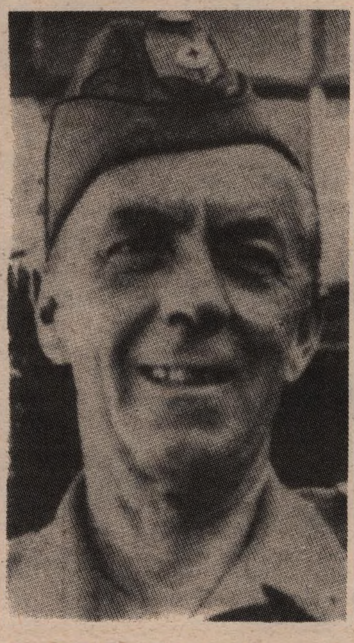
Einige Minister in der Regierung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher könnten gezwungen werden, ihre Pläne, sogenannte Kriegsverbrecher-Prozesse in Großbritannien abzuhalten, aufzugeben. Der entsprechende Gesetzesentwurf ist im Juni im House of Lords blockiert worden.

Mit einer seltenen Herausforderung an das House of Commons (Unterhaus) wies das Oberhaus – das von Vielen nur noch als dekorativer Anachronismus betrachtet wird – den Gesetzesentwurf der Regierung mit überwältigender Mehrheit zurück. Dieser hätte die strafrechtliche Verfolgung von mutmaßlichen Nazi-»Kriegsverbrechern«, die jetzt in England leben, wegen angeblicher Taten, die vor vielen Jahren begangen wurden, ermöglicht. Die Abstimmung war 207 zu 74 dagegen.

Unter dem Druck der Israelis

Die erbittertsten und entschlossenen Gegner dieses Gesetzesvorschlages, der unter starken und beharrlichen Druck der Israelis eingebracht wurde, sitzen im House of Lords. Dazu gehören der ehemalige Lord Chancellor, Lord Hailsham, der führende Jurist in Großbritannien, der eine solche Gesetzgebung als ungerecht, unenglisch und heuchlerisch verurteilte. Auch der ehemalige Premierminister Edward Heath, ein erbitterter Gegner von Mrs. Thatcher und ihrer Politik, von der er glaubt, sie habe Großbritannien in die Katastrophe geführt, stellte sich dagegen.

Die Gegner des Gesetzesentwurfs waren sich darüber einig, daß es sich bei dieser Verabschiedung durch das House of Commons, mit Unterstützung der führenden Persönlichkeiten beider großer Parteien, um ein sinnloses und verräterisches Nachgeben gegenüber dem Druck aus dem Ausland handelt.



Graf Folke Bernadotte war im Mai 1948 im Auftrag der UN der Vermittler im Palästina-Konflikt und wurde von der Stern-Bande ermordet.

Zweifel daran, daß der Gesetzentwurf jemals das House of Lords passieren wird, ungeachtet einer Anzahl von zionistischen »Lords« und »Ladies«, denen von verschiedenen britischen Regierungen Titel verliehen worden waren, verstärken sich durch das Einbringen einer Gesetzesänderung, die darauf abzielt zu verhindern, daß der Gesetzesentwurf einer zweiten Lesung unterzogen wird.

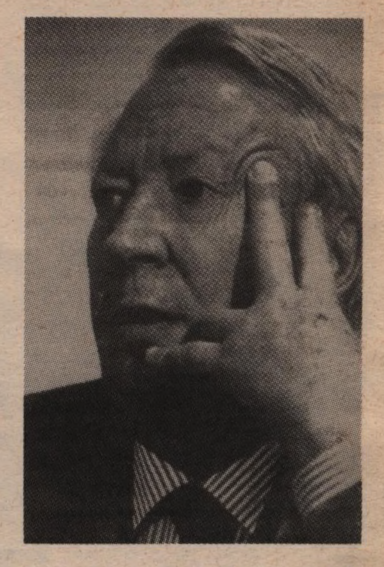
Angewiesen auf die Hilfe des KGB

Die Gesetzesänderung wurde von Lord Campbell of Alloway, einem Hinterbänkler der Conservative Party auf den Tisch gelegt, der selbst in der berühmten Festung Colditz Kriegsgefangener war. Darin wird dem Gesetzesentwurf eine zweite Lesung verweigert, »weil es eine rückwirkende Gesetzgebung in bezug auf Kriegsverbrechen erfordern würde, die vor über 40 Jahren, außerhalb des Vereinigten Königreiches, durch Personen, die nicht der Krone unterstanden, begangen wurden und nicht anzunehmen sei, daß ein fairer Prozeß geführt und eine dementsprechende Bestrafung nach Schuldspruch erfolgen kann«.

Auch das »Beweismaterial« und die »Zeugen« in einem solchen Prozeß würden zusammen mit weiteren »Beweisen« in Form von »Dokumenten« herbeigeschafft, die der KGB in Moskau den Ermittlungsbeamten von Scotland Yard zur Verfügung stellen würde. Der KGB sei jedoch auf Dokumentenforschung spezialisiert.

Der Grundsatz, solche Prozesse führen zu wollen, wurde im Dezember 1989 zur Diskussion gestellt, als fast alle Parlamentsmitglieder dagegen waren. Nach einer ähnlichen Debatte im House of Commons am 13. Dezember entschieden die Parlamentarier jedoch in einer Abstimmung ohne Parteienzwang mit 340 zu 123 Stimmen, in Großbritannien lebende »Kriegsverbrecher« strafrechtlich zu verfolgen.

Obwohl durch die Abstimmung vom 5. Juni 1990 die Pläne der Regierung, Kriegsverbrecherprozesse abzuhalten, zunächst zunichte gemacht werden, bedeutet dies keineswegs, daß die Sache tot und begraben ist. Die Regierung könnte das Gesetz in der nächsten Parlamentsperiode erneut einbringen und es, falls notwendig, durch Anwendung der selten angewendeten Parliament Acts durch das House of Lords hindurchpeitschen.



Der ehemalige Premierminister Edward Heath ist ein erbitterter Gegner von Mrs. Thatcher und ihrer Politik.

Diese Gesetze wurden 1911 und 1949 verabschiedet, um »sicher zu gehen, daß wichtige Gesetzgebungen der Regierung nicht durch die Lords verhindert werden«. Den Mitgliedern des Unterhauses könnte auch gestattet werden, darüber zu debattieren, ob der Gesetzesentwurf neu eingebracht werden soll.

Die Lords können eine Gesetzgebung für eine volle parlamentarische Sitzungsperiode hinausschieben. Und wenn sie einen ganzen Gesetzesentwurf zurückweisen, dann können die Abgeordneten des Unterhauses diese Zurückweisung erst in der nächsten Sitzungsperiode überstimmen.

Kotau gegenüber den Interessensgruppen

Der Grund für die Abstimmung im Unterhaus war heftiger und andauernder Druck seitens eines einflußreichen Teils der Medien. Die Abstimmung war keine Billigung des Gesetzesentwurfs, sondern vielmehr eine grundsätzliche Vereinbarung darüber, daß der Entwurf verabschiedet werden sollte.

Die Regierung, die mehr zionistische Minister in ihren Reihen hat als irgendeine andere in

der Geschichte von Großbritannien, brachte anschließend den »Kriegsverbrechen«-Gesetzesentwurf ein. Der Entwurf geht zur Zeit durch das Unterhaus und befindet sich jetzt bei den Ausschüssen.

Wenn die Dinge sich so entwikkeln, wie vorausgesagt, dann wird die Regierung versuchen, dahingehend zu argumentieren, daß sie ihr Bestes getan habe, um das Gesetz zu verabschieden, dies aber vom House of Lords verhindert wurde.

Eine gräßliche Heuchelei

Nichtsdestoweniger enthüllt die Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten beider großen Parteien, unterstützt durch die Liberals und die Social Democrats, sich begierig bei dieser schwerwiegenden juristischen Frage die Hand reichten, wieder einmal die gräßliche Heuchelei des britischen politischen Establishments.



Bis heute schweigt die britische Premierministerin Margaret Thatcher zu der Aufklärung der Morde im Wald von Katyn.

Es ist den kritischen Augen vieler Leute in Großbritanniene nicht entgangen, daß weder Mrs. Thatcher noch Neil Kinnock irgendeinen Hinweis auf eine zugesagte Untersuchung von britischen Kriegsverbrechen in Österreich im Jahre 1945 gemacht haben. Jene Verbrechen betreffen die zwangsweise Auslieferung von Jugoslawen und weißrussischen Kosaken an die kommunistischen Mörder. Kinnock ist der Vorsitzende der oppositionellen Labor Party.



Die britische Regierung wird den hundersten Gebutstag von Dwight D. Eisenhower feiern, der nach Kriegsende eine Million deutsche Kriegsgefangene verhungern ließ.

Mrs. Thatcher und Kinnock gaben auch keine Stellungnahme zu dem kürzlichen Eingeständnis der Sowjets ab, daß Stalin für den Mord an 15.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn verantwortlich war, was prosowjetische Elemente im British Foreign Office jahrzehntelang bestritten hatten.

Eisenhower und das besondere Verhältnis

Die gegen Dwight D. Eisenhower erhobenen Beschuldigungen, er habe willkürlich eine Million deutsche Kriegsgefangene verhungern lassen, wurden ostentativ ignoriert. Die britische Regierung plant sogar, den hundertsten Geburtstag Eisenhowers zu feiern, um das »besondere Verhältnis« zu den Vereinigten Staaten zu festigen.

Hinweise auf Greueltaten, die von Israel, einem anderen Staat mit einem »besonderen Verhältnis« zu den Vereinigten Staaten, begangen wurden, gehen ebenfalls durch das Rattenloch der orwellschen doppelten Moral in die Versenkung. Eine der markantesten dieser Untaten ist die aktive Teilnahme des derzeitigen israelischen Premierministers Jitzhak Shamir an dem feigen und hinterhältigen Mord an Graf Folke Bernadotte, dem Friedensgesandten der Vereinten Nationen, während der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948. □

CODE

Das andere deutsche Nachrichtenmagazin

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat ein weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. September 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Wieder Logen in Prag und Budapest

Wie die »Berliner Zeitung« mitteilt, hat der Grand Orient von Frankreich (GOdF), die mit 32.000 Mitgliedern bedeutendste Großloge Frankreichs, im April 1990 in Prag eine Loge gegründet, die bereits 17 Mitglieder und tausend Interessenten zählt.

»Die 18.000 Mitglieder umfassende Grand Loge de France (GLF) initiierte im März neue Logen in Budapest und Szeged und bereitet eine Logengründung in Belgrad vor. Die Budapest-Loge zählt heute 50 Mitglieder und Hundert von Interessenten aus intellektuellen Kreisen, teilte die GLF mit. Nach dem Ende der Verfolgung des Freimaurertums durch die Kommunisten, gebe es wegen der ablehnenden Haltung der römisch-katholischen Kirche die größten Probleme in Polen, wo im Untergrund auch während der kommunistischen Ära autonome Logen existierten, hieß es.«

Nach dem Scheitern des Marxismus und Weltkommunismus als internationale Ideologie und politische überstaatliche Macht ist offensichtlich die Freimaurerei in Ungarn, der CSFR und Polen bestrebt, die ideologische und politische Führung zu übernehmen, die sie bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren in Prag unter Masaryk und Benesch inne hatte. □

Vatikan greift UN-Politik an

Beamte der katholischen Kirche auf höchster Ebene verurteilten einen Bericht der Vereinten Nationen gegen das Bevölkerungswachstum und nannten ihn rassistisch, bildungsfeindlich und pseudo-wissenschaftlich. Kardinal Eduard Gagnon, Präsident des Familienrats des Vatikans, nannte den Bericht »ein Manöver der Multinationalen; hinter derartigen Statements steckt immer das Geld der großen Multinationalen«.

Monsignore Elio Sgreccia, Theologe und Berater des Vatikans über Moralität und Wissenschaft, wurde in der italienischen Tageszeitung »La Repubblica« zitiert, daß er die Studie »eine bildungsfeindliche und pseudo-wissenschaftliche Perspektive« genannt habe. »Dies ist wie die alte Geburten-feindliche kolonialistische Politik, die von der Weltbank Robert McNamaras gefördert wurde, die den Entwicklungsländern ein Geburtenfeindliches Paket, einschließlich Sterilisierung, im Austausch für Nahrungsmittel, auferlegte.«

Laut Monsignore Sgreccia ist die Theorie der Vereinten Nationen pseudo-wissenschaftlich, weil sie auf der Voraussage eines Zusammenbruchs des Energiegleichgewichts als Folge des Bevölkerungswachstums beruhe, was sich aber durch die Entdeckung neuer Energiequellen als falsch erwiesen habe. »Die Zeugung kann nicht dem Zufall, der Politik oder der Ideologie überlassen werden«, meinte er, »sondern der verantwortlichen Entscheidung der Eltern, so daß die Kinderzahl auf der Grundlage der Achtung für das menschliche Leben, für die Würde und Einheit der Familie geregelt werden kann.«

Monsignore Franco Costa von der italienischen Bischofskonferenz und Verantwortlicher für Familienangelegenheiten nannte den Bericht eine »Bekundung des heuchlerischen Rassismus«. Der rechte Weg zur Lösung der Bevölkerungsfrage sei die Durchführung der Lehren des Papstes Johannes Paul II. in seiner Enzyklika »Sollicitudo rei socialis«. □

Sowjets planen Hochgeschwindigkeitsprojekt

Die Sowjetunion plant den Bau einer Hochgeschwindigkeits-Eisenbahn-Linie von Leningrad nach Moskau, und zwei Hochgeschwindigkeits-Hauptlinien von Moskau durch die Ukraine mit Endstation auf der Krim, und eine weitere durch Südrußland, Rostow am Don, durch den Nordkaukasus in den Transkaukasus hinein, berichtete Radio Moskau und nannte dies das »Superprojekt des Jahrhunderts«.

Radio Moskau berichtete weiter, in der sowjetischen Presse sei eine Debatte über dieses Projekt ausgebrochen und zitierte in diesem Zusammenhang einen Artikel in der Tageszeitung »Sovetskaya Rossiya«, in dem dazu aufgerufen wurde, den »Plan fallen zu lassen« wegen der angeblichen »ungeheuren Kosten« und den »Auswirkungen auf die Ökologie«.

Wie verlautet, ist der Plan jedoch finanziell abgesichert und gehört zu den Großprojekten der Infrastruktur, die erforderlich sind, um das Problem des Transportzusammenbruchs als Kernpunkt des sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu lösen. Der Plan umfaßt das längste Höchstgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz das jemals irgendwo in der Welt vorgesehen wurde, und die geplanten Routen würden die beiden größten Städte Rußlands, Moskau und Leningrad, mit dem ukrainischen Industriegürtel und den beiden Kornkammern der Sowjetunion, Ukraine und Südrußland, verbinden.

Weitere Erweiterungen des »Superprojekts« könnten dieses Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitsnetz mit dem mitteleuropäischen Dreieck und nach Osten hin mit Rußlands Industriezentren an der Wolga und am Ural verbinden. □

Briten und Franzosen planen Super-Concorde

Britische und französische Konstrukteure planen eine Super-Concorde für das 21. Jahrhundert. Frankreichs Aérospatiale und British Aerospace, die vor 20 Jahren gemeinsam den Überschall-Airliner Concorde bauten, haben mit Studien für ein verbessertes Modell begonnen, gab der Vorstandsvorsitzende von Aérospatiale, Henri Martre, auf einer Pressekonferenz in Paris bekannt. Die sich noch auf dem Reißbrett befindliche Super-Concorde würde beinahe die doppelte Reichweite, 12.000 statt 6.400 km, fliegen, und 200 statt 100 Passagiere befördern. Die Technologien, die sie entwickelt haben, seitdem eine Maschine erstmals 1969 flog, würde eine Verringerung des Motorenlärms, eine bessere Überschall-Leistung und eine Spitzengeschwindigkeit von 2,4 Mach, etwas schneller als das Original, ermöglichen. Sie könnte in etwas über fünf Stunden von Paris nach Tokio fliegen. Neue Werkstoffe könnten das Gewicht um 20 Prozent verringern und damit die Treibstoffleistung verbessern.

»Es besteht eine sehr starke Nachfrage nach einem Nachfolger für die Concorde«, sagte Martre. Studien in Europa und in den Vereinigten Staaten haben ergeben, daß ein solches Flugzeug wirtschaftlich lebensfähig wäre, mit einem potentiellen Markt von 300 bis 500 Einheiten in den Jahren zwischen 2005 und 2025.

Die britischen und französischen Flugzeugbauer haben sich darüber geeinigt, über die nächsten fünf Jahre hinweg 36 Millionen Dollar für die Forschung auszugeben. Das Entwicklungsprogramm könnte elf Milliarden Dollar verschlingen, und weitere Partner können sich an dem Projekt beteiligen. Amerikanische Bemühungen zum Bau von Konkurrenz-Überschallflugzeugen in den siebziger Jahren wurden aus Gründen des Umweltschutzes eingestellt. □

Sowjetische Studenten unterstützen Chinas Protestbewegung

Aus Solidarität mit Chinas Demokratie-Bewegung verbrannten sowjetische Studenten Werke von Lenin außerhalb der Moskauer Universität. Mehrere hundert Studenten riefen zum Gedächtnis an das Masaker von chinesischen Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im vergangenen Jahr zu einem 24stündigen Hungerstreik auf. Viele sowjetische Studenten kampierten über Nacht im Freien, trotz der Temperaturen nahe am Gefrierpunkt.

Das sowjetische Fernsehen teilte mit, die Hungerstreikenden seien von Studenten in etwa 50 anderen Städten unterstützt worden. »Wir wollen unverzüglich demokratische Reformen im Land, wir verlangen eine radikale Lösung der Probleme der Studenten«, sagte A. Kirjuschin, einer der Organisatoren der Protestaktionen, zur Nachrichtenagentur Tass. Die Studenten, einige von ihnen mit weißen Stirnbändern als Zeichen der Trauer und mit Spruchbändern sowohl in russischer als auch in chinesischer Sprache, versammelten sich, um jenen zu gedenken, die bei den Protesten für die Demokratie im vergangenen Jahr in Peking getötet wurden.

Zeugen berichteten jedoch, daß sich einige Studenten dieser Menschenansammlung bedient hätten, um das Sowjetsystem zu kritisieren, wobei Parallelen zwischen dem Nichtvorhandensein einer Demokratie in China und der Sowjetunion gezogen worden seien. Eine Gruppe vermummter Studenten legten auch Feuer an Bücher von Lenin. »Nieder mit dem Totalitarismus«, hieß es auf einem der Spruchbänder. »Für eure Freiheit und für unsere Freiheit« stand auf dem von einem Studenten getragenen Stirnband. □

Sajudis gegen Einfrierung der litauischen Unabhängigkeit

Die litauische Unabhängigkeitsgruppe, Sajudis, drängte das litauische Parlament dahin, den Vorschlag des Kremls für seine Unabhängigkeitserklärung zurückzuweisen. Sajudis, deren Abgeordnete im Parlament die Mehrheit haben, sagte, die Einfrierung sei unannehmbar.
Der litauische Sajudis-Rat schlägt dem Obersten Rat der Republik Litauen vor, es abzulehnen, die Entscheidung zu bestätigen, heißt es in der Erklärung. »Alle Motive hinter der Entscheidung sind unklar und von daher gesehen ist der Gedanke an ein Moratorium unannehmbar. Wir alle – Parlament, die Regierung und die Öffentlichkeit – müssen nach neuen Wegen suchen, um Verhandlungen mit der Sowjetunion in Angriff zu nehmen.«

Die litauische Regierung steht nicht nur unter Druck aus Moskau um die Unabhängigkeitserklärung auf Eis zu legen, sondern auch aus den Vereinigten Staaten. Ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums sagte, die Vereinigten Staaten seien »etwas über Litauen verärgert und hätten der Regierung in Wilna ihre Ansichten mitgeteilt. Die Litauer können sich scheinbar nicht einigen. Sie sind ein wenig pedantisch. Sie verstehen zwar die Notwendigkeit für eine gewisse Pragmatik, aber Emotionen gewinnen gelegentlich die Oberhand über sie.« □

Rumänische Regierung sucht entschlossene Burschen

Der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu stellt eine neue Terrorbekämpfungstruppe auf, so berichtete er dem Nachrichtenmagazin »Times«. Der Schritt folgt nach einer blutigen Razzia auf regierungsfeindliche Demonstranten, bei der von der Regierung Iliescu angeheuerte Soldaten auf friedliche Protestierende einschlugen und sie einsperrten.

Die rumänische Regierung erwägt, britische oder amerikanische Institutionen zu ersuchen, einige der Terrorbekämpfungstruppen auszubilden, weil sie bei der Beherrschung der Volksmassen die größten Erfahrungen hätten. Die neue Truppe wird aufgestellt, weil »es jetzt psychologisch gesehen für die Polizei und die Armee schwierig ist, der Bevölkerung entgegenzutreten, wenn sie auf die Straße geht«, meint Iliescu.
»Dies hat bei einigen militärischen Einheiten eine Art von Streß und einen gewissen Minderwertigkeitskomplex ausgelöst – auch wenn sie es mit offensichtlich rebellischen Elementen zu tun haben. Obwohl wir eine gesetzlich gewählte Regierung haben und Institutionen des Staates angegriffen wurden, wagte es die Polizei nicht zu schießen um sie abzuschrecken, nicht einmal aus Notwehr heraus. Dies ist ein Hinweis darauf, wie akut der psychologische Zustand ist.« Iliescu meinte, er müsse »junge entschlossene Burschen anwerben«.

Italienische Ingenieure bauen in Stunden eine Eisenbahnbrücke

Italienische Ingenieure bauen eine ein Kilometer lange Eisenbahnbrücke ausschließlich aus vorgefertigten Segmenten, und die Schnellspur für die »Pontebbana« zwischen Carnia und Pontebba im alpinen Norden Italiens wird innerhalb von 48 Stunden fertiggestellt.

Die Brücke in der Nähe von Venzona wurde aus mehreren hundert Segmenten gebaut, die mit einer Kolonne von 120 Schwerlastern von der Fabrik herbeigeschafft wurden, und 48 Stunden, nachdem der ganze Vorgang begann, war die Brücke fertiggestellt.

Im Hinblick auf den zukünftigen Grenzüberschreitenden Transitverkehr nach Österreich auf dieser Route, der planmäßig 1993/94 beginnen soll, hat die Österreichische Bundesbahn der italienischen Eisenbahngesellschaft eine neue Art von Lokomotive angeboten, die in der Lage ist, sowohl an dem italienischen als auch an dem österreichischen Stromnetz betrieben zu werden. Durch Einsatz dieser Lokomotiven, gebaut von der Firma Simmering-Graz-Pauker, wird der durch das Auswechseln der Lokomotiven an der Grenze bedingte Zeitverlust wegfallen. □

In Jugoslawien besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges

Jugoslawien droht ein Bürgerkrieg und eine »Intervention aus dem Ausland«, warnte der neue Staatspräsident des Landes, Borislav Jovic, in einer Erklärung vor dem Parlament in Belgrad, in der er eindringlich darauf hinwies, daß eine neue härtere Bundesverfassung notwendig sei.

Jovic warnte vor der wachsenden Macht »anti-sozialistischer Kräfte« und »Kollaborateure aus der Kriegszeit, die nach Rache trachten«, und stellte fest: »Wenn die Parteien des äußersten rechten Flügels und die revanchistischen Kräfte an die Macht kommen, bringt dies den Bürgerkrieg und die Möglichkeit einer Intervention von außen mit sich.«
Jovic, ein Anhänger des populistischen Führers Slobodan Milosevic, rief aus: »Die Ausbreitung anti-jugoslawischer und anti-sozialistischer Kräfte bringt uns an den Rand eines völkischen Konflikts, der die bloße Existenz Jugoslawiens bedrohen würde.«
Sich offensichtlich auf Slowenien und Kroatien beziehend, sagte er, daß die Wähler »typisch faschistische Methoden des Drucks, darunter Bestechung, Manipulation, körperlichen Angriffen und der Einmischung des Priestertums ohne sittliche Grundsätze« ausgesetzt seien. □

Sowjetischer Verteidigungsminister sieht weitere militärische Bedrohung

Der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Jasow soll warnend darauf hingewiesen haben, daß ungeachtet der Errungenschaften Michail Gorbatschows die militärische Bedrohung gegenüber der Sowjetunion bestehen bleibe, und die sowjetische Heerführung ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen werde.

»Unter dem Einfluß der tiefgehenden Umwandlungen in der Sowjetunion gab es beträchtliche positive Veränderungen in den internationalen Beziehungen«, stellt Jasow fest. »Statt Konfrontation findet jetzt der Dialog statt.«

Aber »gleichzeitig bleibt die militärische Bedrohung bestehen. Unter diesen Umständen behält die Sowjetunion ihre militärische Bereitschaft auf dem notwendigen und ausreichenden Stand bei und führt im Gesamtrahmen der Reform des Militärwesens eine radikale Umgestaltung ihrer Verteidigungskapazität durch.« □

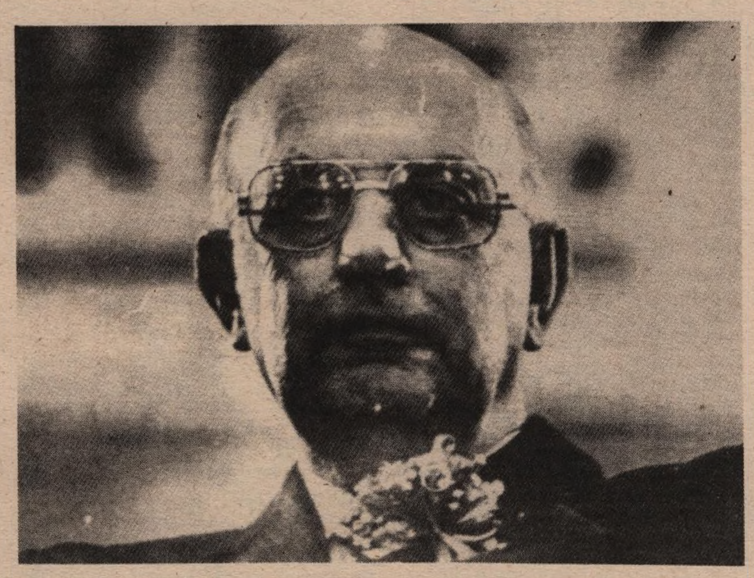
Südafrika

Kapitulation vor den Insidern

Eduard Platzoeder

Vor seinem Abflug nach Europa im Mai dieses Jahres sagte der südafrikanische Präsident de Klerk: »Südafrika hat die Herausforderung unserer Zeit angenommen.« Das heißt, anders ausgedrückt: die derzeitige südafrikanische Regierung hat endgültig vor der »Neuen Sozialistischen Weltordnung« der Vereinten Nationen und der Internationalisten in der amerikanischen Regierung kapituliert, die eine gemischtrassige Weltbevölkerung ohne nationale und religiöse Bindungen in einer sozialistischen vereinten Welt anstreben.

Seitdem de Klerk seine Bereitschaft zu einem »neuen Südafrika« und zu einer »Machtteilung« mit den Schwarzen bekundet hat, öffnen sich ihm die Türen. Neun Staatsoberhäupter empfingen ihn und seine Begleitung auf seinem Ego-Trip durch Europa. Überall erfreuen sich die Reisenden eines plötzlichen Wohlwollens, das in der fernen Heimat mit Staunen, aber auch mit einem Gefühl des Unbehagens registriert wird. Wie läßt sich denn der Sinneswandel der bisherigen Feinde anders erklären, als daß sie sich schon sicher wähnen, daß ihr jahrzehntelanger Feldzug gegen die weiße Herrschaft am Kap mit einem Sieg ihrer marxistischen Freunde gekrönt sein wird.



Südafrikas ehemaliger Präsident P. W. Botha verließ nach 44 Jahren die National-Partei, da sein Nachfolger den ANC und die Kommunistische Partei zuließ.

Die Weißen werden überstimmt

Die niederländische Regierung erleichterte Visabestimmungen und stellte weitere anti-südafrikanische Gesetzesvorlagen zurück. Spanien nimmt seine seit Jahren eingestellten Frachtflüge wieder auf. Beschränkungen auf sportlichem und kulturellem Gebiet sollen fallen. US-Präsident George Bush lud zu einem Staatsbesuch ein und in den vom Marxisten, Freimaurern und Auserwählten geleiteten »Weltparlament« UNO darf Südafrika wieder seinen Sitz einnehmen.

Die weißen Südafrikaner, die das Land aus dem Nichts durch Fleiß, Hingabe und Ausdauer entwickelt, aufgebaut und zur Blüte gebracht haben und glaubten, ihnen bliebe immer noch die Möglichkeit eines Vetos zu einer Verfassungsänderung, die nicht ihren Vorstellungen entspräche, haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die den Weißen von der Regierung versprochene Neuwahl oder Referendum zu einer mit den Schwarzen ausgehandelten neuen Verfassung hat den Pferdefuß, daß ein solches Referendum aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine Mehrheitsabstimmung unter Weißen, Indern und Farbigen stattfinden soll, das heißt, daß eine weiße Mehrheit gegen die Verfassungsvorschläge von einer kombinierten Mehrheit aller drei Volksgruppen überstimmt werden könnte. Das gaben führende Mitglieder der Nationalen Partei zu, die nach den Gesprächen der vergangenen Wochen zwischen Regierung und dem ANC an einer Wochenendberatung teilgenommen haben.

Politik der stufenweisen Abdankung

Der Protestaustritt des vorigen Staatspräsidenten P. W. Botha aus der Nationalen Partei, der er 54 Jahre lang gedient hatte, löste Schockwellen in der Partei aus. Botha beschrieb die Politik seines Nachfolgers, F. W. de Klerk, als »stufenweise Abdankung« und sprach damit aus, was ein großer – jedoch noch unsicherer – Teil der weißen Wählerschaft spätestens nach de Klerks Parlamentsrede am 11. Februar dieses Jahres dachte.

Botha verurteilte besonders die Einbeziehung des Generalsekretärs der bisher verbotenen Kommunistischen Partei Südafrikas und KGB-Obersten, Joe Slovo, in den Verhandlungsprozeß. Slovo, ein weißer Jude baltischer Herkunft, war Gründer und Leiter von »Umkhonto we Sizwe«, des militärischen Flügels des ANC und damit hauptverantwortlich für die Bombenanschläge der Terroristenbewegung, denen zahlreiche Menschen aller Hautfarben zum Opfer fielen.

Der Schaden, den Botha's Äußerungen für die Nationale Partei hervorgerufen haben, ist noch nicht absehbar. Fest steht jedoch jetzt schon, daß immer mehr Wähler die Partei verlassen und zur Konservativen Partei Dr. Andries Treurnichts überwechseln.

Es ist notwendig festzustellen, daß die national-konservativen Südafrikaner mit verschwindend geringen Ausnahmen – die es ja immer gibt – absolut tolerant gegenüber den anderen Rassengruppen waren und sind. Im Gegensatz zu den »Reformern« besteht zwischen ihnen und besonders den Schwarzen eine im Allgemeinen gesunde Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens und menschlicher Hilfsbereitschaft. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu beweisen und zu bewähren, erhielten sie ihre angestammten Gebiete zur Selbstverwaltung. Diese Gebiete werden finanziell stark unterstützt und auf allen wirtschaftlichen Gebieten stehen erfahrene Experten beratend zur Verfügung.

Nun wurde in Privatgesprächen führender Mitglieder der Regierungspartei angesprochen, daß die Oppositionspartei, die Konservativen, inzwischen die Mehrheit der weißen Wählerschaft hinter sich haben. Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt müßten deshalb unter allen Umständen vermieden werden. Besonders Dr. Gerrit Viljoen, Minister für verfassungsrechtliche Entwicklung, plädiert dem Vernehmen nach für einen forcierten Reformprozeß, damit die Ergebnisse so schnell wie möglich als vollendete Tatsachen abgehandelt werden können. Verfassungsmäßige Neuwahlen fänden erst in vier Jahren statt. □



Südafrika

Die Welt jubelt einem Terroristen zu

Hans Baader

»In der Dummheit ist eine Zuversicht, worüber man rasend werden möchte.« Dieser Satz des deutschen Philosophen Friedrich Heinrich Jacobi kennzeichnet genau das, was in der Welt derzeit mit Nelson Mandela geschieht. Ein Terrorist, der sich bis heute öffentlich weigert, der Gewalt abzuschwören, wird umjubelt, als sei er der neue Messias Südafrikas. In Wirklichkeit ist er nichts anderes als ein weiterer Eckstein beim Vordringen des Sozialismus.

Bei seiner Welttournee, anders kann man Mandelas Besuche der führenden Regierungschefs dieser Welt nicht bezeichnen, wurde dem früheren Präsidenten – jetzt ist er nur stellvertretender Vorsitzender, de facto aber weiter der führende Kopf – des African National Congress (ANC), der heute Freiheitsbewegung genannt wird, in Wirklichkeit aber nichts anderes als eine Terroristenbande ist, eine Ehre zuteil, wie sonst nur dem Papst, dem amerikanischen und dem sowjetischen Präsidenten.

Der »weise politische Führer«

Selbst Bundeskanzler Kohl, der noch vor wenigen Jahren beim Staats-Besuch des damaligen gewählten südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha die Couch aus dem Besucherzimmer räumen ließ, empfing den Farbigen freudestrahlend. Man war sich einig, daß die Neger in Südafrika ausnahmslos sämtliche Rechte wie die Weißen erhalten müßten. Alles andere wäre unannehmbar. Seltsam ist dabei nur, daß man gleiches von unserem Bundeskanzler nicht auch bezüglich der deutschen Ostgebiete hört. Daß die deutschen Kirchenoberen sich ebenfalls darum rissen, von dem Schwarzen empfangen zu werden, soll nur am Rande erwähnt werden.

Der sozialistische Präsident Frankreichs, Mitterrand, stand natürlich auch in der ersten Reihe derjenigen, die Mandela ihre Hochachtung versicherten. Selbst in Großbritannien, das bislang noch mit die vernunftbezogenste Politik, zumindest was Südafrika anbelangt, machte, wurde Mandela mit allen Ehren empfangen und wurde binnen weniger Monate das zweite große Konzert für den Terroristenchef gegeben. Allerdings waren aus Großbritannien, und mit Abstrichen auch aus der Bundesrepublik, noch die kritischsten Stimmen bezüglich der Fortsetzung der Sanktionen gegen Südafrika zu hören.

Die skandalösesten Vorfälle spielten sich aber – mal wieder – vor der UNO ab. So lautete dann auch die Schlagzeile der »Welt am Sonntag« hierzu: »Mandela wie ein Staatschef von UNO empfangen.« Vor den sogenannten »Vereinten Nationen« wurde der ANC-Chef mit großem Zeremoniell empfangen, wie es sonst nur Staatsoberhäuptern zuteil wird. Rund 3000 Personen, darunter alle 2000 UN-Delegierte, bereiteten dem 62jährigen im Sitzungssaal der Generalversammlung minutenlang stehende Ovationen. Von den Rednern wurde Mandela dann sogar als »Freiheitsheld« und »lebende Legende« bezeichnet. Und der deutsche UNO-Botschafter, Bräutigam, erdummte sich sogar, Mandela als einen »weisen politischen Führer« zu bezeichnen. Andere nannten den Farbigen, der früher an mehreren Anschlägen, die viele Tote forderten, beteiligt war, sogar den »neuen Martin Luther King«.

Letztendlich bleibt er bei Gewalt

In einer Sondersitzung des UNO-Ausschusses gegen Apartheid forderte Mandela dann vor allem die Staaten der EG dazu auf, den Zielen der Resolution treu zu bleiben. In ihr wurden während der UNO-Vollversammlung Ende des vergangenen Jahres die Prinzipien für den Übergang Südafrikas in eine »demokratische Gesellschaft« festgelegt. Gegen die derzeitigen und zum Teil vergangenen Folterregime in China, Kuba, Nicaragua, Äthiopien, DDR und der UdSSR – um nur einige zu nennen – wurden derartige Resolutionen aber sinnigerweise nicht verhängt.

Vor der UNO und auch beim Besuch des amerikanischen Präsidenten Bush erklärte der Schwarzenführer, daß keine der Liberalisierungsmaßnahmen, die Südafrikas weiße Regierung in den vergangenen Monaten getroffen habe, »eine Revision der Positionen, die diese Organisation in ihrem Kampf gegen die Apartheid eingenommen hat, erfordert«.

Während die meisten Gesprächspartner Mandelas für eine friedliche Lösung des Rassenproblems plädieren, schloß der Schwarzenführer bewaffneten Kampf nicht aus. Es sei seine und des ANC Haltung, daß die schwarze Mehrheit unter Umständen in eine Lage versetzt werden könnte, in der ihr keine Alternative zur Gewaltanwendung bleibe. Er jedenfalls halte den bewaffneten Kampf als Mittel zur Beendigung der Rassentrennung dann für gerechtfertigt, wenn die weiße Minderheitsregierung keine andere Wahl lasse.

An dieser Stelle soll die Zwischenbemerkung erlaubt sein, wer dieses Land denn eigentlich aufgebaut hat? Dies waren doch die Buren. Bevor sie nach Südafrika kamen, war das Land eine Einöde. Nur wenige Neger bevölkerten diesen Landesteil und waren dabei auch nicht annähernd in der Lage, das Land auch nur zu einem Bruchteil zu bewirtschaften, geschweige denn die Rohstoffe auszubeuten. Erst als die Buren das südliche Afrika besiedelten, gelang dem Land binnen kürzester Zeit der Aufstieg zu einem der reichsten Länder der Welt, in dem es den Schwarzen trotz vieler größtenteils sicherlich nicht gerechtfertigter Beschränkungen noch immer weitaus besser geht als den Negern in jedem anderen afrikanischen Land. Von daher kann das Ergebnis einer jeden objektiven Betrachtung nur das Zugeständnis eines Besitzanspruches der Buren mit Veto-Recht, zumindest bei grundsätzlichen Dingen, sein.

Die zweifelhafte Winnie

Doch weiter mit Mandela. Um zu Verhandlungen mit der »Minderheitsregierung« in Pretoria zu kommen, habe der ANC bereits 1986 bewußt seine militärischen Operationen eingeschränkt. Man beachte den feinen Unterschied: Die berüchtigten Halsreifen-Aktionen, bei denen Gegnern des ANC Autoreifen um den Hals gelegt und diese dann angezündet werden, woraufhin sich das Gummi in den Hals frißt und den betreffenden langsam und mit furchbaren Schmerzen zugrundegehen läßt, zählen nicht zu den militärischen Aktionen.
Stets an Mandelas Seite war seine Frau Winnie, Tochter eines Schwarzen Häuptlings, die auch »Mama Wethu« (Mutter der Nation) genannt wird. Alle Staatschefs schüttelten auch ihr die Hand. Einer Frau, die noch dubioser erscheint als ihr Mann. So lebte Winifred, wie ihr Vater sie in Verehrung Richard Wagners und der Deutschen allgemein nannte, im Schwarzen-Vorort Johannesburgs, Soweto, in einem zweistöckigen Luxus-Bungalow mit Swimming-Pool, so daß selbst die linke Zeitschrift »Frontline« fragte, ob man sie künftig »Königliche Hoheit« nennen müsse?

In einem kürzlich begonnenen Prozeß gegen den Trainer des Fußballklubs »Mandela United«, Jerry Richardson, dem Mord und Entführung vorgeworfen werden, sagte dieser aus, daß sie mehrere schwarze Jugendliche gefoltert haben soll, weil sie angeblich Polizeispione gewesen seien. So sagte einer der Jungen, daß Winnie Mandela sie mit Peitschen traktiert und leere Flaschen auf ihren Knien zerschmettert habe. □

Intrigenspiele der Nationalen

Alfons Hands

Daß sich das sogenannte nationale Lager in der Bundesrepublik untereinander zerfleischt und sich damit selber lähmt, ist leider eine seit langem bekannte Binsenwahrheit. Mit zum Teil neidvollen Augen wurde ins benachbarte Österreich geschielt, wo die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter ihrem Vorsitzenden Jörg Haider von Triumph zu Triumph marschierte und innerparteiliche Skandale zumindest nicht so schlimm waren wie hierzulande. Doch dies hat sich jetzt geändert!

Betroffener ist der in Österreich als Bauernrebell bekanntgewordene Robert Dürr, der jetzt einem innerparteilichen Intrigenspiel zum Opfer gefallen ist. Ergebnis dieser Intrige ist, daß er auf das ihm eigentliche zustehende Mandat als Landtags-Abgeordneter des Burgenlandes verzichten muß.

Das übliche Geschrei der Presse

Folgendes war geschehen. Dürr, der früher Landesobmann der Liberalen Jugend und Galionsfigur der Notwehrgemeinschaft der Bauern war, bewarb sich 1987 für ein Mandat im burgenländischen Landtag. Da er es gewagt hatte, für eine angeblich rechtsextremen Zeitschrift, »Sieg«, insgesamt drei Artikel zu schreiben, erhob sich in den etablierten Parteien und der Presse ein großes Geschrei gegen ihn. Er wurde als rechtsextrem, -radikal, deutschnational, Faschist, Rädelsführer, Drahtzieher beschimpft, und die Presse schoß sich massiv gegen ihn ein.

Damals hatte Dürr aber noch die vollständige Rückendeckung von Haider. So erklärte dieser am 18. Februar 1987 »Robert Dürr ist mein Kandidat für den Landesobmann« und im September des gleichen Jahres (nur eine Woche vor der Landtagswahl) »Mein Agrarsprecher ist nicht Hintermaier, mein Agrarsprecher ist Robert Dürr«. Damit stellte sich der FPÖ-Vorsitzende demonstrativ vor den äußerst fachkundigen und sich stets vehement für den Bauernstand einsetzenden Dürr. Der innerparteiliche Streit, wem im Falle des Erringens eines Grundmandates dieses zustünde, setzte sich in der FPÖ allerdings fort. Der damalige Generalsekretär, Norbert Gugerbauer, kam auf die von allen Betroffenen akzeptierte innerparteiliche Vorzugsstimmenlösung. Dieses wurde dann vertraglich festgeschrieben und von allen Beteiligten sowie Gugerbauer und Haider unterschrieben. Der Vorzugsstimmenwahlkampf wurde dann von Dürr auf eigene Kosten ausschließlich um das Grundmandat im Kreis I geführt. Das Grundmandat wurde auch wirklich erreicht, und Robert Dürr konnte ein mehrfaches der Vorzugsstimmen der anderen Kandidaten, welche durch freiheitliche Wahlzeugen ausgezählt wurden, auf sich vereinen.

Schwerer Verlust an Glaubwürdigkeit

Nachdem das erfolgreiche Abschneiden der FPÖ sicher war, erklärte Gregor Munzenrieder, auf den nominell das Mandat fiel, der aber die Vorzugsstimmenwahl deutlich gegen Dürr verloren hatte, für ihn habe es eine solche Wahl niemals gegeben. Der gleiche Munzenrieder hatte aber auf Flugblättern selbst noch für Vorzugsstimmen geworben!

Der Landesparteivorstand kam in seiner Sitzung am 5. Oktober 1987 zu dem Entschluß, den internen Vorzugsstimmenwahlkampf eindeutig zu akzeptieren und beauftragte Klubobmann Wolfgang Rauter, danach zu verfahren. Davon wollte Munzenrieder, der Rauter die Anwendung von »Gestapomethoden« vorwarf und Dürr zum Radikalen stempelte, aber wieder nichts wissen und setzte die FPÖ mit der auf einer Pressekonferenz abgegebenen Erklärung, gegebenenfalls das Verfassungsgericht anzurufen, unter Druck.

Da diese ganze Angelegenheit mehr und mehr der FPÖ zu schaden begann, stimmte Dürr dann auf persönlichen Wunsch Haiders einer Kompromißlösung zu. Diese sah vor, das Mandat mit Munzenrieder zu teilen und nach der Hälfte der Legislaturperiode diesen im burgenländischen Landtag abzulösen. Ein entsprechender Vertrag wurde vereinbart und vor einem Rechtsanwalt gemeinsam unterzeichnet. Munzenrieder lehnte aber die Festschreibung einer Vertragsstrafe bei Nichteinhaltung dieses Abkommens strikt ab.

Nun ist jedem klar, warum er dies tat. Als die Hälfte der Legislaturperiode um war, weigerte sich Munzenrieder mit Unterstützung durch die FPÖ-Spitze nun auf einmal, das Mandat vereinbarungsgemäß an Dürr abzugeben.

Dies sei aufgrund einer Änderung der Wahlordnung nun nicht mehr möglich, hieß es. Bisher konnte der sogenannte Zustellungsbevollmächtigte, in diesem Fall Landesparteiobmann Rauter, einen beliebigen Kandidaten aus der Wahlliste nachnominieren. Nach der Gesetzesänderung komme aber automatisch der Nächstsgereihte zum Zug, und dies sei in diesem Fall der parteiintern geschaßte Paul Schissler, Ex-Parteiobmann der FPÖ. Dieser werde aber auf keinen Fall zugunsten Dürrs auf sein Mandat verzichten, und so bleibe eben alles beim alten.

Dieser offizielle FPÖ-Standpunkt wird aber in weiten Teilen der Partei als unrichtig angesehen. Das »Anti-Dürr-Gesetz« hindere die FPÖ keineswegs, einen vertraglich vereinbarten Mandatswechsel zu vollziehen. Vielmehr bedeute dies einen »schweren Verlust an Glaubwürdigkeit und Anständigkeit der FPÖ im Jahr der Nationalratswahl«.

Besonders wird von dem »Komitee zur Wahrung der Glaubwürdigkeit der FPÖ« kritisiert und als »Demokratiemißachtung« bezeichnet, daß der damalige FPÖ-Generalsekretär und die jetzige Generalsekretärin der Partei, Heide Schmidt, »in stiller Zusammenarbeit mit den Altparteien den Einzug Dürrs in den Landtag entgegen dem Wählerwillen verhindern wollen«. Heide Schmidt hatte sogar erklärt, sie wolle bei der weltanschaulichen Position Dürrs im Burgenland keine Spitzenkandidatin sein.

Eine Politik des Lamentierens

Der Bundesobmann der Liberalen Jugend Österreichs, Elmar Dirnberger, erklärte daraufhin, er wünsche sich, »daß Frau Dr. Schmidt einmal mit der gleichen Konsequenz gegen den politischen Gegner zu Felde zieht, mit der sie verdiente Parteifreunde zu disqualifizieren trachtet«. Diese Aussagen führten nun aber dazu, daß seitens führender FPÖ-Leute nun auch versucht wird, Dirnberger aus der Partei zu »entfernen«.

Haider, der sich noch vor zwei Jahren vehement für Dürr ausgesprochen hatte, verlegt sich nun aufs Lamentieren. Der Dumme ist Dürr, der guten Glaubens und im Interesse der Partei dem Kompromißvorschlag eines gespaltenen Mandats zustimmte, nun aber außen vor steht.

Ebenfalls einem FPÖ-internen Intrigenspiel sieht sich die Kärntner Landtagspräsidentin, Kriemhild Trattnig, eine der profiliertesten Vertreterinnen des nationalen Lagers, gegenüber. Für ihr »Bekenntnis zur deutschen Wirklichkeit« und ihr konsequentes Eintreten für nationales Gedankengut versucht Haider nun nach Informationen aus der FPÖ Frau Trattnig »loszuwerden«. Das besonders Verwerfliche an diesem Fall ist, daß Frau Trattnig die Förderin des Dr. Jörg Haider war, des Mannes also, der sie jetzt »loswerden« will. □

Kuba

Castro baut Atombomben und chemische Waffen

Mike Blair

Fidel Castro entwickelt Atomwaffen, Nervengase und bakteriologische Waffen in Kuba, 360 Kilometer von der amerikanischen Innenstadt von Miami im US-Bundesstaat Florida entfernt. Während dies geschieht, lenken die westlichen Medien das Interesse auf Länder, die das Gleiche tun, aber weit entfernt liegen.

Fidel Castro entwickelt die Waffen mit Millionen von Dollar, die er durch illegalen Drogenhandel ergattert hat. Mit anderen Worten, das Geld, mit dem man an fast allen Straßenecken in fast jeder europäischen und amerikanischen Stadt Kokain kaufen kann, hilft dem führenden Kommunisten Lateinamerikas, nukleare, chemische und bakteriologische Waffen zu entwickeln, die gegen den Westen eingesetzt werden können – hauptsächliches Ziel sind die Vereinigten Staaten. Es ist bekannt, daß Castro schon seit Anfang der siebziger Jahre an diesen tödlichen Waffen arbeitet.

Der kubanische Diktator Fidel Castro entwickelt Atomwaffen, Nervengase und bakteriologische Waffe.

Ein desertierter Geheimdienstoffizier berichtete

Das Projekt wird von seinem unehelichen Sohn, José Raul Castro Diaz-Balart, in zwei höchst geheimgehaltenen Entwicklungszentren geleitet. Eines befindet sich zwischen den Buchten von Jibacoa und Arroyo an der Nordküste Havannas und das andere in der Provinz Las Villas, in der Nähe der Stadt Cienfuegos.

Der Bericht über Castros Entwicklung von Atomwaffen, chemische und biologische Waffen zur Kriegsführung stammt von Juan Antonio Rodriguez, der im Januar 1987 aus Österreich in die Vereinigten Staaten desertierte. Er diente 27 Jahre lang als einer von Castros Spitzen-Geheimdienstoffizieren. Als er desertierte, war er stellvertretender Chef des Generaldirektoriums des kubanischen Abwehrdienstes – Cuban General Counterintelligence Directorate – in Budapest, Ungarn.

Informationen über Abschußanlagen für die Waffen stammen von Brigadegeneral Rafael del Pino Diaz, dem ehemaligen Kommandeur der kubanischen Luftstreitkräfte. Er desertierte im Mai 1987 in die Vereinigten Staaten.

Rodriguez schloß sich 1956 Castros »26. Juli-Bewegung« an, die drei Jahre später die kubanische Regierung des Präsidenten Fulgencio Batista stürzte. Rodriguez war entscheidend an Castros Niederschlagung der gescheiterten Invasion in der Schweinebucht im April 1961 beteiligt, nachdem er erfolgreich in die castrofeindliche Rebellenbewegung eingedrungen war und somit Kenntnis von den Invasionsplänen erhalten hatte.

Sowjets liefern modernste Kampfflugzeuge

Rodriguez enthüllte, Castros Sohn habe ihm 1982 erzählt, Kubas Wissenschaftler und Techniker seien »nahe daran«, Kernwaffen zu entwickeln.

Castro erhält das für Waffen benötigte Plutonium aus verschiedenen Kernkraftreaktoren, die von den Sowjets in Kuba gebaut wurden oder zur Zeit im Bau sind.

Laut Rodriguez wurden die an den nuklearen, chemischen und biologischen Waffen arbeitenden Techniker in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der DDR und Ungarn sowie in Frankreich ausgebildet. Letzteres sei unrühmlich dadurch bekannt geworden, daß es Kerntechnologie an unfreundliche Länder in aller Welt weitergibt.

Rodriguez' Enthüllung über Waffenentwicklungen stimmen mit denen von del Pino bezüglich der Gefahren überein, die darin bestehen, daß Kuba von den Sowjets die neueste Bauart ihrer Jagdbomber MiG-29 bekomme, die, wie del Pino warnte, offensiv gegen Ziele auf dem amerikanischen Festland eingesetzt werden können. Sechs der bestens ausgeklügelten MiG-29 wurden Anfang dieses Jahres von Nikolajew, einem sowjetischen Hafen am Schwarzen Meer, nach Kuba verfrachtet. Als wir im Frühjahr über diesen MiG-Versand berichteten, kamen wir den Medien des Establishment um mehrere Wochen zuvor. Die MiGs waren die ersten von 36, die die Sowjets Castro zu liefern beabsichtigen.

Del Pino gab bekannt, daß die kubanischen Luftstreitkräfte regelmäßig Manöver geflogen sind und amerikanische Scheinziele angriffen, von denen eines Floridas riesige Homestead Airforce Base darstellte.
Castro soll in seinem Arsenal auch über von den Sowjets gebaute Boden-Boden-Raketen verfügen, die Ziele in den USA erreichen können. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um Scud-Modelle, die der Kreml an verschiedene Staaten, vor allem im Nahen Osten, verteilt hat.

Libyen und der Irak wurden beschuldigt, die Raketen so angepaßt zu haben, daß sie chemische und biologische Waffen tragen können. Castro habe ähnliche Projekte in Vorbereitung, heißt es.

Castro hat auch eine große Anzahl von in der Sowjetunion gebauten Schnell-Küstenwachboote der Osa- und Komar-Klasse, die in der Lage sind, das amerikanische Festland zu erreichen. Sie sind mit sowjetischen SS-N2-Boden-Boden-Raketen bestückt.

Rodriguez berichtete, daß Castro illegaler Drogenhandel Anfang der siebziger Jahre begann, fast zur gleichen Zeit, als er sein Kernwaffenprojekt unter der Leitung seines persönlichen Stellvertreters, Osmany Cienfueges in Angriff nahm, der dafür sorgte, daß bolivianische und kolumbianische Drogenzwischenhändler sowjetische Waffen an Guerillas überall in Lateinamerika schmuggeln konnten, im Austausch dafür, daß er es zuließ, daß Drogen über Kuba und unter kubanischem Schutz in die Vereinigten Staaten gelangten. □

Kolumbien

Waffen und Drogen

Victor Marchetti

Die kürzlich in Israel erfolgte Verhaftung von Yair Klein, ein Abwehrspezialist und Oberstleutnant der Reserve, der beschuldigt wird, Waffen und Ausrüstungen an kolumbianische Drogenlords geliefert zu haben, ist nur ein weiteres Kapitel der schmutzigen Geschichte der geheimen Verwicklung von Israel in die Tätigkeiten der tödlichen Drogendealer.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Klein sein schmutziges Geschäft in Lateinamerika – wie übrigens viele andere israelische Unternehmer in der ganzen Dritten Welt – mit Wissen und Billigung der zionistischen Regierung, betrieb. Es ist jedoch die wichtigste Regel im geheimen Waffengeschäft, daß die »plausible Bestreitung« dieser Aktivitäten beibehalten wird. Wenn Israel aber seine Kenntnis von einer solchen Operation nicht mehr mit plausiblen Argumenten dementieren kann, muß es etwas unternehmen, um wenigstens den Mythos der Bestreitbarkeit wieder herzustellen.

Regierung in peinlicher Verlegenheit

Manchmal muß der Waffendealer festgenommen und strafrechtlich verfolgt werden, um die Regierung zu schützen. So besteht Kleins Verbrechen nicht etwa darin, daß er ein skrupelloser Händler mit dem Tod war. Sein Vergehen war vielmehr darin zu sehen, daß er dabei erwischt wurde und die Regierung von Israel in peinliche Verlegenheit gebracht hat.

Klein betrieb Spearhead Ltd., eine in einer Wohnung in der Luntzstraße 5 in Tel Aviv ansässige Firma, die sich auf Söldnerdienste und paramilitärische Ausbildung für ausländische Kunden spezialisiert hatte. Klein und seine Firma sind angeklagt, Vorrichtungen zur Aufspürung von Bomben, ähnlich wie die an Flughafen-Terminals verwendeten, sowie Nachtgläser an eine Gruppe von Kolumbianern geliefert zu haben, die von der israelischen Staatsanwaltschaft als »Organisation von Vieh-Ranchern« identifiziert wurden, ungeachtet dessen, daß vor einem Jahr festgestellt wurde, daß die »Rancher«-Organisation in Wirklichkeit eine Ausbildungseinrichtung für Killer des Drogenkartells war.

In der Anklage wird nichts von den Waffenverschiebungen gesagt, die über die letzten fünf Jahre hinweg vor sich gingen. Auch nicht von den umfangreichen Lieferungen von Waffen, die Klein für Israel Military Industries nach Antigua, eine winzig kleine Insel in der Karibik ohne Armee, Kriegsmarine oder sonstige Verteidigungsstreitmacht, verkaufte. Nach Lieferung wurden die Waffen sofort auf nach Kolumbien fahrende Schiffe umgeladen.

Waffen für die Privatarmeee

Die Affäre Klein kam im vergangenen Jahr erstmals ans Tageslicht, als die Drogenlords dreist ein Videoband über Killer, die von Israelis ausgebildet wurden, an NBC TV News sandte, die ihrerseits das Band sofort ausstrahlte. Die Drogenlords hofften, klar gemacht zu haben, daß ihre Todesdrohungen gegen kolumbianische und amerikanische Beamte des Gesetzesvollzugs ernst gemeint waren.

Die bedeutendste Enthüllung des Videobandes war in den Aufnahmen enthalten, in denen Klein den Lehrgangsteilnehmern mit bellender Kommandostimme in hebräischer Sprache Befehle erteilt. Jetzt stellt sich heraus, daß dies lediglich die Spitze des Eisbergs war. Ein tiefgehender Bericht über Israels Verbindung zu den Drogenlords wurde kürzlich in einer der Ausgaben von »Newsday« mit allen Einzelheiten abgedruckt. Darin wird beschrieben, wie José Rodriguez Gacha, ein Drogenlord, der während einer Schießerei einer vereinigten amerikanisch-kolumbianischen Schlägertruppe am 15. Dezember getötet wurde, israelische Waffen direkt von den israelischen Ausbildern für seine eigene Privatarmee kaufte.

Der Bericht der New Yorker Zeitung, der bislang noch nicht von irgendeiner anderen amerikanischen Zeitung aufgegriffen wurde, enthüllte die internen Vorgänge dieser Operation. Die Waffen wurden über Antigua und in einem geringen Ausmaß über Barbuda, einen anderen kleinen Inselstaat in der Region, geschmuggelt. Die Israelis versuchten dadurch ein gewisses Maß an »Bestreitbarkeit« ihrer Mittäterschaft bei der Bewaffnung der Drogenlords zu bewahren, indem sie Antigua als offiziellen Käufer der Waffen bezeichneten.

Die Aufträge wurden von Vere C. Bird jun., dem Sohn des Premierministers von Antigua, Vere Bird sen., vergeben. Der jüngere Bird ist kürzlich von seinem Amt entbunden worden. Als die Waffen bei einer Razzia der kolumbianischen Drogenbekämpfungstruppe in den Händen von Schmuggler gefunden wurden, sandte die kolumbianische Regierung eine scharfe Protestnote nach Israel.

Weichensteller für israelische Operationen

Die Israelis antworteten, die Waffen seien gemäß eines im November 1988 durch das antiguanische »Ministerium für nationale Sicherheit bei IMI eingegangenen Auftrags ausgeführt worden«. Antigua hat aber ein solches Ministerium nicht.

Die Waffenverschiebungen über Antigua wurden von zwei Israelis geleitet, Klein und Maurice Sarfati. Die Finanzierung besorgte die Bank Hapoalim, eine israelische Bank mit einer Zweigstelle in New York City. Sarfati lebte einst in Südflorida, sein derzeitiger Aufenthalt ist jedoch unbekannt. Er selbst hat sich als Melonenfarmer in Antigua bezeichnet, dessen Farm nach Nichterfüllung einer Darlehensbürgschaft von der Overseas Private Investment Corp., eine amerikanische regierungseigene Firma die Investitionen im Ausland versichert, unter Zwangsverwaltung gestellt. Sarfati wird vom Londoner »Observer« als ehemaliger israelischer Militärpolizist bezeichnet. Emil Sa'ada, der die Waffenlieferungen nach Honduras und die Ausbildung der nicaraguanischen Contras dort leitete, soll ebenfalls ein Melonenfarmer sein.

Die vernichtendste Enthüllung in dem Artikel der »Newsday« war in dem Zitat eines nicht namentlich genannten »hohen kolumbianischen Beamten« enthalten, der gesagt habe, daß »alle (im Laufe der Ermittlungen) erhaltenen Informationen es ermöglichen, unzweideutig zu erklären, daß Beamte der israelischen Regierung von dem Verkauf von Waffen nach Kolumbien wußten und ihn billigten, was so weit ging, daß sie einen Dampfer entsandten, um die erste Etappe der Route zu bewältigen«.

Im Ermittlungsbericht des kolumbianischen Geheimdienstes wird Klein als Weichensteller der israelischen Operation genannt. Kleins Proteste, er habe geglaubt, es mit kolumbianischen Viehranchern und nicht mit Drogenlords zu tun zu haben, ist laut Aussage der Kolumbianer offenkundig falsch.

Sie versichern, daß es gar nicht möglich ist, daß Klein nicht gewußt haben soll, mit wem er es zu tun hatte. Kleins Aussage, er habe als Privatbürger gehandelt, wird auch durch die Tatsache Lügen gestraft, daß in Broschüren aus seiner Sicherheitsfirma Spearhead behauptet wird, daß ihre Ausbilder »dem israelischen Verteidigungsminister direkt unterstehen«.

Der Chef der kolumbianischen Geheimpolizei, General Miguel Maza Marquez, verurteilte Israels Verwicklung in einen von den Drogenlords gegen die rechtmäßige Regierung geführten Krieg auf das schärfste. Er machte Israel für die kürzliche Welle der Attentate und Bombenanschläge verantwortlich. □

Israel

Das neue Kabinett und der Friedensplan

Victor Marchetti

Mit der Bildung einer vom Likud-Ministerpräsident Jitzhak Shamir geführten Regierung nehmen die Chancen für einen Frieden im Nahen Osten eine dramatische Wende zum Schlechteren. Die Kriegswolken, die sich seit einiger Zeit über der Region gebildet hatten, sind dichter und schwärzer geworden.

Shamirs neue Regierung vertritt bei jeder der Hauptfragen, die zwischen Frieden mit den Palästinensern und mit anderen arabischen Staaten zu klären sind, eine Position des harten Kurses. In den neuen Richtlinien der israelischen Regierung werden »direkte oder indirekte« Gespräche mit der Palestine Liberation Organization (PLO) ausdrücklich ausgeschlossen, den Palästinensern Ostjerusalems die Teilnahme an allen eventuellen Wahlen in den besetzten Gebieten oder sogar Gespräche mit Israel über eine palästinensische Selbstregierung oder über begrenzte Autonomie verwehrt.

Einen Bruch mit Washington vermeiden

In den Richtlinien werden auch die Rechte der Israelis, sich »im ganzen Land Israel« – ein Hinweis auf das Westufer und den Gazastreifen – niederlassen zu können, angeführt. Die besetzten Gebiete werden auch als »ein untrennbarer Teil unserer nationalen Sicherheit« bezeichnet, ein sicheres Anzeichen für eine bevorstehende Annektion. Höchst Unheil verkündend hat die neue Regierung gelobt, alle erdenklichen Mittel anzuwenden, um die Intifada, den Palästinenser-Aufstand, zu zerschlagen.

Shamir lehnte es jedoch ab, die Forderung einiger seiner noch mehr zum Extremismus tendierenden Partner in die Richtlinien einzubeziehen oder das Camp-David-Abkommen offiziell aufzukündigen. Aber dies war lediglich ein Trick, der darauf abzielt, einem sofortigen Bruch mit Washington vorzubeugen, das dann sicherlich gezwungen wäre, der Zurückweisung der Grundlage seiner eigenen Bemühungen zur Herbeiführung einer Friedensregelung im Nahen Osten energisch entgegenzutreten.

Kampflustig, nationalistisch und fanatisch

Shamirs Erfolg bei der Gründung der kampflustigen Regierung legt Zeugnis für den in Israel stattfindenden Rechtsruck ab. Das Bündnis des Likuds mit einer Koalition kriegslüsterner, nationalistischer und fanatischer religiöser Parteien bedeutet das Ende der sechs Jahre dauernden »Einheits«regierungen, die, obwohl sie ihre eigene Regierungsfähigkeit lahmlegten und einen Konsensus über die Schritte zum Frieden verhinderten, zumindest den Vorzug hatten, Israel daran zu hindern, den Kurs der direkten Annektierung der besetzten Gebiete und der Konfrontation mit der arabischen Welt zu verfolgen.

Die erste Handlung der neuen Regierung bestand darin, zu verkünden, daß ihre größten Anstrengungen auf die Umsiedlung von Hunderttausenden sowjetischer Einwanderer gerichtet sein werden, was sie »die wichtigste Frage unserer Zeit« nannte. Dies ist eine direkte Zurechtweisung der einvernehmlichen Erklärung auf dem kürzlich stattgefundenen arabischen Gipfeltreffen, wonach das Hineinströmen sowjetischer Juden eine unverhohlene Provokation seitens Israels sei, und in der die Völkergemeinschaft aufgefordert wird, der breiten Einwanderungsflut zumindest zeitweilig Einhalt zu bieten, bis eine Einigung über die besetzten Gebiete erzielt ist.

Außerdem, obwohl die Richtlinien Shamirs eigenem Vier-Punkte-Friedensplan – in dem zu Gesprächen aufgefordert wird, die zu Wahlen in den besetzten Gebieten führen sollen – zu Munde redeten, werden darin an keiner Stelle die vorgeschlagenen israelisch-palästinensischen Gespräche erwähnt, um die sich die USA und Ägypten in den letzten Monaten bemüht haben.

Shamirs Gegner sind Minister geworden

Die Ernennungen zum neuen Kabinett weisen deutlich auf die Richtung hin, die die neue Regierung einschlagen will. Shamirs Gegner im Likud haben die Höhen von Ministerposten erklommen. Keineswegs zufällig sind dies die gleichen Verfechter des harten Kurses, die Shamirs rechte Flanke bedroht hatten, als er nur noch zu schwafeln schien, ob er dem amerikanischen Friedensplan zustimmen sollte oder nicht.

Der Eiferer am rechten Flügel, Ariel Sharon, der ehemalige General, der die israelische Armee 1982 bei dem katastrophalen Raubzug in den Libanon anführte, und der sich kürzlich dafür eingesetzt hatte, die arabische Bevölkerung aus Jerusalem und aus den besetzten Gebieten zu vertreiben, ist der neue Wohnungsbauminister. Sharon sollte zunächst auf seinen alten Posten als Verteidigungsminister zurückberufen werden. Aber seine neue Aufgabe gibt ihm die Gelegenheit, in seiner Rolle als Leiter des israelischen Einwanderungsprogramms die »Transfer«-Politik – die Deportation von Palästinensern aus ihrem Heimatland –, für die er sich schon seit langem einsetzt, in die Tat umzusetzen.

Auf dem Weg zu Annektion und Konfrontation

Neuer Finanzminister ist Jitzhak Modai und der neue Außenminister David Levy. Zusammen mit Sharon führten sie die Gegnerschaft zum amerikansichen Friedensplan an. Das Schlüsselamt des Verteidigungsministers wurde an den ehemaligen Außenminister Mosche Arens, einer von Shamirs engsten Verbündeten im Likudblock während des kürzlichen Machtkampfes, vergeben.

Die neue Regierung hat es klar gemacht, daß sie bereit ist, den Weg zur Annektion und Konfrontation zu beschreiten, und zwar ungeachtet des Preises, den Israel dafür zahlen müsse, darunter den Verlust der Unterstützung durch die USA sowie der amerikanisch-jüdischen Gemeinde. Aber dies ist für die neue Regierung des harten Kurses kein Problem. Sie glaubt daran, daß amerikanische Juden ihre Unterstützung für die zionistische Sache niemals aufgeben werden und daß, selbst wenn sie das tun sollten, Israel es allein schaffen könne. Sie wird auch ermutigt durch die in der Bush-Regierung vorherrschende Verwirrung und Konsternation, durch die kürzlich lauthals publizierten gescheiterten terroristischen Angriffe der radikalen Parteiung der PLO sowie durch den sich daraus ergebenden Druck der israelfreundlichen Interessensgruppe. Man ist in Israel fest überzeugt, daß die Amerikaner ihre Gespräche mit der eigentlichen PLO abbrechen sollten.

»Diese neue Shamir-Regierung«, warnte ein Informant aus Kreisen des israelischen Geheimdienstes uns gegenüber, »ist ein Kriegskabinett«. □



Israel

Rabbi Kahanes Erfolg erklärt

Peter Blackwood

Ein kürzlich erschienenes aber wenig verbreitetes Buch des amerikanischen Journalisten Robert Friedman mit dem Titel »The False Prophet: Rabbi Meir Kahane – From FBI Informant to Knesset Member« wirft in den landesweiten Median Israels ziemliche Wellen auf. Das Buch vermittelt einen detaillierten Einblick in den Aufstieg des Rabbis zur Prominenz, von seinen frühen Tagen als Sportreporter an einer New Yorker Zeitung bis zu seiner Gründung der terroristischen Jewish Defense League (JDL) und zu seiner Wahl zum Mitglied der israelischen Knesset.

Am interessantesten an der Aufnahme, die Friedmans Buch in der allgemeinen Presse zuteil wurde, ist die Tatsache, daß einige Zeitungen verschiedene Kapitel daraus abgedruckt haben, gewöhnlich um die Verwicklung hochstehender Kreise in Kahanes Tätigkeiten zu untersuchen. Die »Washington Post« zum Beispiel druckte einen Abschnitt nach, der sich mit Kahanes Verstoß, von Jitzhak Shamir unterstützt, und Kahanes Rückgriff auf terroristische Bombenanschläge auf sowjetische Anlagen in Amerika befaßt, mit denen die Sache der Einwanderung sowjetischer Juden in der amerikanischen Judenheit in den Vordergrund gerückt werden soll.

Die »Los Angeles Times« druckte die Seiten ab, die sich mit Kahanes Verbindung zu dem Mord an dem Direktor des American-Arab Anti-Discrimination Committee, Alex Odeh, der in einem von einer Reihe von Bombenanschlägen, die von der JDL ausgeführt wurden, getötet wurde, und mit der hartnäckigen Weigerung Israels befaßt, amerikanischen Bundesbeamten zu gestatten, den Fall zu bearbeiten und Verdächtige, die sich jetzt in Israel befinden, zu vernehmen.

Die »New York Times«, ein Blatt das Israel stark unterstützt, brachte in ihrer sonntäglichen Beilage eine Buchbesprechung über das Werk. Der Rezensent, Robert Leitner, ein Reporter und Redakteur für die Wochenzeitung »Jewish Exponent«, machte Friedmans Buch eben wie Friedman selbst herunter und beschuldigte ihn, ein Feind Israels zu sein. Leiter beginnt seine Buchbesprechung mit dem Dilemma, in dem er sich befunden habe, als er das Buch las. »Welche vernünftige Person könnte den Wunsch haben Meir Kahane Schützenhilfe zu leisten ...? Aber, alternativ, wer wollte den erbarmungslosen Rundumschlag verteidigen den ... Friedman gegen Mr. Kahane – und per Definition gegen Israel und den Zionismus vollzogen hat?«

Ein erbarmungsloser Rundumschlag

Leiter schreibt weiter, Friedman habe überzeugend dargestellt, daß Kahane ein zu Gewalttaten neigender Wahnsinnger ist, »der seine Rassegenossen verachtet, ruhelos in seiner Gier nach Geld und Macht, ein Opportunist, ein Lügner, ein Ehebrecher, ein FBI-Informant und enger Freund des Gangstertums ist«. Aber Friedman hätte es dabei belassen sollen.

»Das Problem ist, daß er nicht nur einfach hinter Mr. Kahane her ist. Er möchte Amerikas jüdische Institutionen und den Zionismus auf die Anklagebank bringen und vor allem Israel als Außenposten des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten hinstellen. In Mr. Friedmans erbarmungsloser Polemik komme keine einzige Person, keine einzige Institution oder Zweig des Judentums, die in seinem Buch erwähnt werden, ungeschoren davon. Sie haben sich entweder durch irgendwelche dunklen Machenschaften oder ganz einfach durch ihre Assoziation, wie lokker sie auch immer sein mag, mit dem berüchtigten Mr. Kahane kompromitiert.«

Typisch für jede Kritik an Israel

An keiner Stelle der Rezension wird Leiters eigene Assoziation mit dem riesigen Netzwerk proisraelischer Gruppen in Amerika erwähnt. Der »Jewish Exponent« wird durch die Federation of Jewish Agencies in Philadelphia herausgegeben. Ein Großteil der mit dieser Zeitung erzielten Gewinne gehen direkt nach Israel. Friedman selbst ist von dem Schwesterblatt von »Exponent«, Philadelphia »Today«, ausgeschlossen worden, nachdem rechtsgerichtete Anhänger gegen vorangegangene Aufsätze protestierten, die er über Kahane verfaßt hatte. Und in dem Zeitraum von vier Jahren, in denen er Material sammelte und Forschungsarbeiten für das Buch betrieb, erhielt Friedman zahlreiche Todesdrohungen.

Aber Leiters Anklage gegen Friedman ist typisch für die Reaktion der israelfreundlichen amerikanischen Judenheit auf jegliche Kritik an Israel. Insbesondere bemängelt Leiter an Friedman dessen fehlenden Sinn für den »historischen Zusammenhang«, ein Vetter der sogenannten »moralischen Relativität« und Stief-Halbbruder von Israels ständiger Beschwerde, daß an das Land stets ein »höherer Maßstab« angelegt werde.

Das erste von diesen Argumenten – historischer Zusammenhang – besagt, daß Israel seine Exzesse wegen der Leiden des jüdischen Volkes vergeben werden sollten. Das zweite – moralische Relativität – besagt, daß Israel zwar Exzesse begeht, sicherlich, aber nicht annähernd so schlimme wie die Araber, die das Heimatland der Juden vernichten wollen. Das dritte Argument – die Beschwerde über die höheren Maßstäbe – besagt, daß man von Israel nicht erwarten sollte sich besser als irgend eine andere Nation in der Welt zu benehmen, trotz der pausenlosen Rhetorik seiner Anhänger, daß es ein leuchtendes Vorbild für die Völker sei, einmalig in der Geschichte und mit einem moralischen Anspruch auf das Land, das es von den Palästinensern gestohlen hat.

Leiters eigenes Beispiel von Friedmans Überschreitung dieser ungeschriebenen Gesetze ist dessen Erinnerung an die schießwütige Bande des Gangsterbosses Charles »Lucky« Luciano in den Vierziger Jahren, der der Irgun, der rechtsgerichteten zionistischen Guerilla-Gruppe, Waffen zuschmuggelte. Friedman erwähnt in seinem Buch, fast beiläufig, daß die Haganah, die linksgerichtete zionistische Untergrund-Gruppe, im gleichen Zeitraum über eine konkurrierende Waffenschmuggelbande in den USA verfügte.

Interessanterweise wurde diese zweite Organisation von Teddy Kollek, jetzt Bürgermeister von Jerusalem, von einem Hotel in Manhatten aus geleitet.

Krieg mit Nachbarn war notwendig

Friedman identifiziert Al Schwimmer, einen israelischen Waffenhändler, der später im Iran-Contra-Skandal eine Rolle spielte, und Hank Greenspan, den verstorbenen Herausgeber der Las Vegas »Sun«, als Mitwirkende in diesem Unternehmen. Leiter zitiert dies als Beispiel für Friedmans Fehleinschätzung des historischen Zusammenhangs: »Nirgendwo wird erklärt, daß von Mitte der vierziger Jahre an die Juden im Nahen Osten sich bemühten, die Überlebenden der Nazi-Lager durch eine britische Blockade hindurch von Europa nach Palästina zu bringen. Ferner erwähnt der Autor nicht, daß es den Israelis nach Errichtung des Judenstaates im Jahre 1948 klar geworden war, daß ein Krieg mit ihren feindlichen Nachbarn, die geschworen hatten den neu ausgerufenen Staat zu vernichten, so gut wie unvermeidbar war. Ob man nun mit dieser Taktik einverstanden ist oder nicht, es gab einen Grund dafür, und dieser verdient es erklärt zu werden.« □

Arafat als Zielscheibe

Der »terroristische Angriff« gegen Israel vor einigen Wochen, der auf wunderbare Weise an der Küste in der Nähe von Ashkelon endete, bevor er überhaupt begann, war eine vom Mossad geplante Provokation, verlautet vertraulich aus Nachrichtenkreisen. Der gescheiterte Angriff, von einer radikalen PLO-Gruppierung, der Palestine Liberation Front (PLF), die von Mohammed Abul Abbas geleitet wird, durchgeführt, war darauf angelegt, in den USA für die PLO ungünstige Publizität hervorzurufen »und Arafats Führungsposition in seiner eigenen Organisation zu schwächen«.

Die Pläne für den terroristischen Angriff wurden schon vor Monaten durch eingeschleuste Mossad-Agenten innerhalb der PLF in Gang gesetzt und kontinuierlich von Beginn an gefördert. Als das Schiff mit den Terroristen an Bord von Libyen aus in See stach, alarmierte der Mossad israelische Truppen und setzte sie vom Zeitpunkt und Ort des bevorstehenden »Angriffs« in Kenntnis. Als der Stoßtrupp an Land kam – auf einem unbevölkerten Strand – wurden sie sofort von israelischen Soldaten angegriffen, die ihnen aufgelauert hatten.

Einige der Terroristen wurden dabei getötet. Die anderen wurden gefangen genommen und haben seitdem natürlich gestanden, an einer Razzia teilgenommen zu haben, die darauf angelegt gewesen sei, unschuldige jüdische Zivilpersonen abzuschlachten.

Die Provokation des Mossad hatte jedoch nicht den vollen gewünschten Erfolg, verlautet aus Geheimdienstkreisen. Die Razzia erhielt zwar eine große Aufmerksamkeit seitens der Medien und pro-israelischen Aktivisten – speziell im amerikanischen Kongreß –, sie konnten die Sache bis zu einem gewisen Grad ausschlachten. Aber die Operation rief nicht die internationale Sensation hervor, die sich der Mossad erhofft hatte.

»Es scheint bei vielen Menschen großer Argwohn zu herrschen«, räumt ein isreaelischer Informant ein. »Vielleicht ist es Abneigung. Vielleicht haben die Amerikaner von all dem Blutvergießen im Nahen Osten die Nase voll.«

Der zweite Zweck, der mit der Operation verfolgt werden sollte, war etwas erfolgreicher. Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat ist unter starkem Druck seitens der Bush-Regierung geraten, sich öffentlich von der Razzia zu distanzieren und Abbas von seinem Posten in dem 15köpfigen Exekutivausschuß der PLO zu entbinden. Das Weiße Haus hat stillschweigend angedeutet, daß, sollte Arafat dies nicht tun, die USA dann die Gespräche abbrechen werden, die sie seit mehr als einem Jahr mit der PLO in Tunis führen.
Diese stillschweigende amerikanische Forderung versetzt Arafat in eine schwierige Lage, weil er nicht genügend Macht über die PLO hat, um Abbas oder irgendeinen anderen der extremeren Führer hinauszuwerfen. Sollte er das versuchen, könnte Arafat selbst hinausgeworfen oder vielleicht sogar ermordet werden, verlautet aus Geheimdienstkreisen. Arafats verzwickte Situation ist auch für das Weiße Haus eine peinliche Angelegenheit. Er ist nämlich das einzige PLO-Mitglied mit dem die amerikanische Regierung verhandeln kann.

Aber wenn Arafat seine eigene Organisation nicht im Griff hat, so wird argumentiert, dann ist er vielleicht doch nicht der wahre Repräsentant der Palästinenser – ein Punkt, auf dem die Israelis schon seit Beginn des amerikanisch-palästinensischen Dialogs Anfang 1989 herumreiten.

Bislang hat sich die Bush-Regierung geweigert, sich durch die Auswirkungen des terroristischen Anschlages in Unruhe versetzen zu lassen oder den Forderungen der Israelis und der amerikanischen Juden nachzugeben, den Dialog mit der PLO abzubrechen. Aber selbst wenn dies eintreten sollte, verlautet aus Geheimdienstkreisen, dann würden die Gespräche zweifellos insgeheim und weniger formell weitergehen. Einige amerikanische Regierungsbeamte sagen, sie würden dies eigentlich vorziehen, weil unter solchen Umständen viel mehr erreicht werden könne.

Mark Medin, ein Washingtoner Vertreter der ADL, sagte zur »Washington Jewish Week«: »Sie wissen und ich weiß, die Regierung wird alles versuchen, was in ihrer Macht steht, um den Dialog zu retten.« □

Kommt es zu einem bewaffneten Konflikt im Nahen Osten?

Im Nahen Osten braut sich etwas zusammen – schlimmer als die meisten Europäer und Amerikaner ahnen –, aber zumeist erfährt die Öffentlichkeit die Dinge nur von der israelischen Seite her, sagen arabische Diplomaten und Journalisten, die in Washington stationiert sind. Überraschenderweise stimmen israelische Informationsquellen und Aktivisten in der jüdischen israelfreundlichen Gemeinde mit diesen Einschätzungen der Sachlage überein.

Der erste Teil der Botschaft, der nicht zur europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit durchdringt, besagt, daß die Kriegsgefahr im Nahen Osten jetzt größer ist, als sie es je in den letzten 20 Jahren war. Der zweite Teil der Botschaft besagt, daß die amerikanische Regierung und die Nachrichtenmedien, die sich übermäßige Sorgen um die Empfindsamkeit der amerikanischen Juden machten und sich vorwiegend mit den Belangen Israels beschäftigen, die Verbesserung des amerikanischen Image unter den Arabern seit Amtsantritt der Bush-Regierung zu einem vollkommenen Stillstand gebracht haben. Und die Dinge wandeln sich seitdem rapide zum Schlechteren.
»Man pflegte Kritik an der amerikanischen Politik von Leuten zu hören, die arabische Nationalisten oder Islamisten oder marxistische Leninisten sind«, meint Assad Abdul Rahman, Leiter eines jordanischen Think-Tank. »Aber nun ist das universal, und die Menschen spüren es überall. Man geht davon aus, daß Amerika unser Feind ist. Es ist nicht nur Verärgerung, es ist Haß.«

Worüber die Araber besonders erbost sind, sagen sie, ist die steigende Tendenz seitens der Bush-Regierung in den letzten Monaten davor zurückzuscheuen, die Israelis unter Druck zu setzen, ein Friedensabkommen mit den Palästinensern zu schließen. Sie schreiben dieses Nachlassen der amerikanischen Entschlossenheit der Furcht Washingtons vor einer Konfrontation mit den Likud-Anhängern des Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir und seines harten Kurses zu, die, wie sie sehen, den zionistischen Extremisten in Israel in die Hände spielen.

Diese Informanten sind besonders besorgt darüber, daß die neue Shamir-Regierung auf die Besiedlung des Westufers und des Gazastreifens durch sowjetische Juden und schließlich auf den Sturz König Husseins von Jordanien hinarbeiten werde, um somit den Weg zu einer Zwangsumsiedlung von Palästinensern in dessen Königreich freizumachen – das heißt, die berüchtigte Jordan-ist-Palästina-Option, den Eckstein des expansionistischen Zionismus, durchzusetzen.

»Zum dritten mal in diesem Jahrhundert muß die arabische Welt für die Sünden Europas zahlen«, sagte der ägyptische Soziologe Said al din Ibrahim. »Wir bezahlten einmal im Ersten Weltkrieg mit der Balfour-Erklärung, die eine jüdische Heimstätte im damals britisch besetzten Palästina etablierte und den Zionisten die Tore zur Einwanderung öffnete.

Wir zahlten im Zweiten Weltkrieg mit dem Holocaust, der zur Gründung des Staates Israel und zur massiven Einwanderung von Juden führte. Und jetzt zahlen wir für das Versagen des Kommunismus. Wo liegt die Schuld der Palästinenser bei all diesen europäischen Irrtümern und Fehlschlägen? Die Dinge verschlimmern sich auf dem ganzen Gebiet und lassen es sehr schnell in einen neuen Krieg gleiten.«

Außerdem sind arabische Kreise darüber beunruhigt, daß der derzeitige Drift in der amerikanischen Politik, wie er sich durch das Geschwafel des Weißen Hauses und des amerikanischen Außenministers über die Aufsicht der Vereinten Nationen über die israelischen Aktionen in den besetzten Gebieten und die Hinweise auf Abbruch der Gespräche mit der PLO darstellt, einen

Zustand der wachsenden Enttäuschung und Verärgerung am Westufer und im Gazastreifen herbeigeführt hat. Radikale Elemente gewinnen unter den Palästinensern immer mehr Anhang, verlautet aus diesen Kreisen, und es wächst die Stimmung unter diesen Menschen, »die Waffen gegen die Israelis zu ergreifen«.

Außerdem, so heißt es in diesen Kreisen, läßt die Sackgasse im Friedensprozeß den arabischen Regierungen wenig Spielraum, um den Trend zum islamischen Fundamentalismus entgegenzuwirken, der sowohl amerikafeindlich als auch mit dem Gedanken verknüpft ist, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung des besetzten Palästinas sei.

Pro-westliche Regierungen wie Ägypten und Saudi-Arabien versuchen der stärker werdenden amerika-feindlichen Rhetorik seitens des Iraks und der PLO entgegenzutreten, aber aus arabischen Kreisen verlautet, daß sie sich in einer schwachen Position befinden – »weil die Amerikaner uns keine Munition geben, um die Radikalen zu bekämpfen«.

Die Staaten am Persischen Golf sind besonders bestürzt und haben das Gefühl in der Mitte eingeklemmt zu sein. Daher haben sie kaum eine andere Wahl, als sich den radikaleren arabischen Staaten anzuschließen.

Vielleicht kaum überraschend ist, daß israelische Kreise, mit denen unsere Korrespondenten gesprochen haben, die Dinge fast genau so sehen. Sie sagen, diese Entwicklungen – einschließlich der wachsenden Kriegsgefahr – seien genau das, was die Shamir-Regierung will. »Die Beibehaltung des Status quo wurde mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Auftauchen der Bush-Baker-Regierung auf der politischen Bühne unmöglich. Deshalb mußte Shamir seine Ziele höher stecken, um Bush wegen seiner Freundlichkeit zu Arafat und zur PLO auf die Probe zu stellen.«

»Sie unterschätzen Shamir. Sie vergessen, daß er ein alter Terrorist ist. Und Sie vergessen, daß er an Wunder – an jüdische Wunder – glaubt.« □

Die Religiösen in der israelischen Regierung

Die ultra-orthodoxen religiösen Parteien Israels haben eine Bedeutung erlangt, die weit über ihre Macht im Volk des zionistischen Staates hinausgeht. Die Haredi, oder ultra-orthodoxen Juden, stellen nur eine kleine Minderheit in der israelischen Bevölkerung dar, aber die beiden größeren religiösen Parteien, Agudat Israel und Shas, sind jetzt das Zünglein an der Waage der Macht in dem veralteten parlamentarischen System des zionistischen Staates. Trotz ihres neu errungenen Einflusses betrachten die religiösen Führer dieser Parteien ihre Kollegen in der Regierung mit Verachtung und laden sogar ihren Zorn auf ihnen ab.

In einer kürzlich vor Leitern von 32 Yeshiva (religiösen) Schulen gehaltenen Rede bezeichnete Rabbi Ovadia Yosef, Führer der von den Spehardim (den orientalischen Juden) dominierten Shas-Partei, den Ministerpräsidenten Shamir als Esser von »ekelhaftem Fleisch« – vermutlich Schellfisch – und meinte, Shamirs Frau ginge »niemals in ein jüdisches (koscheres) Restaurant« – anscheinend wegen ihrer Neigung zu kleinen Garnelen –. Yosef bezeichnete den Leiter des Staatsrechnungshofes, Miriam Ben-Prorat, als »Feind der Religion«. Und er bezichtigte das Knesset-Mitglied Ariel Sharon als »einen Schweine-Liebhaber«. Der gute Rabbi war, wie berichtet wird, verärgert, weil die Shamir-Regierung ein Versprechen, mehr Geld für die Yeshivas zu beschaffen, nicht eingehalten hat.

Ein paar Wochen vorher erging sich Rabbi Eliezer Schach, Yosefs aschkenasischer (europäischer) Mentor, in einer ähnlichen Schmährede vor einer Zuhörerschaft von Tausenden begeisterten Haredi-Anhängern in einem Sportstadion in Tel Aviv. Aber das Ziel von Schachs Giftspritze war die Arbeiter-Partei und deren Kibbutzim, die er »Schweine- und Karnikelfresser« nannte.

In einer Stellungnahme zu diesen Tiraden schrieb die »Jerusalem Post«: »Peinlich betroffene Anhänger beider Rabbis haben versucht, diese unbeherrschten Angriffe hinwegzudiskutieren. Die Wahrheit ist jedoch, daß diese Vorgänge keine persönlichen Verirrungen betagter oder frustrierter Rabbiner, sondern authentische Äußerungen tiefer Verachtung sind, die das ultra-orthodoxe Establishment für das übrige weltliche und weniger orthodoxe Israel empfindet.«

»Diejenigen, die ihre Zweifel haben, sollten sich Rabbi Jitzhak Peretz' Erklärung zum Tode von 22 Schulkindern aus Petah Tikva in einem Autobus-Eisenbahn-Unglück vor einigen Jahren in Erinnerung rufen, den er auf die Duldung von nicht koscheren Mexuxot (Gebetszellen) an den Eingängen zu dieser Stadt zurückführte.

Oder die Aussage eines Knesset-Mitgliedes der Shas-Partei dahingehend, daß der Tod israelischer Soldaten bei einem terroristischen Angriff im Libanon die Folge der Zügellosigkeit weiblicher Soldaten in den israelischen Verteidigungsstreitkräften gewesen sei.«

Die »Jerusalem Post« vermerkt weiter, daß in den letzten Jahren Hunderte von Millionen Dollar aus der israelischen Schatzkammer und aus den Taschen deutscher und amerikanischer Steuerzahler an die Haredi-Parteien und deren Institutionen – oft auf ungesetzliche Weise – vergeben worden seien. »Die Abzweigung solcher gigantischer Summen ist größtenteils auf die Korruption der israelischen Politik zurückzuführen, eine Korruption, die in der gegenwärtigen Krise so deutlich in Erscheinung getreten ist.« □

Israels blaues Wunder

Israels Aircraft Industries erwägt die Möglichkeit zum Bau einer Passagiermaschine in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, äußerte der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, der das Projekt während des jüngsten Gipfeltreffens amerikanischen Kongreßabgeordneten gegenüber erwähnte. Die Sowjets würden das Rumpfwerk, die Amerikaner die Motoren bauen und die Israelis die Avionik oder die Flugelektronik liefern.

Die Idee, die sich noch in der Planungsphase befindet, wird von einer Gruppe jüdischer internationaler Banker, darunter Armand Hammer, Al Schwimmer und Shaul Eisenberg, gefördert. □

Kritik am Weißen Haus

Der ADL-Vertreter in Washington, Jess Hordes, beklagt sich darüber, daß amerikanische Regierungsbeamte »offen ungeduldig« mit Israel und seinen jüdischen Anhängern sind. Viele jüdische Beamte glauben, die derzeitigen Spannungen spiegeln die persönlichen Ansichten von US-Präsident George Bush und Außenminister James Baker wider, die eine weniger emotionsgeladene Zuneigung zu Israel empfinden als der ehemalige Präsident Ronald Reagan und dessen Außenminister George Shultz. Das dürfte auch der Grund dafür sein, daß die Bush-Regierung sich niemals den Rat der Anti-Defamation League (ADL) einholt.
Der US-Vizepräsident Dan Quayle wird als treuer Anhänger Israels bezeichnet. Aber man glaubt, er habe viel weniger Einfluß auf wichtige politische Entscheidungen als der Stabschef des Weißen Hauses John Sununu, ein langjähriger Verfechter der arabischen Sache. □

Anerkennung geografischer Bedingungen

Der hartgesottene jüdische Pro-Israel-Aktivist Martin Miller hat sich in einen siebenjährigen Kreuzzug gestürzt, um die amerikanische Regierung dazu zu überreden, die geografischen Bedingungen anzuerkennen, wie sie die Zionisten sehen. Miller ist es gelungen, den amerikanischen Geheimdienst zu überzeugen, eine Veränderung auf den amtlichen Landkarten vorzunehmen, so daß die Landstriche »Judäa« und »Samaria« in Verbindung mit dem Begriff »West Bank« erscheinen. □

Die ungesühnten Kindermorde

Gerhard Walder

Die Repräsentanten des Staates Israel sind in der Welt diejenigen, die am lautesten eine angeblich noch immer vorhandene Judenverfolgung und ein ebenso angebliches stetiges Anwachsen des Antisemitismus beklagen. Genauso unerbittlich ist Israel in seiner Rache gegen unvermeintliche deutsche Kriegsverbrecher, selbst wenn diese bereits weit im achten Lebensjahrzehnt stehen. Ungesühnt bleiben jedoch die vielen Morde israelischer Soldaten und Siedler an Palästinensern. Eine rund 1000seitige amerikanische Studie enthüllte nun, daß alleine in den ersten beiden Jahren der Intifada 159 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren getötet wurden, ein Viertel davon Babies »die in ihrem Bett lagen«, erstickt an Tränengas, »das Soldaten mit Kanistern ins oder vor das Haus warfen«.

Die Rede ist von dem Bericht »Die Lage palästinensischer Kinder während des Aufstands in den besetzten Gebieten.« Erstellt wurde die Studie von der amerikanischen Soziologin Anne Elizabeth Nixon, von über 20 amerikanischen, britischen und palästinensischen Mitarbeitern und der Unterstützung von Ärzten, Krankenschwestern und Mitarbeitern der UNO-Flüchtlingshilfsorganisation für Palästinenser im Nahen Osten (UNRWA).

Gezielte Schüsse auf Kinder

Der frühere Chef von Amnesty International und jetzige Generalsekretär des schwedischen Kinderhilfswerk Rädda Barnen, Thomas Hammarberg, das die Erstellung der dreibändigen Studie finanziell unterstützte, meinte zu dem Bericht: »Wir würden uns mitschuldig machen, wenn wir schweigen ... Die hier beschriebenen Verletzungen können nicht als ein paar Fälle von Willkür einzelner Soldaten abgetan werden. Sie wurden massiv und systematisch begangen und spiegeln Regierungspolitik wider.«

So stellt der Bericht etwa ausdrücklich fest, daß entgegen den Behauptungen der Israelis, diese Kinder hätten an extremistischen Aktionen teilgenommen und »jeden Tod eines Kindes zu untersuchen«, bislang nicht ein einziger Fall belegt werden kann, »in dem ein Kind unter solchen Umständen getötet wurde«. Die Nachforschungen hätten vielmehr ergeben, daß »wahlloses Prügeln, Tränengaseinsätze und das Niederschießen von Kindern im Elternhaus oder in nächster Nähe, in Klassenzimmern und auf dem Weg zum Lebensmittelladen« Hauptursachen für die Todesfälle waren.

So wurden die meisten Kinder laut der Untersuchung von »gezielten« Schüssen in Kopf oder Nacken getötet, ein Fünftel der Kinder sogar von mehreren Schüssen und zwölf Prozent von Schüssen in den Rücken. Nur ein einziges der 159 Kinder sei durch einen Querschläger getötet worden.

Oftmals habe für die Tötung der Kinder bereits ausgereicht, daß diese »das V-Zeichen für Victory machten, nationalistische Reime sangen, Soldaten hänselten oder beschimpften, palästinensische Fähnchen in ihren Schulbüchern aufbewahrten oder an Strommasten aufzogen, Ausgehverbote übertraten und an Demonstrationen teilnahmen, egal, ob dabei Steine flogen oder nicht«. So wurde fast jedes fünfte Opfer »zu Hause oder im Umkreis von zehn Metern davon« getötet.

Die Leiche kam in den Abwasserkanal

Beispielsweise wurde ein zehnjähriger Junge beim Spiel im zweiten Stockwerk seines Elternhauses durch einen Schuß getötet, nachdem israelische Soldaten das Feuer auf eine 100 Meter entfernt verlaufende Demonstration eröffneten. Im Untersuchungsbericht der Armee steht dagegen, daß »ein zehn Jahre alter Junge durch einen Querschläger ernsthafte Brustverletzungen erlitt«, als Soldaten gegen »Aufrührer«, die »eine Einheit der israelischen Verteidigungsstreitkräfte angegriffen hatten«, das Feuer eröffneten. Wenig später würden die Ermittlungen sogar ganz eingestellt, weil die Soldaten »in einer für sie gefährlichen Situation des Feuer eröffnet« hätten.

In einem anderen Fall feuerten israelische Soldaten im Flüchtlingslager Balata bei Nablus mit Hartgummigeschossen auf ein zweijähriges Kind, das während des totalen Ausgehverbotes im Innenhof eines Hauses spielte. Das Tor in einer mannshohen Mauer, das zur Straße führte, war verschlossen. Die kleine Asma überlebte mit tiefen Platzwunden über der Lippe und der Stirn.

Ein anderes Kind wurde durch einen gezielten Schuß eines Soldaten getötet, der sich auf einem 100 Meter entfernten Kontrollturm befand. Das »Verbrechen« des neunjährigen Samir: Er hatte mit seinem 13jährigen Cousin trotz eines von der israelischen Armee verhängten Ausgehverbotes auf dem Dach seines Elternhauses gespielt.

Als die 13jährige Asma mit ihren beiden Schwestern, die unfreiwillig in eine eskalierende Demonstration gerieten, nach Hause lief, kam ihnen in einer Gasse ein israelischer Armeejeep entgegen, woraufhin die drei Mädchen sich umdrehten und wegliefen. Wie die Nachforschungen Frau Nixons ergaben, setzte ein bärtiger Fallschirmoffizier ihnen nach und jagte aus etwa zehn Metern Entfernung eine Kugel in Asmas Hinterkopf. Den Körper des zusammengebrochenen Mädchens beförderte er alsdann mit dem Fuß in den Abwasserkanal am Straßenrand. Zu einer empörten Nachbarin sagte der Israeli dann: »Das ist doch nur ein toter Hund.« Über eine Verurteilung des Mannes, dessen Name die Armee kennt, ist nichts bekannt.

Prügel für einen Taubstummen

Bei der Jagd nach randalierenden Jugendlichen erwischte die israelische Armee nur einen unbeteiligten zehnjährigen Jungen. Als der auf die Fragen der Soldaten, ob er die anderen kenne, nicht antwortete, schlugen die Soldaten mit den Schlagstöcken auf den Jungen ein, um, wie es einer der Soldaten ausdrückte, »aus seiner Birne Mus zu machen«. Die auf die Straße stürzende Mutter wurde ebenfalls zusammengeschlagen und der Junge so lange verprügelt bis er reglos auf der Straße lag. Erst Dorfbewohner konnten dann nach einiger Zeit die Soldaten darauf aufmerksam machen, daß der Junge taubstumm und geistig behindert ist.

Einer der Soldaten schämte sich dieser Tat und wollte sie, nachdem eine interne Auseinandersetzung abgelehnt wurde, in Zeitungen veröffentlichen. Bis auf die linksgerichtete »Al Hamischmar« lehnten alle anderen Zeitungen eine Veröffentlichung jedoch ab.

Die Verantwortung für das miese Verhalten der israelischen Armee gibt dieser Soldat Verteidigungsminister Jitzhak Rabin: »Alles läuft so, wie er es programmiert hatte ... von Schüssen in die Luft zum Einsatz von Schlagstöcken, von Schlagstöcken zu Beinschüssen, von Beinschüssen zu Todesschüssen – alles nach Vorschrift.« Dieser weist diese Vorwürfe aber zurück, vielmehr seien die Eltern Schuld, die »ihre Kinder auf die Straße schicken«.

Wie aus dem Nixon-Bericht weiter hervorgeht, sind die getöteten Kinder aber nur ein Bruchteil der Gesamtopfer. So wurden etwa 60.000 Kinder nach Gewalteinwirkungen medizinisch versorgt, davon etwa 8.000 wegen Schußwunden und circa 12.000 nach Verletzungen durch Tränengas. □

Israel

Ursache für weltweite Tumulte

Martin Mann und Lawrence Wilmot

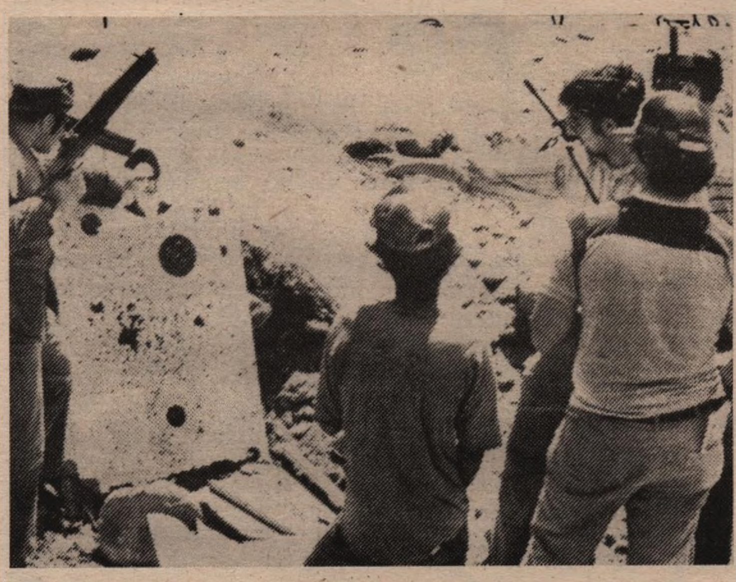
Der führende Troublemaker-Staat in der heutigen Welt – das heißt, derjenige, der in die meisten verdeckten Aktivitäten rund um den Erdball verwickelt ist – ist Israel.

Der detaillierte Bericht darüber, wie Israel zum führenden Exporteur der Welt von Terrorismus, Unterdrückung, Munitions-Versorgung für Killer und für ungesetzliche verdeckte Taktiken wurde, ist wahrscheinlich das am tiefsten verborgene und am ängstlichsten gehütete Geheimnis der amerikanischen Regierung. Aus Geheimdienstkreisen in Washington verlautet, daß weder der CIA noch der FBI eine laufend vervollständigte und ausgewertete Akte über die weltweiten Geheimdienstoperationen des Kleinstaates unterhalten.

Die Schlüsselrolle des Mossad

»Eine solche Akte wäre politisches Dynamit«, meint ein ehemaliger CIA-Beamter des verdeckten Dienstes, der jetzt in Washington als Anlageberater tätig ist. »Sie würde die Karriere eines jeden zerstören, der sie zusammenstellt und geführt hat. Sie könnte sogar sein Leben zerstören.«

Die monatelangen sensationellen Enthüllungen über die geheimen Operationen der Regierung von US-Präsident Ronald Reagan im Iran und in Mittelamerika veranlaßten den Berater für Nationale Sicherheit des Weißen Hauses, Robert McFarlane, dazu, einen Selbstmordversuch zu unternehmen. In jenen Monaten wurde die Schlüsselrolle des Mossad, Israels Geheimdienst, von jedem Ermittlungsbeamten, von Außenagenten des FBI bis zu Arthur Liman, Chefberater des US-Senatsausschusses, der den Skandal im landesweiten Fernsehen untersuchte, bis zu den untersuchten Senatoren selbst, sorgfältig am Rande beobachtet.



Mitglieder der Jewish Defense League prüfen Zielscheiben in einem Ausbildungszentrum in der Nähe von Los Angeles.

Liman räumte kürzlich ein, daß ihm bekannt war, daß der Mossad mindestens eine Million Dollar aus den illegalen Gewinnen des geheimen Waffenverkaufs an den Iran erhielt. Aber es wurde in der Untersuchung kein Versuch unternommen, diese kriminelle Abzweigung von Geldern der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Eine heikle Angelegenheit

Warum nicht? »Es war eine heikle Angelegenheit – zu heikel«, argumentierte der angesehene Anwalt.

In Wirklichkeit wurde ein mehr als tausendmal höherer Betrag – mehr als eine Milliarde Dollar – aus versteckten Fonds von der Reagan-Regierung ausgegeben, um die Programme der Geheimaktionen des Kleinstaats zu subventionieren, wie unsere Korrespondenten durch weitere Untersuchungen herausfanden.

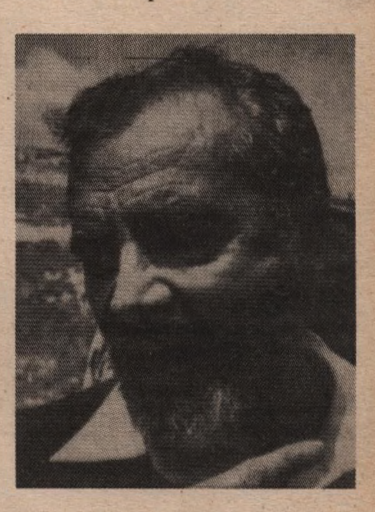
»Für die Staatssicherheits-Bürokratie in Washington sind diese Schenkungen wirklich eine peinliche Angelegenheit. Man macht sich große Sorgen darüber, daß die Steuerzahler vielleicht wissen wollen, was mit ihrem Geld geschehen ist«, sagt ein langjähriger Bundesbeamter für nationale Sicherheit, der jetzt als Firmenberater in Washington tätig ist.

Offiziere der US-Special Forces mit langjähriger Erfahrung in verdeckten Operationen sagen, Israel habe die Großzügigkeit der Reagan-Regierung ausgenutzt, um »das größte Netzwerk von Killern, Entführungsmannschaften, Einbrechern mit schwarzem Sack, Schlägertrupps, Folterspezialisten, Waffenschmugglern und anderen ungesetzlichen Agenten in der heutigen Welt aufzubauen«, wie es eine unserer Informanten formulierte.

Unter dem Schutz von mächtigen internationalen Interessensgruppen wie die Zionistische Weltorganisation (WZO), kann Israel gleichzeitig Terroranschläge nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in den mit guten Polizeidiensten ausgestatteten westlichen Ländern verüben, »ohne sich um den politischen Schaden Sorgen machen zu müssen«, versicherten diese Informanten.

»Wir werden nicht geachtet«

Man sollte glauben, daß die Israelis die Gesetze wenigstens des Landes respektieren würden,



Rabbi Meir Kahane predigt offen Haß gegen die Christen und ihre Religion.

von dem sie wegen einer finanziellen und militärischen Rettungsleine abhängig sind und das sie mit Steuergeldern über Wasser hält. Aber einige der gesetzlosesten und tödlichsten Geheimaktionen Israels hatten die USA zum Ziel. Zum Beispiel wurde der terroristische Feueranschlag, die die Bibliothek und das Archiv des Institute for Historical Review in Torrance, California, am 4. Juli 1984 zerstörte, unter Anwendung von ausgeklügelten Zündvorrichtungen verübt, die wie berichtet vom Mossad geliefert wurden. Die Brandstifter verwandelten das Studienzentrum sofort in ein Inferno. Die innerhalb von Minuten an der Brandstelle eintreffenden Feuerwehren konnten nur noch hoffen ein Übergreifen der Flammen auf Nachbargebäude zu verhindern.

Ebenfalls in Kalifornien wurde Alex Odeh, Direktor des American-Arab Anti-Discrimination Committee der westlichen Region in Santa Ana, Kalifornien, durch eine von israelischen Terroristen, die bei der israelischen Regierung arbeiten, gelegte Rohrbombe getötet. Im gleichen Jahr wurde Tscherim Soobtokov, ehemaliger Angehöriger der Waffen-

Israel

Ursache für weltweite Tumulte

SS, von einer Rohrbombe getötet, als er gerade die Tür seiner Wohnung in Paterson, New Jersey, aufschloß.

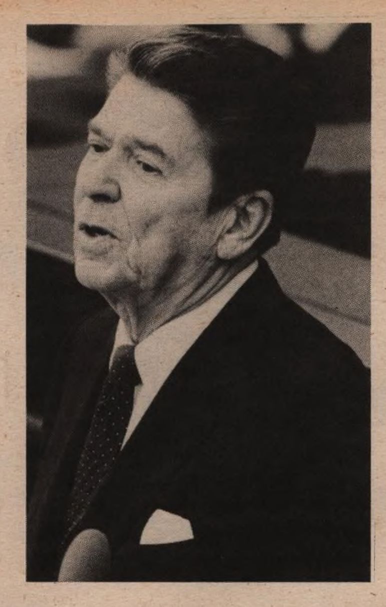
Eine weitere Rohrbombe, die auf die Eingangsstufen der Wohnung von Elmars Sprogie in Brentwood, New York, placiert wurde, riß einem Passanten das Bein ab.
Beide Männer, Soobtokow und Sporgis, wurden von der Jewish Defense League (JDL) als »Kriegsverbrecher« benannt.

Die JDL, gegründet von dem radikalen Rabbiner Meir Kahane, wird nachweislich vom israelischen Mossad geleitet.

Eine lange Liste von Gewalt

Agenten des Mossad stehen hinter einer ähnlichen Terrorwelle in Westeuropa, verlautet aus Nachrichtendienstkreisen der Vereinten Nationen. Sie verweisen auf den kürzlichen Mord an Dr. Gerald Bull, ein amerikanischer Wissenschaftler der Rüstungsindustrie, der für eine arabische Regierung arbeitete. Sie verweisen auch auf die Entführung von Mordechai Vanunu, eines israelischen Kerntechnikers, der die Welt über Israels geheime und rechtswidrige Lagerung von Atomwaffen aufklärte, und der aus Großbritannien nach Italien gelockt, dort entführt und nach Israel geflogen und in eine Gefängniszelle gesteckt wurde, wo er heute noch einsitzt.

Eine Killermannschaft des Mossad tötete in Kopenhagen einen arabischen Kellner, den man irrtümlich für einen arabischen Terroristen hielt, der für die Morde an israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen in München verantwortlich gewesen sein soll. Und durch den Sturz des kommunistischen Regimes des harten Kurses von Nicolae Ceausescu in Rumänien wurde die eifrige Tätigkeit von Mossad-Agenten aufgedeckt, die den Diktator in der Taktik der Unterdrückung und des Massenterrors schulten.



Ronald Reagen subventionierte als US-Präsident mit Milliarden Dollar Geheimaktionen Israels.

Aber auch in der Dritten Welt verursachen die verdeckten Tätigkeiten der Israelis die meisten Opfer, für die der Steuerzahler gewöhnlich berappen muß.

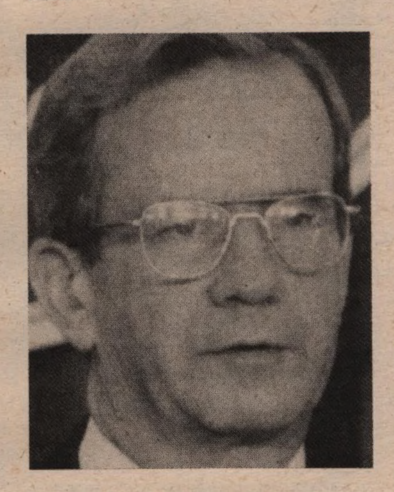
1986 trat eine weitere Schlägertruppe des Mossad in London in Aktion, wo sie Dr. Umaru Dikko, Nigerias ehemaligen Finanzminister, entführten. Eine Fahndungsmannschaft von Scotland Yard zur Terroristenbekämpfung kam der Vollendung der Entführung gerade in dem Augenblick zuvor, als Dikko auf dem Flughafen Gatwick in einem großen Holzverschlag an Bord einer nigerianischen Maschine gebracht werden sollte.

Praktiken wie sie im Handbuch stehen

Der entführte nigerianische Politiker war unter Drogen gesetzt worden und konnte nicht reden. Neben ihm im Verschlag kauernd fanden britische Kriminalbeamte einen israelischen Agenten mit einer mit einem Betäubungsmittel gefüllten Spritze in der Hand. Es stellte sich heraus, daß es sich hier um einen Stabsarzt des Mossad handelte der sicherstellen wollte, daß der Entführte sich während der Fahrt zum Flughafen ruhig verhalten würde.
Diplomaten der Vereinten Nationen, mit denen unsere Korrespondenten ein Gespräch führten, nannten die Entführung Dikkos ein Beispiel für Israels weit ausgedehnte Geheimaktionen nach dem Muster, »wie sie im Handbuch steht«.

»Es war ein terroristischer Anschlag, der aus rein gewinnsüchtigen Motiven heraus ausgeführt wurde«, meint ein Gesandter des Nahen Ostens. »Als Dikko in London damit begann, Geschichten über Korruption in seinem Heimatland zu erzählen, wollte die nigerianische Regierung ihn für immer zum Schweigen bringen.«

»Aber Israel hatte keinen Streit mit dem im Exil lebenden afrikanischen Führer. Sie schnappten sich ihn, um des Geldes willen. Für den Mossad ist diese Art von terroristischer Gewalttätigkeit lediglich ein kommerzielles Unternehmen, wie der Verkauf von Präservativmitteln für Apfelsinen.«



Robert McFarlane, damaliger Sicherheitsberater von Reagan, wurde von Israelis wegen möglicher Waffenlieferungen angesprochen.

Nigeria war jedoch keineswegs das einzige afrikanische Land, wo Israel einen lukrativen Markt für seine Polizeiausrüstung, seine Beratermannschaften zur Aufstandsbekämpfung, die sich aus Folterspezialisten und Unterdrückungsexperten zusammensetzen, und für seine Entführungsmannschaften fand. Israel hat seine verdeckten Interventionskräfte in zwölf afrikanischen Ländern ausschwärmen lassen.

»Sobald eine Regierung der Dritten Welt mit dem Mossad einen Vertrag über ›Sicherheits-Hilfeleistung‹ oder ›Ausbildung zur Aufstandsbekämpfung› unterzeichnet hat, hat sie keine Probleme, vom amerikanischen Kongreß eine Sonderzahlung dafür zu bekommen«, behauptet ein ehemaliger Diplomat aus Guatemala, Manuel Fuentes Echevarria. »Israels Kunden sind auf Capitol Hill meistbegünstigte Länder.«



Jimmy Carter drängte die Somossa-Dynastie in Nicaragua Berater und militärische Ausrüstung aus Israel ins Land zu holen.

Und doch räumte Botschafter Fuentes in einem kürzlichen Interview ein: »Das Geld wird gewöhnlich verschwendet. In meinem Land haben israelische Berater die Armee gelehrt, wie sie politische Verdächtige foltern kann, wie eine ganze Provinz durch die Herbeiführung von Massakern ›befriedet‹ werden kann. Doch diese grauenhaften Methoden haben den Widerstand eher angeheizt statt gemildert. Guatemala steht am Rande einer Explosion.«

Von einem ähnlichen Rückschlag wurde die Regierung von Liberia heimgesucht, die im vergangenen Jahr »Aufstandbekämpfungs«-Mannschaften ins Land holte, um mit der Welle der Unzufriedenheit im Volke fertigzuwerden. Die brutale israelisch geleitete Unterdrückung verwandelte die Protestbewegung in eine Massenrevolte, die kurz davorsteht, die Hauptstadt des kleinen Landes, Monrovia, zu erfassen und bereits zur Evakuierung aller Amerikaner zwang.

Sri Lanka, der Sudan, der Chad, die Philippinen und Marokko haben sich auch an den Kleinstaat

im Nahen Osten gewandt und um Unterstützung zur »Aufstandsbekämpfung« ersucht, nur um festzustellen, daß das Gegenteil von dem bewirkt wurde, was damit erreicht werden sollte.

In Zaire halten israelische »Befriedungs-Experten« das korrupte und brutale Regime des Mobuto Sese Seko nur mit umfangreicher Unterstützung durch Amerika an der Macht.

Im Untergrund arbeitende israelische Dienste sind kostspielig – die Kosten für Nigeria belaufen sich auf etwa 28 Millionen Dollar pro Jahr. Aber die angeschlagenen Länder der Dritten Welt kaufen sie trotzdem, weil es letztendlich der amerikanische Steuerzahler ist, der die Zeche bezahlt.



Der ehemalige Präsident von Nicaragua, Anastasio Somossa, war einmal der wichtigste Verbündete und Freund der USA in Mittelamerika.

Man hilft auch den Roten

Darüberhinaus, obwohl Israel in Washington gerne die Rolle eines »antikommunistischen Bollwerks« spielt, ist es durchaus bereit, das Personal und die Ausrüstung zur Durchführung von Massakern an marxistische Regierungen zu liefern, wie das in Äthiopien und Mosambique geschieht – wenn nur der Preis stimmt. Der Kleinstaat ist nämlich dafür bekannt, daß er seine Schleichdienste in von Kriegen und Unruhen heimgesuchten Ländern an beide Seiten verkauft, wie in Uganda, der zentralafrikanischen Republik, und in Mauretanien.

Wie berichtet, haben undurchsichtige israelische Agenten die Flammen eines gewaltsamen Konflikts zwischen Indien und Pakistan wegen der umstrittenen Provinz Kaschmir angefächert. In Afghanistan kassierte der Mossad Hunderte von Millionen Dollar an verdeckten amerikanischen Geldern, um den Kampf der Mudjahedin-Freiheitskämpfer gegen ein kommunistisches Regime und dessen sowjetischen Schutzpatron zu unterstützen. Jetzt, wo sie befürchten, daß die vorrückenden Mudjahedin-Streitkräfte eine islamische Regierung einsetzen werden, ziehen die Agenten des Kleinstaates alle Fäden, um einen Sieg der Freiheitskämpfer zu verhindern.

Eine einmalig scheußliche Rolle schreiben diese Informanten Israel in Panama, Kolumbien, Peru und ganz kürzlich in Antigua zu, wo Mossad-Agenten in illegalem Drogenhandel und die Ausrüstung und Ausbildung von Privatarmeen für das Kokainkartell verwickelt waren.

In Uruguay waren israelische »Berater« an der Folterung und der Ermordung von politisch Verdächtigen beteiligt, was bis in die siebziger Jahre zurückgeht.

Was Israel in die Lage versetzt hat, sein Netz der Unterdrükkung über die ganze Welt auszubreiten, war die bedingungslose und oft blinde Unterstützung durch die USA, verlautet aus Kreisen der Vereinten Nationen. Sie nennen den Fall Nicaragua, wo ein von der Somossa-Dynastie eingesetztes, eindeutig antikommunistisches und auch amerikafreundliches Regime 1979 gestürzt wurde, als es auf Drängen der Carter-Regierung damit begann, Berater und militärische Ausrüstung aus Israel ins Land zu holen.

»Der Sturz der Somossa-Regierung war für ganz Mittelamerika eine Katastrophe«, erinnerte sich Fuentes. »Man hätte glauben sollen, dies sei für Washington eine Lehre gewesen. Aber jetzt, wo nach einem Jahrzehnt kommunistischer Diktatur ein amerikafreundliches Regime in Nicaragua ins Amt gewählt worden ist, macht der Mossad dort sein Comeback.«

»Auf Drängen der Bush-Regierung, unterzeichnet die neue Regierung einen Vertrag mit Israel für ›Sicherheits‹- und ›Aufstandsbekämpfungs‹-Hilfsleistungen. Wird sie niemals aus Erfahrungen lernen?« □

Israel

Durchbruch oder Zusammenbruch

Victor Marchetti

Israels Möglichkeit, Tausende von sowjet-jüdischen Einwanderern, die in jedem Monat ins Land strömen, aufzunehmen, ist eine schwere Belastung für seine Hilfsquellen, und der ganze Vorgang wird nicht richtig gehandhabt. Diese Situation hat eine prominente jüdisch-amerikanische Führungspersönlichkeit dazu veranlaßt, warnend darauf hinzuweisen, daß der amerikanische Kongreß unter Druck geraten wird, die Höchstgrenze für die Einwanderung sowjetischer Juden zu erhöhen, es sei denn, die Israelis können sie selbst aufnehmen.

Seymour Reich, Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, sagte gegenüber der israelischen Zeitung »Davar«, es bestehe in der amerikanischen Judenheit die Auffassung, daß, falls Israel sich nicht erneut auf das Problem der Absorbierung sowjetischer Juden konzentriert, es eine »Explosion« geben werde – offenbar ein Hinweis auf die Stimmung unter den amerikanischen Juden.

Eine Reihe neuer Schwierigkeiten

»Plötzlich in Massen in ein Land zu kommen, das nicht zu den reichsten oder wirtschaftlich unabhängigsten gehört, wird auch harte Zeiten mit sich bringen.« Dies äußerte der Leiter des israelischen Rechnungshofers Miriam Ben-Porat, der warnend darauf hinweist, daß das Hineinströmen sowjetischer Juden nach Israel möglicherweise eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringen werde, die gerade jetzt in Erscheinung treten und für die es keine leichte Lösung geben werde.

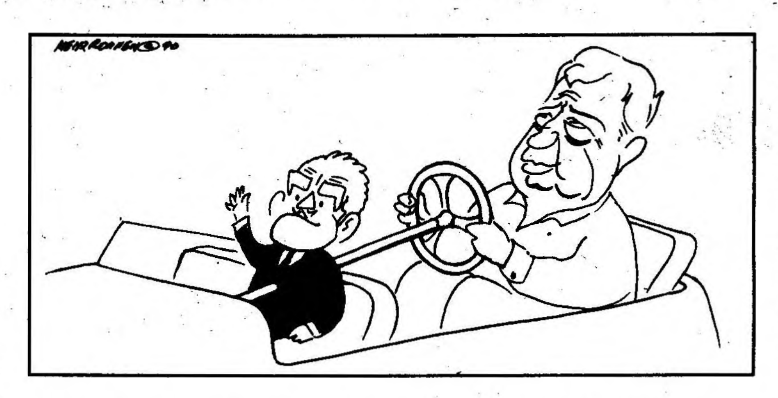
Israelische Spezialisten für Einwanderung und Regierungsexperten sagen voraus, daß bis 1993 sage und schreibe eine Million Sowjetjuden ins Land kommen werden. Diese Zahl entspricht der ursprünglichen Einwanderung von Juden nach Israel seit dessen Gründung, die sich in der Zeit von 1948 bis 1953 von 650.000 auf 1,3 Millionen verdoppelte. Obwohl die offizielle Einstellung gegenüber den Einwanderern, sowohl unter den Führern der amerikanischen Judenheit als auch in der israelischen Regierung, rosig war und immer rosiger wurde, sehen sich einige wenige Israelis dazu veranlaßt, zum richtigen Zeitpunkt offen auf mögliche Probleme hinzuweisen, bevor diese Krisen größere Ausmaße erreichen.

Das Problem ist nur, daß die rechtsgerichtete Treuhänder-Regierung des amtierenden Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir und seine Anhänger in den USA nichts von möglichen Schattenseiten hören wollen. Sie sind ausschließlich daran interessiert, soviele Menschen wie möglich ins Land zu bringen, um den zionistischen Traum von einem Großisrael unter Einschluß der besetzten Gebiete zu verwirklichen.

Kopflastig mit Hochgebildeten

Es ist klar, daß so ein gewaltiger Zugang zur jüdischen Bevölke-

Durchbruch oder Zusammenbruch



rung Israels ein weites Feld von Gesichtspunkten des täglichen Lebens berühren wird: angefangen von der Landespolitik, bis zur Wirtschaft und zu solch elementaren Dingen wie die Grundwasserversorgung. Die jüdische Bevölkerung Israels liegt heute bei 3,5 Millionen. Die Araber zählen 650.000. Eine Million weitere Juden würden die Gesamtbevölkerungsziffer um 25 Prozent erhöhen.

Eines der schwierigsten Probleme, mit denen es Neueinwanderer zu tun haben werden, ist die Fähigkeit ihres neuen Heimatlandes ihnen Arbeit und Brot zu geben. Israels Wirtschaft hat durch die ganzen achtziger Jahre hindurch stagniert; und zwar in einem solchen Ausmaß, daß die Einwanderung fast völlig zum Stillstand kam. Israel ist kopflastig mit freiberuflichen hochgebildeten Menschen.

Physiker, Ingenieure und andere Professionelle in Israel machen sich gegenseitig Konkurrenz, um eine der immer weniger werden, den Arbeitsstellen zu ergattern auf denen sie ihre Fähigkeiten verwerten können. Dieses Problem hat zu einem schwerwiegenden »Brain Drain« – kluge Köpfe verlassen das Land – geführt, da junge Freiberufliche in immer größerer Anzahl Israel verlassen und nach Europa und Amerika gehen, um dort wirtschaftliche Gelegenheiten wahrzunehmen, die in ihrem Heimatland nicht zur Verfügung stehen.

So bleibt – außer den Arabern – niemand übrig, um in den Fabriken zu arbeiten und dort manuelle Arbeit sowie Bauarbeiten zu verrichten. Man hatte gehofft, daß viele der sowjetischen Einwanderer solche Arbeitsstellen annehmen würden, und daß viele von ihnen als LKW-Fahrer oder Mechaniker arbeiten würden. Aber das ist nicht der Fall.

»Das wirkliche Problem ist unsere Fähigkeit, uns zu ändern«, sagte Yuri Stern, ein in Israels Handelskammer tätiger Experte für Einwanderungsfragen. »Innerhalb eines kurzen Zeitraums könnte es sein, daß sich eine ganze sozio-ethnische Schicht der sowjetischen Gesellschaft in diesem kleinen Lande mit einem sehr begrenzten Markt befindet. Dies schafft eine Situation die viel revolutionärer ist.« Die Jewish Agency, ein Arm der israelischen Regierung, der bei der Aufsicht über die Einwanderung mitmischt, berichtet, daß mehr als die Hälfte der Neueinwanderer aus der Sowjetunion über akademische Grade und freiberufliche Fähigkeiten verfügen.

Einfache Arbeit für Akademiker

Israelische Arbeitsvermittlungsstellen bieten jetzt den neu eingetroffenen sowjetischen Einwanderern Küchenarbeiten, Reinigungsarbeiten und andere Stellen für manuelle Arbeiten an, die traditionsgemäß von Arabern besetzt werden. Michael Bruno, Gouverneur der Bank von Israel, war unter den ersten Persönlichkeiten, die öffentlich die Frage aufwarfen, ob nicht der Mangel an Arbeitsplätzen, die den Qualifikationen der Einwanderer entsprechen, zu einem Abflauen des Zugangs sowjetischer Juden führen wird, wenn erst einmal die Nachricht, daß es keine Arbeit für sie gibt, zu denen durchdringt, die noch in der Sowjetunion sind.

Aber das Problem ist, jedem Arbeit zu beschaffen. Erstens einmal, wenn sowjetische Juden die handwerklichen Arbeitsstellen annehmen, die ihnen angeboten werden, dann verdrängen sie eine ebenso große Anzahl von arabischen Arbeitern und verschärfen somit die Spannungen zwischen Juden und Palästinensern. Die Spannungen werden aber auch durch die Wohnunterkünfte verschärft, die für diejenigen sowjetischen Juden bereitgestellt werden, die sich in unangemessen hoher Anzahl in den Außenbezirken Jerusalems ansiedeln und auf arabischem Land eine »jüdische Mauer« um die Stadt bauen.

Aber die Stadt selbst kann nicht eine Million Menschen unterbringen, und auch keine andere Stadt in Israel kann es. Die einzige Alternative besteht darin, die Siedlungen in den besetzten Gebieten zu erweitern, und das wollten die Hardliner des Likud und deren Anhänger in den USA von Anfang an. Jetzt können sie behaupten, daß der »Bevölkerungsdruck« Israel dazu zwinge, das Westufer und den Gazastreifen in naher Zukunft zu annektieren und die 1,75 Millionen Palästinenser, die in diesen Gebieten leben, zu vertreiben.

Wasser ist ein drohendes Problem

Ein weiteres Problem zählt zu den grundlegendsten, mit denen es ein Land zu tun haben kann: die natürlichen Hilfsmittel, vor allem Wasser. Ein kürzlich von der University of Pennsylvania veröffentlichter Bericht wies nach, daß Israel derzeit 95 Prozent der jährlich erneuerbaren Wasservorräte, die ihm zur Verfügung stehen, verbraucht, und daß es innerhalb eines Jahrzehnts den Rest verbrauchen wird. In dem Bericht wird der durch ein eventuelles Anwachsen der Bevölkerung um 25 Prozent verursachte zusätzliche Bedarf noch nicht einmal berücksichtigt und auch keine alternativen Quellen vorgeschlagen. Das ist ganz einfach so, weil es keine gibt, wenn man von einer Militäraktion zur Sicherstellung besserer Versorgungen aus Israels arabischen Nachbarstaaten absieht.
Israels Landschaft könnte sich durch das Erscheinen einer großen sowjetischen Bevölkerung auf der Bildfläche drastisch verändern. Die Chancen stehen viel besser als je zuvor, daß sowjetische Juden, die der derzeitigen Likud-Regierung zu Dank verpflichtet sind, weil sie ihren Fortgang von der Sowjetunion ermöglicht hat und die danach streben, ihre eigenen Erfahrungen mit dem Kommunismus so schnell wie möglich zu vergessen, sich dazu entschließen werden, den Likud-Block zu unterstützen. Diese Unterstützung wird sich noch weiter festigen, wenn eine große Anzahl sowjetischer Juden sich in den besetzten Gebieten niederlassen und der Likud die Subventionen und andere Anreize für Siedler, die sich dort niederlassen wollen, beibehält. Ein großer Block neuer Likud-Wähler würde auch die derzeit durch die religiösen Parteien, die jetzt das Zünglein an der Waage zwischen den ziemlich gleichstarken Parteien, der Arbeiter- und der Likud-Partei, bilden, ausgeübte Macht stark verringern.

Ein Taumel am Abgrund

Für sowjetische Juden ist Israel allerdings alles andere als ein verheißenes Land. Aber sie kommen weiterhin ins Land, und viele hoffen offensichtlich darauf, eines Tages die Genehmigung zu bekommen nach Amerika auszuwandern, um sich dort einen guten Tag zu machen. Schließlich wissen sie genau, daß sie nur in die Bresche springen sollen, um in einem umstrittenen Land als besetzende Präsenz zu dienen.

Bringt man dies in Zusammenhang mit dem Mangel an wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten, verfügbaren Wohnungen und natürlichen Hilfsmitteln, dann sieht das Bild wirklich düster aus. Die israelische Wirtschaft taumelte das ganze letzte Jahrzehnt hindurch an einem Abgrund entlang. Es besteht kein Zweifel darüber, daß, wenn die Ansiedlung sowjetischer Juden in der vorgesehenen Größenordnung gelingen soll, die amerikanischen und andere Steuerzahler die Rechnung bezahlen müssen. □



Naher Osten

Hoher Preis für Freundschaft mit Israel

Victor Marchetti

Es ist Zeit für eine neue Wirtschaftspolitik im Nahen Osten. Obwohl einige hartgesottene Konservative, vor allem diejenigen mit einem starken Engagement gegenüber Israel, sich dem Ende des kalten Krieges immer noch widersetzen, haben die meisten amerikanischen Politiker und Experten der Politik den Schwerpunkt ihres Denkens darauf verlagert, neue Wege zu finden, um mit den Realitäten der neuen weltweiten Wirtschaftspolitik fertigzuwerden.

Aber in dem neuen Völkerspiel – die rapide eskalierende Wirtschaftsrivalität mit Japan und der entstehenden Europäischen Gemeinschaft (EG) – gehen die USA sehr ängstlich vor. Auf keinem Gebiet der internationalen Wirtschaftskonkurrenz tritt dies so deutlich zutage wie im Nahen Osten, wo die amerikanische Handelspolitik durch überholte und unnötige Bindungen an Israel sehr gespannt ist und stark behindert wird.

USA bleiben von den Arabern abhängig

Sich von Israel loszusagen und eigene Wirtschaftsbrücken zur arabischen Welt zu bauen, wird für Amerika jedoch keine leichte Aufgabe sein, zumal die jüdische Pro-Israel-Lobby oder ihre neokonservativen Freunde in dieser Angelegenheit ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Deren eifrige Bemühungen werden für diejenigen in der Bush-Regierung, die für eine neue amerikanische Wirtschaft eintreten, ein Haupthindernis bleiben.

»Unterdessen«, wie Walter Russell Meade, ein Mitglied am World Policy Institute in New York für das Fachgebiet internationale Wirtschaft, beobachtet, »müssen die USA weiterhin Öl einführen. Wir sind und bleiben von den Ölerzeugern des Nahen Ostens abhängig. Es ist jedoch andererseits nicht klar, daß diese abhängig von uns bleiben.

Die meisten Amerikaner erinnern sich kaum noch an unseren Erfolg in den vierziger und fünfziger Jahren, Europa aus dem Nahen Osten zu vertreiben – oder wie verärgert die Europäer darüber waren ... Heute will Europa den Nahen Osten zurück und wird wahrscheinlich auch dorthin gelangen.«

Abhängig von der Politik der OPEC

Japan ebenfalls, das fast völlig vom Öl des Nahen Ostens abhängig ist. Darüber hinaus können Japan und Europa, allein oder zusammen so ziemlich alle Bedürfnisse des Nahen Ostens in bezug auf Importe und Wirtschaftsentwicklung decken.

Meade stellt auch fest, die größte einzelne Stütze für den Dollar könnte die Politik der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) sein, die Ölpreise in Dollar festzulegen. »Aber«, setzt er hinzu, »warum sollte die OPEC das Risiko übernehmen, ihre Vermögenswerte in einer schwächer werdenden Währung zu halten? Es könnte wirtschaftlich gesehen für die OPEC besser sein, wenn sie zum Yen oder zur DM oder gar eines Tages zum ECU (European Currency Unit) übergehen würde.«

Wirtschaftliche Erwägungen suggerieren den arabischen Ölstaaten eine Politik, ihre nationale Sicherheit anders zu bewerten, besonders jetzt, wo die militärische Verwicklung der Sowjets in diesem Gebiet, praktisch keine Rolle mehr spielt. Amerikas enges Sicherheitsverhältnis zu den Ölproduzenten ist der wichtigste Punkt dessen, was von Amerikas bedeutsamen Einfluß in diesem Gebiet übrigbleibt. Jetzt, wo die sowjetische Bedrohung nicht mehr vorhanden ist, stellen nur noch die israelischen Streitkräfte in der arabischen Welt eine Gefahr dar. Aber heute bieten die europäischen Regierungen in stärkerem Maße als die USA dem Nahen Osten einen Sicherheitsschirm.

Was vielleicht noch wichtiger ist, die Europäer – und speziell die Japaner – haben oder wollen kein »besonderes Verhältnis« zu Israel unterhalten. Die Europäer haben keine feindliche jüdische Pro-Israel-Lobby, die ihre Verkäufe von militärischer Ausrüstung an die arabischen Staaten unterlaufen. Japan hat keine derartige Interessensgruppe, die es zwingen könnte, Israel finanzielle Hilfe zu leisten oder seinen Handel mit den Ölproduzenten einzuschränken.

Japan und Europa anstelle der USA

Es gibt bereits deutliche Anzeichen verstärkter europäischer und japanischer diplomatischer Tätigkeit in der Region. Bald werden die EG und Japan in der Lage sein, der OPEC eine Währung anzubieten die mindestens ebenso stark ist wie der Dollar und wirtschaftliche Vorteile, die ebenso groß sind wie die von den USA gebotenen. Und die westeuropäischen Länder werden in der Lage sein, Militärgerät und Sicherheitsgarantien anzubieten, die mindestens so gut wie die amerikanischen sind.

Daher, so sagt Meade zum Schluß: »Sollte der Nahe Osten aus dem amerikanischen Umlaufkreis und das Ölgeschäft aus der Dollar-Zone ausscheiden, dann ginge das amerikanische Jahrhundert sicherlich schnell zuende. Der Dollar würde wie ein Meteor fallen; die USA müßten Devisen verdienen, um ihre Rechnungen für Nahost- und anderes ausländisches Öl bezahlen zu können; unsere Auslandsschulden würden unseren Lebensstandard beengen; Ausländer – vorwiegend Japaner – würden das Interesse daran verlieren, das Defizit durch den Kauf von US-Schatzbriefen zu lindern. Reiche Amerikaner würden ihr Kapital außer Landes und in sichere Häfen im Ausland bringen. Dann würden wir lernen was es bedeutet, ein Weichgeld-Schuldner in einer Welt der harten Währung zu sein.«

Keine hübsche Aussicht, aber eine der wir ins Auge sehen müssen, wenn sich die Bush-Regierung nicht von dem krebsartigen »besonderen Verhältnis« zu Israel löst und ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern des Nahen Ostens verbessern kann. Dazu muß der Einfluß der jüdischen Pro-Israel-Lobby und der »Freunde Israels« sowohl auf dem Sektor der vollziehenden Gewalt und vor allem im Kongreß – Israels »Berufungsgericht«, wie der Sprecher des Repräsentanten-Hauses Thomas Foley ihn nennt – eingedämmt werden.

Die Wiederherstellung unserer Brücken zu den ölproduzierenden Ländern wird selbst unter den allerbesten Umständen keineswegs leicht sein. Der Iran und Libyen stellen eine besonders heikle Situation dar, die vielleicht erst nach jahrelangen ernsthaften Bemühungen gelöst werden kann. Ein Großteil des bei den Ölstaaten verlorenen Geländes kann jedoch noch zurückgewonnen werden. Aber um das tun zu können, braucht die Regierung Hilfestellung.

Einige amerikanische Geschäftsleute haben uns anvertraut, daß sie weiterhin vor Repressalien seitens der jüdischen Interessensgruppe auf der Hut sein werden, falls sie sich dazu entschließen sollten mit den Arabern Handel zu treiben. Diese Firmenleiter müssen über ihre Ängste hinauswachsen und das tun, was für ihre Firmen – und Amerika – gut ist, solange wir noch von unserem »Goodwill«-Verhältnis zu den Arabern zehren können. □

ADL

Anatomie eines Alptraums

Peter Blackwood

Die Anti-Defamation League (ADL) besteht schon ziemlich lange, seit 1913, als sie erstmals in Chicago gegründet wurde. Nach ihrer ursprünglichen Satzung »ist es das unmittelbare Ziel« der ADL, durch Appelle an die Vernunft und an das Gewissen und falls notwendig durch Rückgriff auf das Gesetz, der Diffamierung des jüdischen Volkes Einhalt zu gebieten. Ihr endgültiges Ziel ist es, Gerechtigkeit und faire Behandlung aller Bürger gleichermaßen sicherzustellen und ungerechter sowie unfairer Diskriminierung und Lächerlichmachung irgendeiner Sekte oder Volksgruppe ein Ende zu bereiten.

Die ADL hat sich seitdem sehr verändert, und ihre Aktionen heute haben wenig Ähnlichkeit mit ihren ursprünglichen Zielen. Es ist nicht mehr das »unmittelbare Ziel« der Liga »der Diffamierung des jüdischen Volkes Einhalt zu gebieten«. Stattdessen besteht ihr Zweck in erster Linie darin, den Mythos und die Furcht vor dem Antisemitismus zu fördern und die Interessen Israels voranzutreiben. Dabei trachtet sie danach, jeden zu diskreditieren, in Verruf zu bringen und falls notwendig zu vernichten, der ihr im Weg steht – nicht aber durch »Appelle an die Vernunft und das Gewissen oder durch das Gesetz«, sondern vielmehr durch Verbreitung von Desinformationen in den Nachrichtenmedien, Untergrabung des politischen Systems, und, wenn notwendig, durch Übertretung der Gesetze.

Neue Auslegung des Antisemitismus

Noch 1949, zwei Jahre nachdem sie ihren Hauptsitz nach New York verlegt hatte, befaßte sich die ADL immer noch im Grund mit Angelegenheiten des inländischen Antisemitismus und neigte damals sogar dazu, sich von Israel und dem Zionismus zu distanzieren, sagt Lee O'Brien, ein Experte für jüdische Organisationen. Obwohl sie gelobte den neuen Staat Israel zu unterstützen, bemühte sich die ADL, Israel oder eine organische Verbindung zwischen amerikanischen Juden und Israel nicht zu ihrem Zentralthema zu machen.

Die ADL zögerte nämlich die Auffassung vom »jüdischen« Volk, die ein Kernpunkt des Zionismus ist, zu übernehmen. In den fünfziger und sechziger Jahren erschienen erstaunlich wenige Artikel in dem Hauptorgan der Liga, dem ADL Bulletin, die sich mit Israel und dem Zionismus befaßten. In den zwei Jahren von 1957 bis 1959 gab es überhaupt keine derartige Artikel.

Die Wende in der Politik der ADL, die zu einer völligen Israelisierung der Prioritäten, Programme und Aktionen der Liga führte, trat nach Israels siegreichem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 ein. Sie traf zeitlich mit einer ähnlichen Wende in der Haltung der amerikanischen Judenheit im allgemeinen ein. Mit der neuen Betonung auf Israel ging eine neue Auslegung des Antisemitismus durch die ADL einher. Die Behauptung, Antizionismus sei gleichbedeutend mit Antisemitismus wurde nun zum Eckpfeiler der Politik der ADL.

Die gewaltige Macht der ADL

Kritik an Israel, sagte die ADL nun, spiegelt Gefühllosigkeit gegenüber den amerikanischen Juden wider und ist daher gleichbedeutend mit Antisemitismus. Später versuchte die ADL zusammen mit einer Schwadron von neokonservativen – zum Zionismus konvertierte Marxisten – Schriftstellern, in den Gedanken der Menschen Freundschaft zu Israel mit Antikommunisten gleichzusetzen.

Die ADL nahm nach 1967 schnell an Umfang, Vermögen und Einfluß zu. Sie erweiterte ihr Netzwerk von Büros auf jede größere Stadt in den USA aus und richtete Büros in Jerusalem und mehreren anderen Städten im Ausland ein. Sie gibt zu, über einen Jahreshaushalt von über 25 Millionen Dollar zu verfügen, wohingegen Experten für Organisationen schätzen, daß diese Zahlen um mindestens zehn Millionen Dollar zu niedrig gegriffen sind. Ihr landesweiter Sitz, 823 United Nations Plaza in New York, wird auf 20 Millionen Dollar bewertet.

Die gewaltige Macht der ADL in der amerikanischen Politik und Gesellschaft heute beruht auf dem Vermögen und dem Einfluß ihrer Führung und den politikähnlichen Operationen ihres professionellen Mitarbeiterstabs. Dieser ist nach dem klassischen Muster eines geheimen Nachrichtendienstes organisiert, der eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit dem CIA aufweist – aus dem die ADL einige ihrer Mitglieder angeworben hat. Wie der CIA und der israelische Mossad, mit dem sie enge Beziehungen unterhält, ist die ADL höchst geheim und bietet in der Öffentlichkeit nur die Spitze eines Eisbergs dar. Ihre Aktivitäten erfolgen zudem in erster Linie im Untergrund, angefangen von der Einholung von Informationen bis zur Durchführung von verdeckten Aktionen.

Ein weit verzweigtes Netzwerk

Der Untergrundarm der ADL ist schönfärberisch als Fact Finding Department (Tatsachenfeststellungs-Abteilung) bekannt. Diese Komponente betreibt den ADL-Stall von Geheimagenten, Informanten, Eingeschleusten, Aufwieglern und anderen Elementen. In einer Reihe von Fällen war die ADL – obwohl niemals strafrechtlich verfolgt – in Morde, Provozierung von Aufständen, Bombenlegung und anderen schweren Verbrechen verwickelt. Vielleicht die am stärksten publizierten dieser verdeckten Aktionen waren die Bomben-Attentate auf mehrere Einzelpersonen durch Rabbi Meir Kahanes Jewish Defense League Mitte der achtziger Jahre, die mit heimlicher Unterstützung durch die ADL und den israelischen Mossad in Szene gesetzt wurden.

Die National Commission der ADL, ihre politikmachende Körperschaft, ist vollgestopft mit Persönlichkeiten, die ihre eigene Macht und Einfluß in die Lage hineinbringen. Der ehemalige landesweite Vorsitzende, Kenneth Bialkin, ist heute einer der mächtigsten Anwälte in den USA – und wahrscheinlich einer der korruptesten, wie Organisationsspezialisten, die die ADL untersucht haben, feststellten.
In den siebziger Jahren vertrat Bialkin die berüchtigte flüchtige Verbrecherfigur Robert Vesco, der später, nachdem er wegen seiner Betrügereien angeklagt und bloßgestellt worden war, in die Karibik entkam.
Später, im Jahre 1980, wurde Bialkin selbst in einem Zivilprozeß dafür verurteilt, Vescos Diebstahl von Hunderten von Millionen aus einem Fonds in die Schweiz geleitet zu haben. Amerikanische Gesetzesvollzugsbehörden glauben, daß ein Großteil des gestohlenen Geldes aus ungesetzlichen Gewinnen des einstigen Leiters des organisierten Verbrechens, Meyer Lansky, stammt.
Bialkin vertrat auch den saudiarabischen Millionär Adnan Khashoggi, der wegen seiner Machenschaften mit Staatssicherheits-Hilfskräften der US-Regierung bei den gescheiterten geheimen Versuchen vor einigen Jahren, mit dem Iran Waffen gegen Geiseln auszutauschen und die Gewinne zur Unterstützung der nicaraguanischen Contrea zu verwenden, unter Anklage steht.
Heute ist Bialkin ein Partner in der größten Anwaltspraxis der Welt, Skadden Arps, die mit einer Vielzahl von Junk Bond- und Leveraged Buyout-Plänen weitgehend in die Plünderung des amerikanischen Börsenmarktes und der Spar- und Darlehenskassen verwickelt war. Finanzexperten glauben, daß einige dieser Pläne zur Vertuschung der Drogengeldwäsche dienten. □

Edgar Bronfman

Tauschgeschäfte Whisky gegen Holocaust

Peter Blackwood

In ihrer März-April-Ausgabe veröffentlichte die westdeutsche Zeitschrift »Semit«, die sich selbst als »die unabhängige jüdische Zeitschrift« bezeichnet, eine scharfmachende Enthüllung über die heimlichen Schiebereien des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman mit dem ehemaligen DDR-Regime des Erich Honeckers. Der von Jacob Dachauer verfaßte Artikel dokumentiert wie Bronfman, der auch ein führender Geldbeschaffer für die Anti-Defamation League (ADL) ist – obwohl »Semit« das nicht erwähnt – seine Stellung im Jüdischen Weltkongreß ausnutzte, um im Namen seines Schnapsimperium Seagram's Geschäfte mit der DDR abzuwickeln.

Der Beitrag trägt den Titel »Ein Whisky für den Holocaust« und wird von einem Foto Bronfmans unterstrichen, wie er von dem ehemaligen SED-Chef der DDR, Erich Honecker, die Staatsmedaille erhält. Die Bildunterschrift lautet: »Großer Stern der Freundschaft des Volkes: Friede, Freude, Eierkuchen«. Mit anderen Worten: »Macht Euch keine Sorgen, seid still und stoßt mit uns an.« Dies und die Überschrift vermitteln den Gedanken: »Sorgt Euch nicht um den Holocaust, laßt uns trinken!«

Bronfmans intime Beziehung zur SED

Vor »Semit« hatte nur CODE Bronfmans Doppelzüngigkeit gegenüber den Kommunisten der DDR entlarvt.

Der Artikel bezieht sich hauptsächlich auf den Herbst 1988, als die Beziehungen zwischen Bronfmans Leuten im Jüdischen Weltkongreß und dem kommunistischen Regime der DDR besonders intim wurden. Wir weisen die Leser darauf hin, zum Zeitpunkt der beschriebenen Ereignisse vom November 1988 wurde die Bundesrepublik Deutschland durch die berühmte »Jenninger-Affäre« verunsichert. Damals mußte der Präsident des Deutschen Bundestages wegen falscher Beschuldigungen, seine vor dem Bundestag gehaltene Rede sei dem Nationalsozialismus gegenüber freundlich gewesen, zurücktreten. Der gleiche Bronfman, der Honecker umarmte, war entscheidend daran beteiligt, die interantionale Kampagne zu inszenieren, die Jenninger zum Rücktritt zwang.

Der Leser sollte auch wissen, daß der Artikel offensichtlich Mitte Februar 1990 verfaßt wurde, also zu einer Zeit, als es eine mitteldeutsche Übergangsregierung mit einigen Kommunisten darin gab. Dies erklärt einige der in diesem Artikel enthaltenen zeitgeschichtlichen Hinweise.

In dem Artikel wird eingangs festgestellt, daß das Jahr 1988, mit dem Herannahen der 50. Jahrestags der Kristallnacht-Progrome, für den mitteldeutschen Staat eine »jüdische Wasserscheide« markiere und daß damit »eine große Anzahl gut eingefädelter öffentlicher Ereignisse, Zusammentreffen mit Zionisten, sowohl in der heimischen als auch in der internationalen Szene« verbunden sei. Nachstehend Auszüge aus dem Artikel von Dachauer.

Das Honecker-Mielke-Regime koscher machen

»Der Zweck war zweiseitig. Einer war die Absolution der Staats- und Parteiführung der DDR durch die jüdischen Funktionäre. Das wirkliche Ziel lag jedoch auf der Ebene der Außen- und Wirtschaftspolitik. Es war ein großer Erfolg als Bronfman Honecker die Hand schüttelte.

Was die Behandlung durch die Medien betraf, so war die Darstellung einiger ›potemkinscher Dörfer‹ in den Salons des Staatsrats der DDR ein voller Erfolg. Der Präsident des Jüdischen Weltkongreß, Edgar Miles Bronfman, traf, nachdem er Honecker kurz begrüßt hatte, fünf Minuten lang mit drei weiblichen Mitgliedern des Jugendverbandes der SED, FDJ, zusammen und gab Hinweise auf Informationen, die er von Dr. Peter Kirchner, dem Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde von Ostberlin, erhalten hatte. Nachdem er dies alles getan hatte, erklärte er, daß die DDR ihren Teil der deutschen Geschichte abgeschlossen habe. Laut Bronfman ist die Jugend der DDR bestens mit jüdischen Angelegenheiten vertraut. Rassismus sei zwischen Rostock und Erfurt ein unbekannter Begriff. Mit anderen Worten, seiner Ansicht nach liege kein Grund vor, eine Reise Erich Honeckers in die USA und die Zuerkennung des intensiv angestrebten Status der meistbegünstigten Nation im amerikanischen Handel mit der DDR nicht zu befürworten.

Der offizielle Teil des Bronfman-Besuchs bei Honecker ist nicht das, was auf die wirklichen Gespräche hinwies. Tatsache ist nämlich, daß sich in der privaten Begleitung Bronfmans zwei verschiedene Delegationen befanden. Eine vom Jüdischen Weltkongreß, die den Fernseh-Aspekt mit dem Händeschütteln mit Honecker und die Entstigmatisierung der Mitteldeutschen betrieb. Die zweite Delegation, angeführt durch den Generaldirektor von Seagram's, – der größte multinationale Konzern für harte Getränke in der Welt – führte intensive Gespräche und unterzeichnete verschiedene Verträge in der Größenordnung von zweistelligen Dollar-Millionen mit dem damaligen – und sich in der Regierung unter Modrow weiter im Amt befindlichen stellvertretenden Minister für Außenhandel, Christian Meyer.

Der eigentliche Minister und ehemaliges Mitglied der NSDAP Gerhard Beil nahm wahrscheinlich aus Gründen höherer Pietät nicht an den Gesprächen teil. Rein zufällig ist der Hauptaktionär und Vorstandsvorsitzender von Seagram's niemand anders als Bronfman.

Großes Lob für die damalige DDR

Siegmund Rotstein, Präsident des Verbandes Jüdischer Gemeinden in der DDR, hielt am 8. November 1988 eine feurige Ansprache in der Kammer der Abgeordneten des Volkes vor einer prominenten und international zusammengesetzten Zuhörerschaft, pries den ›Mauerstaat‹ im barocken Stil der sächsischen Hofnarren und erklärte die DDR zum besten und demokratischsten Staat aller Zeiten und zur wahren Heimstätte aller Juden.

Dann kam Dr. Kirchner, Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde von Ostberlin, dem seit 1971 nachgesagt wird, er male die Dinge in rosaroten Farben auf anständigere Weise.

Der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde Westberlins, Heinz Galinski, der persönlich seit Anfang 1988 auch dem Zentralrat der Juden in Deutschland vorsteht, hat sich nicht wenige Verdienste dadurch erworben, daß er das Honecker-Mielke-Regime koscher gemacht hat. Von September 1988 an bettelte er um die Gunst, mit Honecker zusammenzutreffen, was ihm zwar nicht auf der Stelle, sondern auf einem Nebengleis, nach einem intensiven Verhör durch den assistierenden Minister für Kirchenfragen der DDR, Klaus Gysi, (Vater des derzeitigen Chefs der Kommunisten in der DDR, Gregor Gysi), gewährt wurde, der sofort die Nützlichkeit des ehrgeizigen Galinski zum Zwecke der Besänftigung der seinerzeitigen außenpolitischen Schwierigkeiten der DDR, der Glättung der Vergangenheit, im Kampf um die Exportmärkte erkannte.

Edgar Bronfman

Tauschgeschäfte Wisky gegen Holocaust

Die beiden Funktionäre, Galinski und Honecker, waren voneinander nicht gerade sehr begeistert, wandten aber jetzt anscheinend das alte jüdische Sprichwort an: ›Wenn Du einen Dieb brauchst, schneide ihn vom Galgen ab‹. Galinski und Honecker trafen in der Folgezeit viele Male zusammen. ›Es war ein wahrhaft historischer Augenblick, was Sie schon der Länge der Gespräche entnehmen können. Mir persönlich gefiel dieses Gespräch sehr, und es gibt eine Annäherung‹ (Galinski zu »Neues Deutschland«).

Ein Loblied für Galinski

Alle drei – Rotstein, Kirchner und Galinski – erhielten am 8. November 1988 die DDR-Medaille ›Großer Stern der Freundschaft des Volkes‹ aus der Hand Erich Honeckers. Im April 1989, als Galinski sein 40jähriges Jubiläum als Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde Westberlin feierte, entsandte Honecker seinen assistierenden Minister Loeffler, um Galinski ein Loblied zu singen. Kein Wort mehr über Jugendsünden, über die Aufspaltung der damals noch vereinigten jüdischen Gemeinde in Berlin im Jahre 1953.

Der europäische Vertreter Bronfmans in Brüssel, Maram Stern, traf in den vergangenen Wochen zweimal mit dem Intimus des (Mitglied des Politbüros und des Zentralausschusses, Beauftragter für internationale Beziehungen, vor allem zu jüdischen Organisationen) Hermann Axen und dem immer noch amtierenden Außenminister der DDR Oskar Fischer und dem Vize-Premierminister Lothar de Maizière zusammen. Stern forderte beide Herren dazu auf, eine öffentliche Erklärung der DDR-Regierung über den Anteil der Mitteldeutschen an der Schuld für die Nazi-Verbrechen abzugeben. Stern wischte Besorgnisse über sich daraus ergebende Wiedergutmachungskosten vom Tisch und sagte, daß, falls sein Chef Bronfman seine bevorzugte Position als Monopolist im Handel der DDR mit den USA halten und erweitern könne – eine Vereinbarung die zwischen Bronfman und Honeckers Leuten unterzeichnet wurde –, dann könne er mit Shamir in geeigneter Weise für Deutschland sprechen über die Modifizierung von materiellen Ansprüchen seitens Israels und der Jewish Claims Conference für Deutschland. Und wegen seiner schwierigen außenpolitischen Lage, Israel ist von einer ununterbrochenen Unterstützung seitens einer wohlmeinenden jüdischen Lobby in den Vereinigten Staaten abhängig, stehen die Chancen für diese Vereinbarung zu Dritt nicht schlecht.

In einer zweifellos damit zusammenhängenden Entwicklung bringt ›Outcry‹, das Organ der in Tel Aviv ansässigen World Jewish Student Movement, eine Broschüre in Umlauf, in der Edgar Bronfman angegriffen wird und in der unter anderen Quellen aus unserem Serienartikel über Bronfmans Machenschaften vom vergangen Jahr zitiert wird. (Siehe CODE, Dezember, Januar, Februar, März 1990).

Ein Aufschrei aus Tel Aviv

Der Artikel, von Zwi Arens, ist ein scharfmachender Angriff auf Bronfman, weil dieser seine Position als Leiter des Jüdischen Weltkongreß zu illegalen persönlichen Zwecken ausnutze; weil er die Organisation, die Nahum Goldmann aufgebaut hat, unterhöhle, die legitimen Interessen sowjetischer Juden sabotiere, als Teil seiner Geschäfte mit der sowjetischen und der amerikanischen Regierung, und das Wachstum des Antisemitismus begünstige.

Arens schreibt, der ursprüngliche Jüdische Weltkongreß Nahum Goldmanns sei eine gute Organisation, mit erhabenen Motiven geschaffen. Aber jetzt bestehe die Führung aus einer »publizitäts-hungrigen« Gruppe, die nur selten die wirkliche Meinung der Juden widerspiegele.« □

Revisionismus

Obduktion der Leichen des Kommunismus

William Grimstad

In Kroatien ist ein neues »Katyn« aufgedeckt worden, dessen Urheber die kommunistischen Partisanen sein dürften. Schädel und Knochen von mehreren tausend – möglicherweise von mehreren zehntausend – erschossenen Soldaten der seinerzeitigen kroatischen Armee, Ustascha-Angehörigen sowie auch von Tschetniks – serbische Monarchisten – sind in einer Höhle im Gebiet von Zumberk in Kroatien entdeckt worden. Höhlenforscher, die die Höhlen von Jazovka bereits 1989 untersuchten, berichteten, in der Tiefe von 40 Metern unter der Erde hätte sich ihnen ein Bild des Grauens dargeboten: eine unübersehbare Zahl von menschlichen Schädeln und Knochen. Es wurden auch Uniformteile der seinerzeitigen kroatischen Armee und der Ustascha-Formationen gefunden. Die Zahl der Opfer kann nur geschätzt werden. Sie soll mehrere zehntausend betragen. Ein ehemaliger Angehöriger der kommunistischen jugoslawischen Geheimpolizei Oznar erklärte inzwischen gegenüber der Zagreber Tageszeitung »Vjeski«, er habe in der zweiten Maihälfte 1945 – also nach Ende des Krieges – auf Befehl des zuständigen kommunistischen Parteisekretärs einen Autobus voll verwundeter Soldaten der kroatischen Armee und der Ustascha aus dem Zagreber Heiliggeist-Spital an den Eingang der Höhle transportieren müssen. Diese wurden später alle durch Genickschuß ermordet.

Die derzeitige Auflösung des Sowjetreichs geschieht so schnell, daß es politischen und historischen Experten geradezu den Atem verschlägt. Eine der grauenhaftesten Epochen der Geschichte scheint wie ein übles Miasma von der Bildfläche verschwunden zu sein, fast ebenso urplötzlich und erklärbar wie sie vor einem Dreivierteljahrhundert in Erscheinung trat.

Eine Übung in intellektueller Verdrehung

Wir können sagen der Geschichte, aber wir können nicht sagen in der Geschichte. Wenn der historische Revisionismus zum Beispiel bei der Überlieferung der Legende vom Holocaust an den Juden aktuelle Unehrlichkeit getroffen hat, dann gab es vorher in der Sache des Kommunismus etwas, was wohl eine der großartigsten Übungen in intellektueller Verdrehung und Unterdrückung aller Zeiten sein muß. Nur wenig von dieser wahren Geschichte ist jemals erzählt worden. Der Revisionismus sieht sich daher der großen Herausforderung gegenüber, nicht nur das Wie und das Warum zu erforschen, sondern sich auch – vorhersehbar – bedeutungsvoll mit dem Marxismus überhaupt auseinanderzusetzen.

Die große Flut der Druckerschwärze, die seit 1917 darauf verschwendet wird, oberflächlich um dieses Thema herumzulavieren – wie eine Katze um den heißen Brei –, ist Beweis genug dafür, daß auch jetzt wenig zu erwarten ist.

Wir können uns darauf verlassen, daß unsere links-liberalen, »konservativen« Nachrichten- und Meinungsvermittler diese ent-

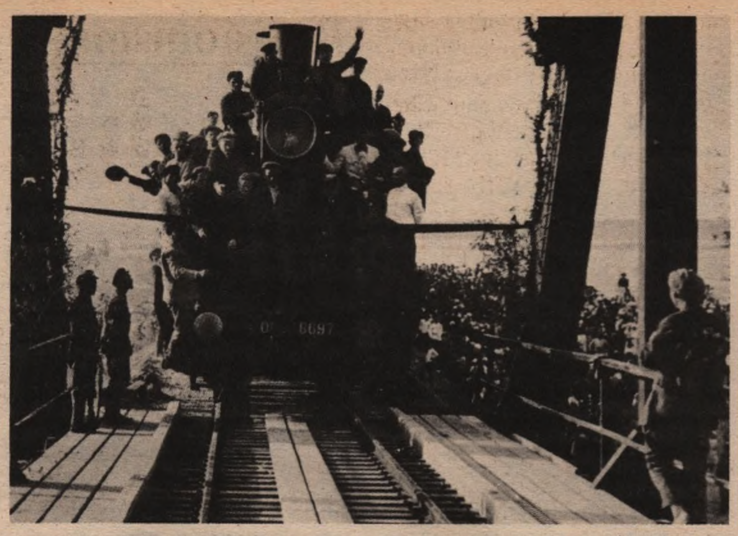
scheidenden neuen Wandlungen ebenso sicher zurechtbiegen, befummeln oder verzerren werden, wie sie das seit den dreißiger Jahren mit jeder anderen bedeutsamen geopolitischen Frage getan haben. Das Fehlen des elementaren Verständnisses für die Geschichte, ganz zu schweigen irgendeines revisionistischen Bewußtseins angesichts dieser Entwicklungen war auffallend. Wir erfahren wohl eine ständige Kostprobe der überschwenglichen Lobhudelei über den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, der zwar ein geschickter Manipulierer der Medien und vermutlich der Initiator aller dieser Veränderungen, aber wenig mehr ist.

Die zerstörerischen Eigenschaften

Dies ist mühelos die bedeutendste Neuordnung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der natürlich größtenteils wegen des Sowjetismus ausgefochten wurde; aber es gibt bislang in der Öffentlichkeit noch kein Verständnis, nicht nur für die oberflächlichen Ereignisse, sondern speziell für die titanische Macht hinter den Kulissen, die auf so mühelose Weise ein riesiges internationales Unternehmen liquidieren kann, das zu etablieren und zu erhalten sie in vergangenen Jahrzehnten verstohlen mitgeholfen hatte.

Dem Revisionismus fällt die Aufgabe zu, diese Dinge aufs Korn zu nehmen, und dies wird auf diesen Seiten im kommenden Jahrzehnt und darüber hinaus das Thema einer längeren Untersuchung sein. Wenn der Marxismus tatsächlich auf die Müllkippe der Geschichte geworfen wird, soll seine wahre Bedeutung hier einer gründlichen Bewertung unterzogen werden.

Wenn es wünschenswert wäre, weiter auszugreifen als der Revisionismus es bislang getan hat, dann müßten noch viele neue Hebel in Bewegung gesetzt werden. An der psychologischen Dimension könnte man die äußerst durchdringende Eigenschaft des Marxismus,der keine Geisteskrankheit aber anscheinend ebenso zerstörerisch ist, untersuchen, die die Machtübernahmen des Kommunismus und deren Konsolidierung ermöglicht hat. Dies ist die weitverbreitete Hinwendung zum Dirigismus, zur wirtschaftlichen Allmacht des Staates und zum instinktiven Sich-Verlassen auf Bürokraten zur Lösung eines weiten Feldes realer oder imaginärer »sozialer Probleme«.



»Die kapitalistische Welt einholen« war seit 1917 die Devise des Kremls und der bolschewistischen Heilslehre.

Der Impuls des Dirigismus ging mit einer Mißachtung der Legitimität und der Leistungsfähigkeit des Privatunternehmens und einer menschenfeindlichen Ablehnung der Schlüsselrolle des Privateigentums im Dienste der Freuden und Bedürfnisse des Menschen einher.

Utopische Täuschung und Besessenheit

Die dirigistische Gewohnheit scheint unter linksliberalen Persönlichkeitstypen, die heute praktisch das Monopol über den gesellschaftlichen Aktivismus und der Meinungsformung haben, rückwirkend zu sein. Die Tatsache, daß diese Elemente eintönig »sanft mit dem Kommunismus« umgehen, und das schon seit 1917, paßt sicherlich in das Bild hinein, wenn wir berücksichtigen, daß der Sowjetismus den extremen Punkt des bürokratischen Syndroms repräsentiert, wie Bruno Rizzi schon vor langer Zeit in seinem prophetischen Werk »The Buraucratization of the World« ausführte. Der Dirigismus auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Amerika hat sich seit Beginn des »Kalten Krieges« in Form einer fast automatischen Unterstützung für einen aufgeblähten Militär- und Sicherheitsstaat fortgepflanzt.

Jenseits des banalen bürokratischen Zwangs liegt vergleichsweise jungfräuliches psycho-philosophisches Gebiet von großem Interesse und großer Tiefe. Die utopische Täuschung, oder Besessenheit mit irdischen Paradiesen der einen oder anderen Art, oft auf den unsinnigsten Grundlagen, wenn die Lehren erst einmal sorgfältig durchdacht werden, ist weitverbreitet. Die Sehnsucht nach utopischen Träumen der leichtgläubigen Vielen wird anscheinend immer von den manipulierenden, machthungrigen Wenigen ausgespielt. Wie es in der sowjetischen Arena so klar erkennbar ist, verkommen letztere oft zu äußerst üblen Kreaturen, was James Billington in seiner bahnbrechenden Studie der revolutionären Psychologie »Fire in the Minds of Men« sehr gut abgehandelt hat.

Systematische, sinnlose Brutalität

Der Gesichtspunkt des Aufbaus des marxistischen Imperiums, der stets die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, ist dessen systematische und oft anscheinend sinnlose Brutalität. Die unter dem »wissenschaftlichen Sozialismus« aufgestapelten bestürzenden Hekatomben lassen frühere Epochen des Mordens und der Plünderung, wie die Eroberung der Assyrer oder die Landeinfälle der Mongolen, zur armseligen Unbedeutsamkeit verblassen. Wenn die Archive der Geheimpolizei Moskaus nicht zugänglich gemacht werden, was wahrscheinlich nicht sobald geschehen wird, dann wird niemand wissen, wieviele Millionen Russen, Ukrainer, Balten, Wolgadeutsche, Krimtataren, Zentralasiaten und, nach dem Zweiten Weltkrieg, Osteuropäer während der drei Jahrzehnte in denen Stalin an der Macht war, zur Schlachtbank geführt wurden. Es ist eine so grauenhaft ungeheure Zahl, die nur in Begriffen von Zehnmillionen geschätzt werden kann.

Eine niedrig gegriffene Ziffer läge etwas über den »zehn Millionen Kulaken«, um die Stalin in einem Gespräch nach Tisch mit Churchill gleichgültig würfelte – aufgezeichnet in Churchills »Hinge of Fate«.

Eine Höchstschätzung durch verschiedene Vertriebenenverbände und Historiker wie Robert Conquest könnte sich auf mehr als das Fünffache belaufen.

Da dieses Zeitalter den schlimmsten Ausbruch der politischen Kriminalität und der schier unmenschlichen Psychopathie darstellt, den die Welt je erlebt hat, würde auch die am stärksten verallgemeinerte Auflistung der Verbrechen weit über den Rahmen dieser Abhandlung hinausgehen, wie aus den umfangreichen Werken Alexander Solschenizyns hervorgeht. Es gab jedoch einige Knotenpunkte auf dem Wege, die die Entwicklung der Bewegung von den kleinsten Ursprüngen bis zur weltumfassenden Tragweite aufzeigen:

Die Liste bestialischer Verbrechen

Der durch Lenin, Trotsky und anderen Bolschewisten unmittelbar nach der Revolution von 1917 verkündete und bis in die achtziger Jahre hinein beibehaltene »organisierte Terror« gegen das Bürgertums:

Ermordung des Zaren Nikolaus und seiner Familie, zusammen mit verwaltungsmäßigen Hinrichtungen durch die Geheimpolizei von ungezählten ehemaligen Angehörigen der Aristokratie und der mittleren und in freien Berufen stehenden Klassen.
Imperialistische und kolonialistische Unterjochung, Unterdrükkung und Zerstreuung nichtrussischer Volksgruppen, vom Bürgerkrieg bis zum Einfall in Afghanistan.

Revisionismus

Obduktion der Leichen des Kommunismus

Mord an unzähligen Millionen bei der sowjetischen Kollektivierung der Landwirtschaft und oft tödliche Kerkerhaft vieler weiterer Menschen in Konzentrationslagern.

Systematisches Abschlachten roter Funktionäre, Kader und Unschuldiger bei verschiedenen Säuberungen Stalins.

Aufstachelung zu kommunistischen Revolutionen im Ausland, wie in Deutschland, Ungarn und Spanien, die mit Folterungen und dem Tod von unbekannten Tausenden einhergingen.

Der Mord an 15.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn und anderswo, und ähnliche Massaker an ukrainischen, baltischen und anderen Eliten.

Bestialische Verbrechen gleichermaßen an gefangenen Soldaten und Zivilpersonen im Zweiten Weltkrieg, mit offener Ermunterung von höchster politischer Ebene aus.

Wer genau diese Greueltaten gegen das sowjetische und andere Völker und mit welchem Ziel im Auge inspirierte, dies zu ergründen ist eine ureigene Angelegenheit des Revisionismus. Wenn auch nur innerhalb der jüngst liberalisierten gefangenen Nationen, wäre eine solche Untersuchung des Schlachthaus-Zeitalters, zusammen mit einer Bemühung, Wiedergutmachung an die Überlebenden zu leisten, der einzige Weg zum Aufbau einer neuen Ordnung unter einer öffentlich anerkannten Herrschaft des Gesetzes, wie sie von Gorbatschow gepriesen worden ist.



Die Russische Revolution wurde durch die tatkräftige Unterstützung internationaler Banker ein Erfolg. Sie sahen in dieser Revolution einen weiteren Schritt zur Weltregierung.

Stalin allein ist nicht schuld

Es ist nur natürlich, Schimpf und Schande auf den hinterhältigen und rätselhaften Georgier zu häufen, der dieses gräßliche Zeitalter personifizierte. Und doch war Josef Stalin trotz seiner abstoßenden Beweglichkeit, einen Berg von Schädeln zu erklimmen, nur ein Mann, der, hätte er nicht existiert, mit Sicherheit durch jemand anders repräsentiert worden wäre. Eine tiefere Analyse muß auch die Höllenmaschine zum Gegenstand haben, die den Willen hatte und den Weg dazu fand, diesen Völkermord vom Stapel zu lassen: die Führungskader der Geheimpolizei an der Schneidkante, die Stalin-Clique und das Direktorat der Kommunistischen Partei, die die Räder in Bewegung setzten, der Propaganda-Apparat, der das alles vertuschte und beschönigte, und, alles mit Reserven von Begeisterung und Personal unterstützend, die nomenklatura (»Namensliste«) der KPdSU.

Sicherlich haben wir bereits Deklamationen von jemandem im Moskauer Kreml namens Jakowlew gehört, der dafür plädiert, daß nicht nur die ermordeten Millionen rehabilitiert werden sollten – sie wurden stets irgendeines Verbrechens bezichtigt –, sondern, daß ihre Folterer und Henkersknechte auch in dieser wohlwollenden Welle der Perestroika freigesprochen werden müssen, so daß eine »ethische Demokratie« errichtet werden könne.

Er spricht möglicherweise für jene, die etwas getan haben für das sie sich schämen müssen, von denen viele sich zweifellos noch unsicher im Schatten der Geheimpolizei verstecken. Aber was kann der ethische gute Glaube an eine Neuordnung sein, die zwar die Ermordeten rehabilitiert, dann aber die Mörder befreit?

In punkto Bolschewismus blind

Die Revisionisten müssen mit erneuter Kraft verlangen, daß die abstoßende sowjetische Realität, ebenso wie der Anstieg des autoritären europäischen Nationalismus, der ihr vorausging, endlich als wesentliche Faktoren in die westliche Auffassung vom Zweiten Weltkrieg einbezogen werden.
Wenn in der Sowjetunion derart schreckliche Dinge vor sich gegangen sind, wie sie jetzt plötzlich und beiläufig zugegeben werden, warum um Himmels willen haben wir uns dann nicht, wenn wir uns schon nicht den Deutschen bei ihrem epischen Kampf zur Säuberung des bolschewistischen Pesthauses anschließen wollten, zumindest eine opportunistische Neutralität bewahrt?

Da die Behauptung von der deutschen Schuld an den märchenhaften »Sechs Millionen« immer weiter von der Küste der Wahrscheinlichkeit davonzuschwimmen scheint, werden immer mehr amtliche Akademiker dazu ermutigt, sich mit solchen Fragen herumzuschlagen. Warum, angesichts Mussolinis verhältnismäßig gütigen Regimes – ein paar Dutzend Hinrichtungen in den achtzehn Jahren, in denen er vor dem Kriege herrschte –, das Wort »Faschist« unter gebildeten Menschen einen obligatorischen und automatischen Schauder hervorruft, während das Wort »Kommunist« am häufigsten eine programmierte »Bürgerliche Freiheiten«-Reaktion auslöst.

Und wie lange können jene Westlichen, von Roosevelt und Churchill bis nach unten hin, die nicht nur der Greueltaten Stalins und seiner Henkersknechte beharrlich ein blindes Auge zukehrten, sondern Millionen weitere Opfer zur Versklavung und Vernichtung munter in Aussicht stellten, dann brutal an den Bolschewismus auslieferten, jener harten Rechenschaft entgehen, die unsere Meinungsmacher gewöhnlich Leuten wie Kurt Waldheim angedeihen lassen möchten?

Wo verläuft die Spur des Bösens

Wenn Gerechtigkeit alles wäre, dann müßte eigentlich das Vor-Gericht-Stellen der kommunistischen Mordapparatschiks, die den Befehlen gehorchten, nach dem Nürnberger Präzedenzfall schon lange im Gange sein und von jedem der guten Willens ist unterstützt werden »Niemals vergeben, niemals vergessen«, das immer noch achtzigjährige »Nazi-Kriegsverbrecher« jagt und tatsächlich kürzlich im Mutterland der Demokratie und Heimstätte der angelsächsischen Justiz ein Gesetz durchpeitschen wollte; hier bleibt man aber schweigsam. Und so wie die Welt nun einmal ist, könne dies gleichbedeutend mit einem Veto gegen eine gerichtliche Verfolgung kommunistischer Täter sein.

Wir haben in letzter Zeit in der Tat in den bekannten überlauten Tönen neue düstere Klagelieder über die Leiden der Natan Scharanskys, der Eleanor Lippers, der Madame Sakharows und einer Legion anderer Leute der gleichen Gattung unter dem Stalinismus gehört. Gegen diese schamlose Kooptierung müssen wir uns sicherlich verwahren, aber außerdem wirft sie eine der wichtigsten Fragen für den neuen historischen Revisionismus auf oder wieder auf. Wo genau verläuft die Spur des Bösen von den russischen Todesfeldern? Was ist dieser sichtbaren Blutorgie auf den Ruinen jenes riesigen baufälligen slawischen Imperiums vorausgegangen?

Wir wissen natürlich über die internationalen Ambitionen des

Marxismus Bescheid: das ist seit den frühesten Tagen niemals verheimlicht worden. Tief verborgen jedoch, nämlich in Konversationen niemals erwähnt, werden die übernationalen Machtlinien, die immer in die entgegengesetzte Richtung verlaufen sind, von der »freien« euro-amerikanischen Welt bis in die sowjetische Finsternis hinein. Eine vernünftige Hypothese mag einen zweigeteilten Ursprung der russischen Tragödie suggerieren: der zionistisch-jüdische und der international plutokratische Ursprung. Ob nun erstere die arbeitenden und letztere die »stillen« Teilhaber waren ist eine wichtige Frage, deren Betrachtung der Zukunft überlassen werden muß.

Wir verwenden den Begriff »zionistisch« hier nicht in seinem gewöhnlich begrenzten Sinn eines Anhängsels des heutigen Staates Israel, sondern in der allgemeinen Bedeutung eines Teils des Judentums, und zwar eher im Sinne eines weltweiten Volkes als einer Religionsgemeinschaft.

Eine Vorliebe für kommunistische Bewegungen

Nach Nester Webster's »Secret Societies and Subversive Movements« (»Geheimgesellschaften und Umsturzbewegungen«) gibt es Anzeichen für eine Vorliebe der Juden für kommunistische Bewegung schon seit der Antike, ein Aspekt der durchaus eine weitere Untersuchung verdient, ebenso wie die damit einhergehende Beobachtung der Verfasserin, daß die jüdische religiöse Literatur in den härtesten Tönen Haß gegen und politische Beherrschung des Nichtjuden einschärft.

Im neunzehnten Jahrhundert gab es bei den Informierten wenig Zweifel daran, daß Juden hinsichtlich der aufkommenden marxistischen Bewegung parteiisch waren. Marx' zeitgenössischer Revolutionär, Mikhail Bakunin, der prophetisch genug von Geburt ein russischer Prinz war, beobachtete, was sich da zusammenbraute: »Dies wäre für das Proletariat ein Kasernen-Regime, unter dem der arbeitende Mann und die arbeitende Frau, in eine gleichförmige Masse verwandelt, aufstehen, einschlafen, arbeiten und leben würden nach dem Schlag einer Trommel; das Privileg der Herrschenden läge in den Händen der handwerklich Geschickten und der Gebildeten, mit einem breiten Spielraum für lukrative krumme Geschäfte, die von Juden getätigt werden, die von der gewaltigen Ausdehnung der internationalen Spekulationen der Zentralbanken angelockt würden ...« (»Polémique contre les juifs«).

Zionismus gegen Bolschewismus

Die Voraussage ist besonders einschneidend im Lichte des Aufstiegs solcher Charaktere wie Armand Hammer, der in Amerika ansässige Unternehmer, der schon seit der Revolution ein Fixstern am sowjetischen Finanzhimmel ist und dabei ein riesiges Vermögen zusammengerafft hat.

In der Katastrophe der Russischen Revolution und des Bürgerkriegs selbst wird die Situation noch viel graphischer, da ein überwältigender Anteil des Führungspersonals jüdischer Abstammung, viele von ihnen nicht einmal russischer Herkunft sind. Auf diese Tatsache ist in vielen Quellen hingewiesen worden, von denen einige journalistische, andere vertrauliche Geheimdienstberichte sind, die den Behörden in England und in den USA zugingen.

Nach einer Auflistung durch den Korrespondenten der Londoner »Times«, Robert Wilton, war bei der Machtergreifung von dreißig Spitzenbeamten in der bolschewistischen Regierung nur einer, Lenin, Nichtjude.

Die Tendenz war so offensichtlich, daß sie keinen geringeren Philo-Zionisten als Winston Churchill beeindruckte, der einen Aufsatz schrieb mit der Überschrift »Zionismus Versus Bolshevism: A Struggle for the Soul of the Jewish People« (»Zionismus gegen Bolschewismus: Ein Kampf um die Seele des jüdischen Volkes«): »Es besteht keine Notwendigkeit die Rolle zu übertreiben, die bei der Gründung des Bolschewismus und bei dem eigentlichen Zustandebringen der Russischen Revolution durch diese internationalen und größtenteils atheistischen Juden gespielt wurde. Es ist sicherlich eine große; sie überwiegt wahrscheinlich alle anderen ...« (»Illustrated Sunday Herald«, London, 8. Februar 1920).



US-Präsident Franklin D. Roosevelt nahm die Greultaten Stalins und seiner Henkersknechte einfach nicht zur Kenntnis.

In der Praxis schien die kommunistisch-zionistische Spaltung weniger ein Kampf als das gerissene Setzen eines Fußes in jedes Lager zu sein, eine Haltung, die um die Jahrhundertwende in einer kleinen Ghetto-Stadt in Weißrußland von Rachel Leah Weizmann sauber zusammengefaßt wurde: »Was auch immer geschehen mag, mir wird es gut gehen. Wenn Shmuel Recht hat, werden wir in Rußland glücklich sein; und wenn Chaim Recht hat, dann werde ich mich nach Palästina aufmachen um dort zu leben« (Jehuda Reinharz »Chaim Weizman«, 1982, Seite 12). Shmuel Weizmann war ein marxistischer Revolutionär der alten Schule, während sein älterer Bruder, Chaim, der erste Präsident des Staates Israel wurde.

Was auch immer geschehen mag

Es obliegt nun dem Revisionismus, die Dunkelheit zu durchstoßen, mit der die Rolle der Juden bei der Entflammung der Revolution, deren Festigung und Ausbreitung auf andere Länder umgeben ist. Die Feststellung des tatsächlichen Umfangs der jüdischen Führung und Beteiligung hängt natürlich größtenteils davon ab, Zugang zu dem Beweismaterial zu bekommen, das immer noch in sowjetischen Archiven lagert, aber auch davon, den durch die Übertreibungen gewisser antizionistischer Polemiker wie auch durch deren philosemitischem Widerhall erzeugten, noch viel einflußreicheren Nebelschleier zu zerreißen, mit dem die Gesamtheit der jüdischen Erfahrung in der UdSSR seit deren Entstehen unter der Rubrik »Antisemitismus« eingestuft wird.

Der Papiertiger der Geheimdienste

So viel über den jüdisch-zionistischen Beitrag zum russischen Debakel. Was noch ausgewertet werden muß, ist die eigentliche Rolle die nicht-sektiererische Finanz- und Wirtschaftsmächte dabei gespielt haben. Die kindische Mythologie vom Kommunismus gegen Kapitalismus, die in einer wirtschaftlichen Gegnerschaft verstrickt seien, die letztendlich zu einer atomaren Konfrontation geführt habe, hat sich bis heute erhalten, sogar unter der angeb-

Revisionismus

Obduktion der Leichen des Kommunismus

lich informierten Meinung. Vermutlich wird man jetzt eine Meinungsrichtung aushecken müssen, die mehr au courant, also besser auf dem laufenden ist, es sei denn die gesamte Verteidigungsindustrie (Rüstungsindustrie), einer der stärksten Antriebe der Finanztätigkeit in der Nachkriegszeit, wird stillgelegt, was aber sehr unwahrscheinlich ist.

Eine Statistik aus Rußland, die kürzlich von Nikolai Schmelew und Wladimir Popow in ihrem Buch »The Turning Point« (»Der Wendepunkt«) veröffentlicht wurde, enthüllte, wie lange und auf welch schamlose Weise die Länder des Westens belogen worden sind, oft von ihren eigenen »Geheimdiensten«, um das sowjetische Regime zu einem militärisch-industriellen Schreckgespenst hoch zu stilisieren, dem man in der kapitalistischen Welt mit gewaltigen Auslagen entgegentreten müsse. Es hat jetzt nach einigen Schätzungen den Anschein, daß die sowjetische Wirtschaft insgesamt niemals mehr als 20 Prozent allein der US-Wirtschaft ausgemacht hat.

Ein übles Spiel der Banker

Dies weist einmal mehr nicht nur auf den ganz und gar erfundenen Charakter der gesamten politischen Nachkriegs-Ära sondern auch – wenn überhaupt noch daran erinnert werden muß – darauf hin, daß ein derart erbärmliches Versagersystem niemals bereitwillig von den Insassen einer Irrenanstalt ausgewählt worden wäre und somit Rußland nur durch Gewalt von außen aufgezwungen worden sein kann.

So schwer es sein mag, dies zu glauben, die letztere Tatsache wird von der Mehrheit unserer Gelehrten und Historiker überhaupt nicht verstanden, die weiterhin über spontane Revolten der »Arbeiter« romantisieren, die eine teuflische zaristische Tyranei abschütteln wollten.



Um zehn Millionen Kulaken würfelte Churchill mit Stalin nach einem Gespräch bei Tisch.

Über die wirkliche Natur des Vorgangs der Aufzwingung des Bolschewismus muß auch nachgedacht werden. Einige Szenarios, die suggeriert worden sind, mögen fast zu phantastisch sein, abgesehen davon, daß man in diesen Zeiten dazu neigt, den verschiedenen Möglichkeiten gegenüber toleranter zu sein. Einer Theorie zufolge soll dem zaristischen Rußland von der britisch-amerikanischen Hochfinanz absichtlich ein geschwächtes politisch-wirtschaftliches System aufgehalst worden sein, um es daran zu hindern, ein ernsthafter Handelskonkurrent zu werden. So ziemlich die gleiche Strategie scheint hinter Großbritanniens Verwicklung im Ersten Weltkrieg gegen Deutschland gestanden zu haben, wie der historische Revisionismus früherer Tage so ausgezeichnet dokumentiert hat.

Was auch immer die Früchte derartiger Spekulationen sein mögen, es steht jetzt schon praktisch fest, daß diese ausgedehnten und finsteren prokommunistischen Finanzverbindungen weiterhin im Dunklen gehalten werden, weit von den schwachen Scheinwerfern der offiziellen Geschichtsschreibung entfernt. Dies bedeutet wiederum Wasser auf die Mühle des Revisionismus.

Schließlich kommen wir zu der Frage, was kommt jetzt? Dies könnte eines der größten Rätsel sein. Werden wir das wunderbare Ende dessen erleben, was Dr. Josef Goebbels »Ungerechtigkeit mit einer politischen Maske« in der Welt nannte, gefolgt von dem Satz: »Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute«, wie bereits von oberflächlichen Beobachtern erwartet wird?

Und wiederum, ist es völliger Zufall, daß diese wundersame Lösung des sowjetischen Knotens zum gleichen Zeitpunkt erfolgt, an dem die neue Europäische Gemeinschaft auf die Beine gestellt werden soll? Wenn es kein bloßer Zufall, sondern Teil einer größeren schachbrettartigen Ausschwärmung ganzer Nationen und Völker durch unbekannte Kräfte ist, dann müßten wir eine auf breiter Basis vorhandene Überlegung von einer Art, die in traditionell antikommunistischen Kreisen vertraut zu sein schien, die aber kürzlich unter denjenigen in Mißkredit geraten ist, die das zu vermeiden versuchen, was sie als unwissenschaftliche und hysterische Verschwörungs-Phantasien eines befremdlichen Elements der »Alten Garde« erachten, neu überdenken.

Und schließlich, was ist mit denjenigen im Westen, Anhängern wie Gegnern des Kommunismus, die über die Jahrzehnte hinweg eine geradezu parasitische geistige Abhängigkeit von der Sowjetunion entwickelt haben? Was erstere betrifft, so bedeutet das klägliche Ende des Kommunismus in Osteuropa – keine in einer Schlacht verwickelte Arbeiter, die heldenhaft ihr Letztes auf den Barrikaden geben, keine feurige Götterdämmerung unter den Ruinen des Kremls, sondern bestenfalls graugesichtige Bürokraten, die gleichgültig ein System liquidieren, an das niemand mehr glaubt, und schlimmstenfalls, wie in Rumänien, Ceausescus grausame treue Garde, die wahllos in die Masse rumänischer Bürger hineinschießt – nichts Gutes für die Bildung eines romantischen kommunistischen Mythos wie ihn der wirtschaftliche, politische und moralische Bankrott für einen zukünftigen marxistischen Power Drive verheißen mag.

Gemeinsamkeiten mit dem Kapitalismus

Vielleicht ist es jenes Segment der westlichen »Antikommunisten«, das seine Gegnerschaft zur Sowjetunion zu einer alles beherrschenden politischen Besessenheit werden ließ, das am meisten Ursache hat, aller Hoffnung beraubt zu sein. Die meisten derjenigen, die den guten – und in Amerika unblutigen – Kampf gegen den Bolschewismus geführt haben, haben sich allmählich in derart unkritische Hurra-Schreier für die westliche kapitalistische, egalitäre, agnostische, »demokratische« Zwei-Parteien-Fassade gewandelt, daß sie gar nicht mehr erkennen können, wie viele verwerfliche Züge, sowohl auf ideologischer Ebene als auch in der Praxis diese mit dem Kommunismus gemeinsam hat. Es sei denn unsere Antikommunisten, von denen viele sich als »Konservative« und »Neo-Konservative« gerieren, können sich dazu durchringen die geistige und kulturelle Leere, die Amerika beherrscht, zu bekämpfen, dem stalinoiden Verbot seitens der gelehrten Gesellschaft und der Massenmedien, offen über den »Holocaust«, den Nahen Osten und viele andere Tabus zu reden, zu trotzen und die Scherzfrage zu stellen, welches politische und Finanzsystems sich in den schweinigsten proletarischen Impulsen ergeht und gleichzeitig den Willen des Volkes zu jeder Art von wirksamer Reform im Keime erstickt, werden die Antikommunisten sich sehr schnell ebenso bedeutungslos für die derzeitigen Belange des Westens machen, wie es der Dodo (ausgestorbener Taubenvogel) für die Ökologie von Mauritius geworden ist. □

Fliegende Untertassen

Wird die Erde von Fremden besucht?

John Tiffany

Wird unsere Erde von fliegenden Untertassen besucht? Und wenn diese fliegenden Scheiben Tatsache sind, sind es fremde Flugzeuge? Kommen sie von anderen Planeten?

Es gibt Hinweise in der Bibel auf jene Erscheinungen, die einige Leute als Untertassen ausgelegt haben. Ezekiel zum Beispiel sah das »Feuerrad« am Himmel. Ohne weitere Einzelheiten ist es jedoch unmöglich zu sagen, ob dies das war, was wir heute eine fliegende Untertasse oder eine Art ähnlicher Escheinung nennen. Offensichtlich war Ezekiel die moderne Terminologie, wie das Wort UFO – unidentifiziertes Flugobjekt – nicht bekannt.

Die Geschichte von seltsamen Wesen

Eine als das Buch Dzyan bekannte Chronik ist eine Zusammenstellung von Legenden, die durch die Zeitalter hindurch weiter erzählt werden, schon bevor der Mensch schreiben konnte, und schließlich von antiken Gelehrten in Manuskriptform gesammelt wurden. Das Buch Dzyan berichtet von einer kleinen Gruppe von Wesen, die vor vielen Tausend Jahren in Metallflugzeugen auf die Erde kamen und die vor der Landung erst einige Male um die Erde kreisten.

Es wird die Geschichte einer von diesen Wesen auf der Erde besiedelten Kolonie erzählt, die sich später wegen irgendeines Streitfalles in zwei rivalisierende Lager gespalten haben sollen. Sie schlichteten ihre Differenzen mit Waffen, die sich nach der Beschreibung in der Legende erstaunlicherweise wie Raketen und Atombomben anhören. Die Überlebenden dieses Krieges verließen die Erde, um niemals zurückzukehren.«



In der heutigen Zeit werden diejenigen, die behaupten, Untertassen oder Außerirdische gesehen zu haben, vom Establishment oft verspottet – Witze vom »grünen Männchen« und »Bringen Sie mich zu Ihrem Führer« –, wenn sich diese Einstellung in der letzten Zeit auch zu ändern scheint. Vielleicht weil so viele Menschen hartnäckig daran geglaubt haben, sind diese Erscheinungen in den Massenmedien fast respektabel geworden.

Aber ist es das, warum die Vertuschung der Untertassen allmählich zusammenbricht? Oder ist hier eine verborgene Tagesordnung am Werk?

Ein Argument das hierbei in Erwägung gezogen werden muß, ist, daß fliegende Scheiben ein Schwindel der National Security Agency (US-Staatssicherheitsbehörde) oder einer anderen Geheimdienstorganisation sein

Den Menschen Angst einjagen

könnte. Möglicherweise ist beabsichtigt, den Menschen Angst einzujagen, um sie dazu zu veranlassen, ihre staatliche Souveränität aufzugeben und sich einer weltweiten Diktatur anzuschließen als »einziges Mittel zur Bekämpfung von feindlichen Außerirdischen«.

Andererseits sagen viele Ufologen, die ganze Menschheit müsse sich vereinigen, um den freundlichen Fremden zu zeigen, wie aufgeklärt wir sind, wie sie selbst. Schließlich ist es ihnen vermutlich gelungen, ihre Heimatplaneten nicht in einem Atom-Holocaust in die Luft zu sprengen. Diese Propagandawelle ist natürlich mit Begriffen wie »Weltfrieden« und »Rettung der Umwelt« verknüpft. Offenbar ist es so, daß wir, einerlei ob die Außerirdischen nun freundlich oder feindlich sind, zu der Schlußfolgerung kommen sollen, daß der Nationalismus überholt ist.

Ronald Reagan brachte als amerikanischer Präsident mindestens dreimal einige interessante Gedanken über Fremde aus dem Raum zum Ausdruck. In einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September 1987 sagte er:

Weltweite Einigung wegen fremder Bedrohung

»In unserer Besessenheit von den Antagonismen der Stunde vergessen wir oft, wieviel alle Menschen vereint. Vielleicht brauchen wir eine von außen kommende, weltweite Bedrohung, um diese gemeinsame Bindung zu erkennen. Ich denke gelegentlich daran, wie schnell unsere Differenzen weltweit dahinschwinden würden, wenn wir uns einer fremden Bedrohung von außerhalb dieser Welt gegenüber sähen.«

Im Mai 1988 gab es vielfach Stirnrunzeln, als Präsident Reagan wieder einmal über eine Bedrohung von »einem anderen Planeten ... im Weltraum« sprach. »Trotz ihrer Differenzen«, beschloß Reagan seine Rede, würden die Länder dieser Welt »zusammenkommen, um diese besondere Bedrohung zu bekämpfen«.

Weiß Reagan etwas, was wir nicht wissen? Besteht wirklich die Gefahr einer Invasion von

Fliegende Untertassen

Wird die Erde von Fremden besucht?

Außerirdischen? Sind seine Bemerkungen darauf abgestimmt, unsere Reaktionen in einen gewünschten Zusammenhang zu bringen, wenn seltsame »fliegende Untertassen« in naher Zukunft scheinbar auf die Erde kommen? Oder ließ er nur den Rauch dessen ab, was er von seinem Astrologen gehört hatte?

Die Verknüpfung zwischen den Untertassen und der »Eine-Welt«-Regierung ist für vaterlandsliebende Menschen Grund genug, die Behauptungen über fliegende Untertassen nur mit Vorsicht zu genießen.

Andererseits, was wäre, wenn an allen diesen Berichten wirklich etwas dran wäre?

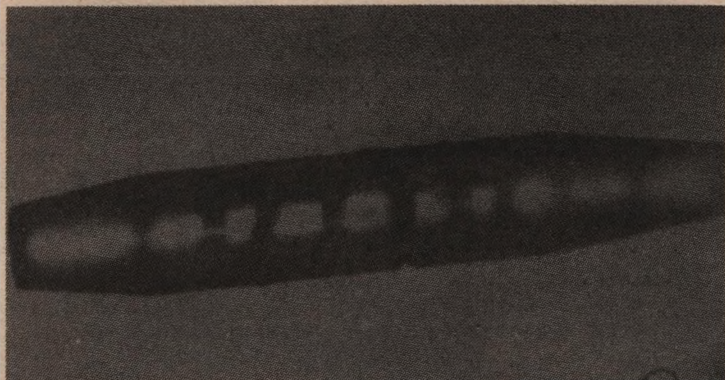
Verfügen die USA über abgestürzte UFOs

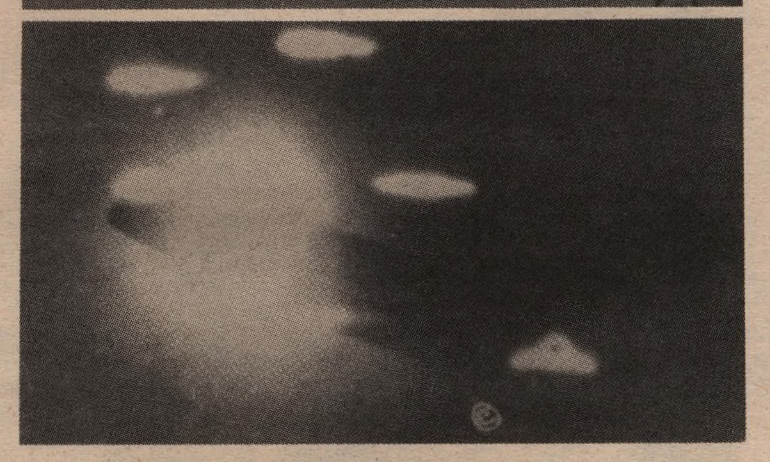
Bob Lazar, ein amerikanischer Kernphysiker, ist bei der derzeit herrschenden Kontroverse über fliegende Untertassen eine prominente Persönlichkeit. Lazar behauptet, er habe unter der Leitung der Regierung auf einem geheimen IAC (identifiziertes, im Gegensatz zu einem »unidentifizierten Flugobjekt«)-Stützpunkt der Navy, »Area 51, S4 S4« genannt, am Groom Lake in der Wüste von Nevada gearbeitet. Er sagt die amerikanische Regierung sei im Besitz von sechs fliegenden Untertassen, die »durch gegenseitige Zerstörung von Materie und Gegenmaterie Energie erzeugen und die mittels Gegenschwerkraft fliegen«.

Er sagt, diese Untertassen seien außerirdischen Ursprungs. Augenscheinlich sind sie abgestürzt und von der Regierung wieder hergestellt worden.

Ufologen versichern, daß die US-Regierung diese Dinge in der Vergangenheit systematisch ins Lächerliche gezogen habe, in der Hoffnung, alle Beobachtungen von fliegenden Untertassen unglaubwürdig zu machen. Und das







Fotos von verschiedenen Beobachtungen von UFOs, die immer wieder lebhafte Diskussionen auslösen.

scheint in der Tat der Fall zu sein. Aber geht sie nun tatkräftiger gegen die Propagandisten der fliegenden Untertassen vor?

Schickt die USA IACs zu Übungsflügen?

Lazar behauptet, in sein Haus sei eingebrochen, sein Telefon sei angezapft worden, und er und seine Frau hätten Todesdrohungen erhalten.

Es ist jedoch nicht bekannt, ob diese Behauptungen der Wahrheit entsprechen, oder ob Lazar paranoid ist oder ganz einfach lügt. Man denke daran, daß bei dieser ganzen Angelegenheit sehr viel Schwindel im Spiel ist. Es ist sogar vorstellbar, daß die Regierung das Ganze sorgfältig eingefädelt hat, um Lazar bei denen Glaubwürdigkeit zu verleihen, die der Regierung mißtrauen.

Hunderte von Menschen haben in der Nähe von Groom Lake nachts etwas fliegen gesehen, was sie für fliegende Untertassen halten, ungeachtet der Belästigungen seitens der Behörden, die darauf abzielten, die Beobachter davonzujagen. Schickt die Regierung IACs zu Testflügen hinaus? Oder ist dies ein Schwindel?

Dann gibt es jene, die behaupten von Raumkreaturen entführt worden zu sein. Unsere Leser haben vielleicht von dem Buch »Communion« von Whitley Streiber und dem gleichnamigen Film gehört? Der Film weist alle Merkmale einer bizarren Sex-Spinnerei auf. Das Buch liest sich gut, vor allem die beiden abschließenden Kapitel. Vergessen Sie den Film und lesen Sie das Buch, ein haarsträubender Bericht über Entführung und Mißhandlung. Aber die große Frage lautet: Was ist wirklich geschehen?

Ein weiteres lesenswertes Buch ist der Klassiker »Flying Saucer – Serious Business« (»Fliegende Untertassen – eine ernsthafte Angelegenheit«) von Frank Edwards (1966). Es enthält viele Vorgeschichten über Sichtungen von Untertassen durch angesehene Persönlichkeiten und sogar über Zusammenstöße zwischen Untertassen und Flugzeugen der Erde.

Astronauten haben Untertassen gesehen

Und da ist Eduard Meier, ein Schweizer, der Aufnahmen von Untertassen gemacht hat, die ungewöhnliche Einzelheiten aufweisen. Wie hat er sie gemacht, wenn die Untertassen nicht echt sind? Diese Fotos haben eine Reihe von skeptischen Forschern überzeugt. Meier behauptet auch, von Untertassen mit an Bord genommen worden zu sein, um andere Planeten zu besuchen. Die Tatsache, daß er freiwillig mitflog, macht ihn in der Sprachregelung der Ufologen eher zu einem Kontaktaufnehmenden als zu einem Entführten.

Viele UFO/IAC-Zeugen scheinen gewiß geistig gesund und aufrichtig zu sein. Gordon Cooper und andere Astronauten, deren Glaubwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben zu sein scheinen, haben berichtet, Untertassen gesehen zu haben. Cooper soll sogar vor den Vereinten Nationen über seine Beobachtungen gesprochen haben. In jüngster Zeit lehnte er es jedoch ab, weiter über das Thema zu sprechen.

Amerikas Astronauten sind gediegene Männer, die ursprünglich gerade wegen ihrer geistigen und emotionellen Festigkeit –

und Nerven aus Stahl – aus vielen Tausenden ausgewählt wurden. Sicherlich können ihre Beobachtungen nicht einfach verworfen werden.

Untertassen sind auch von Fluglinien- und Militärpiloten, Polizeibeamten, Berufsastronomen und anderen Säulen der menschlichen Gesellschaft gesichtet worden. Diese Männer sind nüchterne, ausgebildete Beobachter, keine Narren mit Grillen im Kopf.

Es gibt sicherlich Objekte am Himmel, deren äußere Erscheinung, Flugbahn und allgemeine Dynamik und lichtausstrahlendes Verhalten sich logischer, herkömmlicher Erklärungen entziehen. Einige dieser Erscheinungen sind fotografiert worden und andere wurden auch mit Radarechos in Verbindung gebracht. Und einige vorsichtige, dickschädelige Leute sind davon überzeugt, daß zumindest einige dieser Objekte tatsächlich geheimnisvolle Flugkörper sind, möglicherweise von anderen Sternensystemen kommend.

Den Tatsachen ins Auge sehen

Einige fliegende Untertassen sind augenscheinlich echt. Aber warum sollte man seine Zeit mit einer Sache verschwenden, die selbst, wenn sie wahr oder nicht wahr wäre, nur die vorgefaßte Meinung der Globalisten – Eine-Weltler – stärkt und uns von den Problemen ablenkt, die wir tatsächlich erkennen, und bei denen wir darauf hinarbeiten können, sie zu lösen?

Da die menschliche Natur nun einmal so ist, wie sie ist, werden sich die Menschen trotzdem mit UFOs befassen. Ungelöste Geheimnisse üben nun einmal einen unwiderstehlichen Reiz aus.

Man denke jedoch daran, daß das Landefahrzeug Viking keinerlei Lebenszeichen auf dem Mars, dem der Erde am ähnlichsten Planeten in unserem Sonnensystem entdeckt hat. Oder ist dies eine weitere Vertuschung?

Viele Wissenschaftler waren durch diese Ergebnisse nicht nur enttäuscht, sondern auch überrascht. Es war weithin geglaubt worden, daß dort, wo die Bedingungen ausreichend erdähnlich sind, auf dem betreffenden Planeten auch auf Anhieb Leben zu finden sein werde. Da es aber auf dem Mars oder der Venus kein Leben gibt, sieht es immer mehr danach aus, daß wir wirklich allein im Weltall sind.
Wenn wir allein sind, dann können wir uns getrost als Krone der Schöpfung betrachten; und wir brauchten uns keine Sorgen mehr zu machen, daß wir es mit Weltraumungeheuern zu tun haben.

Was das »Große Steingesicht« auf dem Mars betrifft, ein Lieblingsthema der Zeitschriften im Supermarkt, so ist dies zweifellos ein Geheimnis, das auf die menschliche Neigung zurückzuführen ist, Gesichter in natürlichen Gebilden wie Wolken und Klippen zu sehen. Gäbe es wirklich Pyramiden und ähnliche Strukturen auf dem rostigen Planeten, dann hätten wir auch zerstörte Städte gesehen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese nicht gefunden wurden.

So kann man durchaus davon ausgehen, daß in der Nähe der Erde keinerlei Geistesleben – oder irgendeine andere Lebensform in unserem Sonnensystem vorhanden ist. Somit bleiben nur noch andere Sternensysteme übrig.



Eine Nahaufnahme von einem UFO, bei der es sich allerdings auch um eine Montage handeln kann.



Dieses NASA-Foto, von der Marssonde Viking aufgenommen, zeigt Pyramiden ähnliche Formationen.

Ablenkung von der weltweiten Insider-Herrschaft

Es ist noch nicht einmal bekannt, ob Reisen zwischen den Sternen möglich sind, da es Jahre, wenn nicht Jahrhunderte dauern würde, eine solche Reise zu unternehmen, selbst mit annähernder Lichtgeschwindigkeit; die Geschwindigkeitsgrenze des Universums soweit den Physikern bekannt ist.

Umso mehr Gründe gibt es dafür, uns auf die Lösung der Probleme auf unserem eigenen Planeten und in unserem eigenen Lande zu konzentrieren – deren hervorstechendes die Niederschlagung der weltweiten Verschwörung ist.
Geschichten über fliegende Untertassen sind für die Zeitgenossen besonders reizvoll, weil damit oft Erzählungen über Verschwörungen verbunden sind. Einige Ufologen bringen sogar wirkliche Verschwörungen, die den aufmerksamen Beobachtern sehr wohl bekannt sind, wie zum Beispiel die Bilderberger mit der »UFO-Vertuschung« in Verbindung. Aber könnte dies nicht eine List seitens der Bilderberger sein, um die Aufmerksamkeit von ihren eigentlichen Tätigkeiten auf nicht vorhandene Untertassen abzulenken?
Leute, die dem Traum mit den fliegenden Untertassen anhängen, tragen bewußt oder unbewußt dazu bei, den Nationalismus zu untergraben und die Aufmerksamkeit von unseren eigenen realen Problemen hier auf Erden abzulenken. Es gibt genug Dinge, um die wir uns Sorgen machen müssen, ohne die Probleme mit den angeblichen Fremden aus dem Weltall aufzugreifen. □

Nikola Tesla

Neue Tesla-Turbine entwickelt

Tom Valentine

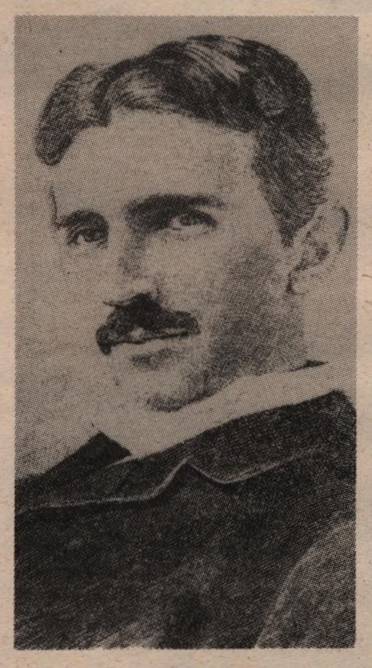
CODE-Mitarbeiter Tom Valentine sprach mit Jake Possel, einem Ingenieur und Geschäftsmann, der sich auf Turbinen und Pumpen spezialisiert hat. Er hat eine sogenannte Tesla-Turbine entwickelt. Die Tesla-Turbine beruht auf Konstruktionen und Prinzipien, die erstmals von dem berühmten Erfinder Nikola Tesla entwickelt wurden. Diese Konstruktionen und Prinzipien sind ein revolutionärer Durchbruch bei der Anzapfung von geothermischer Energie – Erdwärme –, einer unbegrenzten Energiequelle, die von der erdeigenen inneren Hitze abgezweigt wird. In diesem Interview beschreibt Possel seine Erfahrungen mit der Technologie und ihren Aussichten für die Zukunft, sowie die Schritte des Establishments, diese sonst freie und unbegrenzte Energiequelle einzudämmen und schließlich zu beherrschen.

Lassen Sie uns zunächst über die Technologie einer »Tesla-Turbine« sprechen. Nikola Tesla wurde zu seinen Lebzeiten um die Jahrhundertwende nicht gerade sehr geschätzt. Aber heute fangen die Menschen an ihn zu schätzen. Warum?

Possel: Das tun sie gewiß. Tesla erfand den Wechselstrom. Und wenn er das nicht getan hätte, befänden wir uns immer noch im dunklen Zeitalter. Das ist ein Patent das für einen Ingenieur allein schon die Arbeit seines ganzen Lebens wert ist.

Tesla hatte die »Tesla-Turbine« entwickelt. Sie sind ein Turbinen-Ingenieur. Was ist eigentlich eine Turbine?

Possel: Eine Turbine ist eine Vorrichtung, die eine Drehbewegung oder -kraft aus einer Energiequelle wie Dampf, Hochdruckgas, Hochtemperaturgas oder Wasser erzeugen kann. Eine Turbine ist einfach eine Vorrichtung zur Übertragung von Energie. Sie besteht im allgemeinen aus einer Turbinenbeschaufelung, die in einem auf einer Welle befestigten Rad eingelassen ist. Wir führen ein Fluid – gasförmiger oder flüssiger Stoff – in die Turbine ein, die Turbine dreht sich, und sie erzeugt Kraft; und wir verbinden diese mit einem Flugzeugmotor, zum Beispiel als Gasturbine.



Nikola Tesla (1856–1943) lebte in den USA, war Mitarbeiter von Edison und führte 1891 die Tesla-Turbine vor.

Tesla war ein erfinderisches Genie

Dann haben wir noch Dampfturbinen, wo wir Kohle verbrennen, um Dampf zu erzeugen und den Dampf in die Turbinen einleiten; und wir erzeugen Elektrizität, in dem wir Generatoren in Rotation versetzen.

Was ist eine Tesla-Turbine? Was hat Tesla getan, was so anders war?

Possel: Tesla war ein erfinderisches Genie, und wahrscheinlich 25 bis 30 Jahre seiner Zeit voraus. Er war natürlich in erster Linie ein Genie der Elektrotechnik und verbrachte einen Großteil seines Lebens mit elektrischen Hochfrequenz-Erscheinungen. Aber von Zeit zu Zeit machte er Abstecher in andere Gebiete, die nicht zu seinen primären Interessen gehörten. Und eines davon war eine Vorrichtung, die mit Grenzschichtrücktrieb arbeitet.

Grenzschichtrücktrieb? Ist das die Kraft, die an den Flügeln haftet, die gegen die Schwungkraft des Flugzeuges arbeitet?

Possel: Das trifft für jede Vorrichtung zu, die durch ein Fluid gleitet, wie ein U-Boot, der Rumpf eines Schiffes, ein Torpedo. Die Grenzschicht auf einem Torpedo hält den Torpedo zurück, und es gehören Pferdestärken dazu, um diese Grenzschicht zu überwinden. Es gibt eine Grenzschicht in der Ärodynamik aller Flugzeuge, und die Ärodynamiker unternehmen alles, was sie können, um den Grenzschichtrücktrieb entweder zu verringern oder zu beseitigen, weil ein Flugzeug dann mit gleicher Pferdestärke schneller und weiter fliegen kann.

Und da dies eine so gewöhnliche Erscheinung ist, meinte Tesla, warum sollte sie nicht verwendet werden?

Possel: Tesla drehte sie um 180 Grad herum und benutzte sie zur Energieübertragung in Turbinen und Pumpen. Turbinen und Pumpen sind ähnliche Vorrichtungen. Eine Turbine nimmt Kraft auf und verwandelt sie zur Wellenrotationsenergie. Bei einer Pumpe muß die Energie auf eine Welle übertragen werden, um ein Fluid zu beschleunigen oder zu pumpen. Tesla suchte nach einer besseren Methode zur Energieübertragung, die wir heute noch anwenden. Und das ist eine Turbinenschaufel in Form eines verdrehten Flugzeugflügels. So wie das Fluid hereinströmt, drückt es gegen die Schaufel, und das nennt man Impuls. Auf der Rückseite der Schaufel haben wir eine gebogene Fläche, ähnlich wie die Oberfläche eines Flugzeugflügels. Auf dieser Seite erzeugen wir eine Reaktion. Alle Turbinen – oder fast alle Turbinen – laufen durch eine Kombination von Impuls und Reaktion. Wir haben viele Probleme mit Turbinen, dadurch daß wir nur

Ein Nachteil dieser Energie

gewisse Substanzen in die Turbinen eingeben können, denn wenn wir so etwas wie Wasser in eine Dampfturbine eingeben, dann prallt etwas von dem Impulsanteil auf diese Schaufeln auf und diese werden durch das Wasser zerstört – von dem Aufprall des Wassers auf die Schaufel. Mit der Zeit würden die Schaufeln versagen und abreißen.

Das wäre also ein wirklicher Nachteil bei der geothermischen Energie, über die wir noch sprechen werden?

Possel: Das ist richtig!

Tesla betrachtete den Rücktrieb, bei dem Ingenieure Überstunden leisten, um ihn loszuwerden, und kam zu dem Schluß, daß dieser sich immer auf der Oberfläche dessen befindet, was sich durch Luft oder Wasser bewegt und fragte sich, warum sollte man diesen nicht als Schaufel verwenden, richtig?

Possel: Das ist richtig. Es handelt sich um eine flache Scheibe, die sich auf einer Welle dreht, und die Grenzschicht bildet sich auf beiden Seiten der flachen Scheibe, und dadurch wird die Scheibe durch die Grenzschicht herumgezogen und die Energie auf die Scheibe übertragen. Diese Energie wird dann auf die Welle übertragen. Diese flachen Scheiben sind viel leichter und kostengünstiger herzustellen als die sehr kostspieligen und empfindlichen Schaufeln, die in eine Schaufelturbine eingebaut werden müssen.

Aber sie können ebensoviel bewegen? Findet ein ebenso großer Energieaustausch statt?

Possel: In der Tat, sie können erstaunliche Dinge verrichten. Ein kritischer Punkt ist die geothermische Energie. Wir haben einige wenige Stellen in der Welt,

wo wir trockenen, überhitzten Dampf aus dem Boden bekommen. An diesen Stellen können wir herkömmliche beschaufelte Turbinen als Mittel zur Umwandlung dieses Dampfes in elektrische Kraft verwenden.

Energie aus heißem Wasser

Aber es gibt Hunderttausende von geothermischen Quellen in der Welt, wo wir eine Verbindung von Wasser und Dampf haben, die aus dem Boden kommt. Nur haben wir ein Problem. Weil wir das Wasser von dem Dampf trennen müssen, um trockenen Dampf zu erzeugen.

Bei der Tesla-Turbine brauchen wir das nicht zu tun. Wir können das heiße Wasser in dem Dampf verwenden, und es durch die schaufellose Grenzschicht-Turbine leiten und Energie von dem heißen Wasser ebenso wie von dem Dampf abzweigen.

Es liegt ein Bericht der amerikanischen Regierung vor, aus dem hervorgeht, daß, wenn man eine solche Turbine findet, die das Wasser und den Dampf ausnutzt, man damit sage und schreibe 60 Prozent mehr Wellenpferdestärke aus dem herausbekommt, was aus dem Boden kommt. Das ist nun wirklich sehr bedeutsam.

Und Sie haben das geschafft. Das Verfahren wurde sehr gründlich durch eine Ölfirma erprobt, wobei ein geothermischer Brunnen eine ihrer Tesla-Turbinen mehrere Jahre lang betrieben hat. Man sollte meinen, daß ein nach Energie hungerndes Amerika eine nicht umweltverschmutzende Energiequelle begrüßen würde – man findet geothermische Quellen überall. Überall, wo man bohrt bekommt man schließlich Wärme. Man sollte meinen man würde Ihnen geradezu die Tür einrennen. Aber das ist nicht der Fall. Es werden vielmehr eine Menge Mauern aufgerichtet.

Ihre Turbine könnte doch in vielen Gebieten der Erde gewaltige Energieprobleme fast unverzüglich lösen. Es dauert nicht lange, eine einfache Tesla-Turbine herzustellen. Sie ist nicht kompliziert, wie eine riesige Gasturbine die Westinghouse herstellt.

Possel: Eine beschaufelte Turbine ist teuer. Die sind alle sehr teuer. Der Verkaufspreis eines Gasturbinen-Flugzeugmotors liegt zwischen 800.000 und zwei Millionen Dollar. Wenn man sich die Konstruktion eines Flugzeugs betrachtet, sieht man die Kosten von zwei bis vier Millionen Dollar nur für die Motore als zu hoch an.

Ihr Turbinenrad ist eine große flache Scheibe. Was bedeutet, daß man es fast aus jedem Werkstoff herstellen kann, weil es ein sehr einfaches Teil ist.

Possel: So ist es. Wir könnten es aus dem stärksten und billigsten Werkstoff herstellen, das bei hohen Temperaturen verwendet werden kann.

Jake Possel, ein amerikanischer Ingenieur, hat eine Turbine entwickelt, die auf den Konstruktionen von Tesla beruht.

Bisher verliert man eine Menge Leistung

Hitze und Druck sind gleichbedeutend. Aber ich versuche die Tatsache hervorzuheben, daß alle Turbinen Wärmemaschinen sind, weil viele Leute nicht begreifen, daß, wenn man eine Fluidquelle hat, die nur Druck und keine Wärme aufweist, dann erhält man nicht soviel Energie daraus. Zum Beispiel benötigen die Wasserturbinen in einem Kraftwerk gewaltige Mengen kaltes Wasser, das durch die Turbinen läuft und nur 800 oder 900 PS erzeugt. Wärmemaschinen sind daher viel attraktiver. Wenn man hohe Temperatur und hohen Druck hat, der in eine Turbine geleitet wird, dann erzielt man einige Pferdestärken daraus.

Wir stoßen bei unseren Gasturbinen, bei der Gas- und Hitzemenge, die wir herausbekommen, auf Grenzen, weil die Schaufeln nicht zu viel Hitze ertragen können.

Possel: Das ist sehr wahr. Gegenwärtig sind alle unsere Gasturbinen, gleich von welchen Generalunternehmen in der Welt sie gebaut werden, hinsichtlich der Temperaturen begrenzt. Mit anderen Worten, wenn wir fossilen Brennstoff, sagen wir Kerosin, nehmen, dann bekommen wir Temperaturen bis zu 3400 oder 3500 Grad Fahrenheit. Aber im Augenblick sind die Maschinen, die wir haben, auf rund 2000 Grad begrenzt. Was machen wir da? Wir verbrennen das Gas und fahren bis auf 3500 Grad hoch, und dann setzen wir gewaltige Mengen Kaltluft hinzu, um es abzukühlen, bevor wir dieses Gas in die Turbinen geben. Und man braucht nicht unbedingt ein Thermodynamiker zu sein, um zu begreifen, daß dies nicht gerade sehr klug ist.

Man verliert eine Menge Leistung. Der Brennstoff verbrennt und wird dann heruntergekühlt.

Possel: Und ich habe hier nur über den Daumen gepeilt. Wenn wir die Einlaßtemperatur in einer Gasturbine um 350 Grad erhöhen können, dann könnten wir den PS-Ausstoß der betreffenden Turbine verdoppeln.

Keramischer Werkstoff mit ungewöhnlichen Eigenschaften

Einen Augenblick mal. Bei jeder Temperatur von 350 Grad, die man hinzugibt, kann man die PS-Zahl verdoppeln?

Possel: Ja, und heute wissen wir genug über Werkstoffe, mit denen wir eine schaufellose Turbine bauen könnten, die dreimal soviel PS wie die heutigen Gasturbinen gleicher Größe und gleichen Gewichts erzeugen.

Und bei Anwendung des Grenzschichtkonzepts ist die Scheibe viel kostengünstiger herzustellen, als jene Gußteile aus exotischen Metallen.

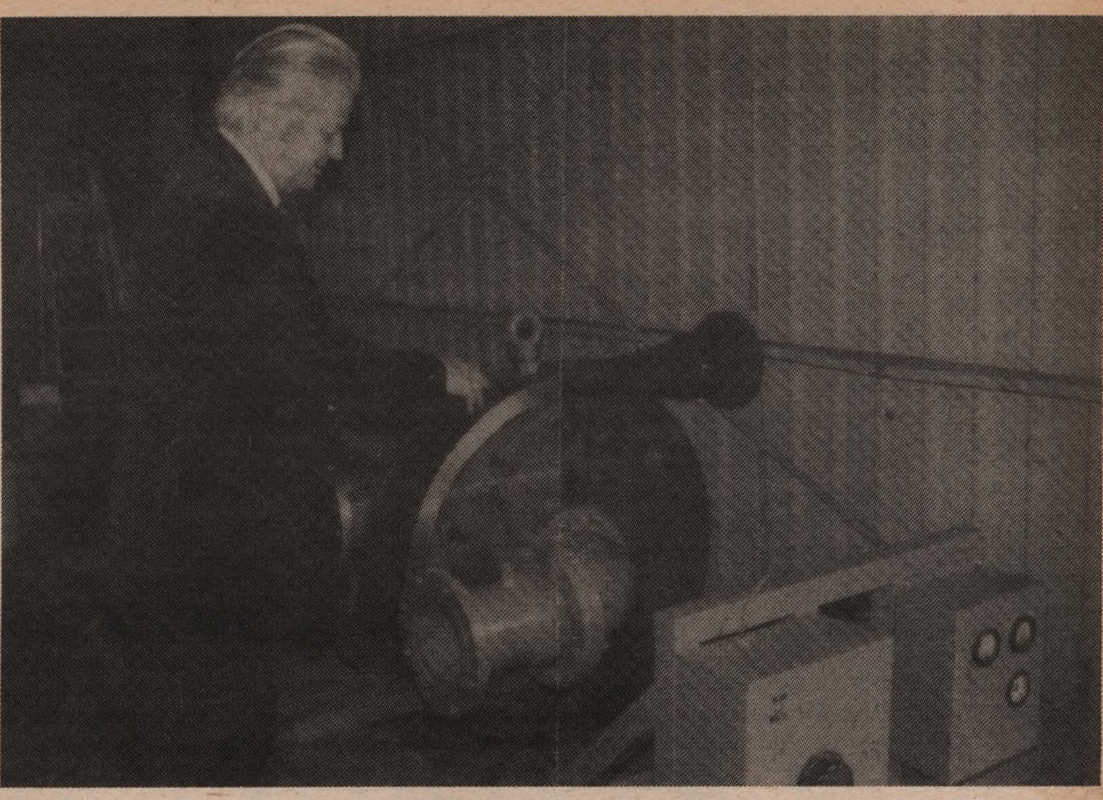
Wir haben es hier nämlich mit einem keramischen Werkstoff zu tun. Er hat eine ungewöhnliche Eigenschaft. Die meisten Metalle werden schwächer, wenn sie heißer werden. Aber der keramische Werkstoff, Siliziumnitrid, wird stärker, je heißer er wird, was den meisten Gesetzen der Physik widerspricht. Daher könnten wir eine Turbinenscheibe aus heißgepreßtem Siliziumnitrid bauen und die Temperatur auf, sagen wir einmal, 2750 Grad hochfahren. Und einige Leute arbeiten noch mit anderen Werkstoffen, bei denen man angeblich bis auf 3000 bis 4000 Grad gehen kann.

Nikola Tesla

Neue Tesla-Turbine entwickelt

Ihr heißgepreßtes Siliziumnitrid, das gar nicht so teuer ist und nicht geformt oder gefräst werden muß, braucht nur einmal gepreßt zu werden und damit hat es sich.

Possel: Es geschieht durch ein Verfahren, das sich isolatisches Heißpressen nennt, und wenn das Material aus der Presse kommt, dann ist es schon in seiner Endform und hart wie ein Diamant. Was wir tun wollen ist, die ganze Scheibe aus einem Stück Siliziumnitrid herzustellen.



Die Japaner sind an Possels Konstruktion sehr interessiert, denn sie haben kein Öl in ihrem Land.

Genug Energie für die USA

Jake, Sie sind der Präsident und Gründer der ADM. Was ist das für eine Abkürzung?

Possel: American Development and Manufacturing

Und Sie haben Ihren Sitz in Bernhardino, Kalifornien?

Possel: Ja.

Sie haben zur Zeit eine Turbine in der Wüste im südlichen Kalifornien, und aus dem Boden kommt diese heiße Salzsole. Und dieses heiße Wasser frißt die Ausrüstung direkt auf. Weil es Salz ist und es ist korrosiv. Aber es ist eine Menge Energie darin.

Possel: Es gab, wie Sie wissen, eine Menge Leute die sagten wir könnten mit dieser korrosiven Wirkung nicht leben. Aber das stimmt nicht. Es stehen heute viele Werkstoffe zur Verfügung, die der heißen korrosiven Flüssigkeit widerstehen.

Dort unten, in der Nähe des Salton-Meeres in Kalifornien, haben Sie eine Menge dieses geothermischen Heißwassers, das direkt nach oben sprudelt.

Possel: Das Gebiet wird als »bekanntes geothermisches Gebiet« bezeichnet und es ist sehr groß. Es ist eine gewölbeförmige Formation und es befindet sich genug Energie in dem Gewölbe des Salton-Meeres, um die ganzen Vereinigten Staaten mit Kraft zu versorgen.

In einer gewöhnlichen geothermischen Anlage mit einer herkömmlichen Turbinentechnologie müßte das Wasser vom Dampf getrennt werden.

Possel: Man müßte dort den Dampf aus dem Boden bringen und ihn durch einen Abscheider geben, um das ganze Wasser aus dem Dampf herauszubekommen, und dann nur den trockenen Dampf zum Antrieb der Turbinen verwenden.

Die Zeit für geothermale Energie

Man würde wahrscheinlich 20 Prozent, der in dem Fluid stekkenden Gesamtenergie, bekommen.

Als ich noch vor wenigen Jahren in San Diego war, lagen die Kosten für elektrische Energie ungeheuerlich hoch. Jeder mußte tüchtig bluten für die Elektrizität, und ich schätze, das ist immer noch so.

Possel: Ja, und die Kosten sind noch etwas gestiegen. Sie liegen zwischen 12 und 14 Cents pro Kilowattstunden in den USA.

Noch einmal zum Salton-Meer-Gebiet ...

Possel: Das ist nicht der einzige Ort, wo dies zur Verfügung steht; das gibt es überall. Aber dies ist ein bekanntes Gebiet, das viele Leute anzuzapfen versucht haben, und es gibt andere Orte in Kalifornien, wo Anlagen in Betrieb genommen werden.

Ich glaube, jetzt ist die Zeit dafür gekommen, wo geothermale Energie überall in der Welt im Kommen ist. Die Japaner sind an dieser Sache sehr interessiert. Die haben kein Öl in Japan, und sie klammern sich an der Erdwärme fest. Und sie sind dabei im südlichen Japan ein geothermales Kraftwerk mit einer Leistung von drei Gigawatt zu bauen – dies entspricht zehn Millionen Barrel Öl pro Tag.

Mit Ihrer Turbine, Ihrer schaufellosen Tesla-Turbine, könnten Sie die salzige Sole direkt aus dem Boden holen, direkt in Kraft verwandeln und dann das gereinigte Abwasser wieder in den Boden laufen lassen. Keine Umweltverschmutzung, und welcher Leistungsgrad?

Possel: Unser Wirkungsgrad liegt um 35 Prozent herum.

Sie wissen dies, weil Sie eine Ihrer Turbinen bei einer der Ölfirmen einem Test unterzogen haben.

Possel: Ja, das haben wir getan. Wir hatten ein ganzes Jahr lang ein Gemeinschaftsunternehmen mit einer großen Ölgesellschaft, und wir ließen unsere Turbinen an einem geothermischen Brunnen im Imperial Valley laufen. Daher wissen wir – und wir haben es gezeigt –, daß es machbar ist.

Ölgesellschaften kaufen das Land auf

Und sie widerstand der Korrosion, kein Problem?

Possel: Überhaupt kein Problem!

Und Sie erzielten einen Wirkungsgrad um die 35 Prozent herum?

Possel: Richtig.

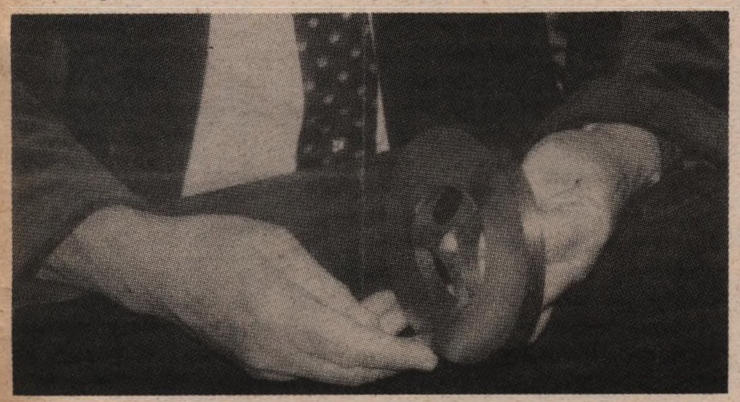
Nun, jetzt weiß die Ölgesellschaft Bescheid. Wie kommt es, daß sie immer noch auf ihren Händen sitzt?

Possel: Nun, ich glaube, sie sind

damit beschäftigt, sich aktiv daran zu beteiligen, das beste geothermische Land, das sie finden können, vollständig aufzukaufen. Und irgendwann, möglicherweise, wenn man Öl nicht mehr ganz so leicht finden kann und der Preis nach oben geht, dann werden sie ganz plötzlich sagen: »Wir haben soeben einen neuen Weg zur Erzeugung von elektrischer Energie gefunden – und uns gehört das Ganze.«

Possel: Nun, man wollte eigentlich gar nichts ausgeben. Man wollte den Auftrag an jemanden vergeben, um dann elektrische Energie von ihm zu kaufen, und wer auch immer die Anlage baut, hätte auch selbst für die Finanzierung zu sorgen.

Richtig, aber man wollte den Abkauf einer bestimmten Menge an elektrischer Energie garantiert haben.



Possel verwendet einen keramischen Werkstoff, der stärker wird, je heißer er wird. Die Turbinenscheibe besteht aus heißgepreßtem Siliziumnitrid.

Warum sind die Umweltschützer noch nicht unter den Propagandisten für Erdwärme-Energie?

Possel: Das ist eine sehr gute Frage. Wir haben oft daran gedacht, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil es bei unserer Methode keinen Gestank, keine Abreicherung, keine mögliche Bergsenkung gibt. Wenn man Öl aus dem Boden holt, wie in Long Beach, Kalifornien, dann senkt sich die ganze Stadt um soundsoviel Fuß pro Jahr. Sie müssen Salzwasser unten hineinpumpen, oder die Stadt würde in große Schwierigkeiten geraten.

Aber wenn Sie dieses Fluid aus dem Boden holen, dann geben Sie diesem das ganze gereinigte Abwasser zurück.

Jedes bißchen. Wir haben nur die Energie aus dem ausströmenden Wasser herausgeholt, und es dann wieder in den Boden gepumpt. Und daher können wir den Umweltschützern sagen, daß hierbei keine Umweltprobleme auftreten.

Ein US-Marine-Luftstützpunkt bei Fallon will ein Kraftwerk haben. Und ursprünglich wollte man 100 Millionen Dollar dafür ausgeben?

Possel: Über einen Zeitraum von 30 Jahren hinweg hätte das einen Wert von über einer Milliarde Dollar gehabt.

Es erfolgte eine Firmenübernahme

Sie haben an der Ausschreibung für diesen Auftrag teilgenommen, Sie hatten Ihre Finanzierung stehen, und dann kam eine Organisation aus Israel, die mit Ihnen ein Gemeinschaftsunternehmen bilden wollte, und dann brachen die Dinge auseinander.

Possel: Die ganze Sache ist wahrscheinlich von den Leuten eingefädelt worden, die meine Firma aus dem Geschäft drängen wollten. Und das ist ihnen auch gelungen. Es erfolgte eine Firmenübernahme; und ich wurde als Präsident hinausgedrängt. Und die Leute, die die Firma übernahmen, ihre erste Handlung bestand darin, den ganzen Maschinenpark und das Zeug auf Lager zu legen und die Anlage stillzulegen.

Wir dachten, die wollten keine Pumpen bauen, das ist zu schwierig. Sie jagen hinter diesem großen Navy-Auftrag her. Aber wir lagen da wieder falsch. Was sie wirklich wollten war, nichts zu tun. Und die Navy war folglich gezwungen, den Auftrag zu stornieren; und jetzt kommt die Navy wieder mit einem Folgevertrag heraus; und die Menschen werden natürlich wieder Schlange stehen, um den Auftrag hereinzuholen.

Wenn Sie sagen »sie« dann reden Sie über Ormat. Das ist die israelische Firma für geothermische Turbinen.

Possel: Ja, sie kamen von Israel hierher und gründeten eine neue Firma namens Ormat-USA. Ich nehme an, sie wollten eine amerikansiche Firma imitieren. Sie bauten ihre Ausrüstung in Israel mit israelischen Arbeitskräften und israelischen Maschinen. Sie brachten sie herüber und bauten sie ein. Und ihnen wurde eine der letzten Bürgschaften des amerikanischen Energieministeriums zur Finanzierung einer ihrer Anlagen gewährt.

Die Israelis mischen kräftig mit

Hätten Sie auch Hilfe vom US-Energieministerium bekommen?

Possel: Nein, wir haben überhaupt keine Hilfe bekommen. Die Navy war so freundlich unsere Technology wirklich zu bewerten, und man sagte zu uns: »Uns gefällt das; wir werden Ihnen eine Chance geben«, und sie erteilten uns den Auftrag.

Und natürlich waren sie eine Zeitlang Gegenstand des Gelächters und des Drucks, aber sie hielten zu uns. Und im ersten Jahr, als ich das Projekt leitete, bekamen wir von der Navy eine Auszeichnung.

Und jetzt wissen Sie, daß Ihre Turbine funktioniert, und daß die Navy Vertrauen zu Ihrer Technology hat. Jetzt müssen Sie diese Ausschreibung für sich gewinnen. Das Problem ist, daß sie gegen Ihre alte Memesis, Ormat, bieten werden. Die haben die Macht und den Einfluß der israelischen Interessensgruppen und auch sonst alles auf ihrer Seite, nicht wahr?

Possel: Das stimmt. Sie werden von der israelischen Regierung finanziert, so daß sie eine Leitung in die Finanzzentren von New York haben; und sie waren sehr erfolgreich beim Bau von vier oder fünf geothermischen Kraftwerken in Kalifornien und Nevada.

Und jetzt müssen Sie einen Weg finden, um die Finanzierung unter Dach und Fach zu bekommen, um den Auftrag zu erhalten. Wenn Sie den Auftrag erst einmal haben, dann kann Sie nichts mehr aufhalten.

Possel: Das ist richtig. Wir haben noch eine andere kleine Fünf-Megawatt-Anlage unten im Imperial Valley, bei der wir in aller Kürze mit dem Bau beginnen werden. Wir haben uns schon den Standort ausgesucht und den Besitzer an der Hand, dem das Gelände gehört. Wir haben einen Auftrag über 15 Millionen Dollar von einem großen Kraftwerk zum Ankauf der Kraft, und so gehen die Dinge hübsch voran.

Wie tief müssen Sie bohren, um die Erdwärme herauszubekommen?

Possel: Zwischen 3500 Fuß und einer Meile, vielleicht anderthalb Meilen.

Die amerikanische Regierung hat nur ein paar Häuserblocks von unserer dortigen Baustelle entfernt einen geothermischen Brunnen gebohrt; und es ist der größte Erdwärmebrunnen der Welt. Die dort entnommene Temperatur war 671 Grad, was 700.000 Pfund Dampf pro Stunde ergibt. Damit können eine Menge Megawatt erzeugt werden! □



Vertrauliches

USA
Probleme mit dem Antisemitismus

Angesichts der unerwarteten Kombination einer nachlassenden Unterstützung für ihre Sache im amerikanischen Kongreß und der wachsenden Isolation von den Machtzentren innerhalb der amerikanischen Regierung, haben die israelfreundlichen Interessengruppen eine neue Strategie eingeschlagen. Die Anti-Defamation League (ADL) und das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), die als Tandem arbeiten, versuchen nun neue Machtbasen auf der Graswurzelebene der amerikanischen Politik, das heißt, dort wo die Politiker sozusagen das Ohr am Boden haben, zu entwickeln. Um dies zu erreichen, haben sie damit begonnen, in politischen Organisationen auf der Ebene der Gemeinden und der einzelnen Staaten einzudringen, mit der verkündeten Absicht, den politischen Prozeß in Amerika zugunsten Israels zu manipulieren.

In einem kürzlich veröffentlichten Leitartikel beklagte sich die »Washington Jewish Week«: »Die brutale Realität, wenn wir den politischen Horizont abtasten, ist, daß wir Gefahr laufen, politische Waisen in einem Land zu werden, das uns mehr Gelegenheiten und mehr körperliche Sicherheit geboten hat als irgend ein anderes Land in der modernen Geschichte ... Niemals in einer ganzen Generation haben amerikanische Juden soviel Zugang zum Weißen Haus und zum amerikanischen Außenministerium gehabt – aber auch so wenig Einfluß auf die Politik, die schließlich dabei herauskommt.

Wir können den Schutz unserer Interessen nicht selbstgesalbten parteigebundenen Machern überlassen, wie jenen Leuten, die uns im Sommer 1988 versicherten, daß das Wahlprogramm der Republican Party in bezug auf Israel das beste von allen anderen Parteien sei. Auch können wir uns nicht einzig und allein auf die AIPAC verlassen, daß sie die Arbeiten erledigen, Amtsinhaber zu wählen, die unseren außenpolitischen Interessen gegenüber aufgeschlossen sind.

Wirksame Politik beinhaltet mehr als Geld zu spenden für eine Organisation, die unsere Interessen vertritt, oder Leute anzuheuern, die unsere Lobbyarbeit verrichten. Um wahrhaft wirkungsvoll zu sein, gibt es einfach keinen Ersatz für ein unmittelbares Engagement auf den untersten Sitzreihen der politischen Entscheidungstreffer, und das ist auf der Ebene der Wahlkreise, Regierungsbezirke und Staaten.

Mit dem Ohr am Boden müssen die Meßwerte dessen bestimmt werden, was letztendlich als Landespolitik akzeptabel ist. Was unter anderen Umständen lediglich ein großer, entfernter abstrakter Begriff ist – ›Israels Sicherheit‹ oder ›die Geißel der Blindgläubigkeit‹ – wird personifiziert und persönlich.«

Im Leitartikel wird darüber gemurrt, daß im Schoß der Democratic Party nicht sehr viel Trost zu finden sei. Man könne sich zwar gewöhnlich auf einzelne Demokraten verlassen, daß sie sich um Unterstützung des Kongresses bemühen, wodurch die Ungleichheiten in den Nahost-Initiativen der Regierung gemildert werden. Aber eine solche Unterstützung ist gewöhnlich relativ und bestenfalls zur Schadensbehebung geeignet. »Und während es beruhigend ist, daß Sprecher der Democratic Party weiterhin treue Beschützer der amerikanisch-israelischen Beziehungen bleiben, wird die Unfähigkeit der Partei, schnell und unverzüglich mit Ausbrüchen des Antisemitismus durch Amtsinhaber in ihren Reihen fertigzuwerden für viele amerikanische Juden, von denen die Mehrheit auf allen Regierungsebenen demokratisch wählen, immer beunruhigender«.

Der Tonfall des Leitartikels spiegelt eine Haltung wider, die in politischen Aussagen und Aktionen der ADL und AIPAC schon seit geraumer Zeit immer augenscheinlicher wird. Beide Gruppierungen entwickeln schon seit einiger Zeit in Erwartung des Verlustes oder zumindest einer bedeutsamen Verringerung des Systems, das die zionistische Lobby über die Jahre hinweg ausgebaut hat, das US-Kongreßleute buchstäblich geheuert und gefeuert hat.

Hinzu kommt noch der gewichtige Propagandafeldzug der ADL der vergangenen beiden Jahre, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß der Antisemitismus in den USA in schnellem Aufstieg begriffen sei, ein fabrizierter Mythos, der darauf abzielt, eine politische Reaktion von Juden auf der untersten Ebene heraufzubeschwören.

Das weitreichende Programm der AIPAC zielt auf das Gleiche ab, und fährt langsam die gewünschten Erfolge ein. »Das Auftauchen der Pro-Israel-Gemeinde in der Politik auf den untersten Ebenen ist großartig«, prahlt ein AIPAC-Aktivist.

»Man betrachte sich nur die bloße Anzahl von israelfreundlichen Delegierten in den Gemeindeversammlungen und Konventionen auf Regierungsbezirks- und Staatsebene. 1988 waren weniger als 40 Juden auf beiden Konventionen des Staates Texas. In diesem Juni nahmen mehr als 400 Juden an den Jahresversammlungen teil.«

Noch bemerkenswertere Beispiele für den Pro-Israel-Aktivismus mit dem Ohr am Boden finden sich in den amerikanischen Staaten mit kleinen jüdischen Gemeinden, behauptet AIPAC. Ein Beispiel dafür sei der US-Bundesstaat Maine, wo 80 Juden aus einer Gesamtbevölkerung von 4000 als Delegierte an der diesjährigen Jahresversammlung der Democratic Party in diesem Staat teilnehmen. □

Philippinen
Guerillas drohen mit weiterem Terrorismus

Die philippinischen kommunistischen Guerillakräfte drohten in einer zwei Tage nach dem Mord an zwei amerikanischen Piloten abgegebenen Erklärung mit weiteren Angriffen, es sei denn die Vereinigten Staaten schließen ihre Militärbasen im Land. »Geht sofort nach Haus oder erleidet die Todesangst der Zermürbung«, verlautet aus dem Hauptquartier der New People's Army (NPA). »Die NPA gelobt, daß alle ihre Offiziere und Mannschaften notfalls bis zum letzten Mann ihre Mission erfüllen werden, den US-Imperialismus aus dem Land zu vertreiben.«

Es wird denjenigen, die in der Erklärung als »Landesverräter« bezeichnet werden, angeführt von Präsidentin Corazon Aquino, damit gedroht, daß sie vor Gericht gestellt und dafür bestraft werden, weil sie »euer Land an den US-Imperialismus verkauft haben«.

Inzwischen begannen Sondierungsgespräche über die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte. Der amerikanische Unterhändler, Richard Armitage, sagte zu Beginn der Gespräche im streng bewachten Gebäude der Zentralbank in Manila, die Stützpunkte seien wichtig zur Sicherung des Friedens und der Stabilität in Asien, aber »wenn Sie uns auffordern, das Land zu verlassen, dann werden wir das so schnell wie mgölich und mit ungebrochenem Stolz tun«.

Der philippinische Außenminister Raul Manglapus klagte die Vereinigten Staaten an, ihre Zusage zu den Stützpunkten nicht eingehalten zu haben und wies auf den Fehlbetrag von 222,58 Millionen Dollar von 481 Millionen Dollar hin, die Washington in diesem Jahr vereinbarungsgemäß für die Benutzung der Einrichtungen zahlen wollte. □

Kolumbien
Radikale Umwälzungen bei der Polizei

Kolumbiens staatliche Polizeibehörden verkündeten, daß in der Stadt Medellin, die als »Drogen-Hauptstadt« bekannt ist, weil das illegal mit Drogen handelnde Medellin-Kartell dort ansässig ist, im Augenblick bedeutende interne Veränderungen vorgenommen werden. Die 96köpfige Befehlshierarchie der Polizei von Medellin soll durch Beamte aus Kolumbiens abgelegenen Provinzen abgelöst werden, und die obersten Kommandeure der F-2

von Medellin, des Polizei-Geheimdienstes, sollen unverzüglich anderswohin versetzt werden. Ein Austausch der gesamten Polizeigewalt wird ebenfalls in Betracht gezogen.

Die radikale Umwälzung hat mit der Säuberung von korrupten Elementen zu tun, wie damit, den Beamten des Gesetzesvollzugs der Stadt endlich die dringend benötigte Erleichterung zu verschaffen. Der Häuptling des Medellin-Kartels, Pablo Escobar, hat ein Handgeld von 4000 Dollar für jeden ermordeten Polizeibeamten in dieser von Gewalttätigkeit heimgesuchten Stadt ausgesetzt. Bislang wurden in diesem Jahr schon 141 Beamte umgebracht und weitere 40 haben aus Angst um ihr Leben den Dienst quittiert.

»Wir ziehen ernsthaft in Erwägung, alle 160 höheren Beamte und 4187 Polizisten, die wir in der Stadt haben, auszutauschen, das heißt, Personal aus verschiedenen Teilen des Landes heranzuholen. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, daß Leute vom Medellin-Kartell eingeschleust werden« meinte ein Informant von der Polizei. □

Panama

Einwohner demonstrieren gegen US-Besatzung

Indem sie die Behauptungen der amerikanischen Bush-Regierung, die Panamesen hätten die amerikanischen Invasoren in ihr Land am 20. Dezember vergangenen Jahres »willkommen« geheißen, Lügen strafen, demonstrierten etwa 25.000 Einwohner Panamas, viele von ihnen in Trauerkleidung, gegen die andauernde Präsenz von amerikanischen Streitkräften und gegen die von Washington eingesetzte Marionettenregierung.

Dies sind die größten Demonstrationen der Opposition seit der Invasion, und zweimal so groß wie vorhergegangene Demonstrationen. Die wesentlichen Fördergruppen dieser Demonstrationen sind die Angehörigen der Gefallenen vom 20. Dezember und der Nationale Ausschuß der Arbeitslosen, die Kriegsflüchtlinge von Chorillo sowie viele Gewerkschaften, Studentengruppen und Gruppierungen der Verwandten von politischen Häftlingen.

Sprecher auf den Großveranstaltungen verurteilen die während der Invasion begangenen Verbrechen und verlangten Gerechtigkeit und eine Regierung, die unabhängig von den Vereinigten Staaten ist. Die Organisatoren gelobten, am 20. jedes Monats Demonstrationen durchzuführen. □

China

Miliz soll gesellschaftliche Ordnung erhalten

Die Armee der Volksrepublik China ruft zu einer Verstärkung der militärischen Leistungsfähigkeit der Miliz des Landes auf, um, wie es heißt, mit der »Dringlichkeit der Situation« fertigzuwerden.

Die »Liberation Army Daily« ließ sich nicht näher über die Ursache dieser Dringlichkeit aus, sondern schrieb, daß die Miliz »die gesellschaftliche Ordnung erhalten« soll.

In einem früheren Artikel stellte die Zeitung fest: »Es besteht die Möglichkeit von Bürgerkriegen und militärischen Auseinandersetzungen in den Grenzgebieten unseres Landes«, und daß ein Großteil des Waffengeräts der Volksbefreiungsarmee, das für normale Bedingungen bestens geeignet sein mag, »den Anforderungen des Kampfes in kalten, heißen oder Dschungelgebieten nicht gewachsen sein könnte. Wenn sie 4000 Meter Höhe erreichen, dann treten die Schwachpunkte auf.«

Die so hoch liegenden chinesischen Grenzbereiche befinden sich hauptsächlich in Tibet – das an Indien, Nepal und Bhutan angrenzt – und Kinjiang, das an die Sowjetrepubliken Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan anstößt. Um mit dem »Bürgerkrieg« fertig zu werden, berichtete die »Liberation Army Daily«, benötige die PLA Ausrüstung, »die ebenso beweglich auf dem Lande wie transportierbar in der Luft ist«, und die sowohl in tropischen Gebieten als auch in großen Höhenlagen verwendet werden kann. □

China

Ausreise Fang Lizhi signalisiert den USA grünes Licht

Die Mitteilung, daß dem chinesischen Dissidenten Fang Lizhi und seiner Gattin gestattet worden sei, Peking zu verlassen, wird von Experten der Geheimdienste als grünes Licht für die Bush-Regierung erachtet, die Beziehungen zum kommunistischen China wieder voll herzustellen. Dem Astrophysiker Fang und seiner Gattin war während des Massakers vom 4. Juni des vergangenen Jahres in der amerikanischen Botschaft von Peking Asyl gewährt worden.

Die Bush-Regierung begrüßte die Freilassung des Paares als einen »weitsichtigen, bedeutsamen Schritt, der eine Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen ermöglichen wird«.

Fang, der sich zunächst in Großbritannien aufhielt, wird wahrscheinlich an der Cambridge University einen Lehrstuhl übernehmen. Xinhua, die amtliche chinesische Nachrichtenagentur, berichtete, er und seine Gattin hätten »Reue gezeigt« und versprochen, sich an keinen Peking-feindlichen Aktivitäten im Ausland zu beteiligen.

Gerald Seagal, ein China-Experte am Royal Institute of International Affairs (Chatham House) in Großbritannien, sagte, die Freilassung Fangs sei für die Bush-Regierung das »Symbol«, das sie seit dem vergangenen Jahr von China erwartet, um zu beweisen, daß China ein »normales Land« ist, mit dem man Geschäfte tätigen kann.

Bush habe auf die Gelegenheit gewartet, ein Abkommen mit der Volksrepublik China zu treffen, seitdem er den Berater für Nationale Sicherheit der USA, Brent Scowcroft, und den stellvertretenden Außenminister, Lawrence Eagleburger, im vergangenen Jahr nach Peking entsandt hatte.

Die chinesische Regierung muß froh darüber sein, Fang jetzt gehen zu lassen, sagte Seagal, weil er Probleme in den Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hervorgerufen hatte. Peking ist davon überzeugt, daß die Oppositionsbewegung niemals Bedeutung erlangen wird, sagte Seagal, weil sie zu zersplittert ist. Nach Ansicht Pekings wird die Entsendung eines führenden Dissidenten mit einem »starken Ego« ins Ausland dazu beitragen, die Opposition noch weiter zu zersplittern. □

Japan

Entwicklung von Magnet-Antrieben

Die Japan Foundation for Shipbuilding Advancement bereitet sich für das kommende Jahr auf die Erprobung des ersten Schiffes der Welt, die Yamato I., vor, das durch superleitfähige Magnete in einem magnetohydrodynamischen System (MHD) angetrieben wird, heißt es in einem Artikel der »New York Times«.

Wie berichtet wird, hat die Stiftung in den vergangenen drei Jahren über 30 Millionen Dollar für dieses Projekt ausgegeben. Der Vorteil der MHD-Technologie, besonders bei der Anwendung für U-Boote, liegt darin, daß sie praktisch geräuschlos ist, da sie keine beweglichen Teile enthält. Ein elektrischer Strom wird durch das schwach elektrisch leitfähige Seewasser geleitet, das dadurch in positiv und negativ geladene Teilchen aufgeteilt wird. Die Tätigkeit der superleitfähigen Magnete lenkt den Strom des Wassers senkrecht zum Magnetfeld und schiebt es an einem Ende des MHD-Kanals hinaus. Dieser Stoß, ähnlich wie der Stoß von Raketen, bewegt das Schiff in die entgegengesetzte Richtung zur Wasserströmung. □



Briefe

Betr.: Revisionismus »Cui Bono – oder wem zu Nutzen«, Nr. 7/90

Es ekelt mich, dauernd das dumme Gequassel von »es darf nie wieder ein Krieg vom deutschen Boden ausgehen«, als ob es in den letzten mehr als 200 Jahren je geschehen ist. Noch ekelhafter finde ich das Vorhalten von angeblichen Verbrechen, meist total erlogen, die wir begangen haben sollen und für die wir und sogar noch unsere Kinder büssen, das heißt zahlen sollen. Ein klarer Fall von Ausbeutung.

Ich habe den letzten Krieg mitgemacht, überwiegend in Rußland und war durch unsere Aufgabe bedingt, viel zu Zweit oder zu Dritt unterwegs. wir hatten dadurch Kontakte zur Zivilbevölkerung, russischen Hilfsverbänden und den unterschiedlichsten Waffenverbänden, direkt und auch in den Wehrmachtsheimen als Treffpunkt. In der gesamten Zeit habe ich weder von unserer Einheit, noch bei anderen Einheiten irgendwelche Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung noch gegen Gefangene erlebt, noch davon gehört. Auch von Freunden ist mir Gleiches berichtet worden.

Im Gegenteil, es wurde mir berichtet, daß in Frankreich ein Soldat, der mit einer Französin bekannt war und versucht hatte, diese zu vergewaltigen, vom Kriegsgericht zum Tode durch Erschießen verurteilt wurde.

Das Verhalten der Alliierten war ganz anders und kann in einem Satz gesagt werden: »Die, nämlich die Alliierten sind über uns hergefallen, wie eine Horde Räuber, Mörder und Schänder« und das ohne Ausnahme.

Was die Kriegsschuld betrifft, möchte ich zuerst daran erinnern, daß England und Frankreich uns den Krieg erklärten und nicht umgekehrt. Dazu möchte ich noch darauf hinweisen, daß der englische Minister Chamberlain nach der Kriegserklärung an uns sagte: »Amerika und das Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen« (»Der erzwungene Krieg« von David L. Hoggan, Seite 687). Offensichtlich hoffte die »amerikanische Regierung« durch den Krieg seine 20 Millionen Arbeitslose in Arbeit zu bringen und die Industrie erhoffte sich hohe Gewinne.

Nicht einmal die Behauptung ist richtig, daß wir die Polen überfallen haben. Von uns hat Polen überhaupt erst seine Selbständigkeit durch herauslösen aus dem russischen Reich 1918 erhalten. Aber kein Volk ist scheinbar so chauvinistisch, wie das polnische. Nachdem wir 1918 die Waffen niederlegten, fielen die Polen über uns her, vertrieben, raubten, mordeten und schändeten, aber nicht nur bei uns, sondern sie fielen auch über Rußland, Litauen und die Tschechen her. Diesen Terror setzten sie mit mal weniger und mal größerer Heftigkeit fort bis zum Kriegsbeginn.

Wenig bekannt dürfte sein, daß die polnischen Verbände die Grenze zuerst überschritten. In einer Sondermeldung des Senders Warschau am 31. August 39 um 24 Uhr hieß es: »Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin, und werden Ende der Woche in Berlin sein. Die deutschen Truppen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück«. Vorher hatte dieser Sender bereits das überschreiten der Grenze nach Deutschland durch polnische Truppen berichtet.

Wenn also stupide und stumpfsinnig wiederholt wird, daß vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, ist dieses ein Gipfel der Verlogenheit und Verdrehung.

Rolf Hanno, Marbella

Betr.: Medizin »Impfungen ein Irrtum«, Nr. 7/90

Zu Ihrem Bericht über das Risiko von Impfungen von Simone Delarue kann ich Ihnen nur gratulieren. In medizinischen Zeitschriften sucht man solche Berichte vergebens.

Aber das sind wir leider gewöhnt, sowie wir – und das im Zeitalter von AIDS – gewöhnt sind, nichts mehr von Rudolf Virchow oder Claude Bernard zu hören. Hätten diese beiden Forscher sich seinerzeit gegen Robert Koch und Louis Pasteur durchgesetzt, gäbe es heute keine Impfungen mehr, denn Virchow, als Erforscher der Zell-Biologie und Bernard, als Erforscher des »milieu interieur« waren der Auffassung: daß Infektionen einem gesunden Menschen nichts anhaben können, weil infektiöse Bakterien auf einem gesunden Nährboden (milieu interieur) keine Nahrung finden und zugrunde gehen müssen. Selbst die ersten Heilungen von AIDS aus den USA rechtfertigen diese Forschungsergebnisse von Virchow und Bernard. Aber hierzulande werden weiter »Kondome« empfohlen, die für eine gesunde Immunabwehr rein gar nichts bewirken.

Aber die Liste der Nichtbeachtung von erforschten Wahrheiten seitens unserer objektiven Medizin ist noch nicht zu Ende. 1975 gab Professor Pischinger ein Buch heraus. »Das System der Grundregulation«, in dem er Antibiotika und Cortison als depolarisierende Pharmaka bezeichnet, das heißt, daß diese Medikamente der Selbstregulation des Körpers entgegen arbeiten.

Für Antibiotika ist seit langem bekannt, daß sie – wie für parasitäre Bakterien – auch für sogenannte Symbionten (das sind Bakterien, die mit dem Menschen Zusammenleben – sogenannte Coli-Flora) eine »wachstumshemmende oder abtötende Wirkung« besitzen. Jeder Arzt, der Antibiotika einsetzt, sollte seine Patienten gleichzeitig ernährungsmäßig beraten und nach der Antibiotika-Therapie wieder Coli-Bakterien (Symbioflor II) ansiedeln. Aber wie oft geschieht das?

Noch am Anfang dieses Jahrhunderts hat man (A. Lane in London) lieber bei Rheuma oder Gelenkarthrosen den Dickdarm entfernt, statt den Dickdarm zu behandeln, damit hat erst der Ernährungsforscher Are Waerland begonnen. Auch bei Krebskranken, bei denen grundsätzlich die so wichtige Coli-Flora fehlt, sollte daher der Dickdarm ernährungsmäßig und mit Symbioselenkung wieder reorganisiert werden.

In bezug auf Ernährungsfehler möchte ich zum Schluß noch auf eine Meldung der englischen Zeitschrift »Lancet« vor einem Jahr (July '89) zurückkommen. In dieser Zeitschrift wird von Beobachtungen amerikanischer Ärtze berichtet, die einen Zusammenhang zwischen hohem Joghurt-Konsum und Ovarial-Krebs bei Frauen bemerkt haben. Da auch in unserem Land der Joghurt-Konsum ziemlich übertrieben wird, wäre zu erwarten gewesen, daß unsere Medizin in öffentlichen Blättern oder noch besser im Fernsehen vor Joghurt-Konsum warnt, aber nichts dergleichen ist bisher geschehen. Oder kann mich ein Leser berichtigen?

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Europa-Journal »Moskau untersucht Lenins Fahrt 1917«, Nr. 8/90

Die geplante Untersuchung über die Zusammenhänge von Lenins Rückkehr 1917 nach Rußland, ist doch der simple Versuch uns indirekt eine »Mitverantwortung« für die Entwicklung im damaligen Zarenreich anzuhängen. Trotzkis Rückkehr aus den USA lag doch auf gleicher Ebene. Er sollte Kerenski helfen, den Krieg gegen die Mittelmächte weiterzuführen. Doch er »spurte« wohl nicht so.

Der Sturz der drei großen Monarchien Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland war vorgesehen. Dank der Erschöpfung des russischen Volkes liefen die Dinge nicht so wie vorgesehen. Warum sollte sich Deutschland nicht ähnlicher Behelfe bedienen, ging es doch darum, den Krieg im Osten zu beenden. Wenn das Deutsche Reich sich gleichfalls des Mittels des »verdeckten Krieges« bediente, kann man nicht daraus schließen, daß zwischen dem Deutschen Reich und Lenin eine direkte Verbindung bestand.

Im Gegenteil, man benutzte deutscherseits Parvus-Helphand, einem typischen Vertreter des deutschen »Internationalismus«, die ihrerseits gleichfalls einen Umsturz im Kaiserreich anstrebte. Lenin selbst glaubte, daß durch eine Revolution in Rußland, diese auch auf Mitteleuropa überspringen würde.

Schon bald nach der Machtübernahme konnte man in der Iswestija Nr. 233/1917 lesen: Angesichts der Tatsache, daß das Sowjetregime auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität des Proletariats und der Brüderlichkeit der Werktätigen aller Länder fußt, sowie eingedenk dessen, daß der Kampf gegen Krieg und Imperialismus nur auf internationaler Ebene zum vollen Sieg führen kann, betrachtet es der Rat der Volkskommission als seine Pflicht, den linken internationalen Flügel der Arbeiterbewegungen aller Länder mit allen Mitteln, einschließlich Geldmitteln, zu Hilfe zu kommen, und zwar völlig unabhängig davon, ob diese Länder Krieg mit Rußland führen oder mit ihm im Bunde stehen oder sich neutral verhalten.

Für diese Zwecke der Hilfeleistung an die revolutionäre internationale Bewegung beschließt der Rat der Volkskommissare den Bevollmächtigten des Kommissariats für das Auswärtige im Ausland den Betrag von zwei Millionen Rubel zur Verfügung zu stellen. Präsident des Rates der Volkskommissionare: W. Uljanow (Lenin), Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten: L. Trotzki.

Zugeben muß man allerdings, daß die deutschen »linken Internationalisten« an vorderster Front für die Weltrevolution mitarbeiteten. Man muß auch einräumen, daß die deutschen »Internationalisten« intensiv an der Idealisierung des »Marxismus« teil hatten. Diese überdehnte Einstellung führte dann zur deutschen »Reaktion«, die in Hitler sich zusammenballte. So gesehen darf man feststellen, »ohne Bolschewismus, kein Faschismus«. Nur mußten denn jene Drahtzieher in den USA feststellen, daß es eben nicht leicht ist, die vorgesehenen Mitspieler unter Kontrolle zu halten.

Herbert Bolz, Regensburg

Betr.: Leserbrief »Mein Leben als Revisionist«, Nr. 5/90

Im Vorspruch zu dem von mir nicht autorisierten Abdruck eines meiner Privatbriefe in Ihrer Zeitschrift »CODE«, Nr. 5/90, Seite 66, erwecken Sie den Eindruck, ich hätte den Brief einem Ihrer Mitarbeiter in Kenntnis dieser seiner Eigenschaft geschrieben. Ich fordere Sie auf, in der nächsten zum Druck noch nicht abgeschlossenen Ausgabe in der Abteilung »Briefe« die beigefügte und von mir unterzeichnete Richtigstellung als Gegendarstellung abzudrucken. Für die Übersendung eines Belegexemplares wäre ich dankbar:

»Im Vorspruch zu dem unautorisierten Abdruck eines Privatbriefes von mir in Nr. 5/90 von CODE wird der Eindruck erweckt, ich hätte diesen Brief an einen Mitarbeiter von CODE in Kenntnis dieser seiner Eigenschaft geschrieben. Dieser Eindruck ist irreführend und entspricht nicht den Tatsachen; es handelt sich um die Antwort, die ich einer mir völlig unbekannten Privatperson auf ein langes Schreiben hin gegeben habe.«

Professor Dr. Ernst Nolte, Berlin